



Jürgen Roth / Kamil Taylan

Die Türkei

Republik unter Wölfen



**Lamuv
Verlag**

Institut kurde de Paris

F¹
Fu

Simella Galletti

In Solidarity

H. J. Kott

15/8/82

Am 11. September 1980 begann in der Türkei, unter dem Kommando der NATO-Südoststreitkräfte, das Manöver »Anvil Express«. 3 000 Soldaten der NATO-Alliierten haben an diesem Manöver teilgenommen. Donnerstagabend, 11. September 1980: Ein Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks erkundigte sich, ob etwas über einen Militärputsch in der Türkei bekannt wäre. Ein Freund von ihm, aus der Türkei, hätte einen Divisionsbefehl als Fotokopie gesehen, wonach die Militärs in dieser Nacht die Macht übernehmen, das Parlament auflösen und alle Parteien verbieten werden. Er fragte, ob diese Nachricht zutreffen könne. Nachfragen bei türkischen Journalisten in Bonn ergaben nichts definitives: »... ein Putsch sei zur Zeit nicht zu erwarten«.

Die Redakteure der türkischen Zeitung Demokrat in Istanbul wußten auch nichts über einen bevorstehenden Putsch: »Nicht heute nacht, aber am Samstag«, meinten sie. Ahnungslos gaben sich auch Angehörige der US-Botschaft in Ankara, die beim Verteidigungsministerium nachfragten, was es mit den verstärkten Truppenbewegungen um Ankara auf sich habe. »Nichts besonderes, nur eine Übung«, erhielten sie als Antwort.

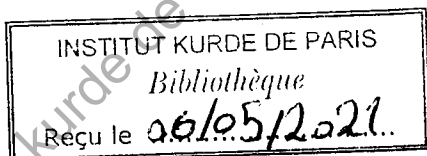
Jürgen Roth, geb. 1945, arbeitet als Schriftsteller und Journalist in Frankfurt. »Roth gilt als der beste Kenner türkischer Politik« (Tageszeitung Cumhuriyet). Buchveröffentlichungen u.a.: Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens? Reinbek 1973 (zusammen mit B. Heinrich); Heimkinder, Köln 1973; Aufstand im wilden Kurdistan, Baden-Baden 1977; Geographie der Unterdrückten. Die Kurden, Reinbek 1978; Armut in der Bundesrepublik, Reinbek 1979.

Kamil Taylan, geb. 1950. Von 1971 bis 1977 von der türkischen Regierung politisch verfolgt, ehemaliger Pressesprecher der HDF (Föderation progressiver Volksvereine); freier Journalist und Korrespondent der türkischen Tageszeitung »Demokrat«. »Demokrat« wurde nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 verboten.

Jürgen Roth/Kamil Taylan

Die Türkei

Republik unter Wölfen



Institut Kurde de Paris
Liv. 7758



Lamuv Taschenbuch 6

Roth Jürgen: Die Türkei – Republik unter Wölfen /
Jürgen Roth; Kamil Taylan – 1. Aufl., 1.–10. Tsd. –
Bornheim-Merten : Lamuv Verlag, 1981 (Lamuv Taschenbuch
Nr. 6)
ISBN 3-921521-24-6

NE: Taylan, Kamil.; GT

1. Auflage März 1981

2. Auflage März 1982

© Copyright Lamuv Verlag, Martinstraße 7, 5303 Bornheim 3,
1981

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher
Genehmigung des Verlages.

Umschlag + Gestaltung: Gerhard Steidl

Fotos: René Böll (1), Gernot Huber (2), Jürgen Roth (5),
Türkisches Fernsehen (2)

Gesamtherstellung: Steidl, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen
ISBN 3-921521-24-6

Inhalt

- 7 Vorwort von Jürgen Roth**
Die Wirtschaft stärkt die Religion
Im Westen isoliert, besinnt sich die Türkei auf ihre islamische Tradition
- 13 Rückkehr zur Demokratie?**
Hintergründe und Konsequenzen des Militärputsches vom 12. Dezember 1980
- 29 Zur Politik systematischer Unterentwicklung**
- 41 Das Elend der bäuerlichen Gesellschaft**
Reformen auf dem Land – die Landreform
- 52 Die soziale Infrastruktur in der Türkei**
Daten zur Situation türkischer Kinder
Leben in Slums – türkisches Leben
- 60 Die kulturelle Unterentwicklung am Beispiel des Bildungssystems**
- 70 Der militärische Staatsapparat, »Konter-Guerilla« und der CIA**
- 81 Das Militär und das Kapital**
Die türkisch-amerikanische Femeorganisation
»Konter-Guerilla«
»Konter-Guerilla«, CIA und die MHP
- 95 USA, CIA und die Infiltration der Gewerkschaft**
- 106 Türkischer Nationalismus und die Grauen Wölfe: der latente Rechtsputsch**
»Graue Wölfe« und »Kommandos«

Inhalt

Die Ideologie der türkischen Faschisten zwischen
1969-1980

Die Eroberung des Bildungsbereiches

Die Todesschwadron des Alparslan Türkeş

- 138 **Die »Grauen Wölfe« in der Bundesrepublik –
neue Enthüllungen**
Der 1. Vorsitzende der »Türk-Föderation« packte aus
- 150 **Die Bedeutung des Islam in der Türkei**
- 163 **Die demokratischen bürgerlichen Parteien**
Süleyman der Herrliche – die Gerechtigkeitspartei AP
Die türkischen Sozialdemokraten – eine Hoffnung für die
Türkei?
- 178 **Die Widerstandsorganisationen des Volkes außerhalb der
Parteien**
- 191 **Die Maschinerie der Unterdrückung in der Türkei**
Der Polizeialltag
Kinder im Gefängnis
Folterungen
Folter als Instrument politischer Disziplinierung
Politisch-administrative Verfolgung
- 211 **Wichtige Ergänzungs- bzw. Hintergrundliteratur zur Türkei**

Vorwort

Die Wirtschaft stärkt die Religion

Im Westen isoliert, besinnt sich die Türkei auf ihre islamische Tradition

Von Jürgen Roth

Vor wenigen Wochen, mitten in der islamischen Fastenzeit Ramadan, unterbrach der türkische Generalstabschef Kenan Evren seine Rede in Erzurum und nahm einen Schluck Wasser. »Ich bin ein ehrlicher Mensch«, sagte er. »Ich zeige euch offen, daß ich mich nicht an die Fastenzeit halte.«

Er wollte damit demonstrieren, daß die neue Militärregierung sich an das Verfassungsgebot der strikten Trennung von Staat und Religion hält. Doch ganz im Gegensatz dazu steht die Anordnung, daß im nächsten Schuljahr der Islamische Unterricht, bislang freiwillig, vom 10. Lebensjahr an zur Pflicht wird. Gleichzeitig geht der Bau der Imam-Hatip-Schulen, Ausbildungseinrichtungen für islamische Geistliche, ungehindert weiter. Und schon am 4. Februar 1981 meldete die Deutsche Presse-Agentur in einem Kommentar ihres Beirut-Korrespondenten, daß der türkische Ministerpräsident Uluşu, im Kreis der islamischen Staatsoberhäupter Asiens und Afrikas, vor der Kaaba im Hof der großen Moschee von Mekka zu Allah betete, und das im weißen Umhang der frommen Moslem-Pilger, dem »Hiram«.

Hinter diesen Eindrücken verbergen sich keine Widersprüche einer neuen politischen Orientierung der Türkei. Es ist vielmehr der Ausdruck der leisen, aber nichtsdestoweniger konsequenten Hinwendung der säkularisierten Türkei zum islamischen Staatenbündnis. Die türkische Zeitschrift »Diplomat« überschrieb diese Entwicklung am 20. 10. 1981 mit der Überschrift: »Unglücklich mit dem Westen – Zufrieden mit der islamischen Welt.«

Einer der wichtigsten Schritte in diese Richtung war 1976 schon der Beitritt der Türkei zur Islamischen Konferenz. Der inzwischen abgesetzte ehemalige konservative Ministerpräsident Süleyman Demirel kommentierte damals: »Der Staat ist zwar laizistisch,

nicht aber die Nation; Religion als gemeinsamer Nenner der Außenpolitik darf nicht als ein Nachteil bewertet werden.«

Neuer Patriotismus

Im November 1979 fand in Istanbul die erste Handelsmesse islamischer Staaten statt. Ein Jahr später, auf der zweiten Islamischen Konferenz in Ankara, war man gar der Meinung, daß der Türkei als einem der wichtigsten Partner der islamischen Staaten »eine Schlüsselfunktion« zukommen müsse.

Auf dieser Konferenz, die von den konservativen und religiösen Gruppen und den sie stützenden Handelskreisen als »zukunftsweisende Entwicklung« gefeiert wurde, diskutierten die Fachleute Pläne für einen gemeinsamen »Islamischen Markt« als Konkurrenz zu dem der Europäischen Gemeinschaften.

Der türkischen Regierung kamen diese laut verbreiteten Überlegungen gerade recht. Denn mit dem zunehmenden Druck von außen auf das Militärregime, besonders von seiten des Europarates und des Europäischen Parlaments, verschmolzen in der Türkei die innenpolitischen Widersprüche, und man sehnte sich nach einer neuen nationalen Identität, die nicht mehr unbedingt an westliche Ideale gebunden ist.

Insbesondere für breite Teile der Landbevölkerung war der Islam eine der ideologischen Stützen, die die prowestliche Ausrichtung der türkischen Politik, die in den Metropolen Ankara und Istanbul zur Regel geworden war, in den Hintergrund schob. Das bittere Elend und das Ausbleiben jeglicher Strukturreformen führte zwangsläufig zu einer Stabilisierung des Islams, der einzigen Identität vieler Türken. Davon profitierte nicht nur die »Nationale Heilspartei« des Islamischen Traditionalisten Erbakan, sondern auch die »Gerechtigkeitspartei« von Demirel und schließlich die faschistische »Partei der Nationalistischen Bewegung«, MHP, die ebenfalls den Islam zur Machteroberung einsetzte.

Mit der Intervention der Militärs, ihrem unerbittlichen Vorgehen gegen die islamischen Traditionalisten und die isolationistischen konservativnationalistischen Kräfte war der Islam, samt parlamentarischer Repräsentanz, in der Defensive. So zumindest hatte es zunächst den Anschein. Gleichzeitig haben es die Generäle geschafft, das türkische Volk an sich zu binden, indem sie eine

von Atatürk geprägte, stark nationalistische Doktrin des »Patriotismus« als ideologischen Überbau verkündeten. Danach gibt es nur »reine Türken«, die keine politischen Konflikte mehr kennen und keine sozialen Spannungen, die durch einschlägige Organisationen ausgetragen werden müssen. Wer das »edle Türkenblut« nicht in seinen Adern fließen hat, ist ein »Nichttürke«.

Eier für Öl

Aus diesem Rassismus heraus, der selbst bei Intellektuellen teilweise verinnerlicht ist, läßt sich auch die gnadenlose Unterdrückungspolitik gegen die Kurden verstehen. In der letzten Zeit häufen sich die Meldungen, daß in der Provinz Tunceli und Siirt ganze Dörfer zerbombt, die Menschen massenweise gefoltert und viele erschossen werden.

Diese neue »alte« Staatsideologie kommt zwar weiten Teilen des türkischen Volkes entgegen, doch ist sicher, daß bei Ausbleiben wirtschaftlichen Aufschwungs und erkennbarer Verbesserung der persönlichen Lebenslage die brodelnde religiöse Substanz im Volk nach einer neuen Führungsideologie suchen wird – und das ist dann mit großer Wahrscheinlichkeit der Islam, zumal die sozialistische Opposition zerschlagen ist.

Politisch tragfähig und durchsetzbar wird diese Volksbewegung, die innerhalb der Bauernschaft in Zentralanatolien stark verankert ist, erst dadurch, daß starke Kapitalfraktionen ein ökonomisches und damit politisches Interesse an der Hinwendung des Landes zur islamischen Gemeinschaft haben. Gerade die mittelständischen Unternehmen und die Großgrundbesitzer sehen, daß sie auf den westlichen Märkten mit ihren Produkten nicht konkurrenzfähig sind, wohl aber auf den Märkten der islamischen Staaten, die geringere Qualitätsansprüche an die Produkte haben als die verwöhnten Europäer.

Inzwischen sind die Wirtschaftsbeziehungen mit einzelnen islamischen Ländern schon erheblich ausgebaut worden. Haupt-handelspartner sind diejenigen Staaten, aus denen die Türkei ihr Öl bezieht: Irak, Iran, Saudi-Arabien und Libyen. Es herrscht beispielsweise reger Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. So hat sich die Türkei bereit erklärt, in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 24 Millionen Eier nach Irak zu liefern, ähnliche Geschäfte

mit Weizen und Baumwolle wurden bereits abgeschlossen. Eine Vielzahl von Erdöl-Vereinbarungen wurden mit Irak, Iran und Libyen abgeschlossen.

Während 1979 noch 49 Prozent aller türkischen Exporte in die Länder der Europäischen Gemeinschaft gingen, waren es in den ersten vier Monaten dieses Jahres 30 Prozent, dafür gingen 33 Prozent der Exporte in den Mittleren Osten. Und am 16. November erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Turgut Özal kurz vor seiner Reise nach Libyen, daß »44 Prozent unserer Gesamtexporte in die arabischen Länder gehen«. In Libyen traf er mit Muammer Al Kaddafi zusammen, mit dem er ein Abkommen unterzeichnete. Demnach sollen nicht nur die Handelsbeziehungen weiter ausgebaut werden, sondern auch die »kulturellen und pädagogischen Beziehungen entwickelt werden«. Kaddafi zu dem Abkommen: »Unsere Beziehungen basieren auf brüderlicher Liebe.«

Gleichzeitig werden staatliche türkische Unternehmen, insbesondere die Staatliche Eisenbahngesellschaft (DDY) und die Hydraulic-Firma (DSI) in Libyen aktiv. Beobachter bemerkten dazu, daß dieses Engagement im krassen Widerspruch zu dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IMF) steht. Der IMF hatte erklärt, daß die türkischen Staatsunternehmen außerhalb der Türkei keine Geschäfte tätigen dürften, um die »Stabilitätsmaßnahmen« des Fonds nicht zu gefährden.

Ein weiterer wichtiger Kooperationspartner für die Türkei ist Pakistan. Ende November hielt sich Generalstabschef Kenan Evren in Islamabad auf, um auf politischem, militärischem und strategischem Gebiet engere Verbindungen mit Pakistan einzugehen.

Islamische Bombe

Geheimnisumwittert ist dabei die Kooperation zwischen der Türkei und Pakistan in Sachen Atomkraftwerke. Man kann davon ausgehen, daß die beiden Militärregenten eine enge Kooperation nicht nur über den Bau von Atomkraftwerken, sondern auch von Atomwaffen beschlossen haben. Diplomatische Kreise in Ankara sprechen davon, »daß wir im nächsten Jahr Augenzeuge bei der Herstellung einer Islamischen Bombe werden, die in Kooperation

zwischen der Türkei und ihren beiden größten Partnern, Pakistan und Libyen, hergestellt wird«.

Schließlich wird deutlich, daß gerade die Rüstungsindustrie, die in den letzten Jahren in der Türkei mit US-Beteiligung forciert aufgebaut worden ist, mehr und mehr zu einem wichtigen Posten des türkischen Handels werden wird. So wurde im März dieses Jahres ein militärisches »Kooperationsabkommen« zwischen der Türkei und Bangladesch unterzeichnet. Die Türkei verpflichtet sich, Waffen zu liefern, wobei die Finanzierung des Geschäfts von Saudi-Arabien übernommen wird. Ähnliche Vereinbarungen sind mit Pakistan, Jordanien, Somalia und Irak getroffen worden, so daß die Türkei bereits jetzt ein wichtiger Rüstungsexporteur für islamische Länder ist.

Zugleich wird die Türkei von zahlreichen islamischen Staaten gedrängt, so etwa bei der Islamischen Konferenz in Mekka, doch eine Führungsfunktion in einem zu bildenden Militärpakt der prowestlichen islamischen Länder zu übernehmen. Für die USA und die NATO könnte das von großem Nutzen sein, denn eine strategische Achse Pakistan, Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten hätte kaum zu überbietende Vorteile gegen nationale Befreiungsbewegungen und die sie stützenden Staaten.

Die Militärs in der Türkei aber könnte es in eine Zwickmühle bringen. Einerseits sind sie auf intensive Zusammenarbeit mit den islamischen Staaten angewiesen, die ihnen immerhin Kredite durch die Islamische Entwicklungsbank geben – vom Schwert des Islams, dem Öl, überhaupt nicht zu reden. Andererseits drängen die USA die Türkei, sich aktiv an der militärischen Eingreifreserve der USA in der Golfregion zu beteiligen, was wiederum zu Konflikten in den Anrainerstaaten führen kann.

In den letzten Wochen hat die türkische Militärjunta deutlich gemacht, daß sie sich wegen ihrer Rücksichtsmaßnahmen auf die islamischen Staaten an einer solchen Einheit nicht beteiligen werde. Da sie jedoch ein militärisch-strategischer Transmissionsriemen von USA- und NATO-Interessen gegenüber den Staaten der Islamischen Welt ist, braucht sie sich andererseits auch nicht direkt an der Eingreifreserve zu beteiligen.

Die Militärs, prowestlich ausgerichtet, haben dabei in ihren eigenen Reihen mit Widerständen zu rechnen. Bekannt ist, daß die isolationistische faschistische MHP über starken Anhang

unter den Militärs verfügt, andererseits viele Militärs sich nicht mehr vom Westen gängeln lassen wollen. Das neue nationalistische Wiedererwachen, der Patriotismus, bietet der Mehrheit des Volkes sicher keine religiöse Befriedigung, übertüncht jedoch die sozialen Spannungen. Bemerkenswert ist, daß die Institution Demokratie in diesem politischen Klärungsprozeß einen außerordentlich geringen Stellenwert hat und zwar bei weitaus mehr Türken, als man gemeinhin annimmt.

Im Gegensatz dazu steht die Situation der Kurden. Der österreichische Bundeskanzler Kreisky sprach vor kurzem davon, daß das ungelöste Kurdenproblem in der Türkei »der politische Sprengstoff der nächsten Jahre sein wird«. Denn die Kurden lassen sich von dem nationalistischen Getöse aus Ankara nicht beeindrucken. Sie kämpfen, wenn es sein muß, auch mit der Waffe für ihre nationalen Rechte. Der Islam spielt bei den Kurden keine Rolle. Sie sind motiviert von der tiefen Sehnsucht nach politischer Unabhängigkeit.

Hungerstreik gegen Folter und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, Bonn, Januar 1981



Rückkehr zur Demokratie? Hintergründe und Konsequenzen des Militärputsches vom 12. September 1980

Am 11. September 1980 begann in der Türkei, unter dem Kommando der NATO-Südoststreitkräfte, das Manöver »Anvil Express«. 3 000 Soldaten der NATO-Alliierten haben an diesem Manöver teilgenommen. Donnerstagabend, 11. September 1980: Ein Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks erkundigte sich, ob etwas über einen Militärputsch in der Türkei bekannt wäre. Ein Freund von ihm, aus der Türkei, hätte einen Divisionsbefehl als Fotokopie gesehen, wonach die Militärs in dieser Nacht die Macht übernehmen, das Parlament auflösen und alle Parteien verbieten werden. Er fragte, ob diese Nachricht zutreffen könne. Nachfragen bei türkischen Journalisten in Bonn ergaben nichts definitives: »... ein Putsch sei zur Zeit nicht zu erwarten«.

Die Redakteure der türkischen Zeitung Demokrat in Istanbul wußten auch nichts über einen bevorstehenden Putsch: »Nicht heute nacht, aber am Samstag«, meinten sie. Ahnungslos gaben sich auch Angehörige der US-Botschaft in Ankara, die beim Verteidigungsministerium nachfragten, was es mit den verstärkten Truppenbewegungen um Ankara auf sich habe. »Nichts besonderes, nur eine Übung«, erhielten sie als Antwort. Anwesend in der US-Botschaft am 11. September war J. Williams, im US-State-Departement zuständig für die Türkei. Von sich selbst sagt er, daß er das »Schicksal« habe, auch beim Militärputsch in Athen und beim Kriegsausbruch in Zypern rechtzeitig am Ort des Geschehens gewesen zu sein. Von Zufälligkeit kann sicherlich keine Rede sein. Auch der »Anti-Terror-Spezialist« und spanische Militärattachée an der Botschaft in Ankara meldete schon 12 Stunden vor dem Eingreifen des Militärs der Regierung in Madrid den bevorstehenden Putsch. »Die Spanier elektrisiert dabei der Hinweis, die Türkei sei auch das Beispiel für einen militärischen Staatsstreich, der vom Westen akzeptiert wird.« (Süddeutsche Zeitung vom 24.11.1980)

Am 12. September 1980, am frühen Morgen, tickerten schließlich die Nachrichtenagenturen weltweit: »Die Militärs haben in

der Türkei die Macht übernommen, die Parteien und das Parlament wurden aufgelöst.«

Der Putsch kam demnach nicht so unerwartet, wie die westlichen Medien verkündeten, und er wurde mit mehr oder minder großer Erleichterung aufgenommen. »Endlich gibt es in der Türkei, einem zuverlässigen NATO-Verbündeten von unschätzbarem Wert, einen Gesprächspartner, mit dem der Westen mit einer gewissen Hoffnung auf eine Einigung über Geschäfte, politische und militärische Geschäfte reden kann.« (The Daily Telegraph, London, 13.9.1980)

Immerhin könnten sich in der nächsten Zeit, so resümieren westliche Außenpolitiker, außerhalb des vertraglich fixierten Wirkungsbereiches der NATO Umwälzungen ergeben, besonders in Afghanistan, am Persischen Golf, im Nahen Osten oder in Afrika, die die Interessen der USA und der NATO tangieren. Offen meldete die Tageszeitung »Aurore« aus Paris, am 13.9.1980: »Die Türkei ist ein wunderbarer der UdSSR vorgelagerter Flugzeugträger, dessen Verlust für das Atlantische Bündnis unersetzlich gewesen wäre.«

Tröstlich für den Westen war, daß die Mitglieder der neuen Militärjunta, die verkündeteten, bald zur Demokratie zurückkehren zu wollen, hohes Vertrauen bei der NATO hatten. Solange die Probleme der Türkei jedoch nicht gelöst wären, würde die »Demokratie durch die Anwesenheit tugendhafter Männer weiterbestehen«, verkündete der neue Junta-Chef General Kenan Evren. Diese Suche nach der Tugend und der Einheit hat im Gefängnis Karabük am Schwarzen Meer schon am Tag des Putsches ein Echo gefunden. Verbrüderungsszenen zwischen Häftlingen unterschiedlicher politischer Gesinnung hätten stattgefunden. In Istanbul haben sich die politischen Häftlinge gleichermaßen versöhnt, jedoch auf »Anregung« der für die Sicherheit verantwortlichen Militärs.

Die »tugendhaften Männer« demonstrierten in der Zwischenzeit eine Form von Demokratieverständnis, das offensichtlich den westeuropäischen Staaten in ihr Konzept zur Sanierung des türkischen Staates paßte, ein Konzept, »das als Modell für Demokratien im Nahen und Mittleren Osten gelten soll«, so das US-State-Departement.

Das Parlament wurde aufgelöst, die Immunität der Parlamentarier aufgehoben, die Verfassung außer Kraft gesetzt, alle politischen Parteien wurden verboten, Vereine und Verbände mit Ausnahme des »Roten Halbmond« geschlossen und ihre weiteren Tätigkeiten untersagt, die linke Gewerkschaftsföderation DISK aufgelöst und jegliche Streikaktionen verboten. Die streikenden Arbeiter, über 240 000, wurden unter Androhung von Strafen zur Arbeitsaufnahme gezwungen.

Für die westlichen Journalisten, die nach dem Militärputsch in die Türkei kamen, mußte das eine Erlösung gewesen sein. Ihr meist einziger Aufenthaltsort in Ankara war das Nobel- und Feudalhotel »Büyüik Ankara«. Dort aber hatten die Angestellten vor dem 12. September gestreikt, so daß auch die Cocktailbar, üblicherweise der Ort, an dem Artikel über die Türkei geschrieben werden, geschlossen war. Im Büyüik Ankara hatten die Journalisten und Kommentatoren an den Bars wieder viel Zeit. Hier entstanden dann die Artikel, die vom Erbe Atatürks sprachen, das die Generäle durchsetzen wollten, und daß die Generäle ja nur den Wohlstand ihres Volkes im Auge hätten. Wohlwollend wurde vermerkt, daß die Generäle über allen Klassen ständen, ja, seitdem die Militärs regierten, es überhaupt keine sozialen Klassen mehr gibt, sondern nur noch das türkische Volk als eine Einheit. »Sie (die Offiziere) fühlten sich – und fühlen sich wohl auch heute noch – als Hüter des europäisch-modernistischen Erbes des Republikgründers Kemal Atatürk, der Demokratie und der Ordnung.« (Die Welt, 14.9.1980)

So geblendet von vermeintlichen politischen Idealen der Einheit der Nation, wo es weder Rechts noch Links, keine sozialen Klassen, also weder Reichtum noch Armut geben kann, übersah man gnädig, daß inzwischen Abertausende tatsächlicher, besonders jedoch vermeintlicher Terroristen Massenverhaftungen zum Opfer fielen. Als Grund für eine vorläufige Festnahme reichte es aus, Bewohner eines bestimmten Gebietes zu sein, einen »Terroristen« in der Familie zu haben oder ihn zu kennen. War vor Beginn des Kriegsrechts, Ende Dezember 1978, die Dauer der vorläufigen Festnahme gesetzlich auf 4 Tage beschränkt, wurde sie danach auf 15 Tage und in einem zweiten Streich auf 30 Tage ausgedehnt. Nach der Machtübernahme durch die Generäle hat man sich darauf geeinigt, diese Haftdauer auf 90 Tage zu verlän-

gern – es ist die Zeit der Folterer. Mindestens 12 Oppositionelle sind in der Zeit vom 12. September bis zum 20. November zu Tode gefoltert worden; 16 Linke wurden darüberhinaus »tot aufgefunden«. Sie wurden zuvor gefoltert und dann irgendwo an den Rändern der Stadt hingeworfen.

Jetzt herrscht in der Türkei eine relative Ruhe. Damit ist in der Türkei, generalstabsmäßig vorbereitet, genau das erreicht worden, was die politische Opposition seit Monaten fürchtete und Bülent Ecevit, nach seiner Verhaftung durch die Militärs, einem Freund mitgeteilt hatte: Demnach war der Militärputsch ein Komplott mit dem Ziel, die Demokratie zu zerstören, um ein neues ökonomische Modell in der Türkei durchzusetzen. Die demokratischen Institutionen wurden zuvor systematisch zerstört, der Terror wurde aufgeputscht. Dabei weist Ecevit, von 1977 bis 1979 Ministerpräsident, auf die Tatsache hin, daß linken Orga-



nisationen Terroraktionen in die Schuhe geschoben worden sind, die von den faschistischen Organisationen der MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) durchgeführt worden sind. Ecevit: »Wie die Rechten den Terror forciert haben, belegen die gefundenen Quittungen von Dev-Yol in der MHP-Zentrale, die beweisen sollen, daß Dev-Yol für Anschläge verantwortlich war, obwohl sie von der MHP ausgeführt worden sind.«

Um das neue ökonomische Modell durchzusetzen, mußten die Arbeiterrechte aufgehoben und die Verfassung mußte außer Kraft gesetzt werden. Genau jenes, von Ecevit erwähnte neue Wirtschaftsmodell, das eine bürgerliche Regierung aufgrund des parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstandes nicht in vollem Umfang durchsetzen konnte, wird jetzt von der Militärjunta widerstandslos dem Volk oktroyiert. Das Ziel des bis zum 12. September 1980 regierenden Ministerpräsidenten Demirel war nämlich, die Türkei von einer geschlossenen, ausgesprochen protektionistischen Wirtschaft in eine freie Marktwirtschaft westlicher Prägung umzuwandeln.

»Wir versuchen zu erreichen«, erklärte Yildirim Aktürk, der in Liverpool ausgebildete stellvertretende Leiter der staatlichen Planungsbehörden, »daß die Regierung erst die wirtschaftliche Strategie festlegt und anschließend alles übrige dem freien Spiel der Marktwirtschaft überlassen bleibt.« (The Times, London, 22.7. 1980)

Die Milliarden-Gelder, die der Internationale Währungsfond, die OECD und die Weltbank der bankrotten Türkei 1980 durch eine Stützungsaktion zubilligten, waren an Bedingungen geknüpft: Abbau von Importsteuern (Schutz der heimischen Industrie vor Konkurrenz) und Öffnung für ausländische Investitionen, beispielsweise Anreize für Erdölsuche und -förderung auch unter Beteiligung von privatem und ausländischem Kapital. Diese Politik aber stand und steht in krassem Widerspruch zur Politik von Atatürk, auf den sich sowohl Demirel als auch die Militärjunta berufen. Kemal Atatürk, Staatsgründer der türkischen Republik, hatte bereits während des Unabhängigkeitskrieges darauf hingewiesen, daß zur vollständigen Unabhängigkeit und Freiheit des Landes sowohl die politische, militärische, juristische, finanzielle und auch wirtschaftliche gehört. »Aus diesem Grund wurde bei dem historischen Kongreß von Izmir beschlos-

sen, eine eigene nationale Industrie auf der Grundlage der vorhandenen Rohstoffe aufzubauen und das dafür nötige Kapital bereitzustellen; das ausländische Kapital zurückzudrängen, das Land durch den Bau eines Eisenbahn- und Straßennetzes zu erschließen und die landwirtschaftlichen Erträge zu erhöhen. Wo es an privatem Kapital mangelte, sollte sich der Staat direkt in den Wirtschafts- und Verkaufsaufbau einschalten.« (J. Glasneck, Kemal Atatürk und die moderne Türkei, Berlin (Ost) 1971, S. 248)

In krassem Widerspruch dazu steht die Wirtschaftspolitik der alten Regierung Demirel und ebenso die der neuen Militärjunta. »Das neue türkische Kabinett schwört auf wirtschaftlichen Liberalismus«, meldete die Brüsseler Zeitung De Standaard am 23.9. 1980, und es sei zu hoffen, »daß die Sozialgesetze revidiert werden, darunter auch das Pensions- und Altersgesetz« (FAZ vom 27.9.1980).

Auch wenn die Wirtschaftspolitik der Militärjunta mit den Prinzipien von Kemal Atatürk zur Unabhängigkeit der Türkei wenig zu tun hat, so müssen doch zehntausende politischer Gefangenen jetzt alle Werke von Atatürk auswendig lernen – andere Literatur zu lesen ist verboten. Die Soldaten hören dann ab, ob die Lehren von Atatürk korrekt auswendig gelernt worden sind.

»Jetzt können wir endlich all das machen, was zuvor nicht möglich war«, sagen Wirtschaftswissenschaftler und Politiker. Aber schon in der Vergangenheit hatte die Regierung von Demirel versucht, die oppositionellen Kräfte mit Terror und Einschüchterung in Schach zu halten, jedoch meist vergebens. Es entwickelte sich die »sui-generis Demokratie« Türkei: durch Staatsterror die vielfältige Opposition auszuschalten.

Denn dieser Militärputsch ist nicht ohne die Entwicklung in den letzten Monaten zu verstehen, die bei uns allgemein als Auseinandersetzung zwischen »Links- und Rechtsterroristen« bekannt wurde.

»Wir erleben das brutalste Regime auf der Welt nach dem Sturz von Idi Amin. Theoretisch ist die Türkei ein demokratisches Land, in welchem aber die elementaren Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Die Folterer sind die Sicherheitskräfte dieses Staates. Die jetzige Gerechtigkeitspartei und ihre Regierung haben ihre Annäherungsphase an die faschistische MHP

schon längst beendet. Sie sind die MHP! Die wirkliche Absicht dieser Demirel-Regierung zielt darauf, aus der Türkei einen süd-amerikanischen Staat zu machen.« (Nachrichtenbulletin der CHP-Fraktion, Ankara, 14.2.1980)

Nachdem die Regierung Demirel Anfang 1980 alle Bedingungen des IMF und der OECD-Staaten zur Gewährung von Krediten und Wirtschaftshilfe in Höhe von insgesamt 3 Mrd. Dollar erfüllt hatte, u.a. eine 60prozentige Abwertung der Türkischen Lira (TL), die Abschaffung der Subventionen für Nahrungsmittel und für staatliche Betriebe, keine Preiskontrollen – brachen in der Türkei schwere soziale Unruhen aus. Durch die enormen Preissteigerungen (im Durchschnitt 300 Prozent bei einer Inflationsrate von 100 Prozent) fiel das Einkommen der Lohnabhängigen weit unter das Existenzminimum.

»Parlamentoda Demirel – Sokakta Türkes«: Demirel im Parlament – Türkes in den Straßen. Das war schon in den siebziger Jahren die Devise der rechten Kräfte, um die Macht im Staate mit allen erdenklichen Mitteln abzusichern (vgl. Kapitel »Türkischer Nationalismus und die Grauen Wölfe«). Anfang 1980 eskalierte diese Zusammenarbeit zwischen faschistischen Terrorbanden und den staatlichen Organen, was schließlich zur Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen aus ihren Heimatstädten führte. So in Yozgat oder in Kayseri. Nach Ansicht des CHP-Parlamentariers und ehemaligen Finanzministers Ziya Müezzinoğlu lebt die Bevölkerung in dieser Stadt wie in einem »Nazi-Camp«. Demnach lassen die »Grauen Wölfe« keinen einzigen Lehrer und Schüler in die staatlichen Schulen gehen, der nicht Mitglied der MHP oder ihrer Jugendorganisation ÜGD ist und im Monat 20 TL für diese Organisation zahlt. Der Parlamentarier meint, daß die Bevölkerung in dieser Stadt keine Möglichkeiten mehr hat, sich juristisch gegen diese Banden durchzusetzen, weil vom Gouverneur (Vali) bis zum Büroboten (Hademe) alle militante Mitglieder der MHP und der ÜGD seien:

»Die verprügelten und gefolterten Menschen finden keine einzige staatliche Stelle, die ihre Beschwerden aufnimmt. Sogar der Fahrer des Vali geht zusammen mit den faschistischen Militanten auf bewaffnete Überfälle. 200 MHP- und ÜGD-Mitglieder gehen nachts durch die Stadt und singen faschistische Lieder, nachdem

sie Geschäfte und Büros Andersdenkender geplündert und in Brand gesteckt haben.« (Demokrat, 13.4.1980)

Gesungen wird in Kayseri, seitdem Demirel einen neuen »Vali« (Gouverneur) eingesetzt und den Staatsapparat von demokratischen Elementen gesäubert hatte. Anfang Februar 1980 wandte sich eine Abordnung der alevitischen Bevölkerung von Kayseri an die Zentrale der CHP in Ankara und beschwerte sich über den Polizeiterror in der Stadt. »Wir werden von der Polizei mit verbundenen Augen zu einem unbekannten Ort geschleppt und gefoltert. Die Polizei sagt zu uns immer: 'Seit ihr Aleviten? Warum gebt ihr eure Stimme der CHP? Ihr müßt MHP wählen. Wenn ihr die MHP wählt, werden wir euch freilassen.'« Das war aber erst der Beginn der Repressionen gegen alle Linken in Kayseri. Gezielt gingen die rechten »Staatsterroristen« gegen alle Repräsentanten demokratischer Bewegungen vor, insbesondere gegen Rechtsanwälte, Lehrer, Intellektuelle und linke Politiker, indem sie als »Kommunisten« diffamiert wurden.

Am 6. Mai fand in Kayseri eine Großkundgebung der MHP und ihrer Gewerkschaft MISK statt. Sprecher: Alparslan Türkeş. Die Kundgebung stand unter dem Motto: »Der im Schweiß seines Angesichts Arbeitende und die nationale Einigkeit«:

»Jeder war darauf erpicht, den Basbug (Führer) zu sehen und ihn an sein Herz zu drücken. Das war weder zum ersten noch zum letzten Mal. Schwere Tage hatte dieses Anatolien hinter sich. Anatolien wußte, bei wem die Rettung lag. Vor nichts hat die anatolische Bevölkerung Angst. Sie hat auf der Kundgebung der MISK bewiesen, daß sie keine Angst hat. An dieser Kundgebung beteiligten sich auch Gewerkschaften der 'Föderation Türk-İs' (gelbe Gewerkschaft, die mit dem DGB verbunden ist, d. Verf.), 10 000 sangen zusammen die Nationalhymne, so daß die Erde bebte. Anstelle der roten Fahnen, die die Kommunisten immer tragen, wehten tausende von Nationalfahnen.« (Bericht der faschistischen Tageszeitung HERGÜN, 7. Mai 1980)

Die Menge war aufgehetzt. Am nächsten Tag, am 8. Mai, wurde der Vorsitzende der CHP in Kayseri, Rechtsanwalt Mustafa Kululoglu von den »Grauen Wölfen« auf offener Straße ermordet. Am gleichen Tag noch erklärte Mustafa Üstündag, Generalsekretär der CHP: »Der Gouverneur von Kayseri hatte schon vor langer Zeit den Vorsitzenden der CHP als Ziel angegeben.« Aber auch in

den Schulen räumten die Faschisten auf. Im Kayseri-Lisesi verkündete Mehmet Yontay, neuer Direktor des Gymnasiums und altes MHP-Mitglied, auf der Lehrerkonferenz: »Gott hat uns diese Möglichkeit gegeben. Ab jetzt wird in dieser Schule nach unserer Pfeife getanzt.«

Sein Stellvertreter, Osman Özdemir meinte: »Diese Schule wird idealistisch und nationalistisch werden. Ich werde dabei vor nichts zurückschrecken.« Özdemir war kein Unbekannter in Kayseri. In einer Ortschaft hatte er sein eigenes Haus mit Dynamit in die Luft gesprengt und behauptet, daß die Tat von linken Lehrern verübt worden sei. Allerdings ermittelte die Staatsanwaltschaft, daß er es selbst getan hatte.

Der Führer all dieser Banden ist der Ex-Obrist Alparslan Türkeş, auf dessen Lebenslauf und Hintermänner wir im Kapitel über den »Türkischen Nationalismus« ausführlich eingehen werden. Seine Philosophie zeichnet sich durch folgende Erkenntnisse aus: »Wir wollen eine Türkei, die von Krankheiten geheilt ist, deren Bevölkerungszahl steigt, deren Moral verbessert und deren Industrie entwickelt ist. Wir wollen unsere Rassenbrüder im Ausland retten. Die Wiedervereinigung der türkischen Nation, die wegen ihrer glorreichen Geschichte mit ihren Siegen und Eroberungen nahezu in aller Welt Sympathien hervorruft, lehrt vielen Nationen das Fürchten. Denn dieses Wiederaufleben stößt nicht nur bei einigen Nationen, die kleiner werden bzw. ganz verschwinden müssen, sondern auch bei großen Handelsnationen auf großen Widerstand. Diejenigen, die ohne Gefahr leben wollen, sollen Selbstmord begehen. Das Leben ist voller Gefahren. Eine Nation braucht nationale Ziele. Sie ist keine Viehherde. Nur wenn sie das Ziel vor Augen hat, wird sie zur Nation. Sollen wir also, um die weggerissenen Teile unserer Rasse zu retten, alles, einschließlich den Krieg, in Kauf nehmen? Jawohl, das müssen wir.« (Orta Dogu, Parteiorgan der MHP, 20.12.1976)

Unter diesen Voraussetzungen kann es niemanden verwundern, daß die Anzahl der bei politischen Attentaten liquidierten Menschen in den ersten 6 Monaten der rechten Demirel-Regierung auf 1 500 geklettert war – ein, wie sich am 12. September herausstellte, erfolgreicher Versuch der politischen Destabilisierung der Türkei. Dabei versuchte Ministerpräsident Demirel mit

allen Mitteln, die Morde der MHP zu decken, indem er lakonisch verkündete: »Es gibt keine rechten Terroristen.«

In Adana meldeten die Zeitungen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, drei Attentate gegen prominente Linke. Und zwar gegen den Polizeipräsidenten Cevat Yurdakul, der zur Zeit von Ecevit mehrere Rechtsextremisten verhaftet hatte, gegen den Anwalt Halil Sitki Günoglu, der bei den Prozessen gegen die Verantwortlichen des Massakers von Kahramanmaraş als Nebenkläger die Rechte der bei den Massakern Ermordeten vertrat, und schließlich gegen den CHP-Vorsitzenden von Adana, Ahmet Albay. Alle wurden, nach ballistischen Untersuchungen, mit derselben Waffe ermordet. Und die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß die Waffe von einer Zentrale ausgegeben worden ist: der Zentrale der MHP.

Polizeiberichte aus dem Jahr 1979, als Ecevit noch die Regierung führte, haben nachgewiesen, daß in Adana die MHP und ihre Kommandos für eine Vielzahl politischer Morde verantwortlich waren. Wir werden uns diesem Bereich ausführlich widmen, um aufzuzeigen, welche Gefahr von diesen Killern und ihren Hintermännern heute noch ausgeht, wie sie operieren und wer sie unterstützt – in der Türkei wie in der Bundesrepublik.

Die MHP aber steht nicht allein da mit ihrem Terror. Sie ist nur eines der drei Exekutivorgane des »militärisch-industriellen Komplexes«, die die Türkei beherrschen. Außer den Todesschwadronen der Nationalisten operieren auch der CIA und die »Konter-Guerilla«. Die Aufgabe der letzteren Organisation ist es, die antikapitalistische, nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit strebende Volksbewegung zu unterwandern und zu zerschlagen. Tatsächlich war die Bekämpfung des Terror, in Wirklichkeit ein Bürgerkrieg, der in den letzten beiden Jahren 5 000 Menschen das Leben kostete, nur ein psychologisch wirksames Alibi für die Junta gewesen, zu intervenieren. Denn zum einen herrschte schon seit Ende 1978 in den wichtigsten »Terrorzentren« der Ausnahmezustand und damit das Kriegsrecht, wodurch die Militärs die gleichen Befugnisse hatten wie nach dem Militärputsch. Konnten die Militärs vor dem 12. September trotz aller Machtbefugnisse die Mörder und Terrorzentren nicht ausfindig machen, war es nach dem 12. September auf einmal möglich. Warum nicht vorher? Der türkische Geheimdienst MIT hatte alle

Informationen gesammelt, wußte wer wen ermordet hat, wo die Mörder zu finden sind, wo ihre Hintermänner sitzen – doch diese Informationen wurden nicht weitergegeben. Der MIT, durchsetzt von US-Beratern, lieferte das Material erst nach dem Putsch, so daß danach reibungslos die Verhaftungen vorgenommen werden konnten. Die politische Strategie, die hinter dieser Informationsblockade bis zum 12. September lag: den Terror so hochzuputschen, daß die Militärs einen Anlaß haben, zu intervenieren.

Psychologisch geglückt war denn auch die Maßnahme der Militärjunta, die faschistischen Organisationen der MHP und ihrer Nebenorganisationen zu verbieten, den MHP-Führer Alparslan Türkeş zu inhaftieren und ihm einen Prozeß zu machen. Vor dem Militärputsch hatte er großen politischen Einfluß, auch unter dem Militär. Doch als er seine Rolle ausgespielt hatte, konnte er beruhigt geopfert werden. Aber das wichtigste, so General Kenan Evren: »Seit unserer Machtübernahme wurden abertausende linke Personen durch die Operationen unverletzt, verletzt oder tot festgenommen.«



Angehörige von Polizei und Armee während der Durchsuchungsaktion in Izmir

Nach diesem Militärputsch war die türkische Innen- und Außenpolitik kalkulierbar für den Westen geworden, eine der Bedingungen, damit der Westen die Türkei weiter militärisch und wirtschaftlich unterstütz oder, wie die Bundesregierung im Zuge der deutsch-türkischen Freundschaft nach dem Militärputsch, 1 Million Mark für Polizeizwecke an die Türkei schenkte.

Noch wichtiger als die Durchsetzung eines ökonomischen Modells zur Sanierung der türkischen Wirtschaft war unzweifelhaft die geo-strategische Rolle, die die Türkei im Nahen- und Mittleren Osten zur Zeit spielt. »Die Türkei ist ein NATO-Staat von Gewicht. Sie ist ein notwendiger Stabilisierungsfaktor der Südflanke der westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Würde das Land aus dieser Koalition ausbrechen, Teil eines neutralen, wahrscheinlich westfeindlichen islamischen Blocks werden oder den Russen anheimfallen, so würde damit auch die Sicherheitskonzeption der Bundesrepublik ausgehöhlt.« (Beiträge zur Konfliktforschung, Bonn 1979, Heft 4). Im wesentlichen geht es für die NATO und die USA darum, den zunehmenden Einfluß der UdSSR im Nahen- und Mittleren Osten zu unterbinden und gleichzeitig zu verhindern, daß die Türkei, als vorgeschobener NATO-Posten und südöstliche Flanke der NATO, aufgeweicht wird. Ansonsten nämlich wären die westlichen Positionen im Persischen Golf und Indischen Ozean gefährdet. Nachdem der Iran als Einflußgebiet verloren gegangen war, die Abhängigkeit der Europäer vom Öl jedoch noch größer geworden ist, mußte es darauf ankommen, dafür zu sorgen, daß in den Regionen im Mittleren und Nahen Osten stabile Verhältnisse herrschen.

Hier manifestiert sich nun, am Beispiel der Türkei, eine vollkommen neue politische Strategie sowohl der USA als auch der europäischen Staaten. Gab es in der Vergangenheit Widersprüche zwischen den europäischen Staaten und den USA, so sind diese einer gemeinsamen Politik der Arbeitsteilung gewichen. Die Region des Persischen Golfes und der Anliegerstaaten ist für die USA lediglich von militärischem Interesse, um ihr Einflußgebiet zu sichern und schließlich danach neue Absatzmärkte zu erobern. Hat die Bundesrepublik bislang eine Politik der Entspannung und Friedenssicherung verfolgt, gibt es mit zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten, der Abhängigkeit vom Öl, eine Politik der Stärke, auch der militärischen Präsenz, die das Ziel hat, die Inter-

essen des bundesdeutschen und europäischen Kapitals durchzusetzen. Aus diesem Grund werden Staaten wie die Türkei unter allen Umständen an den Westen gefesselt, gleichgültig unter welchen Bedingungen. Der militärische Aspekt: Zur Zeit können die Türkei und Ägypten alle sowjetischen See- und Luftstreitkräfte, die zum Golf oder nach Afrika vordringen wollen, kontrollieren. Das gilt auch für die Kontrolle von Waffenlieferungen für nationale Unabhängigkeitsbewegungen. Dazu hat Kairo inzwischen eine »blocking role« gegen die UdSSR eingenommen, um den vermuteten oder tatsächlichen Einfluß der UdSSR in Afrika und im Nahen Osten zu bekämpfen. Auch die Türkei soll diese Rolle spielen, um jegliche »penetration« von westlichen Einflußgebieten durch die UdSSR zu verhindern. Schließlich verfügt die Türkei, wegen der geografischen Lage, über eine strategische Kontrolle zum Mittelmeer für Schiffsbewegungen aus dem Schwarzen Meer heraus. Dadurch kann das Mittelmeer jederzeit von den NATO-Streitkräften kontrolliert werden.

Lawrence L. Whetten, amerikanischer Staatsbürger und Professor der Universität von Süd-Kalifornien, der im Auftrag der Thyssen-Stiftung an einem Buch über den neuen »internationalen Kommunismus« und im Auftrag der VW-Stiftung an einem Buch über »Sowjetisch-Türkische Beziehungen« arbeitet, schreibt: »Für die UdSSR ist die Türkei eine natürliche Barriere, durch die ihre Präsenz und ihr Einfluß in den radialen arabischen und afrikanischen Staaten geschwächt wird. Die Krisen in Südwestasien haben gezeigt, daß die UdSSR sehr wohl in der Lage ist, regionale Entwicklungen in jenen Gebieten zu beeinflussen, die für den Westen von vitalem Interesse sind.«

Gemeint sind natürlich die Ölregionen. Insofern stört es nicht nur die USA, sondern auch die Bundesregierung, daß die UdSSR einen schwunghaften Handel mit der Türkei betreibt. Für die Türkei ist die UdSSR die größte Einzelquelle bei der Kreditvergabe und der wirtschaftlichen Hilfe, die UdSSR hat sich für die Türkei zum bedeutenden Handelspartner entwickelt. Entwicklungsprogramme werden von der UdSSR finanziert oder konstruiert, wodurch die Position der Türkei als führender Stahlproduzent und als Schiffsbaunation im Mittleren Osten gestützt wird. Die USA erblicken allein darin die Politik der »Penetration« durch die UdSSR, die deshalb vom Westen bekämpft wird, weil

sie nach Meinung der politischen Militärstrategen nur das Ziel hat, die Türkei vom westlichen Bündnis abzuspalten. Auf der anderen Seite ist die Türkei nicht nur ein Stützpunkt von wesentlichem Interesse, weil von den Basen der NATO in der Türkei aus eine Reihe von sowjetischen Zielen leicht erreicht werden kann. Vielmehr ist die Türkei der wichtige politisch-militärische Vorposten gegen die revolutionären Bewegungen in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten. Unzweifelhaft richtete sich der Putsch genau aus diesem Grund auch gegen die vermeintlichen separatistischen Bewegungen im Osten der Türkei, gemeint sind die Kurden. Kurdische Aufständische, teilweise in Guerillagruppen agierend und mit den Palästinensern zusammenarbeitend, fordern das Recht auf Selbstbestimmung. Sie stellen dadurch einen Unruheherd nicht nur für die Türkei als Nation dar, sondern auch für die NATO, die in Ostanatolien über bedeutende Radar- und Militärstützpunkte verfügt. Vom Osten der Türkei, aus kurdischem Gebiet, ist es ein leichtes, den Persischen Golf, Irak und Syrien zu erreichen. Bekräftigt wurde die militärische Position von Türkisch-Kurdistan nach dem 12. September durch den Bau eines Flughafens in Hakkari, einer Provinz direkt an der iranisch-irakischen Grenze. Gebaut wird die »Air-Base« durch die USA.

Nun übernimmt die Türkei in der Tat nicht nur die Rolle einer waffenstarrenden Bastion westlicher Vorherrschaft. Vielmehr – und das dürfte die künftige Aufgabe der Türkei sein – soll sie wegen ihrer kulturellen und religiösen Verbundenheit mit den islamischen Staaten, eine Brücke zwischen den pro-westlichen islamischen Staaten und den NATO-Staaten bilden. Diese »Bridge-Policy«, die im besonderen von den türkischen NATO-Offiziellen angestrebt wird, läuft in Ansätzen auf politische Eigenständigkeit hinaus. Doch das wird nur soweit gehen, soweit es die USA zulassen, das heißt es deren Sicherheitspolitik nicht tangiert. »Sollte nämlich die Türkei nach Unabhängigkeit streben«, so der türkische Sachbearbeiter im Nationalen Sicherheitsrat im September in Brüssel, »werden wir das Land bestrafen.« Was die Türkei also spielen kann, ist eine Vermittlerfunktion zwischen dem Westen und den islamischen Staaten, mit denen die Türkei, was Kultur und Religion angeht, enger verbunden ist als mit dem Westen. Schon jetzt arbeitet die Türkei mit den islamischen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet zusammen. Es sind nicht nur

enge Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch die religiösen Verbindungen des Islams, die zunehmende Bedeutung für die Außenpolitik der Türkei haben.

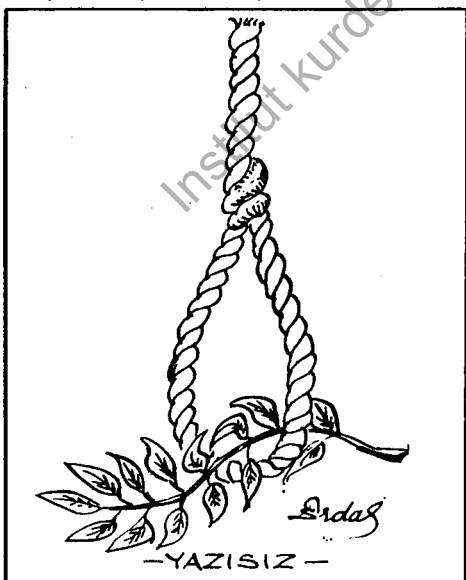
Und schließlich übernimmt die Türkei, zumindest für die außenpolitischen Zielsetzungen der USA, eine hervorragende Rolle gegenüber den Staaten der Dritten Welt, die sich noch keinem der Machtblöcke angeschlossen haben. »Das Modell Türkei«, so Paul B. Henze, im Nationalen Sicherheitsrat der USA zuständiger Türkei-Sachbearbeiter und zuvor CIA-Stationschef in Ankara, »ist nachahmenswert. Die anderen Länder sollen sich eine Scheibe abschneiden. Die Türkei wird für diese Staaten im arabischen Raum das werden, was Chile für die südamerikanischen Staaten ist – ein Hort politischer Stabilität.«

Was bleibt dabei an politischer Unabhängigkeit für die Türkei übrig? Noch meinen die türkischen Militärs, daß die Türkei von den USA nicht als Sprungbrett für militärische Aktionen im persischen Golf benutzt werden wird, sondern nur im Rahmen der legalen NATO-Aktivitäten tätig zu sein braucht. Aber: »Der NATO-Vertrag bleibt eindeutig (er untersagt den Europäern ein Überschreiten der Grenzen), die Realität ist es schon lange nicht mehr.« (Süddeutsche Zeitung, 9.12.1980)

In der Vergangenheit war die NATO ein reines Verteidigungsbündnis. Das hat sich inzwischen geändert. So wird die NATO nach Meinung von Außenminister Genscher in Zukunft auch wirtschafts- und energiepolitische Entscheidungen treffen, wird zur außenpolitischen »Clearingstelle«. Die Rollenverteilung sieht dabei folgendermaßen aus: Türkische Monopolisten und die europäischen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik, gehen davon aus, daß unter der neuen Militärjunta und ihren politischen Marionetten die Politik der »Liberalisierung« der türkischen Wirtschaft durchgeführt werden kann. Das geschieht mit der Förderung einer loyalen Staatsgewerkschaft, dem Verbot von Streiks. Fast aus deutscher Feder könnte die Bestimmung der Generäle sein, daß alle Arbeiter bestraft werden, die eine Produktionserhöhung dadurch verhindern, daß sie streiken, langsam arbeiten, ohne Erlaubnis sich vom Arbeitsplatz entfernen usw. Wer dabei erwischt wird, so die Machthaber, wird verhaftet und vor einem Gericht angeklagt.

Die NATO und die USA übernehmen die Aufgabe, die Türkei als Bollwerk gegen die radikalen arabischen Staaten als auch gegen den Einfluß der UdSSR in den Ölregionen aufzubauen und dafür zu sorgen, daß die Türkei doch als Sprungbrett zur Sicherung ihrer Vorherrschaft im persischen Golf und Indischen Ozean benutzt werden kann. Die Türkei soll gegenüber den pro-westlichen, das heißt kapitalistischen Staaten in den islamischen Ländern eine Vermittlerfunktion einnehmen, um dem Westen in diesen Ländern neue Absatzchancen bieten zu können.

Ein weiterer wesentlicher Faktor wurde vom neuen US-Außenminister Alexander Haig benannt. Demnach wird »1981 das Jahr sein, wo um die Rohstoffe Krieg geführt werden muß«. Haig meinte die »strategischen Mineralien«, wie Magnesium, Kobalt, Chrom, Platin oder Asbest, die zur Waffenfabrikation von erheblicher Bedeutung sind. Da die USA diese »strategischen Mineralien« importieren muß und die Türkei über diese Rohstoffe verfügt, werden die USA unter allen Umständen dafür sorgen, daß politische Stabilität in der Türkei herrscht. Die Türkei ist für die USA ein »Rohstofflager von eminenter Bedeutung«. (vgl.: Diplomat, Ankara, 28.1.1981)



19.2.1980

Zur Politik systematischer Unterentwicklung

Mitte 1979 verkündete der damalige Oppositionsführer Süleyman Demirel fast auf allen Kundgebungen seiner Gerechtigkeitspartei: »Ecevit – das heißt Preiserhöhungen.« In den ersten 100 Tagen des Jahres 1980, als Demirel wieder Ministerpräsident wurde, stiegen die Preise für die meisten Konsumartikel um ca. 300 Prozent. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes haben ein solches Ausmaß erreicht, daß man nicht mehr von politischem Versagen einer bestimmten bürgerlichen Regierung sprechen kann, geschweige von einer Hoffnung, daß die jetzige Junta imstande wäre, diese Situation zu verändern. Wirtschaftliches Chaos und daraus entstehendes soziales Elend sind vielmehr die Folge westlicher imperialistischer Politik, wonach zur Sicherung des Reichtums der Industriemetropolen ein Land unterentwickelt gehalten werden muß, indem es abhängig gemacht wird. Geradezu lehrbuchhaft läßt sich am Beispiel der Türkei demonstrieren, wie man eine Nation, die in ihrer Gründungszeit viel auf ihre Unabhängigkeit gepocht hat, für wirtschaftliche und militärische Ziele ausplündern kann und selbst noch an der Leiche verdient.

Die türkische Bevölkerung, mit einer hohen Rate von Analphabeten einem der rückständigsten Bildungssysteme in Europa ausgeliefert, kennt dennoch viele Namen der IMF- und OECD-Fachleute, wie den »van Lennep« oder »Noel«, kennt die Namen bundesdeutscher Finanzgenies, wie L. Kiep oder H. Matthöfer. Sie alle wollen die türkische Wirtschaft sanieren, die zuvor vom gleichen Westen demontiert worden ist. Für das Volk jedoch sind die Namen identisch mit sozialem Elend und dauerhafter Abhängigkeit von westlichen Geldern und dem damit verbundenen Verlust der Unabhängigkeit auf unabsehbare Zeit.

Am 19. Juni 1980 meldeten die Zeitungen, daß die Türkei vom Internationalen Währungsfond (IMF) in den nächsten drei Jahren einen Kredit in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar in Anspruch nehmen kann. Zusammen mit der im Frühjahr 1980 gewährten Hilfe der »Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung« (OECD) von 1,1 Mrd. Dollar, mit den 250 Mio. von Saudi-Arabien und den 260 Mio. der Weltbank addierte sich die allein 1980 vom Westen geleistete sogenannte Hilfe auf rund 3,2 Mrd. Dollar. »Damit scheint der Erfolg des unter deutscher Initiative zusammengestellten Hilfsprogramms sicher.« (FAZ, 20.6.1980)

Diese Kredite wurden – wie in der Vergangenheit – nicht bedingungslos gegeben. Schon 1977 hatte die damalige Regierung Ecevit die Defizite des Außenhandels durch Auslandskredite zu decken versucht. »Seit Monaten verhandelte die Türkei mit dem IMF über Kredite in Höhe von 120 bis 150 Mio. Dollar, aber die Bedingungen des IMF sind hart: Abwertung der türkischen Lira um 30–40 Prozent, Einfrieren der Arbeiterlöhne, Einfrieren der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und Preiserhöhungen für die Produkte der staatlichen Wirtschaftsunternehmen.« (Blätter des iz3w, Nr. 67, Februar 1978, S. 5)

Doch die sozialdemokratische Regierung Ecevit's lehnte das Diktat des IMF in wichtigen Punkten ab, so daß die Beziehungen zwischen der Türkei auf der einen und dem IMF und dem Westen auf der anderen Seite auf den Nullpunkt sanken. Als einzige Bedingung wurde die Abwertung im Juni 1979 durchgeführt und zwar um 30 Prozent. Allerdings reichte dies für die Gewährung weiterer Kredite nicht aus, und die Regierung Ecevit sprach von einer gezielten Wirtschaftsblockade des Westens gegenüber der Türkei. Der Grund: Der Westen, das heißt im folgenden immer die USA und die Bundesrepublik, hatte Angst vor der Verstaatlichungspolitik von Ecevit, wobei die Wirtschaftsmisere gerade recht kam. Erst die folgende Demirel-Regierung, Ecevit wurde 1979 wegen der ökonomischen Misere gestürzt, wurde entsprechend honoriert und erhielt die Kredite. Im Hintergrund der großzügigen Hilfe des Westens, so Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD), stand dabei die Entwicklung im Iran und in Afghanistan. Im Iran waren dem Westen wichtige Märkte und die Möglichkeit des Ausbeutens der Ressourcen verlorengegangen, und in Afghanistan sah der Westen den Vormarsch der UdSSR in Richtung Persischen Golf und seiner Öl-Vorräte.

Die Bedingungen des IMF und der OECD-Staaten für die Vergabe der langersehnten Auslandskredite erinnerten an den Ausverkauf jeglicher nationaler Souveränität:

1. Aufhebung des Streik- und Tarifrechts für fünf Jahre und Festlegung der Löhne und Gehälter durch die Regierung
2. Erhöhung der Preise für die staatlich produzierten Güter
3. Einfrieren der Preise für landwirtschaftliche Produkte
4. Einschränkung des Geldvolumens

Bis auf die Forderung nach einer Aufhebung des Streik- und Tarifrechts, für die Demirel aber schon entsprechende Gesetzesvorschläge eingebracht hatte, wurden all diese Punkte von der türkischen Regierung erfüllt. Der noch ausbleibende Punkt wurde dann am 12. September erfüllt, als die Militärjunta die Macht übernahm. Damals, 1979, hoffte die Regierung mit der westlichen Finanzspritze die lahmgelegte Produktion wieder auf volle Touren bringen zu können.

Gestützt auf einer Politik des knappen Geldes sollte kurzfristig der innere Bedarf gedeckt werden und, infolge des Warenüberschusses, sollten die Preise wieder fallen. Hatten die Konsumenten unter Ecevit zwar Geld, aber keine Waren, die man dafür kaufen konnte, war es bei Demirel genau umgekehrt. Jetzt waren alle aus dem Westen importierten Konsumartikel wieder auf Lager; aber die Konsumenten hatten kein Geld, um sie zu kaufen. Der Generaldirektor einer türkischen Bank erklärte vor Unternehmern: »Vertrauen sie nicht den Auslandskrediten der OECD- und IMF-Länder. Denn sie reichen nicht einmal für die dringenden Importe wie Erdöl und Düngemittel aus, ganz zu schweigen von den Verteidigungskosten. Der Privatsektor muß seinen eigenen Bedarf mit eigenen Exporten zu decken versuchen.« (Cumhuriyet, 20.4.1980)

An Bedingungen knüpfte auch die OECD die Gewährung von Krediten: Der Verteidigungs- und Zusammenarbeitspakt mit den USA muß ratifiziert werden, die Türkei muß den Vertrag für die Nichtbenutzung von Atomwaffen unterschreiben, und für das geplante Straßenprojekt vom Baltischen Meer zum Indischen Ozean verpflichtet sich die Türkei, den türkischen Teil der Wegstrecke selbst zu finanzieren. Diese Vertragswerke, einschließlich der Nebenabsprachen, räumen den Kapitalgebern des Westens praktisch das Recht ein, die totale Kontrolle über die türkische Wirtschaft zu erlangen. Solche Knebel-Verträge wurden bislang 27 Nationen vorgeschlagen, allerdings bisher nur von vieren, nämlich Kenia, Philippinen, Mexiko und Ägypten akzeptiert.

Dabei hat sich bei allen Maßnahmen des IMF dessen Philosophie durchgesetzt, daß zugleich das Militär und die herrschende Klasse gestärkt werden muß, damit also gerade das Herrschaftssystem, das für die Unterentwicklung verantwortlich ist, gesichert werden kann. Der Abbau der Staatsausgaben, immer wieder vom Westen gefordert, um die Wirtschaft aufblühen zu lassen, bedeutet, daß staatliche Sozialzahlungen, Schul- und Gesundheitsausgaben und Lebensmittelsubventionen gestrichen werden. Es ist eine Politik der Strangulation der armen Bevölkerung angeordnet und durchgeführt worden. »Da werden auf kaltem Wege Entwicklungsmodelle umgekrempelt, da werden den Armen Milliardenbeträge an Kaufkraft weggenommen und teilweise den kaufkräftigen Schichten und der Industrie zugeschlagen, die dank ihrer Monopolstellung die Preissteigerungen weitergeben kann. Da wird künstlich Hunger und Elend für die Ärmsten verordnet. Solche Würgepolitik mit den Kreditkonditionen macht sämtliche entwicklungspolitischen Förderungsanstrengungen zugunsten der Armen um das Zehn- oder Hundertfache zunichte.« (R. H. Strahm, Neue Züricher Zeitung, 28.9.1978)

Argumentativ und politisch exekutierend wurde genau das gemacht, was die Politik des Westens in der Türkei schon in den fünfziger Jahren auszeichnete.

»Mag es sich darum handeln, daß man da und dort einen ungünstigen Standort wählte, daß falsche Berechnungen vorlagen oder der bürokratische Apparat zahlreiche künstliche Hindernisse auf türmte. Wenn amerikanische Wirtschaftsexperten nach dem zweiten Weltkrieg in Gutachten an die türkische Regierung diese Fehler aufbauchten, so war ihre Absicht nur zu durchsichtig: Die staatliche Industrialisierung stellte ein starkes Bollwerk gegen das ungehinderte Eindringen des amerikanischen Finanzkapitals in die Türkei dar und mußte deshalb diskriminiert werden.« (J. Glasneck, Kemal Atatürk und die moderne Türkei, Berlin (Ost), 1971, S. 266)

Die Arbeitslosigkeit, die 1979 bei 14 Prozent oder 2,2 Millionen erwerbsfähigen Türken lag, hatte sich 1980 auf 26 Prozent erhöht, nicht mitgerechnet die Arbeitslosen, die sich mit Bauchläden und Kleinstverkaufsständen durchschlagen (Schnürsenkelarbeiter), auch nicht die ca. 1,8 Millionen türkischen Emigranten, die Unterbeschäftigten und die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter,

wie zum Beispiel diejenigen, die nur im Sommer auf den Baumwollfeldern im Südosten der Türkei beschäftigt werden.

Da es keine verlässlichen Statistiken gibt, ist man nur auf Schätzungen angewiesen. Demnach dürften 1979/80 ca. 25–30 Prozent der Türken im arbeitsfähigen Alter keine Chance haben, eine Arbeit zu finden. Katastrophal haben sich auch Inflationsrate und Lebenshaltungskosten entwickelt. 1980, nach Erfüllung der Forderungen des IMF, befürchtet das staatliche Planungsamt in einer internen Studie eine Inflationsrate um 150 Prozent. (Cumhuriyet, 28.11.1980)

Und wie sieht es für den türkischen Arbeiter konkret aus: Wieder nach Angaben des staatlichen Planungsamtes stieg der durchschnittliche Realstundenlohn, der 1970 41,55 TL betrug, bis Anfang 1976 auf 41,57 TL, also gerade um 2 Pfennige. (Cumhuriyet, 1.1.1976)

Bis zum September 1979 sank er wieder auf 31,70 TL. (Cumhuriyet, 6.4.1980) Heute beträgt das Durchschnittseinkommen eines Industriearbeiters monatlich 7 000–10 000 TL. Die Miete für eine 2- bis 3-Zimmerwohnung allein aber kostet in den Großstädten zwischen 7 000–15 000 TL, ein Zimmer in einem Gecekondu (über Nacht gebaute Hütten) 2 500 TL. Für die meisten Familien bedeutet dies, daß die Kinder mitarbeiten müssen. Beschäftigung finden sie in der Regel in kleinen Handwerksbetrieben, in denen ohne Arbeitsverträge und abgesicherte Löhne geschuftet werden muß. Ein Gesetz bestimmt zwar, daß Jugendliche unter 18 Jahre nicht länger als acht Stunden arbeiten dürfen, doch 81,3 Prozent aller Kinder und Jugendlichen arbeiten mehr als acht Stunden am Tag, in der Regel etwa zwölf Stunden. In der »Pasabahce Flaschen- und Glasfabrik« sind 200 Arbeiter beschäftigt, die meisten sind Kinder. Sie arbeiten für 1,50 TL die Stunde, 300 TL im Monat. (Turkey Today, Jan/Fev. 1980, S. 21)

Im November 1980 rechneten die Wissenschaftler aus, daß eine 5köpfige Familie für ein menschenwürdiges Leben im Monat etwas über 43 000 TL benötigt, meldete Cumhuriyet am 22.11.1980.

Die Preise für Medikamente stiegen ebenfalls bis zu 300 Prozent. »Das Geld reicht nicht mehr für die Arznei, sondern nur noch für den Sarg«, kommentieren Kranke und Ärzte im städtischen Krankenhaus von Ankara. Als Folge dieser Verelendung ist

die Kindersterblichkeit in Ostanatolien innerhalb weniger Monate um 35 Prozent, in einzelnen Regionen Ostanatoliens bis zu 55 Prozent angestiegen. Den Grund nennen Ärzte des Universitäts-Krankenhauses in Diyarbakir: »Hunger«.

Demirel schuf derweil für das ausländische Kapital beste Voraussetzungen, um ohne bürokratische Behinderungen investieren zu können. Er genehmigte den multinationalen Konzernen uneingeschränkte Möglichkeiten. Aber trotz entsprechender gesetzlicher Maßnahmen hatte sich bis Juni 1980 fast kein einziges ausländisches Unternehmen für Investitionen in der Türkei entscheiden können. Diese Politik der ausländischen Investoren war nicht nur auf politische Unsicherheiten in der Türkei zurückzuführen, sondern auf die Arbeitskämpfe der ausgebeuteten Arbeitnehmer und das Fehlen eines inneren Marktes mangels Kaufkraft. Die ökonomischen Schwierigkeiten wirken sich auch deutlich in der innertürkischen Investitionspolitik aus. Im Rechnungsjahr 1976/77 sollten laut Plan insgesamt 146,4 Mrd. TL investiert werden (Staatsanteil 82,9 Mrd.; Privat 63,5 Mrd.). Statt der geplanten 45 Prozent flossen nur 38 Prozent dieser Summe als Investitionskapital in die Industrie, obwohl die türkischen Industrieunternehmen, besonders im Jahr 1979 trotz der hohen Inflation in diesem Jahr, ihre Gewinne im Verhältnis zu 1978 um 101 Prozent steigern konnten (Cumhuriyet, 16.10.1980). Auffällig ist daneben, daß ein Großteil der Gesamtsumme in Thrakien/Istanbul angelegt wurde, während die äußerst armen Provinzen Zentral- und Ostanatoliens mit nur einem Zehntel bedacht wurden. Das wiederum hängt mit einer verfehlten Regionalpolitik zusammen, die bewirkt hat, daß die Städte überbevölkert und die agrarischen Räume entleert wurden. »Das Niveau der Wirtschaftstätigkeit gemessen an der regionalen Wertschöpfung zur Industrieproduktion des Landes zeigt die steigende Diskrepanz zwischen den Regionen. Während die Küstenregionen Marmara und Ägäis ihre Anteile an der gesamten industriellen Wertschöpfung von 57,9 Prozent in 1968 auf 66,8 Prozent in 1974 steigern konnten, fielen die übrigen Regionen mit Ausnahme der Mittelmeer-Region zurück. Ostanatolien von 5,45 Prozent auf 3,53 Prozent. Auch die regionale Verteilung der Produktionsstätten deutet daraufhin, wie die Wirtschaftsentwicklung die Industriezentren zu Lasten der unterentwickelten Regionen begünstigt und damit

die ungleiche Regionalentwicklung verstärkt hat. Danach erreicht 1977 der Anteil des Ostens an den Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten lediglich 3 Prozent, während die Anteile der Industriezentren von Istanbul und Izmir jeweils über 42 Prozent bzw. über 10 Prozent liegen.« (M. Ileri, Regionalpolitik als Problem der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, Vortrag auf dem Forschungsseminar der Friedrich-Ebert-Stiftung, September 1980, Brüssel) Dieses Fehlen einer Regionalpolitik hat zu den großen Disparitäten geführt, die es wiederum dem größten Teil der Bevölkerung unmöglich machen, am Markt zu partizipieren.

Einer fehlenden regionalen Strukturpolitik entspricht auch, daß die Türkei vom teuren Erdöl abhängig ist, ohne die vorhandenen Energieträger selbst auszubeuten. 1980 mußte die Türkei ihre gesamten Exporterlöse für Ölimporte aufwenden. »Mitte 1980 braucht die Türkei ca. 8 Mio. US-Dollar pro Tag für Erdöl. Falls die Abhängigkeit vom Erdöl nicht reduziert werden kann, wird sich der Erdölbedarf für 1983 verdoppeln und bei steigenden Erdölpreisen die Türkei zum absoluten Ruin führen.« (The Turkish Economy, Verband der türkischen Industriellen und Geschäftsleute, TÜSIAD, Istanbul 1979, S. 297)

Der Hintergrund dieser Misere: Die Öl-Produktion in der Türkei wird zu etwa zwei Dritteln von den beiden Multis Shell (50 Prozent) und Mobil-Pan-Oil (13 Prozent) kontrolliert. TPA, die staatliche türkische Erdölgesellschaft, ist auf das technische Know-how und auf die Bohraggregate der Multis angewiesen. Alternative Energieträger werden von der türkischen Regierung nicht entwickelt, bzw. nur durch projektgebundene Auslandshilfe vorangetrieben. So finanziert die schwedische Regierung in der überschwemmungsgefährdeten Südtürkei ein Kernkraftwerk. Dabei hat das staatliche Wasserversorgungsamt ausgerechnet, daß an den Flüssen der Türkei 350 hydroelektrische Wasserkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 100 Mrd. kwh elektrischer Energie gebaut werden könnten. Nebenbei könnten die Staudämme 200 000 ha Land vor Überflutungen schützen, 5 Mio. ha Land bewässern und nahezu eine Billion Kubikmeter zur Trinkwasserversorgung beitragen (TÜSIAD, S. 297). Bislang hat man es in der Türkei nicht verstanden, eine Wirtschaftspolitik zu entwerfen, die das Land von den massiven Importen unabhängig macht, die eigenen Ressourcen selbst ausbeutet, dabei aber nicht

durch Exportzwang in ein weltweites Konkurrenzsystem eingebunden wird. Vielmehr muß die Türkei in der Lage sein, mit umliegenden Staaten Handel zu treiben und dadurch eine eigene, den strukturellen Gegebenheiten entsprechende industrielle Entwicklung in Nahen und Mittleren Osten aufzubauen. In der Entwicklungspolitik nennt man das »self reliance«-Politik, – eine Form, wie wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht werden kann.

Eine solche Politik dürfte nicht zwanghaft große Wirtschaftseinheiten (Schwerindustrie) fördern, wie es bislang geschah. Sondern sie müßte die regionalen Märkte und die regionalen Ressourcen ausbauen, und zwar überall in der Türkei, nicht nur im Westen und in Teilen des Südens. Weiterer Aufbau der Schwerindustrie bedeutet noch größere Abhängigkeit vom Öl und vom westlichen Know-how. Genau das aber ist die Geschichte der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit Gründung der Republik im Jahr 1923.

Für das Osmanische Reich war Europa der Haupthandelspartner gewesen, das die »Türkei als eine wirtschaftliche Kolonie von West-Europa betrachtete« (Fisher, *The Middle East*, New York 1968, S. 299). Die industrialisierten Länder Europas benutzten das Osmanische Reich als Quelle für Rohstoffe und Nahrungsmittel, die sie als Industriegüter zurück verkauften, womit die heimischen Handwerker und Manufakturen ruiniert wurden, weil sie den Konkurrenzdruck nicht aushalten konnten. Vor dem 1. Weltkrieg produzierten 282 Fabriken in der Türkei, mehr als die Hälfte, 60 Prozent, waren Nahrungsmittelverarbeitungs- und Textilfabriken. Besitzer waren in der Regel Ausländer. In den zwanziger Jahren, der Gründungszeit der türkischen Republik, wurde eine nationale Wirtschaftspolitik, das heißt die Nationalisierung sämtlicher Wirtschaftszweige durchgesetzt. Die armenischen und griechischen Unternehmungen waren schon zuvor »nationalisiert« worden, indem die beiden Volksgruppen ausgerottet bzw. ausgewiesen wurden. Ihre Rolle, das heißt die Rolle des nichttürkischen Kapitals, sollte von einer sich neu bildenden nationalen türkischen Bourgeoisie übernommen werden. Allerdings war die nationale türkische Bourgeoisie nicht in der Lage, in der neu gegründeten Republik die dominierende Klasse darzustellen. Die jahrzehntelange Ausplünderung des osmanischen Staates durch die westlichen imperialistischen Staaten hatte nie

die Voraussetzungen entstehen lassen, sich selbst quantitativ und qualitativ zu entwickeln. Das war auch Mustafa Kemal Atatürk bewußt. Daher übernahm der Staat die Hauptlast der Investitionen in der neuen türkischen Republik – die Politik des Etatismus. Diese Politik beruhte auf einer unabhängigen Annäherung zum Westen. Es sollten die Normen der bürgerlichen westlichen Gesellschaftsordnung und deren bürgerliche Kultur von den bäuerlichen Schichten übernommen werden, wobei peinlichst darauf geachtet wurde, daß die westlichen Staaten keinen Einfluß auf die türkische Wirtschaft bekommen konnten. »Der Staat sollte auf der Grundlage der im Lande vorhandenen reichen Rohstoffquellen, besonders der Erzlagerstätten und der Baumwolle, selbst Betriebe errichten, aus denen dann ein ganzer staatlicher Sektor in der Industrie und im Bergbau entstehen sollte.« (J. Glasneck, a.a.O. S. 260)

Viele Gründe waren verantwortlich dafür, daß die Politik des Etatismus im Lauf der nächsten Jahre nicht erfolgreich fortgeführt werden konnte: Auf dem Land gab es keine Reformen; das Volk blieb im Elend stecken und konnte eine Konsumentenstellung nicht einnehmen; Mitbeteiligungsmöglichkeiten der Industriearbeiter gab es nicht; die neue nationale Bürokratenbourgeoisie kollaborierte mit dem Westen; es fehlten die finanziellen Mittel, um Investitionen in der Schwerindustrie vorzunehmen, und schließlich ging die Weltwirtschaftskrise auch nicht ohne finanzielle Probleme an der Türkei vorbei. Und je weiter sich das Privatkapital entwickelte, an Einfluß in der Türkei gewann, gleichzeitig die Schwierigkeiten der Staatsbetriebe wuchsen, umso lauter wurde der Ruf nach einer »Liberalisierung«.

1946 wurde im Zuge dieser »Liberalisierungsphase« die Demokratische Partei, DP, gegründet, die ein freies Wirtschaftssystem verkündete, in dem die Privatinitiative Motor des wirtschaftlichen Fortschritts sein sollte. Sie stützte ihre Argumentation auf die Forderungen des US-Nationalökonomen Thornburg, der eine völlige Revision des Etatismus forderte, die Förderung der Privatindustrie durch ausländische Kredite und die Nichteinmischung des Staates in die aus- und inländische Investitionspolitik – der Vorgänger von Milton Friedman. Thornburg war Vorsitzender des Ingenieur-Direktoriums der Standard Oil, California, verantwortlich für den Mittleren- und Fernen Osten, und Energie-

Berater für die US-Regierung. Menderes stellte ihn 1956 als Berater für Wirtschaftsfragen ein. Während Vehbi Koc, heute einer der bedeutendsten türkischen Großunternehmer, die USA besuchte, um US-Kapital zu Investitionen in der Türkei zu veranlassen, bat die Regierung in Ankara die USA um eine 500 Mio. Dollar-Anleihe. Sie sollte den Import von für die industrielle Entwicklung benötigten Investitionsgütern ermöglichen. Die USA gewährten nur 53 Mio. Dollar. Zwischen 1948 und 1962 erhielt die Türkei 3,8 Mrd. Dollar »Hilfe« von den USA, davon 1,6 Mrd. für Wirtschaftshilfe und 2,2 Mrd. Dollar für Militärhilfe. (D. Robinson, *The First Turkish Republic*, 1963, S. 180)

Verbunden war diese Hilfe mit einer verstärkten Einflußnahme des ausländischen Kapitals auf die türkische Wirtschaftspolitik. Der Etatismus wurde planmäßig aufgeweicht, in diesem Bereich wurden keine neuen Investitionen mehr vorgenommen, dagegen dem ausländischen Kapital alle bisherigen Schranken aus dem Weg geräumt. Wie sehr das ausländische Kapital an der türkischen Wirtschaft im Lauf der Jahre beteiligt war, zeigt eine Untersuchung aus dem Jahr 1973. Damals gehörten von den 120 größten Firmen 70 völlig oder mit überwiegender Mehrheit zu ausländischen Kapitalgruppen, bei den restlichen 50 Firmen betrug die ausländische Beteiligung zwischen 17 und 30 Prozent. In der industriellen Produktion waren von den 98 großen Unternehmen 50, auf dem Sektor der Dienstleistungen von 18 Unternehmen 16, im Montanbereich alle vier großen Unternehmen im ausländischen Besitz. »Nur wenige der großen türkischen Firmen sind heute ohne Fremdbeteiligung. Das gesamte Kapital der erwähnten 120 Unternehmen ist entweder unter mittelbarer oder unmittelbarer Kontrolle ausländischen Kapitals.« (I. Cem, *Türkiye de Geri Kalmisligin Tarihi*, Istanbul 1975, S. 455) Die Konsequenzen waren genau die, die in den dreißiger Jahren von Atatürk durch den Versuch einer »unabhängigen Wirtschaftspolitik« verhindert werden sollten: Nach Untersuchungen des Handelsministeriums Ende 1972 ziehen nämlich die ausländischen Investoren 66 Prozent ihrer Investitionen als Gewinne wieder aus der Türkei heraus. Das Auslandskapital kontrolliert auch die Rohstoffmärkte: die Türkei verfügt über 72 Prozent der Boraxreserven der Welt, ein Rohstoff, der in vielen Wirtschaftsbereichen (Waschpulver, Farbe) und für militärische Zwecke (Treibstoff für

Luft- und Unterwasserraketen) gebraucht wird. Der Markt dafür ist vollkommen unter Kontrolle der USA. Die Türkei verfügt auch, besonders in Ostanatolien, über große Chromvorkommen. Ein Teil der Chromproduktion liegt in den Händen der verstaatlichten Eti Bank, die Vermarktung aber wird von ausländischen Monopolen kontrolliert. Magnesit ist ein wichtiger Rohstoff für die Schwerindustrie; die Türkei steht an 9. Stelle der Weltproduktion. Drei ausländische Gesellschaften haben sich die Ausbeutung vorbehalten, zwei davon zu 100 Prozent in US-Besitz.

Der wichtigste Handelspartner der Türkei ist seit einigen Jahren die Bundesrepublik. Die von westdeutschen Konzernen betriebene Politik gegenüber der Türkei unterscheidet sich kaum von der Politik der US-Konzerne. So hat die Bundesrepublik 1977 an erster Stelle Rohstoffe, an zweiter Stelle Nahrungsmittel und an dritter Stelle bearbeitete Waren aus der Türkei eingeführt. Dafür liegen bei der Ausfuhr Maschinen und Fahrzeuge an erster Stelle. Die Bundesrepublik wehrt sich, wie die Europäische Gemeinschaft, dagegen, daß im industriellen Bereich die Türkei eine Konkurrenz entwickeln kann. Der Westen und insbesondere die Bundesrepublik denken überhaupt nicht daran, der Türkei Chancen einzuräumen, damit sie eine eigene konkurrenzfähige Industrie aufbauen kann. Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei haben demnach auch mehr philosophischen Charakter, weil bis heute keine der EG-Präferenzen abgebaut ist, was der Türkei reale Chancen einräumen würde, mit ihren Produkten den europäischen Markt zu beliefern.

Zur Unterentwicklung und der imperialistischen Ausbeutung der Türkei gehört auch, daß ein großer Teil der Staatsausgaben nicht für den Ausbau der sozialen Infrastruktur oder für die Reform der Landwirtschaft verwendet wird, sondern dem Ausbau des militärischen Apparates dienen. In den letzten Jahren wurden für die Ausgaben der Militärs 25 Prozent des gesamten Staatshaushaltes bereitgestellt; im Vergleich dazu für die Entwicklung der ländlichen Regionen 4,7 Prozent und für das Gesundheitswesen 3,8 Prozent. Waren im Haushalt 1980 die Verteidigungskosten 113,6 Milliarden TL (2,46 Milliarden DM), so wurden sie im Haushalt 1981 nach dem Militärputsch auf 334,7 Mrd. TL

(7,27 Mrd. DM) ausgeweitet. Der gesamte Haushalt hat ein Volumen von ca. 1 500 Milliarden Lira.

Für die Lieferstaaten von Rüstungsgütern ist das Land ein großer Absatzmarkt, die Türkei selbst wird zunehmend von ausländischen Militärtechnologien abhängig und beschränkt damit ihre Möglichkeiten, soziale Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren. Inzwischen baut die türkische Generalität auf eine eigene nationale Rüstungsindustrie. Sie soll besonders nach Afrika und in den Nahen Osten liefern. Frei ist diese nationale Rüstungsindustrie aber auch nicht. Entscheidend beteiligt an der Finanzierung sind die USA, die hier die große Chance sehen, den gesamten Rüstungsmarkt im Nahen und Mittleren Osten zu erschließen.

Kapitalkonzentration in den letzten Jahren führten bis heute nicht zu einer geplanten exportorientierten Produktion. Während in den ersten 9 Monaten des Jahres die Inflationsrate die 100 Prozent Marke überstieg, ging im gleichen Zeitraum der Import um 40 Prozent und der Export um 31 Prozent zurück. Das Brutto-sozialprodukt pro Kopf ist 1980 zum ersten Mal seit 1976 unter die 1000 Dollar Marke gefallen. Die Folge: weitere zunehmende Verelendung der erwerbstätigen Bevölkerung.

Das Elend der bäuerlichen Gesellschaft

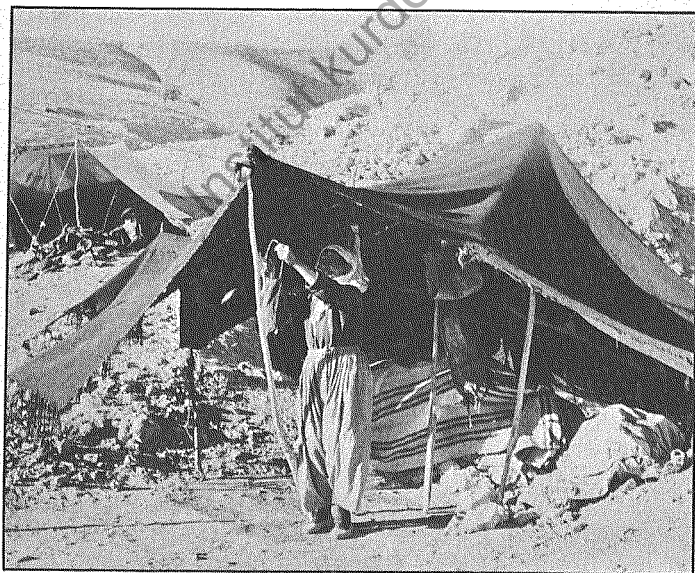
»Wer glaubt, nur mit dem Schwert siegen zu können, der wird schließlich eine Niederlage erleiden. Der eigentliche Sieg wird nur durch den Pflug errungen. Immer hat der Pflug das Schwert bezwungen.« (Mustafa Kemal Atatürk)

Knapp zwei Drittel der Gesamtbevölkerung in der Türkei sind von der Landwirtschaft abhängig; 57,7 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten im Bereich der Landwirtschaft, sofern es Arbeit für sie gibt. Äußere Anzeichen wie Lehmbauten, Dörfer für die der Fluß, sofern es einen gibt, sowohl Wasserreservoir als auch Abwasserkanalisation ist, signalisieren eine breite Verelendung der landlosen Bauern, der Kleinbauern und ihrer Familien. Massenepidemien, Kinder die an Hunger leiden und sterben – die türkischen und kurdischen Bauern leben in Hoffnungslosigkeit, weil sie zwar immer noch mit einem Holzpflug ihr, bzw. das Feld des Großgrundbesitzers bestellen, aber das Schwert zu nutzen nicht gelernt haben. Die politischen Parteien und Organisationen haben kein Programm zur Lösung der Bauernfrage. Lediglich in den Regionen der Türkei, in denen überwiegend Kurden leben, ist das politische Potential der Bauern in eine schlagkräftige sozialrevolutionäre Bewegung verwandelt worden. Die Ursache dafür hat weniger mit der Problematisierung der Funktion der Bauern in der türkischen Gesellschaft zu tun, sondern mit der nationalen Unterdrückung der Kurden. Allgemein aber sind die Bauern vergessen, aus dem politischen Bewußtsein auch der linken sozialistischen und revolutionären Bewegungen weitgehend verdrängt: Die ideologische Fixierung auf die »Einheit der Arbeiterklasse« enthebt die städtische Linke, mit ihrem zentralistischen Anspruch, der Aufgabe, die Bauern in ihren Kampf einzubeziehen. Die objektive Schwierigkeit liegt dabei darin, daß die kulturelle Tradition auf dem Land nicht radikal geändert werden kann und daß die religiös geprägte Landbevölkerung wenig oder überhaupt nicht auf die in den Industriezentren geprägten politischen Modelle anspricht. Praktische Überzeugungsarbeit auf dem

Land, verbunden mit strukturellen Veränderungen im oft geschlossenen System der Abhängigkeiten von Stämmen und Verwandtschaftsbeziehungen, erscheint den politischen linken Organisationen, von Ausnahmen abgesehen, als zu undankbare Aufgabe. Dabei ist die soziale Entrechtung, das kollektive Leiden und der Umfang der Ausbeutung auf dem Lande kaum mehr zu übertreffen. »Die Großgrundbesitzer, 7 Prozent der Landbevölkerung, erzielen 58 Prozent aller Einnahmen aus dem landwirtschaftlichen Sektor.« (F. Sen, Gemeinwirtschaft in der Türkei, Köln 1979, S. 15)

Parallel zur Industrialisierung der Landwirtschaft hat der Anteil der landlosen Bauern zugenommen. Gab es 1950 insgesamt 14,5 Prozent landlose Bauern, waren es 1967 29,8 Prozent und 1977 32,6 Prozent.

Die regionale Verteilung weist wiederum erhebliche Unterschiede auf. Im Südosten und Osten leben im Durchschnitt 43,1 Prozent aller Bauern ohne Land und jeglichen Besitz, in der Provinz Urfa haben 54 Prozent und in Diyarbakir 46 Prozent aller Bauern keinen eigenen Boden. (I. Besikci, Dogu Anadolu'nun Düzeni, Ankara 1969, S. 244)



Diese Konzentration des Bodens auf wenige Großgrundbesitzer hat sich seit den sechziger Jahren noch weiter verschärft, da die Mechanisierung weiter fortgeschritten ist und die verarmten Landlosen in die Slums der Großstädte abgewandert sind. Nicht zu den landlosen Bauern gezählt werden die kurdischen Nomaden. Man schätzt ihre Zahl auf über 100 000. Im Frühjahr ziehen sie mit ihren Karawanen aus Pferden, Kamelen, Schafen und Ziegen von den südostanatolischen Tiefebene in die Berge nach Ostanatolien und im Winter, wenn die Sommerweiden zugeschneit sind, wieder zurück. Die Kinder gehen nicht zur Schule, die Frauen sterben häufig bei den Geburten, die Männer werden von den Großgrundbesitzern ausgebeutet.

Ein Nomade: »Ich bin Kurde vom Stamm der Beritan-Kurden. Wir haben kein Land, kein Dorf, keine Heimat. Um leben zu können müssen wir immer wandern. Wenn die Regierung uns Land und ein Dorf geben würde, wo wir leben könnten, wäre das gut.«

Ein anderer Nomade, der in einem Lager bei Van lebt: »Wir leben 12 Monate in den Bergen. Wir haben fast immer Hunger, kaufen können wir uns nichts, mit welchem Geld auch? Wir haben kein Geld. Unsere wenigen Sachen werden dann noch beschlagnahmt oder gestohlen. Weder unsere Ernährung noch unser Leben, noch alles andere ist menschenwürdig. Wir sind schlimmer dran als die Tiere. Die Tiere genießen wenigstens die Berge, bekommen etwas zu essen, werden von uns versorgt. Doch wir sind keine Tiere, sondern Menschen. Wir würden auch gern in einem 10stöckigen Hochhaus wohnen oder in einem kleinen Haus. Aber das alles ist nicht für uns bestimmt. Unsere Väter haben so gelebt. Wir leben so, unsere Kinder werden auch so leben...« Während dieses Gespräches donnern mehrere Hubschrauber über die Zelte hinweg. Die Nomaden schauen nach oben, und ihre Angst legt sich erst, nachdem wir erklären, daß seien Regierungsmitglieder, die in der Nähe eine Wahlkundgebung abgehalten haben. Die kurdischen Nomaden rümpfen die Nase und trinken ihren Tee weiter. Doch Angst haben sie trotzdem: Angst vor den Militärkommandos, die ihre Zelte niederreißen, ihre Schafe und Ziegen mitnehmen und die Nomaden schlagen und foltern.

Die Nomaden halten es in den Regionen Ostanatoliens noch aus, zumal es für sie keinerlei Alternative gibt. Dagegen wird der

Zuzug der Kleinbauern und der Landlosen in die Städte immer größer. Denn während im Westen der Türkei die Kapitalisierung der Landwirtschaft erheblich vorangeschritten ist, die Produkte im wesentlichen für den Export bestimmt sind, dominieren in Ostanatolien teilweise feudalistische Produktionsverhältnisse.

Die Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse ist auf die Existenz billiger bzw. kostenloser Arbeitskräfte und auf die lange Geschichte gezielter Benachteiligung dieser Provinzen zurückzuführen. Der Aga, der Großgrundbesitzer, bestimmt in weiten Teilen Ostanatoliens über eine Vielzahl von Dörfern und damit auch über die dort wohnenden Familien. Eine Bäuerin aus Özalp:

»Wir haben kein Geld. Daher lasse ich meine Kinder auch nicht zum Militärdienst gehen. Wenn sie dorthin gehen, wer wird dann für meinen Lebensunterhalt sorgen? Wir haben kein Land, keinen Boden, nichts, um uns richtig zu ernähren. Meine Kinder sind noch klein. Bisher haben wir auf dem Land gearbeitet, als Viehhirten. Wenn wir das nicht getan hätten, wären wir schon lange tot. Wir können uns nichts zum Anziehen kaufen. Meine Kleider sind zerrissen. Ich weiß nicht, wie ich mir neue Kleider kaufen soll. Wir haben keine Schuhe, und ich besitze nur ein Tuch. Wovon sollen wir Brot kaufen, Butter, Zucker oder Tee? Wir haben überhaupt kein Feld. Die Agas sind immer reicher geworden und wir immer ärmer. Was für ein Leben führen wir überhaupt? Den ganzen Tag müssen wir den Gestank von Kuhmist ertragen und Brot backen. Als ob man das als Leben bezeichnen kann. Wir haben viele Kinder – so können wir doch nicht weiterleben. Wenn es schneit oder der Regen kommt, gibt es keinen Raum in unserem Haus, wo wir schlafen können, ohne naß zu werden. Überall regnet es durch.«

Özalp ist ein Dorf der Provinz Van. 75 Prozent aller Bauern sind hier ohne Grundbesitz. Bei einer Hauszählung wurde festgestellt, daß von den 14 196 Häusern 13 148 nur einen Raum haben, 84 Prozent aller Häuser sind nur aus Lehm gebaut.

In der Provinz Diyarbakir, in Silvan, beklagt sich ein Bauer: »Zu unserer Familie gehören 12 Personen, das ist auch der Durchschnitt hier im Dorf. 10 bis 12 Personen sind in jeder Familie. Wenn man die alle satt kriegen will, muß man hart arbeiten. Mit den Ochsen pflügen, mit der Hand mähen, die Ähren einsammeln, die Ernte einbringen. Wenn man dann noch 3 bis 4 Schafe

und 10 Kinder hat, kommt man gerade durch den Winter, denn arbeiten können wir nur das halbe Jahr. Im Winter ist alles zuge-schneit, da kann man nur hoffen, genug zurückgelegt zu haben. Und wenn es wieder warm wird, geht alles von vorne los. Ein Leben ohne elektrisches Licht, ohne Straßen, ohne Brunnen, nicht mal unsere Sprache dürfen wir auf den Ämtern sprechen. Auch nicht vor Gericht. Wenn wir Streit mit Türken haben, bekommen wir immer Unrecht.«

Diese Abhängigkeitsverhältnisse haben seit Gründung der tür-kischen Republik kaum eine Veränderung erfahren. So können die Bauern ohne Erlaubnis des Großgrundbesitzers keineswegs in einem anderen Ort als Landarbeiter tätig sein, weil die Anbindung der Bauern an den Aga durch religiöse und traditionalistische Fesseln unter den bestehenden Bedingungen unmöglich zu überwinden ist. Der Staat ist für viele Bauern der Großgrundbesitzer – der weltliche Staat ist in Ostanatolien nur durch Militäreinheiten, die Unterdrückung praktizieren, präsent. Die landlosen Bauern, das heißt die Pächter oder Landarbeiter, verfügen demnach auch über keinerlei soziale Rechte. Sie sind rechtlos. Die Großgrundbesitzer haben zudem Arbeitsvermittler eingeschaltet, die die Landarbeiter je nach Bedarf beschäftigen. Jeder Landarbeiter ist gezwungen, sich der Arbeitsgruppe eines Arbeitsvermittlers anzu-schließen.

SATILIK MÜSTAKİL KÖY

URFA'ya 25 kilometre yakınlıkta 2650 dönüm arazili,
15 bin dönüm mer'ali müstakil tapulu, PAYAMLI Nahiyesi
YUKARIÇAYKUYU Muhtarlığına bağlı (HARAPTAR) köyü
satılıktır.

Taliplilerin aşağıdaki adrese müracaatları duyurulur.

MÜRACAAT :

AHMET ÖNCEL

Bahçelievler, Rank Siteması Karşısı İnşaat Bürosu

Telefon 2213 -- U R F A

Zu verkaufen Unabhängiges Dorf

25 km von Urfa entfernt, mit 2650 ha Land, mit 15 000 ha Weideland, dem Landkreis Payamlı angehörendes Dorf Haraptar ist zu kaufen. Die Interessenten sollen sich an die u.g. Adresse wenden.

Anmeldung:

Ahmet Öncel

Bahcelievler, gegenüber vom Renk-Kino.

Anmerkung: Das Dorf gehört dem AGA Hac Ahmet. Er sagte, daß ihm dieses Land seit 25 Jahren gehört, aber in letzter Zeit nicht mehr rentabel ist und er alt geworden ist, um sich noch mit dem Dorf zu beschäftigen. In diesem Dorf gibt es 34 Häuser, 310 Menschen, 1250 Schafe und 140 Rinder. Außerdem Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen.

zit. nach Günayadin, 16. April 1978

Entsprechend diesen Strukturen ist das Einkommen in den ländlichen Regionen verteilt: 10 Prozent der Haushalte in Ostanatolien erwirtschaften 50,1 Prozent des Gesamteinkommens der Region durch Landwirtschaft, während 50 Prozent aller Haushalte nur 12,8 Prozent des Gesamteinkommens erwirtschaften. Dabei liegt das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in den östlichen Provinzen am niedrigsten und im Westen, bzw. in Zentralanatolien am höchsten.

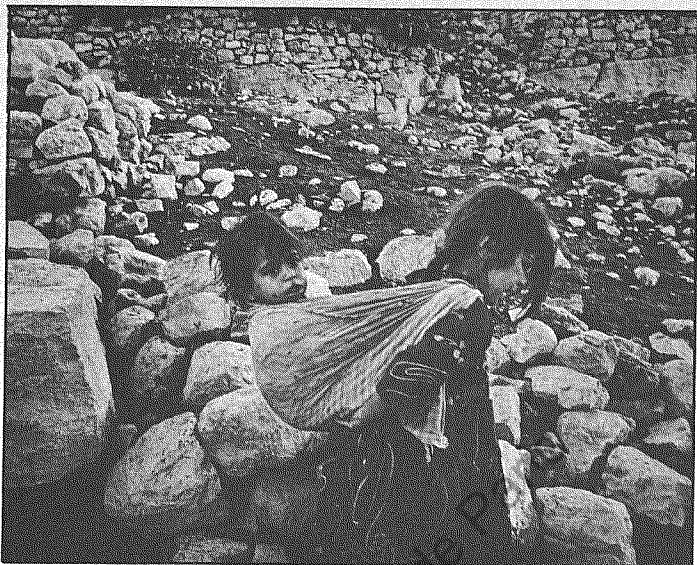
Verdient eine Bauernfamilie in Hakkari monatlich maximal 1000 TL (1980), sind es in Aydin 4000 TL, in Manisa 3800, in Agri im Osten wiederum nur 800 TL.

Die ausweglose Lebenssituation der Landlosen und Leibeigenen wurde in der Vergangenheit durch türkische Literaten dramatisch beschrieben. Wenig dagegen wurde der Kampf der Bauern gegen ihre Unterdrückung dargestellt. Ein Fall von vielen: »Weil wir alle selbst kein Land besitzen, mußten wir sehr oft für den Aga arbeiten. Wenn es möglich war, dann sind wir nach Adana gegangen, um dort zu arbeiten. Einige von uns sind aus dem Dorf ausgewandert. Wir besitzen kein Vieh und keine Häuser. Manchmal haben wir in der Stadt als Arbeiter Geld verdient

oder Land von den Agas gepachtet, für das wir zwei Drittel der Ernte als Pachtgebühr abgeben mußten. Die Agas leben als Kaufleute in Birecik. Zur Erntezeit kommen sie in die Dörfer und nehmen uns unsere Ernte weg. Daher haben wir jetzt gegen die Agas gekämpft. Warum sollten wir unser Land denn nicht verteidigen? Was sollen wir denn sonst tun, wenn wir nicht verhungern wollen? Wir leben von diesem Land, und wenn wir das auch noch verlieren, warum sollten wir dann weiterleben. Uns bleibt keine andere Wahl.« Einerseits haben sich also die Bauern stark politisiert. Dabei wurden sie von wenigen linken Organisationen unterstützt, die dann aber innerhalb der Bauernschaft fest verankert waren, besonders, wenn sie gemeinsam mit den Bauern gegen die Bürokraten und das Militär kämpften.

Auf der anderen Seite werden die Machtverhältnisse, gerade in Ostanatolien, nicht nur von den Großgrundbesitzern geprägt, sondern auch vom Militär, das durch ständige Überfälle auf die Bauern ein Klima des Terrors geschaffen hat, das jeglichen Widerstand sinnlos erscheinen läßt. In Ostanatolien richten sich diese





»Jandarma-Kommandolar« aber nicht nur gegen eine aufbegehrende Bauernschaft, sondern gegen die nationale Bewegung schlechthin, die zumindest eine kulturelle Autonomie für die Kurden fordert. Während demnach feudalistische Produktionsverhältnisse eine Lebenssicherung breiter Bauernschichten unmöglich machen, die deshalb zunehmend die Großgrundbesitzer und Ausbeutungsverhältnisse bekämpfen, teilweise mit Waffen, versucht das internationale Kapital in Ostanatolien riesige Versuchsfarmen zur landwirtschaftlichen Nutzbarmachung aufzubauen. Das ist der Hintergrund dafür, daß besonders nach dem 12. September der Terror der »Jandarmas« in Ostanatolien rapide zugenommen hat. Augenzeugen berichten von ständigen Hub-schraubereinsätzen der Militärs, die ziellos auf die Bevölkerung schießen, um sie einzuschüchtern.

Reformen auf dem Land – die Landreform?

Bislang haben die bestehenden Kooperativen, die in der Regel ungenügend organisiert sind, wenig zur besseren Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion geleistet. Die oft nach parteipoli-

tischen Gesichtspunkten gesteuerte Preisunterstützung des Staates, wonach die landwirtschaftlichen Produkte von staatlichen Unternehmen aufgekauft werden, die dann für die Preise garantieren, kommt nicht den hilfsbedürftigen Kleinbauern, sondern den Großgrundbesitzern oder den Vermittlern zugute. Ein anderes Problem für die Kleinbauern ist die Zahl der unwirtschaftlichen Betriebe, die weder imstande sind eine Familie zu ernähren, noch alle Familienmitglieder zu beschäftigen. Das sind nach inoffiziellen Schätzungen ca. 50 Prozent aller Betriebe. Unter der Regierung von Ecevit (1977–1979) gab es immerhin erstmals ernsthafte Versuche, die Situation auf dem Land durch das »Köy-Kent-Programm« zu verändern. Gerade in Ostanatolien wurden erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Infrastruktur unternommen, überall sah man die Straßenbaumannschaften und die Fahrzeuge des Staatlichen Wasseramtes. 1978 mußte das Entwicklungsprogramm reduziert werden, weil kein Geld mehr zur Verfügung stand.

Ecevit charakterisierte das Köy-Kent-Programm so: »Die Bauern werden starke und demokratische Kooperativen bekommen. Die Kredite, die bis jetzt an die gegeben wurden, die die Bauern ausgebeutet hatten, gehen jetzt an die Bauern. Die Bauern werden ihre technischen Mittel über die Kooperation ohne Zwischenhändler viel billiger bekommen. Sie können ihre Produkte ohne Mittelsmänner auf den Markt bringen. Wo die Bodenverteilung ungerecht ist, werden die Landlosen, bzw. die mit wenig Land ausgestatteten Bauern Land erhalten. Die Staatsinvestitionen für die Bewässerung werden erweitert. Durch die Gemeinde-reform werden nicht etwa Dörfer zusammengelegt, sondern die Produktivität der Bauern gefördert. Zum Beispiel wird es nicht mehr nötig sein, daß jeder einzelne einen Traktor kauft oder Mäh-drescher. Sie werden das viel leichter über die Kooperativen mieten können. Jeder wird der Besitzer seines eigenen Landes sein. Die Wälder werden in Zukunft in Zusammenarbeit mit dem Staat von den Kooperativen ausgenutzt, aber die Erträge bleiben den Bauern.«

Dieses in der Tat wichtige Entwicklungsmodell sah im Rahmen einer sozialreformerischen Politik vor, daß im Umkreis der Dörfer ein Mittelpunkt-dorf ausgewählt wird, in der Regel die naheliegende Kleinstadt. In dieser Stadt bzw. in diesem Dorf befinden

sich die Zentrale der Kooperative, die Bank, das Krankenhaus, das Gymnasium, Volkshaus, Tiefkühlanlage, Silo, Maschinenreparaturwerkstatt und andere gemeinsame Einrichtungen. Die Jugend sollte über Film- und Fernuniversitäten auch studieren können. Für die Frauen, die auf den Feldern oder in der Fabrik arbeiten, sollten Kindergärten gebaut werden, so daß die Familien in den Dörfern wohnen bleiben können, ohne durch Abwanderung auseinandergerissen zu werden.

Dieses Modell blieb ein Wahlversprechen, das auch in einem Staat wie der Türkei kaum finanzierbar wäre. Regionalpolitische Entwicklungsmodelle wie dieses werden vom Westen nicht unterstützt. Dafür spricht, daß im Rahmen der westlichen »Auslandshilfe« kein einziges Projekt bekannt ist, daß dieses Modell gefördert hätte. Autarkie und ökonomische Eigenentwicklung widersprechen der Politik des Westens gegenüber der Türkei. Insofern ist es logisch, daß bislang keine Landreform in der Türkei durchgeführt worden ist. Der Grund liegt im wesentlichen darin, daß die in den 60er Jahren regierende Gerechtigkeitspartei von Demirel ihre Abgeordneten aus den Reihen der Großgrundbesitzer rekrutierte, die alle Reformversuche schon im Keim erstickten. 1971 wurde zum ersten Mal zielstrebig an einem neuen Entwurf gearbeitet. Wiederum scheiterte er am Widerstand der Großgrundbesitzer in der Gerechtigkeitspartei und der mit ihnen kollaborierenden Monopole. Ein führendes Mitglied der AP betonte Anfang Dezember 1972, das Gesetz könne nur über seine Leiche durchgesetzt werden. Ein anderer Abgeordneter predigte, in den Dörfern werde es Blutvergießen geben, wenn das Gesetz verwirklicht würde. Es scheiterte in der vorliegenden Form. 1973 wurde ein neues Gesetz verabschiedet. Diesmal war überhaupt nicht genügend Land vorhanden, um auch nur einigen Bauern den vorgesehenen eigenen Grundbesitz zu überschreiben.

Voraussetzung für die Landvergabe an die Landlosen war die Kenntnis des Türkischen in Wort und Schrift. Da in Urfa jedoch überwiegend Kurden leben, die weder türkisch lesen noch schreiben können und wollen, erhalten sie kein Land. Damit war das Reformgesetz, das ja in Ostanatolien wirksam werden sollte, zum Scheitern verurteilt. Selbst wenn die landlosen Bauern Boden bekommen hätten, wäre es für viele unmöglich gewesen, ihn auch zu bewirtschaften. Denn sie hatten kein Geld für Maschinen. Um

sie zu mieten, wäre der Ausbau der Genossenschaften notwendig. Die jedoch gibt es kaum in Urfa. In dieser Situation würden viele Bauern, die über neues Land verfügen, ihr Land ohne Düngemittel und Maschinen bearbeiten müssen. Das bedeutet geringen Ernteertrag, Konkurrenzunfähigkeit, Weiterbestehen der Schulden, Verkauf des Landes, um die Schulden und Zinsen zahlen zu können. Weil das bekannt ist, schlugen kurdische Organisationen die einzige konsequente Lösung dieses Problems vor:

»Die Befreiung der Bauern aus dieser Sackgasse ist nur durch eine radikale Landrevolution möglich, eine Landrevolution, die in der gesamten Türkei und insbesondere im Osten verwirklicht werden muß. Die Verwirklichung der Landrevolution hängt demnach von einer Reihe radikaler Änderungen ab. Die Lösung dieser Frage hat mit der Industrialisierung des Landes und der Erziehung des Volkes zu tun. Die türkische Regierung, die Kurdistan für eine ihrer Kolonien hält und dementsprechend handelt, hat bisher nie daran gedacht, für die Probleme der kurdischen Bauern eine Lösung zu finden.« (Özgürlük Yolu, Ankara 1977, S. 45)

Die soziale Infrastruktur in der Türkei

Serdar ist vier Jahre alt, liegt in der Intensivstation der staatlichen Cerrahpasa Klinik. Neben ihm steht die Sauerstoffflasche. Die Eltern sind auch dabei. Sobald das Kind anfängt zu husten, beugen sie sich über das Bett. Der Vater arbeitet bei der Stadtverwaltung. Vor zwei Jahren sind sie aus Tokat, einer ostanatolischen Stadt, nach Istanbul gezogen. Er hat vier Kinder. Seine Frau arbeitet nicht. Er muß monatlich 1800 TL für eine Baracke am Rand von Istanbul zahlen. Die Ärzte sagen ihm, sein Sohn habe einen »Schatten« auf der Lunge. Erst vor einem Monat hatte der Junge Masern. Er braucht unbedingt eiweißreiche Nahrung, besonders Milch und Fleisch. »Wir«, sagt der Vater, »können uns im Monat nur zweimal Fleisch leisten. Jetzt ist fraglich, ob wir uns bei diesen neuen Preiserhöhungen überhaupt noch Fleisch kaufen können.«

Wie im Bildungsbereich fehlt auch im Gesundheitswesen die notwendige Infrastruktur, um die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die ärztliche Versorgung konzentriert sich auf die Metropolen, während die Landbevölkerung manchmal überhaupt nicht weiß, was ein Arzt ist. Nur 5 Prozent aller Dörfer und Kleinstädte haben einen Arzt in ihrer Nähe. Die Bewohner der meisten Gebiete müssen stundenlang marschieren, um einen Arzt zu erreichen. Im Winter ist das vollkommen unmöglich. Denn viele Dörfer sind von Dezember bis März von der Außenwelt abgeschnitten. Schwerkranke müssen im Schlitten in die nächste Stadt gebracht werden. Wer das überlebt, wird auch zu Hause gesund – oder nicht und stirbt. Selbst wenn er es in die nächste Kreisstadt schafft, werden ihm dort allenfalls Medikamente verschrieben, die er nicht bezahlen kann. Bei Krankheiten, die einen Spezialisten erfordern, verringern sich die Heilungschancen nochmals erheblich, denn die Fachärzte fordern Honorare, die für einen Bauern unbezahlbar sind. In den 18 Städten im Osten und Südosten der Türkei haben sich nur 6,8 Prozent der Ärzte des Landes niedergelassen. In der Provinz Hakkari z.B. gibt es nach der offiziellen Statistik zwar für die

insgesamt 102 000 Einwohner einen Zahnarzt, acht Ärzte und 18 Gesundheitsbeamte, sowie 14 Hebammen. In Wirklichkeit haben die Ärzte jedoch im Winter ihre Praxis verlassen und sich in den Westen zurückgezogen. Die Bauern bleiben in dieser Zeit ohne ärztliche Versorgung. Ein Bauer: »Bei uns gibt es keine Wege, überhaupt nichts. Ganz oben gibt es Gott, und hier unten gibt es uns – sonst nichts. Das ist alles, was wir haben.« Und eine junge Kurdin, mit einem kleinen verschnupften Kind auf dem Arm, antwortet auf die Frage, was der Arzt macht, wenn die Bauern zu ihm gehen: »Er hilft überhaupt nicht. Er will nur das Geld.« In der Provinz Van wirkt ein Arzt – die Kindersterblichkeit liegt bei 55 Prozent in den ersten vier Lebensjahren!

1977 waren im Osten 65 Prozent der Planstellen im Gesundheitswesen unbesetzt. Für 20 000 bis 25 000 Personen steht nach der Statistik ein Arzt zur Verfügung, meist stimmt das jedoch nicht. So sank der Anteil der staatlichen Gesundheitsausgaben im Osten von 20,7 Prozent im Jahr 1965 auf 16,9 Prozent im Jahr 1970; der Anteil der Krankenschwestern von 15,5 Prozent auf 13,9 Prozent. Und im Jahr 1977 befanden sich im Osten nur 8,1 Prozent aller Apotheken, nämlich 302 von insgesamt 3 700 (Staatliches Planungsamt, Jahresbericht 1977, Ankara). Nicht erwähnt wird in diesen Statistiken, daß die wichtigen Medikamente nur der bekommt, der einen Aufschlag bezahlt oder über Beziehungen verfügt. Die meisten Kranken und Schwerkranken verfügen über ein so geringes Einkommen, daß sie die horrenden Arztkosten und Arzneimittelerrechnungen überhaupt nicht aufbringen können. Manchmal bezahlen Ärzte den Patienten die Medikamente, wenn es um Leben und Tod geht. Das ist die Ausnahme. Da nur 4,8 Millionen Türken in einer Sozialversicherung organisiert sind, davon die Hälfte Beamte, Handwerker und Selbständige, die 8,8 Millionen in der Landwirtschaft Beschäftigten dagegen nicht versorgt und versichert sind, müssen die Bauern alle Kosten zahlen. Ein repräsentatives Beispiel der Konsequenzen für das Volk: Bei der 20jährigen Mutter Ayse Bereket in Urfa, die die Geburt ihres zweiten Kindes erwartete, stellten sich schwere Komplikationen ein. Sie schleppte sich zum Krankenhausarzt, der nach rascher Untersuchung feststellte, daß die Frau dringend einen operativen Geburtseingriff braucht. Er verlangte 2 000 TL, die Bäuerin hatte nur 1 500 TL bei sich. Der Arzt schickte die Frau wieder weg und

sagte, sie solle zuerst die restlichen 500 TL holen oder sie sich irgendwo ausleihen, dann unverzüglich wieder zu ihm kommen. Unter starken Schmerzen ging die Frau wieder weg, um sich die 500 TL zu borgen. Die Blutungen waren inzwischen noch stärker geworden, und auf dem Rückweg zum Arzt brach sie auf der Straße zusammen und verblutete.

Städte	Bevölkerungs- runszahl	Anzahl der Ärzte des Ministeriums für Gesundh. und Sozialhi.	Zahl der Einwohner pro staatlichem Arzt	Gesamt- Anzahl der Ärzte	Zahl der Ein- wohner pro Arzt
Ankara	2 572 562	813	3 164	3 863	666
Bitlis, Bingöl, Agri	765 710	35	21 877	86	8 904
Türkei	40 197 000	3 904	10 296	20 195	1 990

Quelle: »Allgemeine Bevölkerungszählung 1975, Ministerium für Gesundheit und Sozialhilfe, DPT«. Aus dem Bulletin der Ankara-Izmir-Ärztekammer, April 1977.

Wie schlecht der Gesundheitszustand der Bevölkerung demgegenüber selbst in einem Zentrum der Türkei mit relativ guter medizinischer Versorgung ist, sofern man über genügend Geld verfügt, belegt eine Untersuchung der Uni-Klinik in Ankara. Untersucht wurden 271 Frauen zwischen 15 und 44 Jahren mit mindestens einem Kind. Das durchschnittliche Ehealter der Frauen lag bei 17 Jahren, die durchschnittlichen Schwangerschaften bei 5,5 Kindern, bei 3,5 lebenden Kindern. Die Frauen, die Analphabeten waren, hatten dabei mehr Schwangerschaften und mehr Kinder, als diejenigen, die eine Schule besuchen konnten. Von den 271 Frauen wurde nur knapp jede dritte Frau für gesund erklärt, die anderen hatten behandlungswürdige Krankheiten, bzw. klagten über starke Beschwerden. Bei einer speziellen Unter-

suchung nach Frauenkrankheiten wurden bei 185 der Frauen verschiedene Krankheiten festgestellt: Infektionen lagen an erster Stelle, besonders häufig Geschwüre und Geschwülste an den Eierstöcken. Viele Frauen, so die Untersuchung, nehmen Abtreibungen vor, die entweder zu schweren Gesundheitsschädigungen oder, was weitaus häufiger vorkommt, zum Tode führen.

Um sich und die Kinder zu ernähren, muß der Erwerbstätige in der Familie den größten Teil seines Geldes für Nahrung ausgeben. Bei den ständigen Peiserhöhungen kann damit kaum das Nötigste eingekauft werden. Fast alles fehlt, um einigermaßen gesund leben zu können: Reis, Mais, Brot, Gemüse, Mineralien, Vitamine, Zucker, Protein und Fleisch. In Ostanatolien sterben in jedem Jahr mehr als 4 000 Menschen an direkten Folgen des Hungers. Die Universitäts-Klinik von Diyarbakir in einer Stellungnahme zum Hungerproblem: »In den Dörfern unserer Provinz hat sich die Sterberate auf 35 Prozent erhöht. Die erhöhte Kindersterblichkeit wird auf mangelnde Nahrung zurückgeführt und auf Typhus. Die Kindersterblichkeit ist vor allem zwischen 0–1 Jahren extrem hoch.«

Daneben gibt es den sogenannten schleichenden Hunger. Er ist besonders grausam, da er den Menschen zerstört, bevor er ihn umbringt. Einmal verhindert er die geistige und körperliche Entwicklung und führt zu vorschnellem Altern oder zum frühen Tod; oder er hinterläßt zu Lebzeiten Spuren am Organismus. Die Folgen sind z.B. Fettleber, Bauchschwellungen, Anämie, Darmkrankheiten, Ödeme, Antriebsarmut, Apathie, Depressionen und Passivität. Die fehlende Gesundheitsversorgung, Hunger und schließlich die harte Arbeit der Frauen und die Kinderarbeit in der Türkei, führen zu einer reduzierten Lebenserwartung, die nur noch mit der in einigen afrikanischen Nationen verglichen werden kann. Ist die Lebenserwartung in den USA 70 Jahre, in der BRD bei 69 Jahren, im Kongo dagegen bei 39 Jahren, so liegt sie im türkischen Gesamtdurchschnitt bei 54 Jahren, auf dem Land jedoch zwischen 38 und 53 Jahren.

Darauf ist allerdings der neue Junta-Chef, General Evren, sehr stolz. Als die Ergebnisse der letzten Volkszählung im Oktober 1980 bekannt gemacht wurden, stellte sich heraus, daß von den 45 Millionen Türken 80 Prozent der Bevölkerung unter 40 Jahren sind.

Kindersterblichkeit in der Türkei im Vergleich mit anderen Ländern

Länder	Kindersterblichkeit unter den 0- bis 4-jährigen (%)	Säuglingssterblichkeit je 1000 Geburten
Türkei		
Land	54,9	168
Stadt	38,8	113
durchschnittlich	50,9	153
Schweden	1,4	12
Kanada	5,5	19
Bulgarien	6,2	21
Griechenland	7,6	32
Philippinen	41,8	71
Mexico	44,2	68
Thailand	24,3	26
Chile	29,1	91

(Quelle: Bulletin der Ankara-Izmir-Ärztekammer 11, August–September 1976)

Daten zur Situation türkischer Kinder:

- von den ca. 1 Million Neugeborenen sterben 150 000 sofort nach der Geburt. Die größte Zahl davon in Türkisch-Kurdistan. Mehr als 80 Prozent der toten Säuglinge haben unter heilbaren Krankheiten gelitten und könnten gerettet werden, wenn die medizinischen Möglichkeiten vorhanden wären;
- 51 Prozent aller Todesfälle betreffen Kinder unter 4 Jahren. Heute gibt es in der Türkei und besonders in den kurdischen Regionen zahlreiche Krankheiten, die in Europa ausgerottet sind: 1979 wurden 200 Typhusfälle, 5 800 Fälle von Gelbsucht, 55 800 Fälle von TBC gezählt, von denen 3 000 mit dem Tod endeten. 35 000 Kinder sterben jährlich an Masern. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher sein. (The Kurdish Children in Turkey, Meersburg, 1979, S. 3)

Trotz dieser gesamten sozialen Misere, das Elend der Bevölkerung kann hier nur blitzlichtartig beleuchtet werden, sind auf Anordnung des Westens, besonders der Bundesrepublik, die »Staatsausgaben« erheblich eingeschränkt worden. Es handelt sich dabei um Staatsausgaben der Regierung in Ankara, von denen vielleicht ein geringer Teil für soziale Infrastrukturverbesserungen verwendet worden wäre, aber selbst das kann jetzt nicht geschehen.



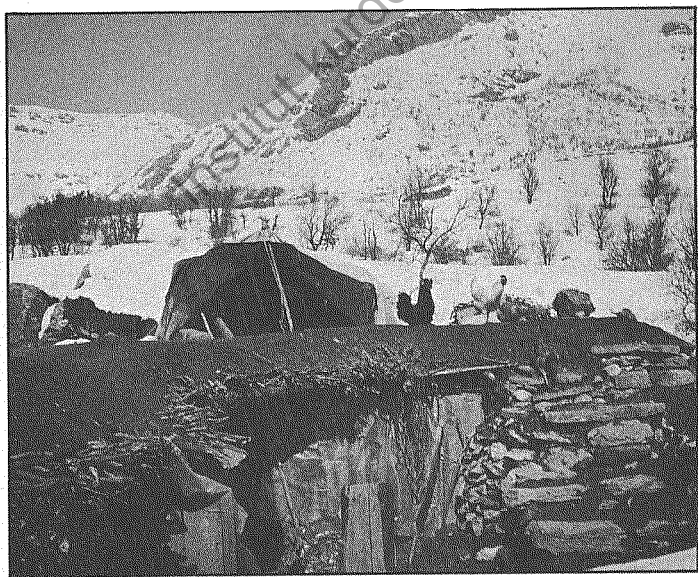
Leben in Slums – türkisches Leben

Auf den sieben Hügeln von Ankara stehen die Slums, vornehm mit dem Namen »gece-kondus« umschrieben: die über Nacht gebauten Häuser. Westliche Journalisten beginnen ihre Berichterstattung in der Regel mit dem Hinweis auf diese Slums, betreten haben sie ein solches Haus noch nie, sondern die »gece-kondus« nur auf ihrem Weg zum Flughafen liegen sehen. In ihnen wohnen die Familien, die aus ihren Dörfern vertrieben wurden, viele aus Ost- und Südostanatolien. »Allein in Zeytinburnu (Istanbul) waren 72 Prozent der Bevölkerung ländlicher Herkunft.« (N. Saran, Turkey Geographic and Social Perspectives, Leiden 1974, S. 327)

Meist bestehen die Wohnungen bzw. das Haus aus einem einzigen Zimmer, höchstens jedoch aus zweien. Die Matratzen bedecken die Hälfte der Fläche, auf ihnen schläft die gesamte Familie, die im Durchschnitt aus vier bis acht Personen besteht. In einer Ecke steht der Fernsehapparat, gekauft auf Raten, die man in den nächsten 60 Monaten abzahlen muß. In den modernen »gece-kondus« gibt es sogar einen Wasserhahn, aus dem lediglich in unregelmäßigen Abständen das Wasser fließt, weil man angesichts der wachsenden »gece-kondus« nicht mehr mit der Wasser-

versorgung nachkommt. Die Toilette ist vor dem Haus: eine kleine Blechhütte, von der aus die Abfälle offen in die Kanalisation fließen, sofern es eine gibt. In vielen »gece-kondus« ist der Strom von den offiziellen Hauptleitungen abgezapft, so daß die Bewohner in ständiger Angst leben, das illegale Abzapfen könne bemerkt und bestraft werden. Man schätzt die »gece-kondus« in den Großstädten auf 1 Mio. Wohneinheiten (1979), 1948 waren es 25 000. In Ankara erhöhte sich die Zahl der »gece-kondus« -Bewohner in den letzten fünf Jahren um 400 000. Allein die Einwohnerzahl von Istanbul wächst durch Zuwanderung jedes Jahre um 200 000. Insgesamt leben 57 Prozent der Bevölkerung in der Türkei in 1-2-Zimmer-Wohnungen, wobei auf jede Wohnung im Schnitt 6-7 Personen entfallen. Im Jahr 1950 lebten in der Türkei in allen Städten zusammen 5 Millionen Menschen, nun ist es fast die Hälfte der 45 Millionen. (N. Saran, ebenda, S. 328 ff)

Nur 10 Prozent der Zuwanderer in die Städte bauen sich ihre Hütten selbst, 65 Prozent lassen bauen und 21 Prozent kaufen ein »gece-kondu«. Da sie von offiziellen Stellen geduldet werden, ist der Bau und Verkauf von »gece-kondus« zu einem Industriezweig geworden, der keine Absatzschwierigkeiten hat.



Anteil der Slumbewohner an der Einwohnerzahl verschiedener Städte in %

Ankara	74	Bursa	25
Istanbul	49	Samsun	36
Izmir	61	Erzurum	35
Adana	51	Diyarbakir	20

Institut kurde de Paris

Die kulturelle Unterentwicklung am Beispiel des Bildungssystems

Die hohe Analphabetenrate, je nach Quelle zwischen 38 Prozent und 45 Prozent, hat sich in den letzten Jahren kaum verändert, nachdem sie innerhalb von 10 Jahren (1965–1975) von 52 Prozent auf 38,8 Prozent gesunken war. (Turkey Almanac 1978, Ankara 1979, S. 304) Allerdings hat die absolute Zahl der Analphabeten in den letzten Jahren zugenommen. Gab es 1950 ca. 11 Millionen Analphabeten, so waren es 1980 15 Millionen (Cumhuriyet, 14.10.1980). Es hängt mit der rapiden Bevölkerungszunahme auf der einen Seite und dem fehlenden Ausbau des Bildungssystems auf der anderen Seite zusammen, daß die Analphabetenrate kontinuierlich im Anstieg begriffen ist. Da es außerdem, wie beim Gesundheitssystem, ein starkes regionales Gefälle zwischen dem Westen und Osten gibt, sind auch diese allgemeinen Zahlen nicht präzise genug. Im Osten, den kurdischen Regionen, liegt die Analphabetenquote bei durchschnittlich 72,5 Prozent, in einzelnen Provinzen wie Hakkari oder Van, sogar bei 95 Prozent.

Der fehlende Ausbau des Bildungssystems führt dazu, daß nur 1 Prozent der Bevölkerung in den Genuß eines Hochschulstudiums kommt. Da die Studienplätze sehr begrenzt sind, findet in jedem Jahr eine Aufnahmeprüfung statt, an der etwa 400 000 Studienwillige teilnehmen. Aber nur 75 000 erhalten einen Studienplatz.

Das Bildungssystem in der Türkei, für das auch in Zukunft keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, ist von der ideologischen Struktur der Unterrichtsvermittlung nicht zu trennen. Sie ist ursächlich für das System verantwortlich, aus dem heraus politische Unterdrückung funktionieren kann. Das »Über-Ich«, das durch die Verbreitung einer politischen Identität, des »Türkentums«, im Unterbewußtsein verankert wird, prägt in entscheidendem Maße das Verhältnis zu Autoritäten, bildet die rigide Autoritätsstruktur in der Türkei, die dem Militär schließlich ein hohes moralisches Ansehen gibt, das in Wirklichkeit nicht gerechtfertigt ist.

Jeder Unterrichtstag beginnt mit dem gemeinsamen Gelöbnis für den türkischen Staat: »Ich bin Türke. Ich bin aufrichtig und fleißig. Ich schwöre, die Jüngeren zu schützen und die Älteren zu respektieren. Meine Existenz soll der Existenz der türkischen Nation gewidmet sein.« Der Nationalismus durchzieht sogar den Fremdsprachenunterricht, in dem etwa in Deutsch von den heldenhaften Kämpfen der Osmanen und der Verehrung von Atatürk die Rede ist. Militärisch stramm geht es nicht nur während des Unterrichts, sondern auch an bestimmten Feiertagen zu, z.B. am 29. Oktober, dem Tag der Republikgründung. Morgens werden die Kinder, die schon tagelang den korrekten Stehschritt üben mußten, in den Straßen aufgestellt. Dann beginnt der große Marsch. Zuerst marschieren die einzelnen Truppengattungen. Ihnen folgen klassenweise, mit blumengeschmückten Atatürk-Bildern und der türkischen Nationalfahne, die Schulkinder und Jugendlichen mit patriotischen Liedern auf den Lippen. Alle marschieren an einem Podium vorbei, auf dem der jeweilige Militärkommandant und der Gouverneur stehen, die mit militärischem Gruß die Parade abnehmen. Am Schluß der Zeremonie dann die obligatorischen Panzer. Makaber ist diese Schauspiel besonders in Ostanatolien, weil es dort die gleichen Panzer sind, die zur Unterdrückung der Kurden eingesetzt werden.

Militärisch ist inzwischen auch der Unterricht in den Mittelschulen geprägt. Teil des Unterrichtes ist nämlich das Fach »Zivilverteidigung und Militärunterricht«. Bislang wurden diese Fächer nur in den Oberschulen (Lise) gelehrt. Von der Demirel-Regierung wurde im Oktober 1979 der Militärunterricht auf die Mittelschulen ausgedehnt. Hier lernen die Kinder und Jugendlichen vom 11. Lebensjahr an zunächst Zivilverteidigung, und zwar von einem konventionellen Angriff bis zum Atomangriff. Danach werden verschiedene Strategien eines Angriffes der Armee theoretisch durchgespielt und die unterschiedlichen Waffen vorgeführt. Neben der Waffenkunde wird auch der ideologische Feind gelehrt. Zum einen sind es die Griechen, die angeblich noch von der »megali-Idea« (der großen Idee, wonach Istanbul von den Griechen befreit werden wird) träumen, zum anderen sind es die Kommunisten. Der Militärunterricht wird ausschließlich von Offizieren durchgeführt. Dabei werden die Klassen nach militäri-

schen Rängen aufgeteilt, der Beste ist der Corporal. Seine Aufgabe ist es, an der Tür zu stehen und Achtung zu rufen, wenn der Lehrer die Klasse betritt, worauf die Kinder aufspringen und den Lehrer in strammer Haltung begrüßen müssen. Nachdem der Lehrer den Befehl militärisch korrekt erwidert hat, darf sich die Klasse wieder hinsetzen.

Entsprechend ist der Geschichtsunterricht angelegt. Die offizielle Lenkung der Propaganda zur nationalen Größe hat sich in den letzten Jahren weiter verstärkt. Das Studium von Atatürks zumindest teilweise beachtlichen Leistungen wurde durch einen oberflächlichen Atatürk-Kult ersetzt. Atatürk-Legenden wurden erdacht und als geschichtliche Tatbestände ausgegeben, um die nationale Doktrin aufrechtzuerhalten.

Zwei Beispiele: Als 1936 der englische König bei einem Besuch bei Atatürk im Dolmabahce-Palast stolperte und zu Boden fiel, und beim Aufstehen seine Kleidung abklopfte, sagte Atatürk lächelnd: »Das ist nicht nötig, die türkische Erde ist nicht schmutzig.«

Oder: »Einem ausländischen Staatsgast wurde bei einem Bankett, von einem ungeschickt servierenden Diener, Bratensoße über das Jackett gespritzt. Atatürk sagte: »Alles habe ich meinem Volk schon gelehrt, aber Fremden dienen, das lernen sie nie.«

Vor der Eroberung des Nordteils von Zypern, im Jahr 1974, war der Einsatz der türkischen Truppen im Korea-Krieg ein stets wiederkehrendes Thema in den Schulen. In den Geschichtsbüchern kann man darüber lesen, daß die Türken die besten Soldaten auf dem Kriegsschauplatz waren, und daß der amerikanische Oberbefehlshaber entzückt und begeistert ausgerufen haben soll, solche Soldaten habe er auf der ganzen Welt noch nicht gesehen. Die nationalistischen und rassistischen Erziehungsinhalte äußerten sich schon in den 1945 propagierten Zielen des Volksschulprogramms:

»Der Unterricht in der Schule soll dem Erreichen nationaler Ziele dienen. In den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde, Erdkunde, Leibesübungen, Musik, Lebenskunde und Biologie müssen Kenntnisse über die türkische Nation, die türkische Heimat und andere nationale Fragen vorrangig vermittelt werden. Im Geschichtsunterricht soll der Lehrer nicht nur Erkenntnisse vermitteln, sondern das Bewußtsein, daß die türki-

sche Nation früher mächtig war und bei anderen Völkern die eigene Kultur verbreitete, sowie ihnen das wahre Leben gezeigt hat. Darüber hinaus sollen die Schüler dazu erzogen werden, die privatwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft zu schützen.«

Auch in den folgenden Schulprogrammen wurden unter dem Deckmantel des Kemalismus die nationalistischen Ideale propagiert und als politisches Machtinstrument eingesetzt. Besonders kraß geschah das während der beiden Regierungen der Nationalistischen Front, Mitte der 70er Jahre. Vom Ministerium für nationale Erziehung wurden Bücher mit dem Symbol des Grauen Wolfes herausgegeben. Märchen wie das Ergenekon-Epos, dem zufolge vor 1000 Jahren ein Wolf den Türkenstämmen den Weg in die Freiheit gezeigt hat, werden als wahr verbreitet. Veröffentlichungen wie die Zeitschrift Yavrukurt (Junger Wolf) wurden herausgegeben, während andere Bücher aus dem Schulprogramm gestrichen wurden. Begründung:

»In zahlreichen Schulen wurden Bücher gefunden, die scheinbar von den Landesproblemen handeln, in Wirklichkeit aber unserer nationalen Erziehung widersprechen und unsere Familien und gesellschaftlichen Werte umstürzen wollen. Diese Bücher sind von Schriftstellern, die unsere Ordnung umstürzen wollen. Aus diesem Grund beschloß das Erziehungsministerium: »In allen Klassen und Schulen können nur vom Ministerium empfohlene Bücher gelesen werden. Erst, wenn die Bücher nicht den türkischen Gesetzen widersprechen, können sie die Schüler lesen. Alle anderen Bücher dürfen nicht benutzt werden.« Die inkriminierten Autoren: Orhan Kemal, Kemal Tahir, Fakir Baykurt, Oktay Akbal, Cetin Altan, Mehmet Makal, Dursun Akcam – alles berühmte türkische Schriftsteller. Verboten wurden auch Gogol, Dostojewski, Sartre, Camus und Charles Dickens. Dafür steht in einem neuen Geschichtsbuch: »Die Türken gehören zu den zwei größten Rassen. Die Türken sind das größte Volk.« Damit wurde immer deutlicher, daß die türkischen Faschisten genau wie die Militärs es als ihr erstes Ziel ansahen, das Bildungssystem im Sinne ihrer politischen Ideale umzuformen. Sie tun dies seit 1974 mit großem Erfolg (vgl. das Kapitel: Türkischer Nationalismus und Graue Wölfe).

Der gesamte Umfang kultureller Unterdrückung als Ergebnis der nationalistischen Indoktrination wird am Beispiel des türki-

schen Dozenten Ismail Besikci deutlich. Im Februar 1971 veröffentlichte er einen Artikel in dem Magazin »Ant« über die Unterentwicklung von Ostanatolien. (Schon 1969 hatte er ein Buch geschrieben mit dem Titel: »Die Situation in Ostanatolien: ihre sozialen, ökonomischen und ethischen Ursachen«.) Am 25. Juni 1971 wurde er verhaftet. Er wurde vor das 1. Militärgericht in Diyarbakir gebracht und zu 13 Jahren Gefängnis und drei Jahren Verbannung verurteilt.

Mit solchen Methoden gehen die türkischen Behörden gegen Aufklärungsarbeit vor. Seine »Kollegen« halfen dem Gericht, »Beweismaterial« für das kriminelle Vergehen von Besikci zu sammeln. Prof. Dr. Turhan Tufan Yüce: »... ich habe mir die wichtige Aufgabe gestellt, einige Schriften von Besikci zu sammeln. Ich habe von ihnen Fotokopien gemacht. Ich habe über deren verräterische Inhalte ein Gutachten angefertigt, um die Wirkung des Gutachtens zu vergrößern, habe ich meine Freunde um ihre Unterschriften gebeten. Nachdem ich die Strafbarkeit dieser Schriftstücke in Gutachten kurz erläutert hatte, habe ich es mit meinem Namen und meiner Unterschrift an die Kommandanten des Ausnahmezustandes in Ankara und Istanbul geschickt.« (Özgürlük Yolu, Nr. 37/38, S. 58)

Im Zuge einer Amnestie wurde Besikci 1974 wieder freigelassen, aber am 12. April 1978 erneut zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Diesmal wegen seines Buches »Die Zwangsumsiedlung der Kurden«. Ende 1979 wurde er erneut zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt, ebenfalls wegen eines Buches, das sich mit dem Kurden-Problem beschäftigt. Wie ihm erging es fast allen Schriftstellern und Journalisten, die sich mit der Kurdenfrage auseinandersetzen. Fast alle türkischen Intellektuellen glauben daher selbst auch heute noch unerschütterlich an die offizielle Staatsideologie des Kemalismus, wonach es außer der türkischen keine andere Nation oder Kultur gibt. Dabei wirkt diese Staatsdoktrin, so Ismail Besikci, auf zwei Ebenen. Die eine ist die juristische Fixierung, die andere die der offiziellen Verbreitung, besonders durch Bildungseinrichtungen. Dazu zählen auch die Universitäten, so daß die Staatsdoktrin auch »wissenschaftlich« untermauert wird. So lehnte es selbst ein bekannter Professor, ein linker Sozialdemokrat, der nach dem Militärputsch 1971 verhaftet wurde, strikt ab, seine Meinung über die Kurden in einem

Gespräch offen zu sagen. Hinter vorgehaltener Hand erklärte er: »Lieber will ich kein Interview geben. Für jedes Wort über die Kurden muß ich mich lange rechtfertigen. Aber die Sache hat keine Chance. Und schließlich haben die Kurden keine Geschichte und keine Kultur. Es sind ja letztlich doch Türken.« Und in einem in deutscher Sprache verfaßten ökonomistischen Buch über die Türkei hat es der linke türkische Autor fertiggebracht, viel Material über die imperialistische Türkei zusammenzutragen, aber kein einziges Wort über die Existenz von Kurden zu verlieren; auch dies noch das Ergebnis eines systematischen Erziehungsprozesses.

Aber es gab auch den anderen Weg einer breiten Volkserziehung in der Türkei, die zwar von der Existenz der Kurden auch nichts wissen wollte bzw. die Kurden assimilieren wollte, jedoch ein vergleichsweise hohes Bildungsangebot in allen Provinzen der Türkei entwickelte: die »Köy Enstitülerik«, die Dorf-Institute. Möglichst zentral zu mehreren Dörfern gelegen wurde das Zentrum eines Instituts errichtet: meist ein großes Holzhaus mit Brunnen, in dem die Lehrer als Institutsleiter mit ihrer Familie und auch die Schüler wie in einem Internat untergebracht waren. Aus den umliegenden Dörfern wurden Schüler, die bereits die Grundschule erfolgreich besucht hatten, für das Institut ausgewählt. Die Ausbildung dauerte weitere 5 Jahre. Der sieben- bis achtstündige Tagesunterricht bestand zur Hälfte aus allgemeinbildenden Fächern, die andere Hälfte teilte sich in landwirtschaftliche und ebensoviele technische Unterrichtsfächer. Der Lehrplan umfaßte neben Rechnen, Lesen, Schreiben, Physik, Naturgeschichte und Pädagogik auch eine Fremdsprache. Außerdem lernten die Studierenden Erste Hilfe, handwerkliches Basteln, Tierpflege und Obstbau. In allen »Instituten« wurden ausländische Klassiker gelesen und die Schüler zum selbständigen Denken erzogen. Schüler waren nur Kinder aus den Dörfern. Sie wurden zu Dorflehrern ausgebildet, mußten aber auch in der Lage sein, in der Erwachsenenbildung tätig zu werden. Außerdem sollten aus den »Instituten« heraus Gesundheitsbeamte und Landwirtschaftsingenieure ausgebildet werden.

Nach Abschluß der Ausbildung sollten diese Dorflehrer wieder auf die Dörfer zurückkehren. Dank der Dorfinstitute konnte die Türkei die Anzahl der Lehrer von 17 000 innerhalb weniger Jahre

auf 35 000 erhöhen. Doch der fortschrittliche Ansatz, Bildung und Ausbildung in den ländlichen Regionen voranzutreiben, »ein noch heute vorbildliches Modell für unterentwickelte Länder«, wurde von den Regierenden nur geduldet, solange die Ungebildeten keine politische Gefahr darstellten. Die Regierung Menderes löste die Köy Enstitüleri auf Wunsch der islamischen Geistlichkeit auf, in deren Augen diese Institute eine Brutstätte des Kommunismus waren. Gleichzeitig wurde der obligatorische Schulunterricht für Mädchen gelockert und der Pflichtunterricht in den ländlichen Schulen nicht mehr kontrolliert. Auch ein weiteres wichtiges Instrument der Volksbildung wurde von Menderes aufgelöst: die »Halkevi« (Volkshäuser). Sie waren seit 1932 in vielen ländlichen Gemeinden errichtet worden, in ihnen wurden Kurse und Vorträge abgehalten, die der Landbevölkerung praktisches Wissen vermittelten.

Das Besondere an den Köy Enstitüleri war gewesen, daß die Aufgaben des Dorflehrers nicht auf die Ausbildung der Kinder beschränkt blieben, sondern auf die gesamte Dorfbevölkerung ausgerichtet waren. Die Dorfschule war zugleich Zentrum der Volkserziehung und somit Grundstein einer eigenen dörflichen Entwicklung. Die Institute realisierten die ersten Ansätze einer Chancengleichheit im Bildungsbereich. Ihr Verdienst war es auch, daß »Dorf-Kultur«, Dorf-Tradition und anatolische Folklore Teil des türkischen Kulturlebens geworden sind, das ansonsten ausschließlich in den Metropolen geprägt war. Auf diese Weise entstand in den 50er Jahren eine eigenständige dörfliche Kultur, durch die die Schwierigkeiten des Lebens auf dem Land, die Ausbeutungsverhältnisse und die sozialen Beziehungen niedergeschrieben und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden. Sie bewirkte aber vor allem eine Bewußtseinsveränderung bei den Bauern selbst, die anfangen, ihre eigene Lage zu verstehen und zu verändern. Das hatte schließlich zur Folge, daß die Großgrundbesitzer, mit Hilfe der Geistlichkeit, Druck auf die Menderes-Regierung ausübten und daß schließlich die Köy Enstitüleri geschlossen wurden. Ein ähnlicher Versuch mit anderen Mitteln wurde nochmals nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 unternommen. Damals wurden die Offiziere mit Abitur in die Dörfer geschickt. Obwohl diese das Dorfleben kaum kannten, gab es bald erhebliche Fortschritte innerhalb der Dorfgemein-

schaften, auch eine politische Bewußtseinsveränderung. Die damalige Demirel-Regierung machte dann auch diesen Versuch schnell rückgängig.

Die türkischen Lehrer spielten bei den Versuchen sowohl das verkrustete Bildungssystem aufzubrechen als auch die nationalstische Ideologie im Volk zu verankern eine bedeutende Rolle. Im Verlauf der zunehmenden Politisierung der Lehrer wurde TÖS, die Türkische Lehrgewerkschaft gegründet. Die Ziele dieser demokratischen Massenbewegung, in der innerhalb weniger Jahre fast 70 Prozent aller türkischen Lehrer organisiert waren, waren der Kampf für ein gerechtes Bildungssystem, für einen höheren Lebensstandard der extrem unterbezahlten Lehrer und gegen die Verfolgung demokratischer und sozialistischer Lehrer durch die Regierung. Im Februar 1969 streikten über 20 000 Lehrer in Ankara, im Dezember des gleichen Jahres boykottierten sie den gesamten Lehrbetrieb im Land. An dem Boykott nahmen 90 Prozent aller Lehrer teil – Massenverhaftungen waren die Folge. Nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 wurde TÖS verboten. Wenig später gründete sich TÖB-DER, im Unterschied zu TÖS keine Gewerkschaft, da es Staatsangestellten und Staatsbeamten nunmehr verboten war, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Bis zum heutigen Tag haben die demokratischen Lehrer erhebliche Nachteile zu befürchten, wenn sie sich für die Interessen der Bevölkerung einsetzen. Zwangsversetzungen, Entlassungen, Inhaftierungen, ja physische Liquidierung sind an der Tagesordnung. Die Rede, die TÖB-DER Generalsekretär Mustafa Düzgün während einer Demonstration in Diyarbakir im Herbst 1979 hielt, beleuchtet diese Repressionen:

»Wir leben in einer Zeit, in der es keine Sicherheit des Lebens mehr gibt. Der Faschismus etabliert sich Schritt für Schritt, die Schulen werden zum Hauptquartier der Kommandoeinheiten, die Freiheit der Ausbildung ist abgeschafft und unsere Bevölkerung hat weder Arbeit noch Nahrung. Die demokratische Lehrerbewegung, die über eine lange Vergangenheit verfügt, hat sich in jeder Kampfphase mit neuer Kraft entwickelt und heute mit ihrer Organisation TÖB-DER eine weitere Dimension erreicht. Trotz Unterdrückung und Terror der herrschenden Klassen gelang es uns, die Anzahl der Zweigstellen von TÖB-DER auf 630 und die der Mitglieder auf 140 000 zu erhöhen. Die Erziehungswerktäti-

gen in der Türkei kämpfen nicht nur für die Lösung eigener Berufsprobleme, sondern übernehmen wichtige Aufgaben im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit und Frieden.«

Nach den Demonstrationen zum Jahrestag des Massakers von Kahranmaras am 23. Dezember 1979, bei denen 6 Menschen getötet wurden, wurden allein in Istanbul 1711 Lehrer entlassen, die dem Unterricht ferngeblieben waren. Diese Zahl erhöhte sich bis Mitte Januar 1980 auf über 2000. Da die meisten Lehrer aus den »gece-kondu« kamen, brach dort der Unterricht vollkommen zusammen. Lehrer und Eltern streikten. Als Antwort wurden tausende von Menschen festgenommen und die Lehrervereinigung durch die Militärkommandanten von Ankara und Istanbul verboten. Schon zuvor waren in Ostanatolien alle Zweigstellen von TÖB-DER geschlossen worden, weil sich die Lehrervereinigung auf einem Kongreß für das Recht des muttersprachlichen Unterrichts eingesetzt hatte. Im Verlauf der Kampagnen gegen die Lehrer, die sich nicht dem Diktat der nationalistischen Politik von Demirel und Türkes beugten, solidarisierten sich viele Schüler und ihre Eltern. Am 12. Januar wurden in Istanbul 422 Schüler verhaftet, die gegen die Entlassung ihrer Lehrer protestierten. Im Gymnasium Caglayan setzte die Polizei Gasbomben ein, um Schüler, die die Schule besetzt hielten, aus dem Gebäude zu vertreiben. In diesem Zusammenhang ist auch der Versuch zu sehen, durch Attentate auf demokratisch eingestellte Lehrer die kulturell-politische Bewegung der Lehrer zu eliminieren. Unter den täglich Ermordeten befanden sich fast immer auch Lehrer. Verhaftet wurde auch Gültekin Gazioglu, Vorsitzender der TÖB-DER, weil er gegen die »faschistischen Übergriffe« und die »Inflationspolitik« von Demirel protestiert hatte. Am 2. März 1980 begann vor dem Militärgericht in Ankara die Verhandlung gegen Gazioglu und weitere führende Mitglieder von TÖB-DER. Sie wurden beschuldigt, kommunistische und separatistische Propaganda betrieben und das »Vereinsrecht« verletzt zu haben. Die Staatsanwaltschaft forderte für jeden der Angeklagten eine 10jährige Freiheitsstrafe.

Anstelle der Entlassenen wurden – wie schon zur Zeit der Nationalistischen Front-Regierung – MHP-Anhänger als Lehrer eingestellt. 1980 wurden 5000 Lehrer vom Kultusministerium ernannt – fast alle kamen aus den MHP beherrschten Lehrerschul-

len. Als Beweis dafür wird von der türkischen Presse erwähnt, daß aus dem »Atatürk Egitim Enstitüsü«, in dem noch die Linke die Oberhand hatte, nur 3 Lehrer ernannt worden sind. Die zurückgestellten und nicht ernannten Lehrer veröffentlichten daraufhin eine Presseerklärung:

»Wir haben vor 5 Monaten unsere Ausbildung beendet und alle notwendigen Formalitäten für die Ernennung erfüllt. Das Kultusministerium gibt in der Öffentlichkeit immer wieder bekannt, daß die Ernennung aller Absolventen durchgeführt worden ist. In Wirklichkeit haben sie nur ihre Gesinnungsgenossen ernannt, und alle anderen wurden zurückgestellt. Wir protestieren gegen diese Auswahl nach der Gesinnung«. (Cumhuriyet, 7.3.1980)

Die Verfolgung von Lehrern, die dem Regime nicht »treu« sind, setzt sich nach dem 12. September mit ungeminderter Härte fort. General Evren warf der Lehrervereinigung TÖB-DER »separatistische Tätigkeiten« vor, der Vorsitzende von TÖB-DER, Gazioglu, soll wieder einmal vor ein Militärgericht gestellt werden. Die Militärjunta hat den Lehrern inzwischen verordnet, daß sie strikt nach den Richtlinien von Mustafa Kemal Atatürk unterrichten müssen. Da es aber solche Richtlinien überhaupt nicht gibt, können darunter nur die Richtlinien der Junta verstanden werden, das heißt Anti-Kommunismus und Nationalismus. Um das langfristig zu erreichen, wurden die Universitäten unter die »Staatskontrolle« genommen, ihre Autonomie wurde aufgehoben. Und im Militärgefängnis schließlich, der neuen Schule der türkischen Nation, erfuhren die Oppositionellen, was tugendhafte Erziehung heißt: Zuerst lernen sie im Stehschritt auf den Hof zu marschieren. Nach einigen Turnübungen, die mit militärischer Präzision durchgeführt werden müssen, kommt der Befehl des Kommandanten, und die Häftlinge fangen an ein Marschlied zu singen. Dabei müssen sie im preußischen Stehschritt marschieren und das Marschlied der Dardanellen singen: »Wir sind die eisernen Wachposten der Dardanellen, die vor nichts zurückschrecken. Wir sind die Wachposten gegen diejenigen, die Feinde des Landes sind. Wir werden das Mittelmeer mit den Schädeln unserer Feinde füllen.« Nach diesem lehrreichen Marschlied kommen andere Befehle. Jeder Befehl muß mit »Hoch lebe unser Kommandant« beantwortet werden.

Der militärische Staatsapparat, »Konter-Guerilla« und der CIA

Die Türkei galt schon immer als die Brücke zwischen Asien und Europa und bildete einen Sperriegel für die ausländischen Interventionsregierungen. Die USA nutzten diese geo-strategische Lage seit dem zweiten Weltkrieg aus und banden die Türkei von Anfang an in ihr militärisch-ökonomisches Bündnissystem ein. Als sich die Regierung des Ministerpräsidenten Ismet İnönü den siegreichen Alliierten annäherte, wurde der Neutralitätsvertrag mit der UdSSR gekündigt. Stalin warf daraufhin, im August 1946, der türkischen Regierung vor, sie habe die Vereinbarungen von Montreux nicht eingehalten, und verlangte die Auslieferung von sowjetischen Staatsangehörigen, die mit den Nazis kollaboriert hatten und in die Türkei geflohen waren. Stalins Politik der Erpressung führte die Türkei endgültig ins Lager des Westens.

Die USA verkörperte für die Türkei den Schutz vor dem »gierigen russischen Bären«, und die Regierung unterwarf sich bedingungslos den Konsequenzen. Als die türkische Regierung die USA um einen 500-Millionen-Dollar-Kredit bat, für den Import von für die industrielle Entwicklung benötigten Investitionsgütern, gewährten die USA nur 53 Millionen Dollar Wirtschaftskredite. Als Gegenleistung und zugleich Vorschuß für künftiges Wohlverhalten wurde die »Sozialistische Arbeiter und Bauernpartei« verboten. Die sowjetische Absicht, Stützpunkte an den Meerengen zu errichten, veranlaßte die USA bald zur Gewährung weiterer Kredite von 5 Millionen Dollar, »die der Rüstungsindustrie und der Entwicklung der strategischen Infrastruktur dienen sollten. Diese 5 Millionen bildeten den Anfang der amerikanischen Militärhilfe für die Türkei.« (vgl. H.S. Ürgüplü, Die Auswirkungen einer Assoziierung der Türkei mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die türkische Wirtschaft, Diss. 1965, Köln, S. 8)

Natürlich war die Hilfe nicht selbstlos. »Wir haben die Türkei und Griechenland nicht als Hilfsobjekte gewählt, weil sie das Tor zum Herzen der UdSSR und zum Schwarzen Meer eröffnen.« (W. Lippmann, in: New York Herald Tribune, 1.4.1947)

Und Präsident Truman am 5. April 1946: »Werfen wir einen Blick in den Nahen und Mittleren Osten, so begegnen wir einem kritischen Raum. In diesem Raum befindet sich ein großer natürlicher Reichtum. Die belebtesten Kontinental-, See- sowie Luftwege laufen durch dieses Gebiet. Aus diesem Grund hat dieser Raum große ökonomische und strategische Bedeutung.« (zit. nach H. Keskin, Die Türkei – vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat, Berlin 1977, S. 114)

1946 fanden die ersten Wahlen statt, an denen sich neben der Partei von Atatürk, die Republikanische Volkspartei CHP, auch eine Abspaltung von der CHP, die »Demokratische Partei« DP, beteiligte. Die neue Partei entwickelte antireformistische und prowestliche Züge, so daß sie sehr schnell zum Sammelbecken reaktionärer konservativer Großgrundbesitzer und des heimischen Kapitals wurde. Bei den Parlamentswahlen, im Mai 1949, gewann die Demokratische Partei mit einer überwältigenden Mehrheit und erhielt 408 Sitze im Parlament, die CHP dagegen nur 69. Celal Bayar wurde Staatspräsident und Adnan Menderes Ministerpräsident. Menderes, geboren 1899, war ein einflußreicher Großgrundbesitzer aus Aydin und Mitbegründer der Demokratischen Partei. Bei den ersten Gemeindewahlen am 3. September 1950 gewann Menderes erneut 560 von 600 Gemeinden und im Oktober bei den Provinzwahlen 55 der 67 Provinzen. Menderes war ein bedingungsloser Freund der USA.

Bereits im Juni 1950 schickte er 4 500 türkische Soldaten nach Korea, um die USA im dortigen Krieg zu unterstützen. Revoltierende Bauern, die Land von den Großgrundbesitzern wollten, wurden, ebenso wie aufbegehrende Arbeiter, erschossen oder ins Gefängnis geworfen. Im Dezember 1951 wurde für »kommunistische Betätigung« die Todesstrafe eingeführt. In einer mit gewaltigem Aufwand betriebenen Propaganda wurde dem türkischen Volk eingehämmert, daß Kommunist und Teufel identisch wären. Ein Erklärungsmuster der damaligen Menderes-Regierung: »Der Kommunismus will den Besitz aufteilen. Du bist verheiratet und hast eine Frau, die jetzt dir gehört. Willst du deine Frau mit anderen Männern im Dorf teilen?«

Am 18.2.1952 wurde die Türkei in die NATO aufgenommen. »Der Eintritt in die NATO besiegelte das Bündnis mit dem Westen und machte die Türkei erneut zu einer Halbkolonie. Jedoch nicht,

weil Atatürks Nachfolger versagt hätten, wie verschiedene Autoren behaupten. Kemal und die CHP vertraten von vornherein die Interessen der Bourgeoisie und der feudalen Großgrundbesitzer. War die Bourgeoisie in der Phase des Befreiungskampfes und dem Aufbau der Republik noch zu schwach, setzte sie ihre Interessen mit der zunehmenden Akkumulation von Kapital in ihren Händen rücksichtslos durch.« (Ute Baran, in: Zur Agrarfrage in der Türkei, Berlin 1979, S. 144)

Im Februar 1955 trat die Türkei dem Bagdad-Pakt bei, der nach dem Austritt des Irak in Cento umbenannt wurde. »Die uniformierten US-Spezialisten, Offiziere, Unteroffiziere sowie Soldaten durchdrangen die militärischen Einheiten bis zum Stabsquartier. Die türkische Armee wird nach dem US-Waffensystem umstrukturiert und ausgerüstet. Mit Erfolg begann die Amerikanisierung der Waffen, der Strukturen und der Erziehung der türkischen Armee.« (H. Keskin, S. 116)

Die Daten zu den türkisch-amerikanischen Beziehungen dokumentieren die Verbindung zwischen Militärabkommen und Wirtschaftshilfe, beide waren voneinander nicht zu trennen:

- 1954 Premierminister Celal Bayar besucht die USA, bittet um wirtschaftliche Unterstützung
- 1954 ein geheimes Militärabkommen zwischen der Türkei und den USA wird unterzeichnet
- 1955 Beitritt der Türkei in den CENTO-Pakt
- 1957 Türkisch-amerikanisches Abkommen wird unterzeichnet, wonach die Türkei den Gewinntransfer und die Politik amerikanischer privater Investitionen in der Türkei garantiert
- 1958 Türkei billigt die US-Intervention im Libanon. Die USA benutzen US-Basen in Adana für die Intervention
- 1958 Türkei-USA unterzeichnen ein Verteidigungsabkommen
- 1960 US-Pilot Garry Power wird mit seinem Spionageflugzeug U2 über der UdSSR abgeschossen. Das Flugzeug startete in der US-Basis Incirlik bei Adana
- 1962 Abkommen für die Lieferung von 400 000 t amerikanischen Weizen an die Türkei
- 1962 Abkommen, wonach Ankara einen Kredit in Höhe von 31 Millionen TL erhalten wird

- 1963 Abkommen wird unterzeichnet, wonach die Türkei einen Kredit in Höhe von 917 Millionen TL erhält
- 1964 Massendemonstrationen gegen die USA wegen Zypern
- 1967 Türkei erklärt, daß US-Basen nicht zum Einsatz gegen die Araber benutzt werden dürfen
- 1969 Das Auto des amerikanischen Botschafters in Ankara wird verbrannt. Er wird beschuldigt, CIA-Agent zu sein
- 1969 ein neues Verteidigungs-Kooperationsabkommen wird unterzeichnet, wonach die Türken Mitbestimmung verlangen bei der Benutzung der Militärbasen
- 1971 Der US-Kongreß zwingt die Türkei, den Opiumanbau zu verbieten
- 1974 Zypern Invasion
- 1975 US-Kongreß verhängt ein Waffenembargo gegen die Türkei
- 1975 Türkei sperrt die US-Basen für die Amerikaner
- 1975 Kongreß genehmigt die Verschiffung von Waffen in Höhe von 185 Millionen Dollar. Die Türkei muß diesmal die Waffen selbst bezahlen
- 1976 Türkei kauft in den USA Waffen im Wert von 125 Millionen Dollar
- 1976 USA und Türkei unterzeichnen ein neues Verteidigungsabkommen, und die Türkei erhält von den USA in den nächsten vier Jahren 166 000 000 Dollar Unterstützungskredite
- 1977 USA gewähren der Türkei weitere 200 Millionen Dollar Kredite
- 1978 USA und Türkei verhandeln über die Aufhebung des Waffenembargos und wirtschaftliche Hilfe für die Türkei
- 1979 Das US-Embargo wird aufgehoben
- 1980 IWF und OECD-Staaten haben sich bereit erklärt, 1 195 000 000 Dollar Kredite an die Türkei zu überweisen
- 1980 Neues Abkommen über die Benutzung der US-Basen in der Türkei wird abgeschlossen, wonach die USA ausschließlich über die Basen bestimmen können

Die Militärbasis Türkei ist für die US-Militärstrategie die wichtigste Auslandsbasis im Nahen und Mittleren Osten. Zahlreiche Nachrichtenbasen versetzen die USA in die Lage, alle sowjetischen Luft- und Marineaktivitäten zu beobachten, Atomwaffentests und Raketenstarts zu registrieren und für alle militärischen

Aktivitäten im Nahen Osten präsent zu sein. Die Türkei ist nicht nur ein Waffenarsenal für US-Nuklearwaffen, sondern auch die wichtigste Nachrichtenstation für die USA. Einrichtungen der USA befinden sich in Sinop und Samsun, in Belbasi, in Diyarbakir, bei Adana, Iskenderun und Yumurtalik. In Sinop befinden sich eine Radarstation und eine Basis für nukleare Raketenversuche. Betreut wird die Station von der »Army Security Agency«, einem Ableger der »National Security Agency« (NSA).

Ihre Aufgabe: »... unterstützt die NSA Hunderte von Horchposten rings um den Erdball; diese Horchposten stehen gewöhnlich unter der Leitung anderer Bundesbehörden. Zur Leitung der NSA-Einrichtungen in Übersee werden gewöhnlich die kryptologischen Abteilungen der Streitkräfte verwendet. Die Sicherheitsdienststelle der Armee, der Marine und Luftwaffe. Diese drei Dienststellen sind der politischen Koordination der NSA unterstellt; die Funksprüche die sie abfangen, werden an das NSA-Hauptquartier in Fort Meade, Maryland zurückgeschickt.« (CIA, V. Marchetti, J. D. Marks, Stuttgart 1974, S. 247)

Ein anderes Nachrichtensystem befindet sich in Diyarbakir. Zuständig dafür ist die Sicherheitsdienststelle der Luftwaffe, die die gesamten sowjetischen Aktivitäten, Raketenstarts und militärische Unternehmungen beobachten kann.

Wichtig für die USA ist die Basis Incirlik bei Adana. Incirlik ist nicht nur die bedeutendste taktische Kampfbasis für die US-Luftwaffe und ein nukleares Waffenarsenal der US-Truppen, sondern die größte Landbasis der USA im östlichen Mittelmeer. Sie kann jederzeit für einen Atomschlag und zur Konfliktintervention in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Osten benutzt werden. (U.S. Military Installations and Objectives in the Mediterranean, 27.3.1977, Bericht des Subkommittee of Europe and Middleeast)

Die Türkei unterhält heute eine der stärksten Armeen im Nahen Osten mit mehr als 500 000 Mann, für deren Unterhalt ein Drittel des Staatshaushaltes eingesetzt wird. Gemessen an dem Nationaleinkommen zählen die Militärausgaben zu den höchsten der Welt – mit die Ursache für den wirtschaftlichen Ruin des Landes.

In der Vergangenheit hatte die türkische Regierung versucht, in den Abkommen zwischen der Türkei und den USA festzuhalten,

daß die Benutzung der amerikanischen Basen der türkischen Kontrolle unterliegen müsse, die USA ihren Verbündeten bei Einsätzen von diesen Basen aus informieren muß und die Basen nur für Aktivitäten innerhalb der Grenzen des NATO-Bereichs benutzt werden können. Diese Bestimmungen sollten auch für das neue Abkommen über die Benutzung der US-Basen in der Türkei gelten, das in Ankara am 29. März 1980 abgeschlossen wurde. Das Abkommen ist auf 100 Seiten niedergeschrieben. Nur 6 Seiten wurden veröffentlicht und dem türkischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt.

Weder dem amerikanischen noch dem türkischen Parlament waren die »geheimen Details« des Agreements bekannt. Was nicht weiter verwunderlich ist, denn der geheimgehaltene Teil enthielt die Vereinbarung, daß es der USA erlaubt sein wird, die Basen zu benutzen, auch für Aktivitäten außerhalb der NATO-Grenzen. In Artikel V dieses Hauptabkommens heißt es, daß der Umfang der Zusammenarbeit für Aktivitäten außerhalb der NATO in einem geheimen Zusatzabkommen niedergeschrieben ist. In diesem geheimen Abkommen, so enthüllte am 20. Juni 1980 die englische Wochenzeitung »New Statesmen«, wird festgehalten, daß die USA die Regierung der Türkei nicht von der Inanspruchnahme der Basen informieren muß und die Türkei nicht berechtigt ist, Aktivitäten zu kontrollieren. Im technischen Anhang des Abkommens, der ebenfalls geheimgehalten wurde, wird präzise ausgesagt, daß es den USA erlaubt wird, von bestimmten Basen und Einrichtungen aus Operationen außerhalb der NATO-Grenzen durchzuführen, sprich: gegen die Staaten des Persischen Golfes und im Nahen Osten. Spekulationen, daß die Vereinbarung schon während der US-Intervention im Iran, am 25. April 1980, in die Praxis umgesetzt wurde, werden zur Gewißheit. Denn die Transportflugzeuge sind auf ihrer Flucht in Incirlik gelandet. In den »Ausführungs-Vereinbarungen für die Incirlik-Basis« wurde festgehalten, daß dort zwei Luftwaffeneinheiten mit taktischen Atomwaffen stationiert werden können, und zwar das US Air Force »401st. Tactical Flight Wing« – zur »Unterstützung des NATO-Verteidigungsplanes.« Die Basis und die gesamte Luftkontrolle dürfen nur vom US-Personal kontrolliert werden (are responsible for and authorised to control United States military aircraft – Text des Abkommens). Schließlich gibt es

weitere Vereinbarungen. Beim Zusatzabkommen Nr. 3 wird die Vereinbarung auf nur 12 Militärstützpunkte beschränkt. Aber es gibt mehr als 20 US-Einrichtungen, einschließlich der wichtigsten in Diyarbakir, Kargapazar und Iskenderun. Über ihre Benutzung wurde in dem veröffentlichten Abkommen nichts gesagt. Es sind interessanterweise die US-Basen, die in Südostanatolien liegen und strategisch und taktisch von großer Bedeutung für die USA sind, bei Einsätzen und bei Beobachtungen der Nationen im Nahen Osten. Im Gegensatz zu den US-Basen in Griechenland können die militärischen Beobachtungsstationen in der Türkei alle militärischen Aktivitäten auch von Syrien, Irak und Griechenland kontrollieren (vgl. Claudia Wright, *The Pentagon's secret deal with Turkey*, in: *New Statesmen*, 20.6.1980, London).

Die US-Wirtschaftshilfe wurde von Anfang an davon abhängig gemacht, daß die Interessen des US-Kapitals in der Türkei absolute Priorität hatten. Zahlreiche Reformen von Atatürk wurden von der Regierung Menderes rückgängig gemacht; die größten Teile der staatlichen Industrie reprivatisiert; die freie Marktwirtschaft eingeführt. Die Türkei war für die amerikanischen Wirtschaftspolitiker dabei nichts anderes als ein Absatzgebiet für die industriellen Produkte der USA und ein Lieferland für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe, die die Türkei selbst dringend benötigt hätte. Entsprechend dieser Strategie wurden die Kredite davon abhängig gemacht, daß nur in der Konsumgüter-Industrie investiert, der Türkei aber kein Kredit für die Errichtung einer Produktionsmittelindustrie eingeräumt wurde. Von den Gesamtinvestitionen des staatlichen und privaten Sektors (zwischen 1950 und 1960 = 38 Mrd. TL) entfielen auf das produzierende Gewerbe gerade 10 Prozent. Ein großer Teil diente der Erschließung von Rohstoffen, die vor allem dem Export in den Westen dienten. Es wurden zahlreiche Gesetze erlassen, wie das Erdöl-Gesetz und das Gesetz für die Eisen- und Stahlfabriken in »Eregli«, formuliert von amerikanischen Wirtschaftsberatern. Sie hatten alleine die Aufgabe, die Vorherrschaft des Fremdkapitals und seine Kontrolle über den türkischen Markt gesetzlich zu fixieren. İnönü hatte das Gesetz damals mit den Kapitulationen des Osmanischen Reiches verglichen. Diese von US-Beratern durchgesetzten Maßnahmen bewirkten wie zuvor die Aufhebung der Einfuhrbeschränkung zunächst eine Steigerung der Investi-

tionstätigkeit und die Ausdehnung des privaten Sektors, so daß auch das heimische Kapital profitierte. Die industriellen und infrastrukturellen Investitionen entsprechen selten der realen Zahlungsfähigkeit des Landes, so daß ein wachsender Teil des Investitionskapitals über Kapitalimport und über die inflationäre Notenpresse beschafft wurde. Da sich das Privatkapital außerdem vorwiegend auf den distributiven und spekulativen Bereich konzentrierte, entstand lediglich ein aufgeblähter Groß- und Außenhandelssektor, so daß sich zwischen 1950 und 1960 der Geldumlauf verfünffachte. Die Lebensbedingungen wurden unter der steigenden Inflation unerträglich, die Arbeitslosigkeit wuchs. Die Erwartungen der Menderes-Regierung, mit dem NATO-Beitrag eine Goldader erschlossen zu haben, erfüllten sich nur teilweise. Zwar hatten die USA bis 1960 knapp 994 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe und 1 650 Millionen Dollar Rüstungshilfe in die Türkei gepumpt, doch im wesentlichen wurden damit US-Investitionen bezahlt, bzw. die türkische Armee finanziert.

Die Hoffnung, daß das Heer der amerikanischen Soldaten auf den türkischen Basen die Wirtschaft und den Handel beleben würde, war ebenfalls verfehlt. Gemüse, Fleisch, Milch, ihre gesamten Lebensmittel, Spirituosen, Zigaretten und Textilien flogen die Amerikaner aus der USA oder anderen NATO-Staaten zollfrei in die Türkei ein und verkauften davon noch einen Teil auf dem Schwarzen Markt. Nur ein kleiner Teil des Volkes profitierte von der Anwesenheit der Amerikaner: Schwarzhändler, die die zollfreien Waren aufkauften und mit enormem Gewinn absetzten und die illegalen Verkäufer von Antiquitäten und Rauschgift. Die wirtschaftliche Verschlechterung wuchs, die äußere Verschuldung der Türkei wurde 1958 mit 1,2 Mrd. Dollar veranschlagt, wovon etwa die Hälfte auf westeuropäische Staaten und 57,35 Mio. Dollar auf die Weltbank entfielen. Um die türkische Wirtschaft zu stabilisieren, erfolgte gleichzeitig mit einem internen Stabilisierungsprogramm eine internationale Sanierungsaktion, das heißt eine Umschuldung. Zugleich wurde aus verschiedenen Quellen eine Anleihe von 225 Millionen Dollar gewährt, an der die USA mit 100 Millionen, die BRD mit 50 Millionen, die OECD mit 25 Millionen und hinsichtlich des Restes weitere OECD-Staaten beteiligt waren. (H. S. Ürgüpli, ebenda, S. 31)

Damals blieb der erwartete Erfolg aus. Kreditrestriktionen und Absatzschwierigkeiten bewirkten eine neue Preiswelle. Auf breiter Basis erfolgte die Entlassung von Arbeitern. Es kam immer wieder zu großen Demonstrationen gegen das korrupte Regierungssystem und seine Beschützer, die USA. Menderes versuchte, auf Ratschlag der amerikanischen Berater, die Unzufriedenheit auf außenpolitische Gleise zu lenken. Am 6. September 1955 wurde in der Türkei das Gerücht verbreitet, das Geburtshaus von Atatürk in Saloniki sei von den Griechen zerstört worden.

Bereits am nachmittag des heißen Dienstags versammelten sich die Menschen auf dem Istanbuler Korso, der Istikal Cad. Überall ergriffen »agents provocateurs« das Wort und sprachen zu den Leuten: »Man muß alle Feinde vernichten, die Griechen müssen aufgehängt werden.« Tatsächlich war eine Bombe explodiert, gezündet wurde sie aber von einem Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT, Mahmut Dikerdim. Später wurde Dikerdim, nach dem 12. März 1971, Präsident der Sicherheitspolizei, Abteilung »allgemeine Sicherheit«. In seinen Memoiren ist zu lesen: »Als unser Flugzeug sich Istanbul näherte, kam der Verteidigungsminister Ethem Menderes und setzte sich neben mich. Er hatte sehr viele Bedenken, weil in den ausländischen Zeitungen sehr viel Negatives über das Bombenattentat stand. Ich habe ihn gefragt: 'Wie kommen wir aus dieser prekären Situation wieder heraus?' Er sagte mir wörtlich: 'Die einzige Alternative ist, wir schieben alles in die Schuhe der Kommunisten und lassen dafür einige hängen.'« (M. Dikerdim, Orta Dogu'da Devrim Yillari, Istanbul 1977, S. 137)

Die Taktik des provozierten Aufstandes war erfolgreich. Alle nichtmohammedanischen Geschäfte wurden geplündert und zerstört. Doch die Unruhen und die Unzufriedenheit im türkischen Volk war nur vorübergehend auf einen äußeren Feind abgelenkt. Es kam erneut zu großen Kundgebungen und Demonstrationen. Am 19.4.1960 erließ Menderes ein befristetes Verbot für jede Parteitätigkeit. Am 28.4. gab er der Polizei Schießbefehl bei Demonstrationen, am 2.5. kam es anläßlich der NATO-Ratstagung in Istanbul zu einer großen Demonstration, bei der die Demonstranten den verschreckten Außenministern der NATO-Staaten zuriefen: »Freiheit – Nieder mit Menderes – Ami go home.«

Derweil blühte die Korruption, die die Beobachter an die schlimmsten Zeiten der osmanischen Sultane erinnerte. 4½ Milliarden TL wurden von Spekulanten auf geheime Bankkonten nach Westeuropa verschoben – die Türkei blutete wirtschaftlich aus, zumal die totale Abhängigkeit vom Westen ihr keinen eigenen politischen Spielraum mehr einräumte. Um die hohen Rüstungsausgaben zu finanzieren, andererseits die Inflation zu drosseln, verfügte Menderes einen allgemeinen Lohnstopp. Davon waren auch die Offiziere betroffen, die gewohnt waren, stets angenehmer als das Volk zu leben. Auch ihnen hatte Menderes eine geforderte Gehaltserhöhung verweigert.

Am 27. Mai 1960, an einem Freitagmorgen, verkündete Radio Ankara, daß die Streitkräfte die Führung des Staates übernommen hätten. Militäreinheiten hatten in der Nacht die Regierungsgebäude und alle Parteilokale der »Demokratischen Partei« besetzt, ihre Führer und Funktionäre verhaftet, das Parlament aufgelöst und an die Stelle der gesetzgebenden Gewalt das aus 32 Offizieren bestehende »Komitee der Nationalen Einheit« gesetzt.

An der Spitze stand General Cemal Gürsel, der im Oktober 1961 zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Die putschenden Offiziere brachten Ismet İnönü, den persönlichen Feind von Menderes, wieder ins politische Rampenlicht. Das Komitee aber war gelähmt, schwerwiegende Differenzen über die zu ergreifenden Maßnahmen machten ein gemeinsames Handeln unmöglich. Schnell gehandelt wurde dagegen bei der Aburteilung der ehemaligen politischen Entscheidungsträger. »Um dem Volk das Ausmaß der Korruption an der Spitze zu enthüllen, ließen die Offiziere es sich nicht nehmen, die Prominenz des Menderes-Regimes abzuurteilen. Die Prozesse eröffneten Einblicke in Korruption und moralischen Verfall ... Demokraten und einstige Vorkämpfer für Freiheit und Fortschritt enthüllten sich als Erpresser, Diebe und Mörder (H. Henle, Der neue Nahe Osten, Ffm. 1972, S. 26). Menderes und seine Mitregierenden wurden zum Tode verurteilt und wenig später gehängt.

Die Militärjunta begnügte sich mit einer Annahme einer neuen Verfassung und lies die Notenpresse auf vollen Touren laufen. Die Armee war zur Partei geworden. Als große Errungenschaft wurde die neue Verfassung von 1961 im Westen gelobt, obwohl die

»Kommunistische Partei« von dieser Errungenschaft »verschont blieb«. Immerhin wurde ein Parlament installiert, mit einem Zweikammersystem (Senat und Parlament), das Verhältniswahlrecht und ein Verfassungsgericht eingeführt. Ein wesentlicher Beitrag zur Demokratisierung die Einführung von Grundrechten: Unantastbarkeit der Person, Schutz der Privatsphäre, Freizügigkeit, Gedanken- und Glaubensfreiheit, Gründung von Gewerkschaften und das Streikrecht. Allerdings wurden diese Rechte in den folgenden Jahren zurückgenommen, bzw. hatten von Anfang an nur papiernen Wert. Beispielsweise profitierten die Kurden in keiner Weise von den neuen demokratischen Errungenschaften – ihre Unterdrückung dauerte an. Trotzdem kam ein politischer Aufklärungsprozeß dadurch in Gang, daß Gewerkschaften gegründet werden konnten und erstmals eine linke Partei, die Türkische Arbeiterpartei TIP, legal eine Organisation aufbauen konnte. Doch strukturelle Basisreformen im Agrarbereich blieben wieder nur ein Wunschtraum. Und: Die bisherige USA- und NATO-Freundschaft blieb bestehen. General Gürsel: »Die Türkei bleibt dem westlichen Bündnis treu.« Die USA hatten keinen Grund, etwas gegen den Putsch zu unternehmen, im Gegenteil. Sie intervenierten nicht, obwohl es eine Vereinbarung zwischen den USA und der türkischen Regierung gab, nach der »die USA in der Türkei eingreifen können, wenn ein Angriff gegen die türkische Regierung geführt wird.« Der CIA aber wußte, daß die Mehrzahl der Armeeoffiziere nicht gegen die NATO oder die USA eingestellt war und die Stellung der Menderes-Regierung Ende der 50er Jahre immer schwächer wurde. Dabei ging die DP sogar soweit, die Bindungen zu den USA zu lösen und den Handel mit der Regierung der UdSSR zu erhöhen. »Schon Anfang Mai 1960 schrieben die amerikanischen Zeitungen, daß die Tage von Menderes gezählt sind und die Berichte, die der CIA aus Ankara nach Washington schickte, nach denen ein Putsch der Armee in der jetzigen Situation unausweichlich wäre, belegten das.« (Süleyman Genc: CIA-MIT Konter-Guerilla, Istanbul 1978, S. 63) Die Verbindung zwischen CIA und dem Komitee für nationale Einheit lief über einen Obersten, Alparslan Türkeş (Politika, 24.5.1977).

Das Militär und das Kapital

Die Form der politischen Intervention der amerikanischen Regierung änderte sich nach dem Mai-Putsch. Sie sahen nicht so sehr in der konservativen Regierung, sondern in den Militärs den Garanten für ihre politische und ökonomische Einflußnahme auf die Türkei. In den 60er Jahren fand international die Abkehr von der Politik des Kalten Krieges statt, und die Dentente-Politik der beiden Großmächte USA und UdSSR führte dazu, daß der über Jahre hinweg aufgebaute Feind »Kommunismus« nicht mehr von außen drohte. Die größte Gefahr drohte jetzt vom türkischen Volk selbst, das zunehmend, bedingt durch die Einräumung bürgerlicher Freiheiten, in Opposition zu den USA und ihren politischen Handlangern in der Regierung trat. Die Armee mußte, um als Wächter der Kapitalinteressen des US-Kapitals und zunehmend des BRD-Kapitals fungieren zu können, in das ökonomische System des Kapitalismus eingebunden werden, so daß die Militärs ein eigenes Interesse am Überleben des herrschenden Wirtschaftssystems hatten. Drei Monate nach dem Putsch unterzeichneten das »Komitee der nationalen Einheit« und die USA eine Vereinbarung, nach der die USA den Offizieren 1000 Millionen TL schenkten. Am 15.9.1960 schlossen das »Komitee« und die Weltbank ein Abkommen, wonach ausländische, insbesondere amerikanische Firmen eine Eisen- und Stahlfabrik aufbauen sollten.

Im Jahr 1961 wurde die OYAK (Ordu Yardimlasma Kurumu) gegründet. »In manchen Ländern machen die Soldaten, neben ihrer Hauptbeschäftigung, nämlich mit Waffen profitreiche Geschäfte und private Investitionen. Die Obersten der südvietnamesischen Armee, welche im Krieg stehen, haben anstatt zu kämpfen, profitreiche, private Geschäfte unternommen. Die Waffen, die sie wählten, waren Bankwesen, Bau und Straßenbau. Die Obersten haben auf Druck der Regierung zu Anfang dieses Jahres damit Schluß gemacht. In Indonesien besitzen die Soldaten eine Flugzeuggesellschaft mit Namen Mondala. Außerdem

treiben sie Geschäfte mit Banken und Autobusfahrten. Die türkische Armee aber ist zu einer Klasse geworden. Sie ist der größte Investor des Landes.« (Time-Magazin, August 1972)

Das System ist einfach. Alle Offiziere müssen einen Beitrag ihres Gehaltes, zwischen 5 und 8 Prozent monatlich, an die Stiftung zahlen. Betrug ihr Gründungskapital 44 Mio. TL (mit Kapitalzuschuß der USA), erreichte ihre Bilanzsumme im Jahr 1969 bereits 915 Mio., 1975 25 Mrd. und Ende 1977 34 Mrd. TL.

Nach und nach begannen die Militärs, die im Stiftungsrat zusammen mit den Repräsentanten des Finanzkapitals saßen, zu investieren und zwar in Zusammenarbeit mit internationalen Finanzierungsgesellschaften. Das breitgestreute Kapital beherrscht fast alle Zweige der türkischen Industrie, ist zum »dritten Sektor« geworden. 1977 waren sie an Gesellschaften beteiligt, die insgesamt 706 Mio. TL Steuern zahlen und ca. 18 000 Personen beschäftigen. Die Gewinne 1977 übertrafen die der größten Finanzgruppe der Türkei, die Is-Bankasi, die 1977 aus ihren Beteiligungen 206 Mio. TL Gewinn erwirtschaftete. Aufgrund der enormen Steigerung der Einlagen in der OYAK trafen sich am 29.5.1972 die Gründungsmitglieder, darunter der Chef des Generalstabes, die Kommandeure der Streitkräfte und hohe Offiziere. Sie beschlossen, daß auf Grund der inzwischen erwirtschafteten Summen von 1 627 Mio. TL noch mehr, insbesondere im Handel investiert werden sollte, da im Lauf der Zeit die Offiziere mehr und mehr Luxus erwarteten. Die Kapitalinvestitionen der Offiziere in Fabriken, Transportbetrieben, Reedereien, Kaufhäusern führten zu der Gründung einer eigenen Bank. Wegen des Erfolges von OYAK wurden verschiedene andere Stiftungen gegründet, z.B. für die Luftwaffe und Marine. Die »Stiftung zur Stärkung der Luftwaffe« begann damit, eine nationale Waffenindustrie aufzubauen, um unabhängig zu sein. Sie verfügt jetzt über ein Kapital von 2 Milliarden TL.

Die »Stiftung der Marine« beteiligt sich im Bereich der militärischen elektronischen Industrie, die Material an die Armee liefert. Durch diesen militärisch-industriellen Komplex ist die Armee total in das kapitalistische System integriert worden. Ein Beispiel: Da die Renault-Werke in Bursa in den Händen von OYAK sind, fahren die Militärs und die Polizei ausschließlich Renault-Fahrzeuge – der Absatz wird vom Staat garantiert. Die Militärs können

dadurch ihre Profite erhöhen und brauchen keinen Absatzeinbruch zu befürchten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Militärhilfe des Westens zum Aufbau einer nationalen Verteidigungsindustrie der Türkei die Militärs noch enger an den wirtschaftlich-militärischen Komplex bindet. Die militärischen Fabrikationsanlagen unterstehen der Geschäftskontrolle der türkischen Generalität. Je profitabler sie arbeiten, um so günstiger für die Dividendenzahlungen an die Offiziere. Seit geraumer Zeit liefert die Türkei an Länder der Dritten Welt Waffensysteme, die von der heimischen Rüstungsindustrie erzeugt worden sind. Allein die USA haben zwischen 1976 und 1980 800 Mio. Dollar für Militärhilfe an die Türkei gezahlt, für 1981 werden weitere 250 Mio. Dollar erwartet. Am 29. März 1980 unterzeichneten die Türkei und die USA eine Vereinbarung mit dem bezeichnenden Namen »Agreement for Cooperation on Defence and Economy (ACDE)«, ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Verteidigung und Wirtschaft. Ein Artikel dieses Abkommens bestimmt die Form der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Verteidigungsindustrien. Bei der Politik der Reagan-Administration in Sachen Abrüstung dürfte dieser Wirtschaftszweig in der Türkei bald aufblühen.

Und überall dort, wo die Militärs investiert haben, sitzen in den Vorstandsetagen diejenigen Offiziere, die nach ihrer Dienstzeit eine neue Arbeitsstelle suchen.

Armeegeneral Memduh Tagmac und Armeegeneral Nazmi Karakoc, Ex-Generalstabschef und Ex-Kommandant der Landstreitkräfte, sind Vorstandsmitglieder der »Türkischen Industrie- und Handelsbank«, die für die Devisenvergabe an den »Privaten Sektor« eine Schlüsselstellung einnimmt.

Generalmajor Mamduh Unlutürk, während des 12.-März-Putsches einer der Führer der Konterguerilla, sitzt im Vorstand der staatlichen Eisen- und Stahlwerke in Eregli, die erheblich von US-Geldern profitiert hatten.

Nevzat Cimeci, Militärstaatsanwalt beim 3. Kriegsrechtgericht in der Phase des 12. März 1971, leitet einen Konzern.

General Faik Türün, ehemaliger Kriegerrechtskommandant von Istanbul, ist Vorstandsmitglied der Handels- und Versandfirma UNMAT und AP-Abgeordneter.

General Fuat Dogu, Sekretär des MIT, wurde nach dem 12. März 1971 Botschafter in Lissabon.

Admiral Celal Eyicioglu, Kommandant der Seestreitkräfte während des 12. März 1971, brachte es zum Botschafter in Japan.

Orhan Kabibay wurde Aufsichtsratsmitglied der Firma ADAS, die dem Ministerium für Energie und Bodenschätze unterstellt ist. Später wurde er Vertreter der Firma »Mirage« in der Türkei.

Kemal Zeren, Generalmajor, ist AP-Mitglied und Vorstandsvorsitzender der staatlichen türkischen Fluggesellschaft THY.

Cezmi Biren, Admiral a.D. und Ismail Sarikey, Konteradmiral a.D. bezogen führende Posten bei der »Staatlichen Marinebank« des Verkehrsministeriums – der eine als Vorstandsvorsitzender, der andere als Generaldirektor.

Ercüment Gökyaydin, Generalmajor, brachte es zum technischen Berater der Flugzeugfirma Northrop. Er ist zugleich Berater der Monatszeitschrift »M5«, das Werbeblatt der internationalen Rüstungsmonopole. (T. Turan, in Politika vom 12.5.1978 sowie U. Mumcu, Suclular ve Güclüler 1977 und U. Mumcu, Bir Pulzuz Dilekce, Istanbul 1978, S. 61)

Wegen der Beteiligung am kapitalistischen System sind die Offiziere motiviert, den westlich orientierten Kapitalismus zu verteidigen, mehr als die bürgerlichen Parteien. Ihre erste Aufgabe war demnach die Stabilisierung der Wirtschaft, und sie waren bereit, gegen jeden vorzugehen, der die freie Marktwirtschaft unterminieren wollte. Eine Einstellung, die es auch verständlich macht, daß es gerade die Generäle waren und sind, die seit 1975 eine »stabile Regierung« fordern, die aus der CHP und der AP bestehen sollte.

Insofern war es nicht weiter verwunderlich, daß im Verlauf der großen antiimperialistischen und antifaschistischen Bewegung in der Türkei, Ende der 60er Jahre, das Militär einschreiten mußte. General Cemal Tural, Generalstabschef und Förderer der Rüstungsindustrie, führte den antikommunistischen Kampf in der Armee an. Er veröffentlichte ein Buch mit dem Titel »Handbuch für antikommunistische Aktionen«, in dem alle linken Organisationen und Publikationen beschuldigt wurden, die Sicherheit des Staates zu gefährden. Die gleichen Methoden übernahmen die anderen Kommandeure. Gleichzeitig wurde eine Feme-Organisation gegründet, wiederum mit Unterstützung der amerikani-

schen Streitkräfte und dem CIA. Es handelte sich um die »Konter-Guerilla«.

Die türkisch-amerikanische Femeorganisation »Konter-Guerilla«

Ihren Ursprung haben die »Konter-Guerilla« in der Abteilung für »besondere Kriegsführung« im türkischen Generalstab, der nur die loyalsten Offiziere angehörten, die in den USA ausgebildet und später in der Türkei durch CIA-Agenten und »Militärberater« weiter trainiert wurden. Eine der wichtigsten Ausbildungslektüren wurde von dem CIA-Angestellten David Gallula geschrieben, 1965 vom türkischen Generalstab übersetzt, in einer Auflage von 1750 Exemplaren gedruckt und an die verschiedenen Einrichtungen innerhalb der Streitkräfte verteilt. In diesem CIA-Handlungsanleitungsbuch »Unterdrückung von Volksaufständen in Theorie und Praxis« (Ayaklanmalari Bastirma Hareketleri-Teori ve Tatbikati) steht: »Unsere Sicherheit wird nicht nur von offenen Angriffen bedroht. Neben den offenen Angriffen existieren auch andere Bedrohungen, die nicht als Angriffe gesehen werden können, aber viel gefährlicher sind. Diese Bedrohungen sind Erneuerungs- und Reformansätze, die innerhalb des Landes durchgeführt werden sollen. Diese getarnten Angriffe (maskeli Saldirilar) sind manchmal Bürgerkriege, manchmal Volksaufstände, aber auch demokratische Bewegungen oder Reformbewegungen. Unsere Absicht ist es, diese und ähnliche Strömungen zu verhindern. Wenn diese Strömungen in eine Entwicklung gekommen sind, wo sie die Resonanz der Bevölkerung finden, dann haben wir zwei Wege, diese zu verhindern. Für unsere Sicherheit und für die Sicherheit der anderen nichtkommunistischen Länder müssen wir unsere befreundeten Regierungen und Regimes mit bewaffneten Mitteln unterstützen. Eine solche militärische Intervention kann entweder mit klassischen Militärstrategien oder mit den Mitteln der Diplomatie durchgeführt werden. Dieses militärische Eingreifen hat eine eigenständige Dynamik und eigenständige Natur.« (D. Gallula, zit. nach Emin Deger; CIA-Konter-Gerilla ve Türkiye, Ankara 1977, S. 595)

Ein anderes Aufklärungswerk ist das von Cahit Vural, einem der Konter-Guerilla-Mitglieder in Ankara und Cheftheoretiker,

der, so sagen seine Freunde, schon während der Ausbildung in der Militär-Akademie offen für Faschismus eingetreten ist. Seine Veröffentlichung »Einführung in die Guerilla« wurde vom Generalstab nur für den inneren Dienst eingesetzt und gliedert sich in die Kapitel: Zerstörung und Propaganda, Agententum, Agent-provocateure, Herstellung von Bomben, Land-Guerilla, Befragung und Infiltrierung einer Guerilla-Organisation. Verlag und Preis des Buches fehlen im Impressum. Auf der ersten Seite ein Stempel: »Nur für den Dienstgebrauch«:

»Um Erfolg zu haben, brauchen wir denkendes, glaubendes und unsere Grundprinzipien akzeptierendes Personal. Wir dürfen nicht vergessen, daß die physisch und psychisch labilen Menschen weder Guerilla noch Verteidiger sind, sie müssen außerhalb der Organisation stehen. Der bewaffnete 'agent provocateur' ist aus Erfahrung mit der städtischen Guerilla in der ganzen Welt entstanden. In den großen Städten werden 'agents provocateurs' in den Universitäten, den Fabriken, den Zentren der Ausbildung und in der Produktion eingesetzt und müssen diese erobern. Diese Agenten setzen ihre Attentatswerkzeuge der Zerstörung, der Provokation, sogar der Morde und Räubereien für das Ideal ein.«

Außerdem wurden für die Organisation und Praxis der Konter-Guerilla noch andere Bücher der US-Army übersetzt und vertrieben:

- US-Army FM 19-15 Innere Unruhen und Katastrophen
- US-Army FM 31-22 Streitkräfte gegen Aufständische
- US-Army FM 31-16 Konter-Guerillaoperationen
- US-Army, Special Warfare School 31-176 Counterinsurgency-Planhandbuch (Taktik und Technik von Konter-Guerillaoperationen)
- US-Army FM 17- 1 Bewaffnete Operationen in kleinen Einheiten
- US-Army FM 19-15 Zivile Katastrophen
- US-Army FM 21-50 Ranger-Training und Operationen
- US-Army FM 31-72 Operationen im Gebirge

Die militärischen Direktiven für die türkischen Militärs waren nur die logische Konsequenz der starken amerikanischen Beeinflussung der gesamten türkischen Politik. Diese Abhängigkeit und besonders den Einfluß des CIA beklagte schon in den 60er Jahren

Ismet İnönü, als ihn seine eigenen Kabinettsmitglieder aufforderten, eine von den USA unabhängige und den türkischen Interessen entsprechende Politik zu betreiben. İnönü antwortete: »Ihr verlangt von mir eine unabhängige und eigenständige Außenpolitik. Viele verlangen das. Wie kann ich dies bewerkstelligen? Ich werde irgend etwas beschließen und diese Sachen dann den Fachleuten übergeben. Diese werden alles bearbeiten, mir Vorschläge übergeben, doch können sie das überhaupt? Hinter all diesen Fachleuten befinden sich ausländische Experten, die mit allen Mitteln versuchen, unsere Fachleute zu vergewaltigen, und wenn sie das nicht leisten, schieben sie die Arbeit auf die lange Bank. Und wenn das nicht ausreicht, treffen sie Gegenmaßnahmen. Ich gebe einen Auftrag. Bevor ich das Ergebnis habe, weiß es schon Washington, und ich erfahre das Ergebnis vor meinen eigenen Beamten von dem amerikanischen Botschafter.

So haben wir diesen Staat übergeben. Die Leute befinden sich mit ihrem Personal, mit ihren Stützpunkten hier in diesem Land. Es ist fast unmöglich, sich von diesen zu trennen. Falls man die Absicht hätte, so etwas zu tun, ich kann zur Zeit nicht voraussagen, was uns blühen würde.« (M. Toker: İsmet Paşaya on yıl, zit. nach Süleyman Genc; CIA/MIT – Konter-Guerilla, İstanbul 1977, S. 97)

Tatsache ist, daß die amerikanischen Experten in allen staatlichen Einrichtungen eingesetzt werden, wie dem Staatlichen Planungsamt, dem Staatlichen Personalamt, dem Amt für Kommunales Wesen, der Gendarmerie, dem Finanz- und Haushaltsausschuß, den Universitäten, dem Amt für technische Ausbildung, den Staatlichen Schiffslinien, insbesondere dem Innenministerium, dem Finanzministerium und besonders im Verteidigungsministerium. Hinzu kommt, daß das gesamte Kommunikationswesen von den USA beaufsichtigt wird. Und mehr noch: Dem Bericht des bundesdeutschen Generals Horst Wendler, der Selbstmord begangen hat, ist zu entnehmen: »Nach dem Geheimplan 10/1 hat der CIA ein Programm entwickelt, um in der Türkei, in der Nähe von İstanbul, ein Ausbildungslager für Kommandos und Guerillaeinheiten aufzubauen.« Dirigiert wurden diese Einrichtungen aus Ankara und İstanbul, von der US-Botschaft und dem US-Generalkonsulat. Die Rolle der Botschaft wird in dem »Counterinsurgency planning guide« beschrieben: »Auf der

Ebene des Gastlandes ist der US-Botschafter oder der oberste diplomatische Vertreter der USA der Chef der diplomatischen Mission und des 'Counter-Teams'. Er ist verantwortlich für die Gewährleistung, daß die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützungsprogramme voll integriert und koordiniert werden ... er arbeitet mit den besonderen Kommandos zusammen.«

In den Jahren 1968 bis 1971 trainierten die amerikanischen Eliteeinheiten »Green-Berets« mit den Mitgliedern der Abteilung für besondere Kriegsführung, der »Konter-Guerilla«, in den Wäldern der Gebirgsregion Bolu. Die Kurden in den Ostprovinzen spürten Anfang der 70er Jahre die Trainingserfolge. Immer häufiger überfielen »besondere Kommandoeinheiten« die kurdischen Dörfer, die abgelegen in den Bergregionen versteckt lagen und in denen »Aufständische« vermutet wurden. Die Häuser wurden durchsucht, die Bewohner häufig gefoltert, und dann verzogen sich die »Kommandos« wieder. Ein Bauer aus einem Dorf nahe Kulp: »Wenn die Jandarmas kommen, aus der Luft, dann laufen wir, so schnell wir können, auf die Berge.« »Was machen die Jandarmas?« »Sie schlagen uns auf den Rücken, auf die Schultern, auf die Fußsohlen, auf die Hände.«

Aber auch in den Metropolen war die Konter-Guerilla aktiv, besonders bei der Vorbereitung und Durchführung des Putsches vom 12. März 1971. Sadi Kocas, nach dem 12. März 1971 stellvertretender Ministerpräsident: »Obwohl der Militärkommandant von Istanbul und der Geheimdienst MIT, die die Konter-Guerilla gründeten, mir verfassungsmäßig unterstellt waren, habe ich von deren Existenz nichts erfahren. Die Organisation wurde auf Befehl des Oberkommandierenden der türkischen Streitkräfte gegründet.« (S. Kocas: Atatürk'ten 12. Mart'da, Istanbul 1978, S. 181)

Daß der Putsch vom 12. März 1971 eine wohlvorbereitete Aktion war, im wesentlichen eine Konter-Guerilla-Politik, das heißt Ergebnis enger intensiver Zusammenarbeit zwischen CIA, Militär und türkischem Geheimdienst MIT, belegen viele Dokumente, die in den letzten Jahre bekannt geworden sind. Der ehemalige Außenminister Caglayangil zu den damaligen Vorgängen um den 12. März 1971 in einem Gespräch mit dem türkischen Journalisten Ismail Cem, der später Direktor der TRT (Türkische

Rundfunk- und Fernsehanstalt) wurde: »Eines muß man wissen. Amerika interessiert nicht, ob in einem Land eine demokratische, chauvinistische oder faschistische Regierung herrscht. Wir wollten immer Freundschaft mit den USA und waren bereit, jedes Opfer für diese Freundschaft zu bringen. In den Ereignissen in der Türkei hat die CIA in dieser oder jener Art gearbeitet, um die amerikanischen Interessen zu schützen. Wie konnte etwas anderes erwartet werden? Solche Verbindungen werden nicht öffentlich gemacht. Die ausländischen Botschafter oder Verantwortlichen stellen solche Verbindungen im privaten Kreis her. Ich habe selten gesehen, daß ein ausländischer Botschafter, der eine amtliche Angelegenheit übernimmt, solche Probleme offen löst. Solche Dinge löst man in privaten Versammlungen, bei Cocktailabenden, beim Abendessen, bei privaten Unterhaltungsabenden oder bei Spaziergängen. Es war kurz vor dem 12. März. Ich wurde informiert, daß es zu einer Bewegung in der Politik kommen wird. Meine Informationen kamen vom amerikanischen Botschafter. Eines Abends rief er mich an und fragte, ob er bei mir einen Whisky trinken darf. Nachdem er bei mir war und die allgemeine Unterhaltung zu Ende war, sagte er: 'Herr Caglayangil. Wir als Staat dulden die Entwicklung in der Türkei zwar, aber nicht alles. Verschiedene Leute, die sich im Staatsapparat befinden, können das nicht dulden, was geschieht.'

Das war deutlich genug... Der CIA hatte auch in einigen Ereignissen vor dem 12. März seine Hände im Spiel, und man sagte, daß die Nachrichtendienste zuvor ständig zusammengearbeitet hätten.«

Tatsache ist, daß schon in den 60er Jahren der MIT im Auftrag des CIA, nach dem Muster von Thailand, Indonesien und Griechenland, für die Türkei Massenverhaftungspläne für mißliebige Regimegegner ausarbeitete. In Griechenland hieß dieser Plan »Prometheus« und in der Türkei »DEV-KURT« (Rettungsaktion für den Staat). Die ersten Massenverhaftungen wurden genau nach diesem Plan durchgeführt. In einer einzigen Nacht verhaftete man 4 000 Professoren, Studenten, Lehrer und pensionierte Offiziere. In den folgenden Tagen wurden sie in den Geschäftsräumen der Konter-Guerilla gefoltert und schließlich in Massenprozessen vor Militärgerichten abgeurteilt. Aufgestellt hatte den Plan ein Necip Yusufoglu. Zuerst war er der Verantwortliche für

den MIT in Istanbul, später wurde er zum MIT-Leiter in Ankara ernannt. Nach dem 12. März zum General gekürt, schied er wenig später aus der Armee aus – bis zu diesem Zeitpunkt war er eine der Stützen der Konter-Guerilla in Istanbul. Eine andere ist Nuri Gündes. Bis Anfang 1980 war er für den MIT in Istanbul in führender Stellung tätig. Gündes, Absolvent der Militärakademie, wurde als Oberstleutnant pensioniert. Sein besonderer Schützling innerhalb der Konter-Guerilla war sein MIT-Kollege Mahir Kaynak. Er war einer der bekanntesten »agent provocateurs«, die für zahlreiche Anschläge in Istanbul verantwortlich gemacht wurden, die zunächst linksextremistischen Gruppen zugeschrieben worden waren. Einer der führenden Konter-Guerilla-Führer in Istanbul schließlich war Necdet Kücüktaskiner. Während der 12. März-Periode war er zuständig für »Befragung der Regimegegner«, was soviel wie brutale Folter heißt. Er war auch noch später aktiv. 15 Tage vor dem 1.-Mai-Massaker 1977 in Istanbul (34 Menschen kamen ums Leben) überwies der Personalleiter des MIT 8,15 Millionen TL an Necdet Kücüktaskiner, ohne einen bestimmten Auftrag zu nennen. Dieses Geld, dessen Verwendung als »geheim« deklariert war, wurde ihm für seine Arbeit im MIT für 3 Monate und 15 Tage vor dem 1. Mai gezahlt. Allerdings würde eine solche Summe nicht einmal der Staatspräsident erhalten, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Gehälter des Geheimdienstes das Dreifache eines gewöhnlichen Polizeibeamten betragen.

Konter-Guerilla, CIA und die MHP

»Einflußreiche Gruppen in der Armee hoffen, daß Türkes, der Führer der 'Nationalen Aktionspartei', demnächst in Ankara Regierungschef wird.« (H. Vocke, FAZ vom 3.1.1979)

Die USA und die türkische Feme-Organisation »Konter-Guerilla« hatten Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre mit dem Putsch vom 12. März 1971 erfolgreich zugeschlagen. Die antiamerikanischen und sozialrevolutionären Bewegungen mit ihren unterschiedlichen Strukturen waren zerschlagen. Von ihnen drohte keine Gefahr mehr. Nachdem die Militärs 1973 die Macht wieder an die Zivilisten zurückgegeben hatten, wuchs in kurzer Zeit erneut eine starke linke Bewegung, diesmal weitaus

stärker innerhalb des türkischen Volkes verankert als vor dem 12. März 1971.

Gleichzeitig nahm die politische Attraktivität der türkischen Sozialdemokraten zu, die mit ihrem Weg des »Sozialismus« auch große Teile der Arbeiterbewegung an sich binden konnten. Daher mußte eine neue Strategie her, die Eskalation des Terrors, die zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Destabilisierung des Staates führen muß, aus der heraus erneut das Militär oder eine faschistische Partei, die MHP, die Macht an sich reißen konnte. Auch hier leistete der CIA wiederum große Unterstützungsarbeit. Die Taktik und Strategie der MHP ist Lehrbüchern des CIA entnommen. Fast dem Buchstaben getreu wird von der MHP das praktiziert, was dort niedergeschrieben ist. In dem Werk »Der unkonventionelle Krieg« von F. A. Lindsay steht: »Ziel des psychologisch indirekten Terrors ist es, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für Situationen zu sensibilisieren, die den Anschein von politischem Chaos innerhalb der linken Gruppen erwecken sollen, wobei direkter Terror, wie Bombenanschläge, Brandstiftungen und Attentate, gezielt durchgeführt werden. (...) Diese Art des Terrors soll die unpolitische Bevölkerung manipulieren. Das Volk wird zu Stellungnahmen gezwungen und damit gleichzeitig zum passiven Helfershelfer konditioniert. In verschiedenen Orten des Landes werden kleine Beamte, Polizisten, Briefträger, Mitglieder des Stadtrates, Lehrer und manchmal ein Bürgermeister, also Menschen, die im Gegensatz zu den höheren Beamten im nahen oder unmittelbaren Kontakt zur Bevölkerung stehen, geopfert, um so den Menschen die Greuelthaten der Revolutionäre vorzuführen. (...) Liberal eingestellte Personen neigen dazu, mit den Aufständischen zusammenzuarbeiten. Daher sind sie Zielscheiben terroristischer Anschläge. (...) Man gibt den Sympathisanten die Aufgabe, von der Bevölkerung Geld zu sammeln. Da das Geld für den Krieg notwendig ist und eine Seite stärkt, kann man aus den Geldsammelaktionen wichtige Informationen entnehmen. Von denen, die sich weigern, bringt man einige um. Solche Attentate sind nur solange wichtig, wie sie als Beispiele dienen. Daher sollten diese auch nicht geheim durchgeführt werden.« (F. A. Lindsay: Unconventional Warfare, S. 5, zit. nach: CIA'nin Türkiye'deki Kontergerilla Teorisi ve Uygulamasi, Istanbul 1978, S. 32ff)

FOR SCHOOL INSTRUCTIONAL PURPOSES ONLY

UNITED STATES ARMY SCHOOL, EUROPE
APO 172 US FORCES

PMA DEPARTMENT

Material For PMA 4-21

24 October 1962

UNCONVENTIONAL WARFARE

By: Franklin A. Lindsay

GAYRİNİZAMİ HARB

Yazan: Franklin A. Lindsay

Tercüme Eden: A. I. Hısal

Reprinted by special permission from FOREIGN AFFAIRS, January 1962. Copyright by the Council on Foreign Relations, Inc., New York, 1961.

Diş İşlerinin Özel Müşadesiyle 1962 yılında basılmıştır. Telif Hakkı Diş Münasebetler Konseyi, Inc., New York 1961'e aittir.

FOR SCHOOL INSTRUCTIONAL PURPOSES ONLY

vardır. Nato müttefiklerimizle müstereken komünist tecavüzüne
maruz memleketlerde memleketimizdekine benzer anstitüler veya
özel Harb Kolejleri kurulmalıdır. Komünistler, 10 ilâ 20 sene
ibtılâl liderlerini yetiştirmek hususunda 5ne geçmiş bulunuyor-
lar.

Proofread by:

LJR/AMG

Benutzt man diese Anweisungen der amerikanischen Berater als Raster und setzt die gesamten terroristischen Aktionen der türkischen faschistischen MHP in dieses Raster ein, so würde es eine exakte Übereinstimmung zwischen Plan und Ausführung geben. Ob es darauf ankam, liberal eingestellte Personen zu liquidieren, Redakteure, Schriftsteller, Professoren, Lehrer, Bürgermeister genauso wie Studenten, Schüler oder Arbeiter und Bauern zu ermorden – die MHP hat es ausgeführt. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob die MHP eigenständig operierte oder nur als Organ der Konter-Guerilla, die die Waffen geliefert hatte.

Als am 25. Mai 1978 in der Universität von Ankara in der Fakultät für Architektur eine Bombe explodierte, stellten die Polizeiexperten fest, daß es eine Bombe amerikanischer Herkunft war.

Die Staatsanwaltschaft registrierte später, daß zwischen dieser Art Bombe und einer anderen, mit der ein Professor getötet wurde, ein direkter Zusammenhang bestand und legte die beiden Ermittlungsakten auch zusammen. Die verwendeten Bomben, wurden entweder aus dem Arsenal der türkischen Armee gestohlen oder, was wahrscheinlicher ist, von Mitgliedern der Armee an die MHP ausgehändigt. Daß die Konter-Guerilla und die MHP auch nicht vor dem Vorsitzenden der CHP, Bülent Ecevit, haltmachten, beleben die Vorfälle 1977 und später. Interne Berichte des US-Außenministeriums betrachteten damals Ecevit als »Gefahr für das westliche Bündnis«, weil er die Partei nach links geöffnet hatte. Das erste Attentat wurde kurz vor den Wahlen 1977 versucht, als er zu einer Kundgebung in Izmir kam. Im Flughafen von Izmir löste sich aus »ungeklärten« Gründen ein Schuß aus der Pistole eines Polizeibeamten und traf den neben Ecevit stehenden Begleiter. Den zweiten Versuch gab der damalige Ministerpräsident Demirel einen Tag vor einer Massenkundgebung selbst bekannt. Demirel informierte Ecevit in einem »geheimen Schreiben«, daß er von Schützen aus dem »Interconti-Hotel« ermordet werden soll.

Die Aufdeckung der Konter-Guerilla wurde dadurch ermöglicht, daß aus dem MIT heraus, zur Zeit als Ecevit regierte (1977–1979), entsprechende Geheimdokumente der türkischen Tageszeitung Aydinlik zugespielt wurden, das Organ der pekingorientierten Organisation TIKP. Nachdem die Dokumente und

die Existenz der Konter-Guerilla bekannt waren, erklärten die Senatoren Niyazi Ünsal und der CDP-Abgeordnete Süleyman Genc, »daß die 'Konter-Guerilla-Zentren' unter Anleitung des CIA gegründet wurden und zwar durch einen Armee-General, als Gegenbewegung zur erstarkenden linken Bewegung in der Türkei.«

Mitglieder demokratischer Organisationen fragten die Regierung Ecevit, wann er die illegale Organisation verbieten werde. Der damalige Oppositionsführer der AP, Süleyman Demirel, wollte die Kontroverse als einen Versuch hinstellen, die Armee zu unterminieren. Hatte Ecevit auf einer Wahlrede in Giresun im Jahr 1973 noch erklärt, daß das »Tuch, was über der Konter-Guerilla liegt, weggezogen werden muß«, erklärte der gleiche Ecevit am 4.2.1978, als er Ministerpräsident war: »Es gibt keine Organisation 'Konter-Guerilla', die vom Staat organisiert worden ist.«

Am 10. Mai 1977 aber schrieb Ecevit an den Generalstabschef Sancar: »Bis 1974 hat es von den Amerikanern finanzierte Geheimorganisationen gegeben, die für illegale Aktionen Pläne ausgearbeitet und Personen ausgebildet haben. Diese Organisationen arbeiten außerhalb der Legalität. Besonders am 12. März 1971 und in der darauffolgenden Zeit war die Konter-Guerilla aktiv. Einige Aktionen sprechen dafür, weil sie nur von Fachkräften durchgeführt werden können.«

Gleichzeitig mahnte Ex-General Faik Türün, Mitglied der Konter-Guerilla in Istanbul und Favorit für das Amt des Staatspräsidenten, im Frühjahr 1980, »daß mit den Angriffen gegen die Konter-Guerilla die Linke einen totalen Krieg gegen die Streitkräfte beginnt und die Armee beleidigt. Das kann dazu führen, daß es den jetzigen Regierungsmitgliedern wie einst Allende geht.«

USA/CIA und die Infiltration der Gewerkschaft

Neben den paramilitärischen Aktionen zur Eindämmung, Infiltrierung und Zerschlagung derjenigen politischen Bewegungen, die nach Unabhängigkeit strebten und soziale Strukturveränderungen forderten, gelang es den USA, die türkische Arbeiterbewegung nach latein-amerikanischem Muster zu spalten, zu neutralisieren und im Sinne der US-Außenpolitik zu steuern.

1952 wurde, mit Unterstützung amerikanischer Berater, die Dachgewerkschaft »Türk-Is« (Türkiye Isçi Sendikaları Konfederasyonu – Vereinigung der türkischen Arbeitergewerkschaften) gegründet. Ihr wiederum gehören zahlreiche Einzelgewerkschaften an, je nach Produktions- und Berufsbereichen. »Türk-Is« wurde dabei ein Musterbeispiel der politisch neutralen und über den politischen Parteien stehenden antikommunistischen Gewerkschaftshierarchie nach USA-Vorbild. Aufgebaut hat Türk-IS ein Mann namens Irving Brown, Europa-Repräsentant der AFL (American Federation of Labour) und, wie später enthüllt wurde, »wichtigster CIA-Agent für die Kontrolle der ICFTU (International Confederation of Free Trade Union)«, so Ex-CIA-Agent Philipp Agee in einem Gespräch mit den Autoren.

Brown war schon in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg eine der wichtigsten Figuren zur Durchsetzung amerikanischer Interessen im Ausland. Denn gerade die Gewerkschaft AFL, die 1955 mit der Konkurrenzgewerkschaft CIO zusammengeschlossen und dann AFL/CIO genannt wurde, wurde von der US-Administration als Instrument zur Durchsetzung der Expansionspolitik der USA benutzt und entsprechend massiv vom CIA finanziert. »Warum sollten wir 'covert actions' in Friedenszeiten nicht akzeptieren, um die Möglichkeit eines Krieges zu verhindern«, erklärte Irving Brown noch 1977, als die CIA-covert-actions schon lange ein Untersuchungsgegenstand im amerikanischen Senat waren. Covert actions sind »... Aktivitäten im Ausland, die die Absicht haben, nicht Informationen zu sammeln, sondern Geschehnisse zu beeinflussen, also Aktivitäten zwischen Diplo-

matie und Krieg. Es haben sich verschiedene Formen herausgebildet, von der finanziellen Unterstützung freundlicher Publikationen bis zur Ausrüstung umfangreicher paramilitärischer Vorhaben.« (Report of the Commission on the Organization of the Government for the Conduct of Foreign Policy (Murphy Commission), Washington, Juni 1975, S. 98ff)

Diese covert actions waren und sind wesentliche Instrumente des CIA, um die US-Außenpolitik und die Interessen der Multis in jenen Ländern durchzusetzen, in denen die USA noch Einfluß hat. Covert actions wurden zu einem Routine-Programm: »Um Regierungen zu beeinflussen, zu stürzen, politische Bewegungen, wie Gewerkschaften zu infiltrieren, mißliebige Personen zu töten. Tausende von diesen CIA-Aktionen wurden seit Ende 1947 unternommen.« (vgl.: Final Report, Book 1, Foreign Operations with Respect of Intelligence Activities, US-Government Printing Office, Washington, April 1976)

Irving Brown bzw. die AFL/CIO, später die Auslandsorganisation der AFL/CIO, waren immer dabei. Als die USA befürchteten, daß 1949 die Kommunisten über die von ihnen beeinflussten Gewerkschaften in Frankreich an die Macht kommen würden, wurden Brown und die AFL eingesetzt. W. Braden, CIA-Agent in Frankreich zwischen 1954 und 1959 in seinen Erinnerungen: »1947 führte die kommunistische CGT in Paris einen Streik durch, der dazu geführt hätte, daß die französische Wirtschaft paralysiert wurde, eine Regierungsübernahme durch die Kommunisten in Sicht war. In dieser Krise kamen Lovestone (damals Vorsitzender der AFL, d. Verf.) und sein Assistent Irving Brown. Sie wollten eine nichtkommunistische Gewerkschaft gründen. Als sie dazu Geld brauchten, wandten sie sich an den CIA.«

In welchem Umfang damals Irving Brown intervenierte geht aus einem Bericht von Victor Reuther hervor. Reuther war zwischen 1951 und 1954 Internationaler Repräsentant des CIO, der später auch die CIA-Verbindungen der AFL an die Öffentlichkeit brachte. Zur Zeit ist er Vorsitzender der »Gewerkschaft der Vereinigten Automobilarbeiter«: »In den ersten Tagen des Marshall-Plans, als die kommunistischen Gewerkschaften zu politisch motivierten Streiks aufriefen und vermutlich kommunistische Elemente die Entladung der amerikanischen Auslands-

hilfe behindern und den Marshall-Plan zunichte machen wollten, kam es darauf an, diese Streiks zu brechen. Die amerikanische Regierung wandte sich über den CIA an Irving Brown und Lovestone, mit dem Auftrag eine Gegenbewegung zu organisieren. Wenn man einen Streik brechen will, holt man sich natürlich junge Leute mit kräftigen Fäusten, die auch einen Totschläger zu benutzen wissen. Deshalb nahmen sie Kontakt auf zu Leuten, die man wohl als Korsische Mafia bezeichnen kann. Sie stand unter der Leitung des bekannten Gangsters Feri Pisani. Er wurde ein bezahlter Agent des CIA, der mit Irving Brown und Lovestone zusammenarbeitete, um den Streik zu brechen.« (US-Dokumentationsfilm On Company Business, von H. Dratch, A. Francovich 1979)

In den 60er Jahren gründete die AFL/CIO internationale Organisationen, zuerst die AIFLD (American Institute for Free Labour Developement) und 1969 für den Raum Asien die AAFLI (Asian-American Free Labour Institute). Präsident der AAFLI war George Meany, Generalsekretär Morris Paladino.

Meany galt als einer der führenden CIA-Agenten in der US-Gewerkschaftsbewegung; Paladino als CIA-Agent zur Kontrolle der Außenbeziehungen in den Gewerkschaften.

»AAFLI dient unzweifelhaft der CIA.« (L. Siegel, Asian Labour: The American Connection, Pacific Studies Center, California 1975)

Hohe Geldsummen flossen seitdem an die rechten Gewerkschaftsführer. AIFLD hatte in den Jahren 1950–1974 mehr als 240 000 Gewerkschafter aus Lateinamerika und der Karibik ausgebildet. Allein in Chile wurden über 9 000 Gewerkschafter unterrichtet. 79 davon erhielten eine »besondere Ausbildung« in den USA. Die Aufgaben der AIFLD waren: »Kooperation zwischen Gewerkschaft und Management, Verbreitung der Philosophie vom Ende des Klassenkampfes« und »Verhinderung kommunistischer Infiltration, und, dort wo sie besteht, sich von ihr zu befreien.« (Hearing des Komitees für Auswärtige Beziehungen des US-Senats, zit. nach: F. Hirsch, R. Fletcher: CIA and the Labour Movement, Nottingham, S. 17)

Eine der wichtigsten Aufgaben des CIA und des AIFLD in den 70er Jahren war es, die Regierung von Salvador Allende zu stürzen. Dazu wurde u.a. eine »gelbe Gewerkschaft« aufgebaut,

deren führende Funktionäre in den USA ausgebildet wurden. Unter ihnen war auch Jorge Guerrere, Sekretär der nationalen konservativen Gewerkschaft, die den Streik der Lkw-Besitzer organisierte, der dann zum Sturz der Allende-Regierung führte.

Aber die AFL/CIO und ihre internationalen Nebenorganisationen, wie AAFLI und AIFLD, wurden nicht nur vom CIA mit Millionenbeträgen finanziert, bzw. waren Agenturen des CIA, übrigens ohne daß die amerikanischen Arbeiter wußten, welche Politik ihre Gewerkschaftsfunktionäre betrieben. Auch die US-Multis finanzierten die Arbeit der AFL/CIO im Ausland, was von den Gewerkschaftsführern dankbar begrüßt wurde. Unter diesen Multis waren: »Rockefeller Brothers Fund, International Telephone & Telegraph, Pan-Am, Standard Oil, Shell Petroleum, Pfizer International, Merck, Johnsen & Johnsen, Brazilian Light & Power, IBM World Trade Corporation, International Basic Economy Corporation, Bankers Trust Company, First National City-Bank, Mobil Oil Company, Coca-Cola Export Corporation, 3M-Comapany ...« (D. Thompson, R. Larson, in: *Where were you Brothers*, London 1978, S. 27)

In der Türkei hat die Politik des AFL/CIO dazu geführt, daß die Gewerkschaftsbewegung in einer Weise mit der Regierung verbunden wurde, daß es keine Eigenständigkeit der Arbeiterbewegung mehr gab. Häufig wurden, hinter dem Rücken der organisierten Arbeiter, Vereinbarungen zwischen der Gewerkschaftsspitze und den staatlichen Institutionen getroffen, die den Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung diametral entgegengesetzt waren.

Seit 1963 wurde Türk-Is von den USA unterstützt. Zuerst von der AID (Agency for International Development) und zwar in Form direkter finanzieller Unterstützung, dann durch Zahlung von Löhnen und Reisekosten für regionale Gewerkschaftsführer und Ausbildungsfunktionäre. Innerhalb eines Jahres (1964–65) erhielt Türk-Is von der AID 7,2 Mio. TL Unterstützungsgelder, in der Gewerkschaftszentrale selbst gab es 33 angestellte Funktionäre, die direkt von der amerikanischen Regierung bezahlt wurden. (M. Harman, *Emperyalzmin Uydusu Türk-Is adli yazisin-dan*, *Aydinlikta Dünya ve Türkiye*, Nr. 20 1979, S. 166ff)

Und für den Bau eines neuen Hauptquartiers zahlten die USA 2 Millionen TL. Hunderte von türkischen Gewerkschaftsfunktion-

näre hatten zwischen 1963 und 1977 die USA besucht und wurden dort in Seminaren ausgebildet. In den Seminaren wurde den Funktionären beigebracht, daß »die Arbeiter keine eigene Klasse sind«, daß die »Arbeitgeber das Hirn und die Arbeitnehmer der Körper der Wirtschaft« darstellen und insbesondere wurde darüber aufgeklärt, daß in Vietnam eine »kommunistische Barbarei herrscht« und wie »brutal die kommunistischen Arbeiterführer« sind. Die Gehirnwäsche in den Seminaren und der Ausbildung wirkte sich dann so aus: Durch eine Umfrage bei denjenigen Gewerkschaftsführern, die an den Seminaren in den USA teilnahmen, wurde festgestellt, daß 91,5 Prozent allein die Lohnauseinandersetzung für wichtig hielten. Diejenigen, die weder an Seminaren teilgenommen haben, noch in den USA ausgebildet worden sind, erklärten zwar den Lohnkampf der Arbeiter (55 Prozent) für ausreichend, aber 45 Prozent waren auch der Überzeugung, daß außer dem Lohnkampf auch der politische Kampf der Arbeiterklasse notwendig sei.

Nachdem AFL/CIO und AID die AAFLI eingerichtet hatten, wurde die Türkei wegen ihrer geographischen Lage in das AAFLI-Programm aufgenommen. 1972 begann die direkte Kooperation zwischen Türk-Is und der AAFLI. Bei einem Treffen zwischen Führern der AAFLI und Türk-Is im Mai 1972 wurde die künftige Politik von Türk-Is festgelegt, eine auf Klassenharmonie ausgerichtete Gewerkschaftspolitik. Seitdem finanziert AAFLI die Türk-Is. In einem gemeinsamen Memorandum erklärten der Vorsitzende von Türk-Is und der Generaldirektor von AAFLI, Morris Paladino: »Um den Lebensstandard der Arbeiter beider Länder zu steigern und eine freie Gewerkschaftsbewegung in der ganzen freien Welt zu unterstützen, werden Türk-Is und die amerikanische AAFLI ihre bisher existierende brüderliche Beziehung weiter ausbauen. Dabei ist nach dem Wunsch von Türk-Is die Ausbildung von Gewerkschaftern und Organisatoren vorrangig. AAFLI wird zu diesem Zweck ausgebildete und erfahrene Experten in die Türkei schicken.«

Die Experten: AAFLIs erster Programm-Direktor für die Türkei war der ehemalige US-State Department Arbeitsattaché, Emanuel Boggs. Boggs war zuvor Direktor des CIA-kontrollierten »Front Royal Institute« und danach in Chile tätig. In Chile konnte er Erfahrungen für die Türkei sammeln. Er war dort als

führender CIA-Agent zuständig für die Beeinflussung der chilenischen Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen, bis zum Putsch von Pinochet. Dann hatte er seine Aufgabe erledigt und wurde in die Türkei versetzt.

»Nachfolger von Boggs in der Türkei war ein Tom Miller. Miller hatte zuvor seinem Auftraggeber CIA in Süd-Vietnam gedient.« (AAFLI News, Oktober 1976, Washington 1976, S. 3)

Nach Vietnam diente Miller in Süd-Korea, wo es keine Arbeiterrechte gibt und die sogenannten Gewerkschaften, die mit der AAFLI arbeiten, häufig Agenturen des koreanischen Geheimdienstes KCIA sind.

Und Morris Paladino, Generalsekretär der »Internationalen Konföderation der Freien Gewerkschaften«, der sich sehr häufig mit den Repräsentanten von Türk-Is trifft, gilt ebenfalls als »Instrument des CIA«. (Counter Spy, Washington, Dezember 1978, S. 10)

Vor der Konferenz zwischen AAFLI und Türk-Is 1972 in Izmir hatte er sich schon in der Türkei aufgehalten und zwar zur Zeit des Militärputsches vom 12. März 1971. Und folgendes sagte er damals über seinen Besuch: »Ich war während der terroristischen Aktivitäten in Ankara und nachdem das Kriegsrecht verhängt wurde. Dabei war ich fast in täglichem Kontakt mit den führenden Vertretern von Türk-Is.« (AAFLI News, Juni-Juli 1971, Washington 1971, S. 4)

Die AAFLI, die es in der Türkei als ihre Aufgabe ansah, die Arbeiterbewegung zu spalten und politisch zu neutralisieren, gab keinen einzigen Kommentar zu dem Militärputsch ab, nahm keine Stellung zur Verhängung des Kriegsrechts, durch das die demokratischen Rechte der Arbeiter annulliert wurden. Man duldete diesen Putsch nicht nur, sondern nahm ihn zum Anlaß, die Aktivitäten der AAFLI auszuweiten und die Machtposition von Türk-Is auszubauen, die Ende der 60er Jahre eine unabhängige Konkurrenz erhalten hatte, nämlich DISK (Devrimci Isçi Sendikaları Konfederasyonu – Progressive Arbeiter-Gewerkschafts-Vereinigung), die vor dem 12. März 1971 an massenhaften Streikaktionen und Widerstandsaktivitäten gegen die konservative Regierung beteiligt war. Nach der Mai-Konferenz im Jahr 1972, auf der die enge Zusammenarbeit zwischen AAFLI und Türk-Is beschlossen worden war, wurde ein nationales »For-

schungs- und Datensammlungszentrum«, auf Anregung von Emanuel Boggs, eingerichtet. In Chile (wo Boggs zuvor beim CIA diente) wurde ein ähnliches Datenzentrum von der AIFLD und den chilenischen Arbeitervereinigungen aufgebaut, in dem alle Daten der Gewerkschaftsmitglieder gesammelt wurden. Nach dem Putsch gegen Allende wurden diese Daten vom chilenischen Geheimdienst DINA benutzt, um »Tausende von Arbeitern zu verfolgen und zu töten«. (F. Hirsch, R. Flötscher: CIA and the Labour Movement, Nottingham 1977, S. 18)

Im Verlauf der engen Zusammenarbeit gab es einen regen Austausch zwischen dem CIA/AAFLI und Funktionären von Türk-İs, die in die USA eingeladen und dort ausgebildet wurden. Nicht nur der damalige Vorsitzende Halil Tunc hielt sich mehrmals in den USA auf, sondern auch Binali Yagison, Präsident der »Türkischen Gewerkschaft der Landarbeiter«, und Fuat Alan, Präsident der »Union städtischer Angestellter«, die sich in den USA auch mit Paladino trafen. (vgl. J. Kelly: CIA and Labour in Turkey, Counter Spy, Washington 1980, S. 6ff)

In welchem Umfang durch die Schulungen in den USA die Gewerkschaftsbewegung und damit die Einheit der Arbeiter und Bauern beeinflußt war, geht daraus hervor, daß von denjenigen Funktionären, die sich in der USA zu Trainingsprogrammen aufhielten, die meisten heute in der Türkei führende Mitglieder konservativer oder rechter Gewerkschaften sind und eine entsprechende Politik betreiben. Zwischen 1962 und 1977 wurden 518 türkische Gewerkschaftsfunktionäre in den USA ausgebildet. Unter ihnen befanden sich:

Name	Aufenthalt in USA	Position 1979/1980
Ekmel Önbülak	15.3.62–15.6.62	Ehemaliger europäischer Repräsentant von Türk-İs
Akif Keskin	15.4.68–27.5.68	Vorsitzender von Steine + Erden, Türk-İs Gewerkschaft
N.Tevfik Karacagil	15.7.63–15.6.64	Vorsitzender der Unabhängigen Gewerkschaft Istanbul

Muammer Gür	7.6.70–17.7.70	Stellvertretender Vorsitzender von Türk Metall, Türk-Is, beteiligt an Ermordung eines Arbeiters bei TOPAS
Orhan Ercelik	16.10.67–17.12.67	Vorsitzender von TES-Is, Vorstandsmitglied von Türk-Is
Sinasi Celikkol	17.6.68–22.10.69	Vorgeschlagen nach dem 12. März 1971 als Arbeitsminister; juristischer Berater in Nasac-Holding
Sevket Yilmaz	15.7.63–15.10.63	Vorsitzender der Textil-Gewerkschaft Türk-Is
Mehmet Tezer	22.6.69–2.8.69	Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft in Zonguldak, Türk-Is
Rüchan Isik	20.8.70–22.10.70	Staatssekretär nach dem 12. März in der Erim-Regierung, Arbeitsministerium
Fisun Esenova	23.7.67–4.9.67	Arbeitsminister nach dem 12.-März-Putsch unter Erim
Ibrahim Denizcier	1.10.69–15.10.69	Vorsitzender von Türk-Is
Halil Tunc	15.9.61–15.12.61 20.11.77–21.12.77	ehemaliger Vorsitzender von Türk-Is
Ozkaya Özdemir	15.7.63–15.10.63	Vorstand Türk-Is, verantwortlich für Ausbildung
Husseyin Polat	21.8.74–10.10.74	Verantwortlich für die Zusammenarbeit mit AAFLI
Omer Ergun	30.9.75–15.10.75	Zusammenarbeit mit AAFLI seit 1975, mit CIA-Agent Emanuel Boggs, mit dem er Cukobirlik gegründet hat.

Soviel ist sicher: Viele der in den USA ausgebildeten Gewerkschaftsfunktionäre wußten sicher nicht, daß die AAFLI oder die AFL/CIO ein Instrument des CIA war und vom CIA bezahlt worden ist. Andere jedoch wußten nicht nur davon, sondern wurden gezielt ausgebildet und aufgebaut, um die linke Arbeiterbewegung, die sich 1967 von Türk-Is abgespalten hatte, zu neutralisieren. Die harmonische Zusammenarbeit von Türk-Is mit den jeweiligen Regierenden – besonders die teilweise guten Verbindungen zur faschistischen MHP, wie das Beispiel von »Türk-Metal« belegt – zeigt, daß die Strategie der Einflußnahme des CIA in der Türkei auch in der Gewerkschaftsbewegung aufgegangen ist. Türk-Is ist diejenige Gewerkschaftsorganisation, die die Arbeiter mit Maßhalte-Appellen hinhält, die sich gegen ein antifaschistisches Bündnis wehrt und im starren Antikommunismus verharrt. Aus diesen Gründen wurde Türk-Is nach dem Militärputsch nicht verboten. Ein charakteristisches Beispiel für die »Politik« von Türk-Is ist die Nichtteilnahme an dem Kampf gegen die Einrichtung der Staatssicherheitsgerichte, die 1976 im Parlament beraten wurde. Durch diese Sondergerichte wäre die Türkei, so Kemal Türkler, Vorsitzender von DISK, »in ein großes Gefängnis gewandelt worden, vollgestopft mit Intellektuellen, Gewerkschaftern und anderen politischen Oppositionellen.« Über 350 000 Arbeiter nahmen am 18. September 1976 an dem »politischen Streik« teil, zu dem DISK aufgerufen hatte, um die Sondergerichte zu verhindern.

In Diyarbakir wurden 1200, in Ankara 500, in Izmir 2300, in Eskisehir 1100 und in Istanbul 1500 Streikende verhaftet. Schließlich verhaftete die Polizei den vollständigen Vorstand von DISK und weitere Spitzenfunktionäre fortschrittlicher Einzelgewerkschaften. Ziel der Verhaftungsaktion war es, den Protest und Widerstand von DISK gegen die Sondergerichte zu brechen.

Auch bei den Tarifverhandlungen spielt Türk-Is oft die Rolle der Lohndrückerei, indem sie trotz hoher Inflation niedrige Lohnabschlüsse hinnimmt, die teilweise zuvor mit der Regierung abgesprochen waren. Im Gegensatz dazu steht DISK, die, trotz aller Repressalien gegen streikende Arbeitnehmer, beharrlich für Lohnabschlüsse kämpft, durch die die hohe Inflation ausgeglichen wird. Erst in diesem Zusammenhang, der Gründung und Durchdringung von rechten Gewerkschaften und Arbeitnehmer-

vereinigungen, die indirekt oder auch direkt vom CIA finanziert und deren führende Mitglieder in den USA ausgebildet wurden, um die US-Außenpolitik in der Türkei durchzusetzen, ist der Konflikt zwischen Türk-Is und DISK begreifbar. Die einen, nämlich Türk-Is, mit knapp 1,5 Millionen Mitgliedern, unterstützten schon in der Vergangenheit die Regierung von Demirel, die mit unterschiedlichen Koalitionen die Unterstützung faschistischer Kräfte und Parteien suchte, um sich an der Macht zu halten. Das Postulat der »freien Marktwirtschaft«, von Demirel als politische Doktrin praktiziert, fand sowohl bei den USA als auch den führenden Funktionären innerhalb der Türk-Is Zustimmung – auch wenn es in der Basis von Türk-Is und bei Einzelgewerkschaften gegen diesen USA-Kurs erheblichen Widerstand gab. Denn die andere Gewerkschaft, DISK, ca. 1 Million Mitglieder stark, ist eine linke, unabhängige Gewerkschaft, die von der Disharmonie der Klassengesellschaft in der Türkei nicht nur spricht, sondern in Hunderten von Streikaktionen gegen die Ausbeutung der Arbeitnehmer kämpfte und gleichzeitig den Faschismus in der Türkei zu verhindern suchte. »Der Kampf der Gewerkschaften kann nicht von dem anti-faschistischen Kampf der Türkei losgelöst betrachtet werden. Denn die Streiks in der Türkei richten sich gegen die Großkonzerne und gegen die von ihnen verursachte Krise. Die einzigen Nutznießer der Krise und der faschistischen Diktatur sind diese Monopole. Deshalb werden die Errungenschaften der Gewerkschaften in diesen Streiks die Absichten der Großkonzerne bezüglich der Errichtung der faschistischen Diktatur durchkreuzen.« (Mehmet Karaca, ehemaliger Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is im DISK)

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde DISK verboten, Tausende Gewerkschafter verhaftet.

Türk-Is konnte ungehindert weiterarbeiten, der Generalsekretär wurde sogar zum Arbeitsminister ernannt. Von ihr droht keine Gefahr für das kapitalistische System.

Türkischer Nationalismus und die Grauen Wölfe: der latente Rechtsputsch

»Dünyanın neresinde bir Türk varsa bizim tabii hudutlarımız da oradan baslar – Wo es auf der Welt einen Türken gibt, da fangen unsere natürlichen Grenzen an.« (Alparslan Türkeş in Ülkücüye Notlar – Notizen eines Idealisten)

»Es gibt keine Demokratie in der Organisation. Es gibt eine zentrale Autorität und eine totale Unterwerfung unter diese zentrale Autorität. Was der Führer wünscht, was der Führer sagt, muß geschehen. Was der Führer tut, ist immer richtig. Jedes Mitglied dieser Organisation darf nicht vergessen, daß es gegenüber seinem Führer und seiner Nation verantwortlich ist. Da diese Sache eine Sache der türkischen Nation ist, gibt es keinen Individualismus, sondern nur Nationalismus. Daher werden die Tränen derjenigen, die die Einheit der Nation stören wollen, nichts ausrichten. Weil Organisation bedeutet: Einheit im Glauben, Einheit im Ziel, Einheit bei der Entscheidung und Methode, Einheit und Tapferkeit bei der Aktion. Falls der Feind diese Einheit stört, wird auch der Einfluß des türkischen Nationalismus auf die Massen gestört. Dadurch wird die Organisation ihren Einfluß auf die Massen verlieren und die politische Macht nicht erringen. Das bedeutet aber, daß das Leid, die Tränen, das Betteln und die Engpässe des Volkes weitergehen werden. Die Verfechter der hohen Ideale, nämlich die gesamte nationalistische Jugend, werden unter der Leitung der zentralen Autorität ihre historische Aufgabe für das türkische Volk unter allen Umständen durchführen und unsere Fahne auf der Festung hissen.« (Necdet Sevinc, Redakteur der faschistischen MHP-Tageszeitung Hergün, Notizen an einen Idealisten, 1976, S. 22)

In der türkischen Geschichte beginnt der systematische Nationalismus mit der Bewegung der Jungtürken. Diese Bewegung wurde durch die Befreiungsbewegungen der nicht-islamischen Nationen in Mazedonien und in anderen Teilen des Balkans (Ende des 19. Anfang des 20. Jahrhunderts) maßgeblich beeinflusst. 1909 zwangen sie Sultan Abdul Hamid II. zur Abdankung.

Gleichzeitig erklärte sich das bisher tributpflichtige Bulgarien zum unabhängigen Königreich, 1910 folgten Aufstände im Jemen und in Albanien, im Jahr darauf annektierte Griechenland die Insel Kreta. »Ihr Regime war eine von Militärs und Bürokraten getragene Oligarchie und nahm schließlich die Form eines aus zwei ehemaligen Stabsoffizieren (Enver Pascha und Cemal Pascha) bestehenden Triumvirats an.« (K. Steinhaus, Soziologie der türkischen Revolution, Ffm 1969, S. 15)

Es dauerte nicht lange und die jungtürkische Bewegung erwies sich als chauvinistisch-großtürkische Bewegung, die das einzige Ziel hatte, die Assimilierung der übrigen Völker im Osmanischen Reich zu erreichen. In der jungtürkischen Bewegung wucherte der Gedanke des Turanismus. Ziel dieser politischen Bewegung war die Einheit aller Turkvölker von Innerasien bis zum Balkan. Besonderen Anklang fand die Idee des Turanismus bei den Turkvölkern in Rußland, die sich der Übergriffe und Assimilationspolitik des zaristischen Reiches zu entziehen versuchten.

»Der Türkismus wurde mit Hilfe und Provokation der deutschen Imperialisten in der Armee immer stärker, und es wurden über den Iran Heimatbesuche vorbereitet. Es wurden Rettungskomitees für die unterdrückten Türken (im Ausland) gegründet, die Idee der eingekerkerten Türken wucherte wie Pilze aus dem Boden. Unsere eigenen Probleme hatten wir absolut vergessen, wir wollten die eingekerkerten Türken, das Öl von Baku und Musul retten und das für die Deutschen. Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren waren bereit hierfür zu sterben. Ziya Gökal träumte von einer Verbreitung von Turan über die ganze Erde, als er sagte: 'Vorn die Flagge, in der Hand das Bajonett, im Herzen Gott. Wir wollen Herrscher über die Welt sein.'« (G. Emre, Cagdas Toplum Nr. 2, Juni 1980)

1908 gründeten die Turanisten die Türk-Ocagis, die »alle Elemente des Reiches mit allen Mitteln aufrichten sollten.« Durch die Balkankriege wurde die Türkei stark verkleinert, das ehemals mächtige Osmanische Reich war für die Turanisten nur noch ein Rumpf, Ausgangspunkt ihrer bis heute anhaltenden Forderungen. Ihr Hauptanliegen war es, im Turan (»die Wiege des Volkes und das Ursprungsland der Rasse«) alles Augenmerk auf das Vaterland zu lenken.

Den Türk-Ocagis kam dabei eine bedeutende Aufgabe zu: »Arbeiten an der nationalen Erziehung des türkischen Volkes, dem wichtigsten Bestandteil des Islamismus, an der Hebung seines intellektuellen, sozialen und ökonomischen Niveaus, an der Vollendung der türkischen Sprache und Rasse.« Gleichzeitig wurden noch andere Vereine von den Turanisten gegründet. Dazu gehörte der in Konstantinopel gegründete Sportverein »Türk Kiodci«, »der aus dem körperlich geschwächten türkischen Volk eine starke und robuste Nation wie die ihrer Vorfahren machen wollte.«

Dabei betonten die Ideologen des Turanismus während des 1. Weltkrieges die Artverwandtheit zwischen Pantürkismus und Pangermanismus:

»Der gegenwärtige Krieg ist nur der natürliche und erwartete Zusammenstoß der beiden Gruppen. Da Deutschland sich immer als der natürliche Beschützer des Islam und damit der Türkei erwies und als einziger aufrichtiger Freund erkannt wurde, so ist es hinwieder nur folgerichtig und natürlich, daß sich die Türkei jetzt offen an die Seite des angegriffenen Deutschland gegen zwei gemeinsame Feinde gestellt hat. Das nationale Ideal unseres Volkes und unseres Landes treibt uns einerseits, den moskowitischen Feind zu vernichten, um dadurch eine natürliche Reichsgrenze zu erhalten, die in sich alle unsere Volksgenossen einschließt und vereint. Andererseits treibt uns unser religiöses Empfinden, die mohammedanische Welt von der Herrschaft der Ungläubigen zu befreien und den Anhängern Mohammeds die Unabhängigkeit zu geben. Solange die Türken ein Ideal haben werden, solange sie sich ihrer Stellung in der Welt bewußt sein werden, solange werden ihre Geschicke an die des Deutschland gebunden bleiben.«

Schon in der turanistischen Ideologie Anfang des 20. Jahrhunderts verband man die deutschen Ideale mit den türkischen. »Die Deutschen verkündeten dieses Ideal in einem ihrer nationalen Lieder: Deutschland, Deutschland über alles ... Das natürliche Ideal des türkischen Volkes kann einzig aus der türkischen Bewegung hervorgehen. Gibt es etwas Erstrebenswerteres, Schöneres, als die Vereinigung aller Türken der Erde, als den heißen Wunsch, all diesen Türken eine gemeinsame Seele, ein gemeinsames Bewußtsein, eine gemeinsame Kultur zu geben? Man soll nicht

vergessen, daß die osmanischen Türken, die heute bereits ein Nationalbewußtsein besitzen, nur ein Zehntel des Gesamtvolkes ausmachen.« (alle Zitate: Tekin Alp: Türkismus und Pantürkismus, Berlin, 1915)

Damals wie heute nannten die Pan-Turanisten die Kämpfer für ein Großtürkisches Reich »Idealisten«, die u.a. die Türken von Aserbeidschan und im Kaukasus befreien sollten. Sia Gök Alp, Gründer der türkischen Bewegung und Mitglied des Zentralkomitees für Einheit und Fortschritt: »Turan ist kein illusorisches Vaterland. Die in Asien nebeneinander wohnenden türkischen Stämme werden sich unter der türkischen Fahne sammeln und ein großes Kaiserreich bilden. Turan ist das Vaterland des Großtürkentums. Turan ist aber nicht das Vaterland der Vaterlandslosen.«

Der Völkermord an den Armeniern signalisierte frühzeitig die rassistische Politik, die hinter der Idee des Pan-Turanismus stand. Auch starben tausende Türken im 1. Weltkrieg an der Seite der Deutschen für die Idee des türkischen Großreiches, das sich nach den Vorstellungen der Turanisten bis zur Mandschurei erstrecken sollte. Der Befehl von Enver Pascha an die Armee der Ostfront lautete: »Eure erste Pflicht ist es, mit eurer Einheit im Iran einzumarschieren, Teheran zu besetzen, die iranische Regierung von den Russen zu säubern, wenn möglich in der Umgebung von Turkistan einen Aufstand zu provozieren und im Aufmarschgebiet Propaganda gegen die Russen und Engländer zu verbreiten. Eine Einflußnahme auf Afghanistan wäre wünschenswert. Um Bagdad nicht an die Engländer zu verlieren, muß alles erforderliche unternommen und Bagdad erobert werden.«

Die Türken verloren diesen Krieg und mußten ihre restlichen nordafrikanischen Gebiete und die ägäischen Dodekanes-Inseln an Italien abgeben. 1918 brach unter den Angriffen der Alliierten und der verbündeten Araber das Osmanische Reich endgültig zusammen.

»Der Waffenstillstand von Mudros, am 30.10.1918, leitete unter dem Druck der Entente die Auflösung des osmanischen Vielvölkerstaates ein: Heer und Flotte wurden demobilisiert, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen alliierter Aufsicht unterstellt. Der Türkei verblieben Istanbul mit einem kleinen Hinterland auf dem europäischen Kontinent und Anatolien mit etwa 10 Millio-

nen Einwohnern.« (R. Mantran, Histoire de la Turquie, Paris 1968, S. 116)

Aufgrund der Zerstörung des Osmanischen Reiches wurde die Idee des Turanismus durch die Ideologie der Anatolisierung ersetzt. Ihr Ziel war die Befreiung Anatoliens von den fremden Siegermächten England, Frankreich und Griechenland. Der türkische Befreiungskampf unter Mustafa Kemal Atatürk begann.

Der neu entstehende Türkismus und der Befreiungskampf unter Kemal Atatürk mußten notwendigerweise andere Ziele setzen. Laizismus und Modernismus waren die Ideale, die in krassem Gegensatz zu Turanismus und Pan-Islamismus standen. Nach dem Erfolg des Befreiungskrieges 1923 und der Gründung der türkischen Republik wurde der »Nationalismus«, das heißt die Idee eines gemeinsamen Staatsideals, zur herrschenden Ideologie. Ihr Ziel war die Unabhängigkeit von anderen Mächten. Die Führung des türkischen Staates hatte demnach wenig mit pantürkischen Abenteuern im Sinn, ging es doch vor allem darum, die nationale Einheit des befreiten Anatolien zu verteidigen. Aber als Atatürk dann unter dem Banner der nationalen Einheit – ähnlich wie die Jungtürken gegen die Armenier – gegen die Kurden zu Felde zog, wurde die Ideologie des Türkismus wiederum zum Herrschaftsinstrument, um andere in der Türkei lebende Völker mit Gewalt zu assimilieren. Der herrschende Nationalismus blieb also prinzipiell für den Pan-Turanismus offen. Aussprüche von Atatürk wie: »Welch ein Glück zu sagen: Ich bin Türke«, »Ein Türke ist so mächtig wie die ganze Welt«, »Sei stolz, weil du ein Türke bist«, weisen diese Tendenz nach.

Ende der 30er Jahre florierte der Pan-Turanismus erneut, mit erheblicher Unterstützung von Nazi-Deutschland. In den Schulen wurden in Geschichte, Literatur und Sprache das Erbe Zentral-Asiens und der rassistische Mythos gelehrt. Zeitschriften unterstützten den Pan-Turanismus, z.B. die Zeitschrift »Bozkurt« (Grauer Wolf) von Reha Oguz Türkan, der später eine Pan-Turanistische Organisation gründete. Ihre Agitation richtete sich insbesondere gegen die UdSSR, der sie die Knechtung der Türken vorwarf, die im Kaukasus lebten. Gestützt wurde die Propaganda von geflüchteten Türken aus der UdSSR, die sich später Dis-Türkler (Außentürken) nannten und bis heute ihre Zentrale in der Bundesrepublik haben. Sie arbeiteten eng mit den Nazis zusam-

men, von denen sie die Befreiung ihrer Landsleute erwarteten. Andere Pan-Turanisten kämpften im 2. Weltkrieg in Jugoslawien an der Seite deutscher Soldaten gegen die jugoslawischen Partisanen in Bosnien.

Unter ihnen war ein Murat Bayrak, der uns 1978 wieder begegnet – in der Bundesrepublik, wo er zusammen mit dem Faschistenführer Alparslan Türkeş Franz Josef Strauß besuchte. Auch damals, 1933–43, gab es Übereinstimmung in der Propaganda der Nazis und der Pan-Turanisten.

»Grundtenor der deutschen Propaganda in der Türkei war ihr Antikommunismus. (...) Daneben lief eine andere Methode, eine angebliche russische Bedrohung für die Türkei aus der Geschichte, das heißt aus dem jahrhundertealten Drang des russischen Zarismus nach den Meerengen, herzuleiten. Den jungen Sowjetstaat verleumdete die Nazipublikation schlankweg als Erben des expansiven, zaristischen Rußlands.« (J. Glasneck, Methoden der deutsch-faschistischen Gegenpropaganda in der Türkei, Halle 1968, S. 6)

Dennoch erreichten die Nazis nicht, daß die Türken an ihrer Seite in den 2. Weltkrieg eintraten. Der damalige Ministerpräsident İsmet İnönü war auf strikte Neutralität bedacht und versuchte den Alliierten zuliebe, die neu erstehende Pan-Turanistische Bewegung einzudämmen. Doch auch im 2. Weltkrieg gaben die Nazis ihre Versuche nicht auf, in der Türkei weiter an Boden zu gewinnen, indem sie die Pan-Turanisten ideell und finanziell unterstützten. Schon 1942 hatte die damalige Reichsregierung enge Kontakte zu den Repräsentanten dieser Bewegung hergestellt. In einem Schreiben der Deutschen Botschaft in Istanbul vom 5. August 1941 an das Auswärtige Amt in Berlin heißt es u.a.:

»... Es scheint eine Bereitschaft in diesen Kreisen vorhanden zu sein, dieses Gebiet zu annektieren, besonders die Öl-Region von Baku. (...) Es hat sich ein Komitee von Experten gebildet, das sich teilweise aus Personen zusammensetzt, die einige Dienste zur Zeit von Sultan Abdulhamit angeboten hatten. (...) Der Führer dieser Gruppe ist der Abgeordnete aus Istanbul, Sükrü Yeni, der sich selbst als Tartar bezeichnet. Andere sind: Nuri Pascha (Bruder von Enver Pascha, der einst eine führende Position in der Islam-Ordu (Islamische Armee-Pan-Turanistische Organisation, d. Verf.) innehatte und der besondere Sympathien

für den Pan-Turanismus seines Bruders hat (...) in anderen Worten, die Wolga Türken, die Tartaren und die Turkmenen usw. wollen ihre eigene Unabhängigkeit, in einem türkischen Ost-Staat, in dem die West-Türken eine dominante politische und kulturelle Rolle als Berater spielen. (...)» (Dis Isleri Bakanligi Arsiv Bölümü, Türkiye'deki Alman Politikasi, 1941-43, Istanbul 1977, S. 27)

Das Ziel der Hitler-Regierung war es, die pan-turanistische Bewegung zu unterstützen, um gemeinsam mit deutschen Truppen die Gebiete in Persien und der UdSSR zurückzuerobern, in der viele Türken lebten.

Der heutige Führer der pan-turanistischen faschistischen Bewegung MHP (Partei der nationalistischen Bewegung), Alparslan Türkeş, spielte, obwohl noch sehr unerfahren, damals in der turanistischen Bewegung eine führende Rolle. In einem Geheimbericht des »Chefs der Sicherheitspolizei« an das Auswärtige Amt, beide in Berlin, wurde am 9.10.1944 mitgeteilt, »daß es im Interesse des Reiches liege, mit pantürkistischen Gruppen Kontakte zu pflegen. Bislang bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu folgenden Personen: Alparslan Türkeş, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pan-türkischen Bewegung.«

1944 wurde ein junger Offizier mit Namen Alparslan Türkeş verhaftet, weil er als einer der Führer der pan-turanistischen Bewegung versucht haben soll, die Türkei an der Seite des Groß-deutschen Reiches in den Krieg zu ziehen. Türkeş wurde zusammen mit einigen seiner Gesinnungsfreunde zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. In der zweiten Instanz wurde das Urteil allerdings aufgehoben und Türkeş samt seinen Anhängern im April 1945 freigesprochen. Liest man die Prozeßakten und stellt in Rechnung, daß alle Angeklagten freigesprochen wurden, so spricht einiges für die These, daß die Prozesse gegen die Pan-Turanisten weitgehend als Alibi gegenüber den Alliierten gedacht waren. Immerhin konnte der theoretische Kopf der Pan-Turanisten, Nihal Atsız, im Prozeß ungestraft erklären:

»Ich betrachte es als Ehre, wegen Turanismus und Rassismus verurteilt zu werden. Die Verwaltung des Staates durch Menschen türkischer Rasse ist lebensnotwendig. Die in der Türkei lebenden Nicht-Türken mit türkischer Staatsangehörigkeit sind Tscherkes-

sen, Bosniaken, Lazen, Albaner, Kurden usw. Sie soll man in die Länder schicken, wo sie hingehören.«

Solche Äußerungen unterscheiden sich im übrigen kaum von der damals vorherrschenden Einstellung der türkischen Regierung. 1930 hatte etwa Justizminister Mehmet Esat erklärt: »Es gibt in der Türkei mehr Freiheit als irgendwo in der Welt. Dieses Land ist ein Land der Türken. Wer nicht von rein türkischer Herkunft ist, hat nur ein einziges Recht in diesem Lande: das Recht Diener zu werden, das Recht Sklave zu sein.« (Milliyet, 31.8. 1930)

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus erkannten die pan-turanistischen Bewegungen, daß die Verbreitung rassistischen Gedankenguts nicht mehr opportun war, zumal Großbritannien und die USA Druck auf die türkische Regierung ausübten, um die Pan-Turanisten auszuschalten. Der Rassismus wurde auf den vermeintlichen äußeren Feind umdirigiert. Das Aufgeben der türkischen Neutralitätspolitik und die Einordnung in das westliche Bündnissystem, die Stimmung des Kalten Krieges und die Abhängigkeit von den USA bestärkten die anti-kommunistischen Tendenzen in der Türkei. So schlossen sich schon 1956 verschiedene nationalistische Organisationen zu einer Gesellschaft zum Kampf gegen den Kommunismus zusammen, 1964 fand ein erster faschistischer Überfall statt, und zwar auf ein Theater in Istanbul, in dem Bertolt Brechts Stück »Der gute Mensch von Sezuan« aufgeführt wurde.

1960 tauchte Alparslan Türkeş wieder auf. Bis dahin war er in der türkischen Militärmission in Washington tätig gewesen, im Jahr 1958 hatte er die Schule für Atom- und Nukleartechnik in der Bundesrepublik besucht. Türkeş gehörte als Oberst zu einer Gruppe von 32 überwiegend kemalistisch orientierten Offizieren, die die damalige Menderes-Regierung stürzten. Dem Komitee der 32 Offiziere gehörte auch Sadi Kocas an, der im Bericht der deutschen Sicherheitspolizei vom Oktober 1944 neben Alparslan Türkeş als einer der favorisierten Pan-Turanisten bezeichnet worden war. Die Absichten des Revolutionsrates waren vom ersten Tag an, so schnell wie möglich die politische Gewalt in der Türkei an eine Zivilregierung zu übergeben. 14 Offiziere in dem 32köpfigen Revolutionsrat widersetzten sich jedoch dieser Forde-

rung und wurden später aus dem Komitee ausgeschlossen, darunter auch Türkeş.

Die Kontinuität des Rassismus unter der neuen Führung geht wiederum aus dem Verhalten der Militärjunta gegenüber den Kurden hervor. »Im Juli 1960 – zwei Monate nach der Machtübernahme durch die Armee – war der neue Präsident der Republik, General Gürsel, soweit gegangen, einen ausländischen Botschafter zu rügen, der ihn über die Politik des neuen Regimes gegenüber den Kurden befragte. Der Staatschef behauptete, daß dieser Diplomat anscheinend die Geschichte nicht kenne. In der Türkei existiere nichts, was mit kurdisch oder kurdischem Nationalismus bezeichnet werden könne.« (Le Monde, 20.5.1971)

Am 5. November schrieb die türkische Tageszeitung Yeni Istanbul, daß 500 Menschen unter der Anklage reaktionärer Tätigkeit festgenommen worden sind. Diese reaktionäre Tätigkeit bestand darin, daß einer der Verhafteten ein kurdisches Alphabet herausgegeben hatte. Unverständlich war schon damals, wie reaktionäre Elemente kommunistische Propaganda machen können.

Mit solchen konstruierten Vorwürfen verfolgte man zwei Ziele: Diejenigen als reaktionär zu diffamieren, die sich gegen die nationalistische kemalistische Staatsdoktrin stellten und zugleich die Kommunistenangst zu schüren. Wenige Tage, nachdem die Verhaftungen veröffentlicht worden waren, drohte der damalige Präsident Gürsel: »Wenn diese Bergtürken nicht Ruhe geben, wird die Armee nicht davor zurückschrecken, ihre Städte und Dörfer zu bombardieren. Es wird ein solches Blutbad, daß sie mit ihrem ganzen Land von der Bildfläche verschwinden.« (Dagens Nyheter, 11.11.1960)

Auch hier spielte Türkeş eine bedeutsame Rolle. Er wurde nach dem Putsch der persönliche Sekretär von Gürsel und galt als die wirkliche Macht hinter den Kulissen, der den Präsidenten manipulierte, um seine pan-turanistischen Ideen durchzusetzen. »Innerhalb des Komitees der nationalen Einheit kam es zu Spannungen zwischen der Senior-Gruppe, das heißt den Generälen, die bürgerlich parlamentarische Rechte einführen wollten, und der Junior-Gruppe, die auf radikale Veränderungen innerhalb einer Militärdiktatur aus war. Am 22. September wurde Türkeş, der zum Führer der Radikalen avanciert war, seines Postens enthoben. Erst jetzt konnte die 'Entmilitarisierung der Politik'

ungehindert durchgeführt werden, die schließlich am 6. Januar 1961 zur neugewählten Nationalversammlung führte.« (F. Ahmad, *The Turkish Experiment in Democracy*, London 1977, S. 166ff)

Türkes wurde, zusammen mit den anderen 14 Mitgliedern der radikalen »Junioren«, politisch ausgeschaltet und in der türkischen Botschaft von Neu-Delhi kaltgestellt. Am 23. Februar 1963 traf er wieder in der Türkei ein, ungebrochen in seinem Willen, die labile Demokratie erneut zu stürzen. Schon in Neu-Delhi hatte er Kontakte mit Talat Aydemir, dem Kommandanten der »Kriegs-Akademie«, geknüpft, der Mitte der 50er Jahre Mitglied einer rechten konspirativen Gruppe gewesen war. Aydemir organisierte zwei Putschversuche, mit dem Ziel die Wahlen von 1961 zu annullieren, die politischen Parteien zu verbieten und eine Militärjunta einzurichten. Der erste Putsch am 22. Februar 1962 mißlang schon im Ansatz. Am 20./21. Mai 1963 versuchte er es zum zweiten Mal, diesmal mit Unterstützung des inzwischen in die Türkei zurückgekehrten Türkes. Zuerst wurde die Radiostation in Ankara besetzt, und die Kadetten der Kriegsakademie hielten sich zum Einsatz bereit. Die Stellung konnte bis zum nächsten Morgen gehalten werden. Erst als Düsenjäger von der Basis Eskişehir die Stadt überflogen und die Kriegsakademie beschossen, mußten sich die Putschisten ergeben. Am 21. Mai 1963 wurde Türkes wegen seiner Beteiligung an dem Putsch verhaftet, am 5.9.1963 mangels Beweisen wieder freigelassen. Am 31.3.1964 trat er, inzwischen aus dem Militärdienst ausgeschieden, in die Republikanische Nationale Bauernpartei (CKMP) ein. Dies war eine kleine konservative Partei, die bei den Wahlen 1961 14 Prozent der Stimmen erhalten hatte, bei den Gemeindewahlen und den Senatswahlen 1964 aber wieder auf unter 3 Prozent der Stimmen gesunken war.

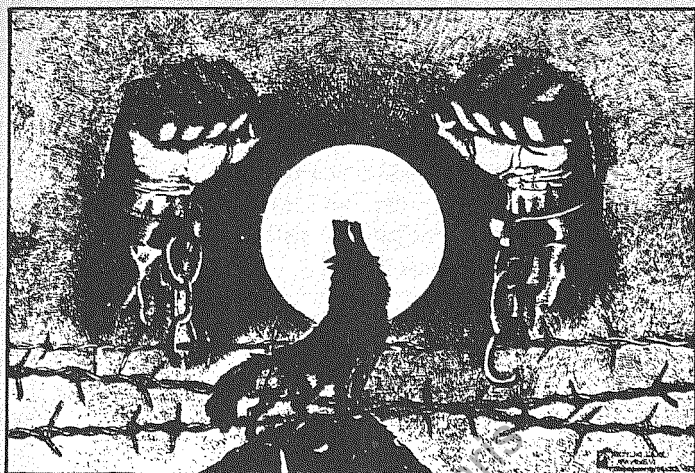
Türkes wurde zum Generalinspekteur ernannt. Die Position benutzte er, um in den lokalen Parteiorganisationen dafür zu werben, daß nur seine Delegierten zum Parteikongreß von 1965 geschickt wurden. Die alten Mitglieder der CKMP erkannten zu spät, daß Türkes die Partei benutzte, um seine eigenen Vorstellungen durchzusetzen, und wollten ihn von seinem Posten entheben – vergebens. Der Parteikongreß vom 31.7.1965 wurde unter starkem Druck von Jugendlichen mit roten Armbinden

abgehalten, die im Auftrag von Türkes Regie führten und ihm heftig applaudierten. Zum ersten Mal benutzte Türkes die Vokabeln Vatan (Vaterland) und millet (Nation), durch die der neue Nationalismus geprägt wurde. Türkes sprach auch wieder vom Pan-Turanismus und erklärte, daß »der Islam die Religion der türkischen Nation« sei. Von Anfang an straffte er die Parteiführung und ernannte sich zum Basbug, zum einzigen Führer, der die Politik bestimmte. Beobachter der Prozedur sprachen von einer quasi-militärischen Durchorganisation. Alle ehemaligen Funktionäre der Partei wurden ausgestoßen oder traten freiwillig zurück. Bei den Parlamentswahlen vom 10. Oktober 1965 erhielten Türkes und die CKMP nur einen Sitz für 1,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Durch diese deprimierende Wahlniederlage mußte er erkennen, daß der demokratisch-parlamentarische Weg zur Erringung der politischen Macht in der Türkei versperrt war. Die Pläne für einen neuen, endgültigen Putsch reiften dann gegen Ende der 60er Jahre. (vgl. F. Ahmad)

»Graue Wölfe« und »Kommandos«

Erstes Ziel von Türkes war es, die Jugend für seine pan-turanistischen Ziele zu gewinnen. Im Juli 1968 wurden in verschiedenen Teilen der Türkei die ersten Kommando-Lager aufgebaut, in denen ehemalige Offiziere die Mörder von heute ausbildeten. Türkes beschrieb ihre Aufgaben wie folgt: »Die Jugendorganisationen der Partei betreiben sportliche und kulturelle Aktivitäten. In ihnen wird unter anderem Judo gelehrt. Die Kommunisten sollen nicht glauben, daß das Land niemandem gehört und sie ihre Herrschaft auf der Straße errichten können. Es gibt heimatliebende, nationalistische Jugendliche, die in einer auch für die Kommunisten verständlichen Sprache sprechen werden. Deshalb bilden wir unsere Jugendlichen kämpferisch aus.« (Zit. nach: Politika, 1.5.1977)

Als wegen der Kommandolager das Verbot der Partei drohte, weil das türkische Parteiengesetz eine militärische Ausbildung von Parteimitgliedern untersagt, versuchte Türkes, diese Kommandolager als eine Einrichtung des nationalen Studentenverbandes auszugeben. Als die Umorganisation der Partei beendet und die bewaffneten Kommandos aufgebaut waren, wurde die Partei am 10.3.1969 in MHP (Milliyetçi Hareket Partisi – Partei der Nationalistischen Bewegung) umbenannt.



Die drei wichtigsten Kommandolager wurden nahe Istanbul, in Izmir und Ankara eingerichtet, kleinere bei Samsun und Elazig. Nach türkischen Zeitungsberichten waren insgesamt 34 Trainingslager gebaut wurden, in denen insgesamt 100 000 Kommandoangehörige ausgebildet wurden. Wegen des ausländischen Klanges des Begriffs Kommando wurden sie schließlich in Graue Wölfe umbenannt: Bozkurtlar – in Erinnerung an das legendäre Tier, das entsprechend der pan-turanistischen Ideologie die letzten türkischen Stämme aus den Altay-Gebirgen in Zentralasien geführt und damit gerettet hatte. »Für die MHP und Türkes ist der Graue Wolf ein bedeutungsvolles Symbol der Militanz. Um weitere Wähler einzufangen, entwickelte die MHP neben dem Wolf das Zeichen der drei Halbmonde, einst die offizielle Flagge des mächtigen Ottomanischen Imperiums.« (Almanac Turkey, Ankara 1979, S. 82)

Das offizielle monatliche Periodikum der MHP, Milli Hareket, veröffentlichte im September 1969 folgenden Tagesplan der Kommandolager: »Predigt, 2 Stunden Körpertraining (u.a. Judo, Boxen), Frühstück, Lesestunden, Essen, 2 Stunden Körpertraining (Robben, Springen), Predigt, lange Märsche, Predigt, Essen und Lesen.« Zuvor war schon bekannt geworden, daß die Teilnehmer auch Waffen benutzten. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Kommandos von wenigen Hundert auf 5 000 im Jahr 1970. Zunächst demonstrierten sie in den Städten friedlich, aber bald begannen sie mit den ersten Gewaltaktionen gegen die erstarkende linke Bewegung:

- im Februar 1968 propagierte ein militärischer Sprecher der Garnison von Ordu, die Kommandotruppen sollten keine Angst haben, da die Armee an ihrer Seite stehe. Ein Muslim müsse fähig sein, 10 Kommunisten zu töten;
- im Februar 1969 wurde eine Demonstration landloser Bauern in Akhisar von den Kommandos zerschlagen;
- im März 1969 überfielen die Kommandos die Universität in Istanbul;
- im April 1969 stürmten sie die Universität von Ankara und verprügelten Studenten und Professoren. (Von Anfang an unterstützten große Teile der türkischen Polizei die Kommandoeinheiten und gingen auch nicht gegen sie vor, als diese ihre politischen Gegner zu ermorden begannen);

- 16.2.1969: Ali Turgut Aytac und Duran Erdogan wurden vor den Augen der Polizisten von den Kommandoeinheiten erschlagen bzw. erstochen;
- 10.12.1969: der Student Mehmet Büyüksevinc wird von den Kommandoeinheiten in der Universität Istanbul erschossen, wenige Tage danach von den gleichen Kommandoeinheiten der Student Battal Mehedoglu.

Insgesamt wurden in den Jahren 1968 bis 1971 23 Studenten, 8 Bauern, 1 Lehrer und 3 Funktionäre der Türkischen Arbeiterpartei TIP erschossen. Kein einziger der Morde wurde aufgeklärt, keine Strafverfolgung eingeleitet: Die Regierung des damals amtierenden Ministerpräsidenten Demirel hielt ihre Hand schützend über die Mörder. »Einen ausländischen Beobachter erinnern diese Kommandoeinheiten an die 'paramilitärischen Organisationen' in Europa zwischen den beiden Weltkriegen. Und der Tatbestand, daß der Verlag Milli Hareket auch die türkische Übersetzung von Nazi-Büchern und besonders 'Mein Kampf' herausgab, führte nicht dazu, dieses Bild zu erschüttern.« (Landau, Radical Policy in Modern Turkey, Leiden 1974, S. 218)

Türkes selbst erklärte damals, die Bozkurtlar seien da, um die Partei zu unterstützen, die Türkei vor dem Kommunismus zu bewahren (Guardian, London, 3.2.1969).

Mitglieder der alten CKMP, die sich von der MHP trennten, weil sie die Strategie von Türkes als »zu lasch« empfanden, gründeten im April 1969 in Izmir den Verein NAZI: Nasyonal Aktivite ve Zinde Inkisaf (Nationalistische Aktivität und neue Entwicklung). Als sie auf einer Pressekonferenz den Verrat von Türkes an der nationalistischen Sache anprangern wollten, wurden sie von Grauen Wölfen angegriffen und blutig geschlagen. Die Vereinigung NAZI unterhielt zwei Jugendorganisationen: die »Adler von Selcuk« und den »Kampfverein gegen den Zionismus«. Ihre Mitglieder trugen SA-Uniformen und grüßten sich mit dem Hitler-Gruß. Führer der »Adler von Selcuk« war Gündüz Kapanioglu, der 1975 wieder in die MHP zurückkehrte. Später kam er in die Bundesrepublik, um hier die Aktivitäten der MHP zu steuern.

Heute ist er Personaldirektor von TARIS in Izmir, dem genossenschaftlich orientierten Landwirtschaftsunternehmen, von dem noch ausführlich zu sprechen sein wird. Der Organisation

NAZI gehörte auch Turan Özbay an, der später den Mörder und »Grauen Wolf« Mehmet Ali Agca verteidigte, der den Chefredakteur der liberalen Tageszeitung Milliyet, Abdi Ipeckci, ermordet hatte. (Ein Beweis dafür, daß die MHP auch die ehemaligen Fahnenflüchtigen wieder in ihre Reihen aufgenommen hat.)

Der türkische Geheimdienst MIT verfolgte die Aktivitäten der Grauen Wölfe schon Ende der 60er Jahre. Man wollte herausfinden, ob die Kommandoorganisationen der MHP als Gefahr für die Demokratie oder eher als Agentur amerikanischer Interessen einzuschätzen seien. Diese Unentschiedenheit erklärt auch, warum die Demirel-Regierung nichts gegen die Kommandos und die MHP unternahm, obwohl ihre Ziele allen türkischen Gesetzen widersprachen. Erst als im November 1978 (während der Ecevit-Regierung) ein Agent des MIT das Ergebnis der Untersuchung, den »Polizeibericht«, der linken türkischen Tageszeitung Aydinlik übergab, wurde dieser Bericht in der Öffentlichkeit bekannt, und damit auch brisante Einzelheiten über die bewaffnete Ausbildung der Grauen Wölfe.

Die Ideologie der türkischen Faschisten zwischen 1969–1980

In diesem Polizeibericht wird auch die Ideologie der MHP und der Kommandos beschrieben – sie spiegelt die Kontinuität der pan-turanistischen Ideologie von Türkeş wider: »Der Nationalsozialismus, dessen Verwirklichung unter dem Deckmantel Turkismus angestrebt wird, verfolgt das Ziel, die Demokratie zu beseitigen. Die türkischen Nationalsozialisten (Turanisten) intensivieren in unserem Lande ihre Aktivitäten jeden Tag, insbesondere unter Ausnutzung der weitgehenden Rechte und Freiheiten, die mit der Verfassung von 1961 gewährt wurden, unter dem Deckmantel des türkischen Nationalismus, um die nationalsozialistische Doktrin in der Türkei durchzusetzen. Die eigentlichen Ziele der Turanisten kann man in drei Punkten zusammenfassen:

1. Wie in Nazi-Deutschland mit Hilfe von Kommandos und bewaffneten Jugendorganisationen sowie Propagandakampagnen die Regierung aufzureiben und die Macht an sich zu reißen.
2. Nachdem sie die Macht an sich gerissen haben, die nationalsozialistische Doktrin auch in der Türkei und zwar unter Anwendung verschiedener Unterdrückungsmethoden einzuführen.

3. Nachdem das nationalsozialistische Regime in der Türkei eingeführt ist, bleibt dann nur die Vereinigung der in der ganzen Welt lebenden Türken auf einem Gebiet, welches Turan genannt wird, um somit die Verwirklichung des Prinzips – eine Nation, ein Staat – zu erreichen. Diejenigen in unserem Lande, die die Ideologie des Turanismus verfolgen, planen, nachdem sie ihrem Wunsch entsprechend den nationalsozialistischen Einparteienstaat verwirklicht haben, die Minderheiten, die nicht der türkischen Rasse angehören, zu beseitigen.«
(Milliyet, 8.11.1978)

Der Bericht wurde von dem damaligen Ministerpräsidenten Demirel als »unbekannt« und von Alparslan Türkeş als »Lüge« abgetan. Für die türkischen Sozialdemokraten und die gesamte linke Bewegung aber war die Veröffentlichung nur ein Beleg für an sich schon bekannte Tatsachen. Türkeş ist übrigens in keiner Weise gerichtlich gegen die Veröffentlichung des Berichts und seine Verbreitung vorgegangen.

In den letzten Jahren bemühen sich die türkischen Faschisten, zumindest nach außen hin, um den Eindruck einer demokratischen Bewegung. Das hängt einmal damit zusammen, daß sie ihr politisches Ziel, de facto Regierungsmacht zu sein, Mitte der 70er Jahre erreicht haben, andererseits die Mehrheit der türkischen Bevölkerung sich noch nicht ihrer Bewegung angeschlossen hat. Parolen von Türkeş und seinen Parteimitgliedern wie: »Wir sind gegen Kommunismus und Faschismus«, dokumentieren den Versuch, die politischen Ziele als demokratisch hinzustellen. Die Wirklichkeit aber, einschließlich der Veröffentlichungen der MHP und ihrer Mitglieder, sieht anders aus. Sein Verhältnis zur Demokratie gibt Türkeş in Reden offen kund: »Ich habe die Sache, die mir anvertraut ist, fest in die Hand genommen. Wenn ich unterwegs fallen sollte, trägt die Fahne weiter. Sollte ich umkehren, schlägt mich tot. Schlägt alle tot, die unsere Sache mitgemacht haben und umkehren wollen.«

In dem »roten Buch« der türkischen Rechten, in dem die Ideologie der Pan-Turanisten niedergeschrieben wurde, die »Neun-Strahlen-Doktrin« (Dokuz Isik-Cinar Matbaasi, Istanbul 1965) heißt es auf S. 23:

»Disziplin in Worten, im Denken und in der Aktion heißt, sich dem Führer zu unterwerfen, dem Führer Folge zu leisten, auf ein

Zeichen von ihm zu warten und die von ihm gezeigten Ziele schnell und zielgerichtet wie eine Kugel zu verwirklichen.«

In einem Buch hat Türkes selbst sich zum Verbot aller politischen Parteien bekannt, und das journalistische Sprachrohr der MHP, die Zeitung Devlet, schrieb:

»Man muß die Straßen erobern, man muß den Staatsapparat erobern, man muß das Parlament in die Hand nehmen.«

In der faschistischen Wochenzeitung Orta-Dogu schrieb Türkes am 20.12.1976:

»Wir sind nicht Anhänger unrealisierbarer Träume. Wir wollen nur Dinge verwirklichen, die in der Vergangenheit bereits realisiert wurden. Wir wollen eine Türkei, die von den Krankheiten genesen, deren Bevölkerungszahl gestiegen, deren Moral verbessert und deren Industrie entwickelt ist. Wir wollen unsere Rassenbrüder im Ausland retten. Die Wiedervereinigung der türkischen Nation, die wegen ihrer glorreichen Geschichte mit ihren Siegen und Eroberungen nahezu in aller Welt Antipathien hervorruft, lehrt viele Nationen das Fürchten, denn dieses Wiederaufleben stößt nicht nur bei einige Nationen, die kleiner werden bzw. ganz verschwinden müssen, sondern auch bei großen Handelsnationen auf großen Widerstand. Diejenigen, die ohne Gefahr leben wollen, sollen Selbstmord begehen. Eine Nation braucht nationale Ziele. Sie ist keine Viehherde. Nur wenn sie die Ziele vor Augen hat, wird sie zur Nation. Sollen wir also, um die ehemaligen Teile unseres Vaterlandes, um die weggerissenen Teile unserer Rasse zu retten, alles bis hin zum Krieg in Kauf nehmen? Jawohl, das müssen wir. Zweifelsohne unter der Bedingung, daß wir den richtigen Moment aussuchen und nach genauen Berechnungen handeln.«

Bezeichnend für die faschistische Ideologie ist auch der Rassismus. Türkes:

»Unser Verständnis von Stammeszugehörigkeit hat nicht die geringste Ähnlichkeit mit anthropologischem Rassismus und einem aggressiven Rassenbegriff, der andere Völker herabsetzt. Das Wesentliche ist das Bewußtsein, aus dem gleichen Stamm zu kommen, der gleichen Nation anzugehören. Jeder, der in seinem Herzen nicht den Stolz auf eine andere Rasse trägt, der sich selbst von Herzen als Türke fühlt und sich dem Türkentum verschreibt, ist ein Türke.« (Milli-Doktrin, Istanbul 1973, S. 42)

Daß dieser Rassismus sehr wohl gegen andere Nationalitäten gerichtet ist, wird bei einem der MHP-Ideologen deutlich, der schon in den 40er Jahren Türkes begleitet hat, bei Nihal Atsız:

»Wenn Ihr Kurden weiter Eure primitive Sprache spricht ..., werdet Ihr von den Türken auf dieselbe Weise ausgerottet, wie man schon die Georgier, die Armenier und die Griechen bis auf die Wurzeln ausgerottet hat. Und selbst wenn Ihr 100 Prozent der Bevölkerung bildet, müßt Ihr Euch fortscheren. Ihr könnt die UNO bitten, Euch eine Heimat in Afrika zu geben, sonst wird die geduldige türkische Rasse zu einem tobenden Löwen, den niemand aufhalten kann.« (Ötüken, Nr. 42, Juni 1967)

Am deutlichsten aber wird die gesamte Ideologie und Politik in dem Standardwerk der türkischen Faschisten: D.A.S. – Dinamik, Ana, Stratejiler, Türk Milliyetçi-Toplumcu Doktrinini Umumi Esaslari (Nationalistische und populistische Doktrin – die allgemeinen Grundlagen der türkischen nationalistischen und populistischen Doktrin). Geschrieben wurde es unter dem Pseudonym Mürsit Altaylı von Mehmet Özsoy, dem bekanntesten Ideologen der MHP in Ankara.

Wir zitieren ausführlich, weil es kaum ein Werk gibt, in dem so offen eine faschistische Politik vertreten und ideologisch verkauft wird, wie in diesem Standardwerk, das von der MHP in großer Auflage vertrieben worden ist.

Das Buch besteht aus vier Kapiteln: 1. Einleitung; 2. Soziale Doktrin; 3. Wirtschaftliche Doktrin; 4. Produktion und Verteilung.

Zitat aus der Einleitung: »Die nationalistische Doktrin nach dem Beispiel Deutschlands ist in der Welt zur Zeit verpönt, Hitler konnte diese Doktrin nicht verwirklichen und hat sie falsch angewandt. Trotzdem kann man die nationalsozialistische Doktrin nicht ablehnen. Dies würde eine Vergewaltigung der Wissenschaft bedeuten.« (S. 31)

Zur wirtschaftlichen Doktrin: »Es müssen Gefühle der Bürger angesprochen werden und diese müssen von bestimmten Maßnahmen, die das psychologische Arbeitsbewußtsein erhöhen, begleitet werden. Zum Beispiel: Während der Arbeitszeit von morgens 8 Uhr bis abends 19 Uhr müssen alle Vergnügungen und Freizeitaktivitäten verboten werden.« (S. 166ff)

Das dâvası Serial No : I
T Ü R K
MILLİYETÇİ — TOPLUMCU
DOKTRİNİNİN
UMUMİ ESASLARI

D.A.S. DİNAMİK ANA STRATEJİLER

Yazar :
İktisatçı: MURİT ALTAYLI

İstanbul
1969

T Ü R K
MILLİYETÇİ - TOPLUMCU
DOKTRİNİNİN
UMUMİ ESASLARI

D.A.S.



D.A.S. DAVA
YAYINLARI

Yazar :
MURİT ALTAYLI
(İktisatçı)

»Da das Land der bäuerlichen Bevölkerung durch Erbschaft immer kleiner wird, muß, anstelle einer Bodenreform, das Grundstück der Kontrolle der potenten Großgrundbesitzer unterstellt werden.« (S. 188)

»Die Demokratie ist eine Erfindung der Juden, damit sie die Bevölkerung leichter ausplündern können. Besonders die Länder, die ihre kapitalistische Entwicklung vollendet und eine bestimmte Kulturform erreicht haben, sind die ungeeignetsten Länder für Demokratie. Die Demokratie ist in solchen Ländern der Beginn des Untergangs und schafft den besten Nährboden für das Eindringen des Kommunismus.« (S. 133/134)

»Nationalsozialismus basiert auf Nationalismus und einer starken staatlichen Autorität. In diesem Sinne bedeutet Sozialismus keinen Kommunismus. Ja, er ist sogar der größte Feind des Kommunismus. Dies wurde erstmalig von Adolf Hitler angewandt und brachte die Produktion in Deutschland auf eine Höhe, die mit dem kommunistischen Rußland nicht zu vergleichen war.« (S. 174)

In dem Kapitel über die Eroberung der Macht heißt es:

»1. Phase: Die Türkische Nation muß um eine Idee vereinigt werden.

2. Phase: Danach beginnt die Aktionsphase. In dieser Phase wird die Organisation aufgebaut. Broschüren und Flugblätter werden verteilt und Wandzeitungen verbreitet.

3. Phase: Revolution. Nach der Aktionsphase ist der Boden für eine revolutionäre Phase vorbereitet, und die Revolution kann beginnen. In dieser Phase gibt es zwei Alternativen: a) zivile Revolution. Diese Art von Machtübernahme ist in der Türkei unmöglich, weil dazu ein bestimmter Kulturstand notwendig ist. Bleibt nur noch b) die militärische Revolution. Da die zivile Revolution nicht möglich ist, tritt das Land in eine Phase des Chaos. Das Nationaleinkommen sinkt, die Armut wächst, der Terrorismus und das Chaos innerhalb der Bevölkerung wachsen. Eine solche Entwicklung wird von den Offizieren auch gesehen. Diese ihre Nation liebenden Menschen verabreden sich zur Übernahme der Macht im Land. Genau diese Phase des Chaos existiert in der Türkei. Wir glauben, daß solche Offiziere die Macht an sich reißen und die nationalistische und popularistische Türkei der Zukunft

aufbauen werden.« (S. 103–105) Prophetisch wurde der 12. September 1980 vorausgesagt.

Unter diesen ideologischen Bedingungen wundert es auch nicht, daß sich Türkes als Basbug anreden läßt, ein Wort, das im Deutschen vergleichbar mit Führer, im Italienischen mit Duce ist. Die wörtliche Übersetzung von Basbug ist »Oberhaupt«, »Oberbefehlshaber«. Es stammt aus dem mittelalterlichen Herrschersystem der türkischen Stämme in Mittelasien und wird in der türkischen Umgangssprache nicht benutzt. Zwar spricht Türkes in seinen Reden oft vom Kampf gegen »Imperialismus und Kapitalismus«. Doch die Wirklichkeit sieht auch hier anders aus. Er bietet sich vielmehr den türkischen Unternehmern und ihren amerikanischen Freunden als schlagkräftiges Instrument zur Spaltung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung an. Aus diesem Grund hatte er eine eigene Gewerkschaft gegründet, MISK (Konföderation der Nationalistischen Arbeitergewerkschaften), und eine Vielzahl anderer nationalistischer Berufsorganisationen wie die nationalistischen Bauern-, Handwerker- und Frauenvereinigungen.

Unterstützung findet Türkes besonders beim Großkapital, das in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise und einer starken linken Arbeiterbewegung auf die Schlägertruppen von Türkes angewiesen ist. Als sich Türkes im Mai 1978 in der Bundesrepublik aufhielt, bekundete er gegenüber deutschen Unternehmern, er sei eindeutig für die Förderung der Privatindustrie und für das westliche Bündnissystem. Nicht nur, daß er als Antikommunist jegliche strukturelle Veränderung der türkischen Volkswirtschaft bekämpft, auch sein Verhältnis zum Streik ist eindeutig. »Ein Führer ist gegen jeden Streik.«

Die Eroberung des Bildungsbereiches

Das zweite Ziel von Türkes, nachdem er seine militanten Kader aufgebaut und ausgerüstet, Kontakte zum nationalen und internationalen Kapital gefestigt und sich als potentieller politischer Bündnispartner für die konservative Gerechtigkeitspartei Demirel angeboten hatte und schließlich am 31.3.1975 in die 1. Regierung der nationalistischen Front aufgenommen war, galt der Eroberung des gesamten Staatsapparates, in erster Linie des Bil-

dungsbereiches. Die Bildungs- und Ausbildungsstätten in der Türkei sind fast ausschließlich staatliche Einrichtungen. Da es in der ersten Phase der Eroberung unmöglich war, die führenden Köpfe an den Universitäten und Hochschulen durch eigene Leute zu ersetzen, galt es erst einmal, die Hochschulen zu »säubern«. Professoren wurden durch Erpressung von ihren Posten vertrieben oder aber kurzerhand liquidiert.

Ein Beispiel aus der Ingenieursschule in Istanbul. Dort gelang es der MHP im April 1976, die Studentenkazde mit ihren Anhängern zu besetzen. Diese begannen sofort mit der großzügigen Ausgabe von Studentenausweisen, vorzugsweise an institutsfremde MHP-Angehörige und Graue Wölfe, mit dem Ergebnis, daß sie diese Schule als ihren Herrschaftsbereich ansahen. Das manifestierte sich u.a. darin, daß sie die Studenten auf ihre politischen Ansichten hin examinierten, Beiträge von ihnen kassierten und sie zu Demonstrationen baten. Weigerte sich ein Student, solcher Bitte nachzukommen, seinen Beitrag zu zahlen, oder zeigte er gar eine von der MHP abweichende Meinung, so wurde er zusammengeschlagen. Die Folge war, daß viele Studenten nicht mehr wagten, in die Schule zu kommen. Auf die Dauer wurden sie dann aber wegen unerlaubten Fernbleibens vom Unterricht aus der Schule ausgeschlossen. Übrig blieben nur noch die Rechten.

Für Türkeş war es der leichteste Schritt zuerst die Bildungseinrichtungen zu erobern, zumal diese von den konservativen Regierungen sträflich vernachlässigt worden waren, das Bildungssystem überhaupt als ein Nebenschauplatz politischer Aktivitäten angesehen worden war. Türkeş erkannte die Bedeutung gerade dieses Ministeriums.

Ayvaz Gökdemir, Staatssekretär im Erziehungsministerium, Mitglied der MHP:

»Wir müssen alle Nationalisten sein. Der Lehrer, den ich ausbilde, muß Nationalist sein. Der Schüler, den er ausbildet, muß Nationalist sein. Wir wollen einen aktiven Nationalismus. Ich wiederhole: Alle, die sich an den Lehrerschulen befinden, müssen Nationalisten sein, vom Direktor bis zum Hausmeister. Ich sage das ohne Zögern. An diesen Schulen dürfen nicht mal ein paar Leute von den anderen sein. Sie müssen alle von uns sein. Hier gibt es keine Kompromisse. Wir müssen hart bleiben. Solange ich

hier bin, kann euch niemand schaden. Aber wenn jemand Fehler macht, ist es mein Vorrecht, ihm den Kopf einzuschlagen. Wenn sie Fehler machen, dem Ziel schaden, Befehle nicht befolgen, dann können sie von mir nichts anderes erwarten. Wenn es nötig ist, muß man, um die Nation zu retten, ein paar Köpfe rollen lassen.«

Im Herbst 1976 war es dann soweit. Als die Aufnahmeprüfungen für die pädagogischen Hochschulen stattfanden, wunderten sich einige Dozenten und Schüler, daß besonders die Anhänger der Grauen Wölfe die Prüfung bestanden, aber fast niemand, der als Vertreter linker Positionen bekannt war. Schließlich stellte sich heraus, daß die Sympathisanten der MHP die Prüfungsfragen vorher mitgeteilt bekommen hatten. In einigen Städten saßen in den Prüfungskommissionen kurzfristig eingesetzte Mitglieder der MHP. In Mersin erhielten die jungen Rechtsradikalen von der Parteileitung der MHP eine Bescheinigung, daß sie Mitglied der MHP seien. Als sie die Bescheinigung bei der Prüfungskommission abgaben, hatten sie schon bestanden. Die Fragen an die Prüfungsteilnehmer betrafen dann weniger kulturelle, politische oder fachliche Probleme, wie vorher üblich, sondern lauteten zum Beispiel:

»Die Grauen Wölfe. Tod und Wiedererwachen. Was halten Sie davon?

Wie heißen die Töchter unseres Propheten?

Erklären Sie die Neun-Strahlen-Doktrin.

Erkläre uns, warum der Mensch nicht vom Affen abstammt.«

Diejenigen, die diese Frage wissenschaftlich beantwortet hatten, mit den Darwinschen Theorien, hatten die Prüfungen schon verloren. Gewonnen dagegen hatten diejenigen, die so geantwortet hatten: »Wenn ein Mensch vom Affen abstammen würde, könnte er unsere Nationalhymne nicht aufsagen, könnte nicht beten, könnte nicht Nationalist sein.«

Weitere Fragen:

»Wie häufig muß am Samstagmittag gebetet werden?«

»Was ist nationales Bewußtsein?«

»Warum sind Sie Mohammedaner?«

»Wer ist der größte Führer?«

»Zählen Sie die Bücher vom Führer auf und, sagen Sie, welcher Verlag sie vertreibt.«

(Cumhuriyet, 2.12.1976)

Als die Manipulationen bekannt wurden, kam es zu heftigen Protesten der Lehrervereinigung TÖB-DER und der demokratischen Schüler- und Studentenverbände, so daß der Erziehungsminister die Prüfungen für ungültig erklären mußte. Am 21.11.1976 wurden sie wiederholt. Und wiederum meldeten türkische Zeitungen, daß ähnliche Fragen wie bei der ersten Prüfung gestellt wurden. Diesmal wurden die Prüfungen nicht annulliert. Somit wurden die pädagogischen Hochschulen von Anhängern der MHP überschwemmt. »36 000 Kommandoangehörige und ihre Sympathisanten sind auf diese Weise in die pädagogische Hochschule eingeschleust worden.« (TÖB-DER-Zeitung, Ankara 1.1.1977)

Diese Studenten sind inzwischen Lehrer geworden und werden in den Schulen entsprechend ihrer Befähigung eingesetzt. Dagegen wurden die demokratischen Lehrer verfolgt, eingesperrt oder ermordet. Professor Muammer Aksoy, ehemals Hochschullehrer an der Fakultät für politische Wissenschaften in Ankara, stellt in einer Untersuchung über die Verfolgung der Lehrer fest: »Ausgerechnet die Verfassungstreue der Lehrer im Sinne der dort verankerten Grundsätze des Laizismus, also der Trennung von Staat und Religion, genügt bereits, um Opfer von Willkürmaßnahmen des Erziehungsministeriums zu werden.«

Weil die Universitätsleitungen nicht so schnell durch die Faschisten erobert werden konnten, zumal sie keinen Nachwuchs für Dozenten und Professoren aufzubieten hatten, waren Einschüchterungen der Lehrkörper durch »Graue Wölfe« an der Tagesordnung. Der Brief des Dozenten Orhan Yavuz aus Erzurum schildert die Taktik der Faschisten:

»Lieber Yusuf (...) seit Anfang September leben wir hier in einer Atmosphäre der Unterdrückung, herrschen Gesetze des Mittelalters, und wir müssen in dieser Atmosphäre unsere Leben nach unseren eigenen Möglichkeiten weiter sichern. Wir erwarten weder von der Polizei und der Justiz noch von der Regierung irgend etwas. Wir befinden uns ständig in Todesgefahr. Besonders die Unterdrückung gegen mich und ein paar Freunde scheint so zu sein wie nirgendwo auf der Welt. Wir können nicht alleine ausgehen und nicht in die Universität gehen. Es ist so, als ob Erzurum nicht ein Teil dieses Landes wäre. Niemand kümmert sich um uns in dieser Lage, in der wir uns selber vergessen könnten. Unser Ziel

ist es nun, bis zum Juni (im Juni fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt, d. Verf.) durchzuhalten. Kommt bei der nächsten Wahl eine Regierung wie die jetzige an die Macht, gibt es für uns keine Chance mehr zum Leben.«

Am 15.6.1977 wurde Orhan Yavuz von den Grauen Wölfen ermordet. Vor der Fakultät für Betriebswirtschaft warteten zwei Personen auf ihn. Sie sagten: »Wir haben einiges mit Dir zu besprechen«, zerrten ihn ins Gebüsch, wo er zusammengestoßen wurde. Er starb kurz nach der Operation im Krankenhaus. Freunde von Yavuz berichteten später über ihren letzten Besuch bei ihm: »Ein Schulfreund sagte zu ihm: 'Du hast abgenommen, Orhan.' Seine Antwort klingt noch immer in unseren Ohren: 'Wir sind sowieso schon verloren, mein Freund. Wir nehmen wahrscheinlich ab, damit unsere Kinder gesund bleiben.'« (Cumhuriyet, 17.6.1977)

Die Todesschwadrone des Alparslan Türkes

»Die Grauen Wölfe sind ein Pfadfinderverband der türkischen Idealistenvereine. Den türkischen Kommunisten kann man das Kompliment nicht versagen, sie haben im Propagandakrieg gegen ihren gefährlichen innenpolitischen Gegner sowohl in der Türkei wie in Westeuropa beachtliche Erfolge erzielt. Von der Türkischen Kommunistischen Partei kommt die Behauptung, daß die nationale Aktionspartei faschistisch sei und durch politische Morde die Macht an sich zu reißen versucht.« (Harald Vocke in der FAZ vom 9.8.1978)

Die faschistischen Killer, die Todesschwadrone des Alparslan Türkes, galten schon Anfang der 70er Jahre als die bestorganisierte militante Kommandoorganisation in allen türkischen Städten, mit Ausnahme von Ostanatolien. Sie waren fähig, andersdenkende Einzelpersonlichkeiten zu liquidieren, bzw. Massaker zu inszenieren. Über ihr taktisches Vorgehen gibt ein bislang geheim gehaltenes Handbuch über »Aufgaben der Kaderorganisation der Grauen Wölfe in Turgutlu«, einer westtürkischen Kleinstadt, Aufschluß:

- »1. Die sozialen Tätigkeiten müssen schwerpunktmäßig intensiviert werden, besonders nationalistische Theaterstücke müssen gefördert werden.

2. Solidaritätsabende müssen organisiert werden, bei denen Wettbewerbe durchgeführt und nationalistische Gedichte und Erzählungen prämiert werden. Bei religiösen Zeremonien für unsere Toten ist es Pflicht der Idealisten, anwesend zu sein.
3. Mit den Kadern in den umliegenden Ortschaften muß eine ständige Verbindung hergestellt werden.
4. Es ist die Pflicht, in den Dörfern für die nationale Sache zu werben.
5. Um die kommunistische Propaganda zu unterbinden, ist es notwendig, illegal zu arbeiten.
6. Die Kader müssen von den Organisatoren des Hauptvorstandes ausgebildet werden.
7. In jedem Stadtteil müssen Idealisten über die politischen Meinungen in ihrer Umgebung genau Bescheid wissen.
8. Bei Aktionen müssen unsere Mitglieder vorher durch einen kämpferischen Vortrag aufgeputscht werden.
9. Bei jedem Todestag eines unserer Freunde müssen mindestens 15 Kommunisten komareif geschlagen werden.
10. Am Taxistand müssen wir ständig Informationen von unseren sicheren Fahrern erhalten. Am Bahnhof muß ein sicherer Beamter für Informationszwecke eingestellt werden. Am Bahnhofsvorplatz und am Bahnhofscafé muß ständig, Tag und Nacht, ein Mitglied von uns Wache halten, um die Reisenden zu kontrollieren und bei Notfällen die Zentrale oder andere Idealisten sofort telefonisch zu informieren. An der Ausfahrt von Turgutlu, an der Tankstelle im Kaffeehaus und am Restaurant muß ständig eine Wache stehen. Bei den Ein- und Ausfahrten der Stadt muß man ständig über kommende und gehende Reisende Bescheid wissen. Auf der Hauptstraße von Turgutlu müssen in verschiedenen Geschäften unsere Kader eingestellt werden, um ständig Berichte anzugeben.«

Die vielen politischen Morde, die in den letzten Jahren von den Grauen Wölfen und ihren Nebenorganisationen verübt worden sind, haben seit 1978 eine neue Qualität erreicht, als Ecevit wieder regierte und die Faschisten unnachgiebig verfolgte, und vollends seit Oktober 1979, da Türkes mit Demirel zusammen de facto die Regierung bildete. Von den 1978 verhafteten 2 000 Extremisten

zählten immerhin 1 300 zu den Faschisten, hunderte davon waren wegen Mordes verurteilt, bzw. angeklagt. Tatsache ist, daß Demirel die faschistischen Killer schützte. Dazu Ecevit im Frühjahr 1980 in Kayseri:

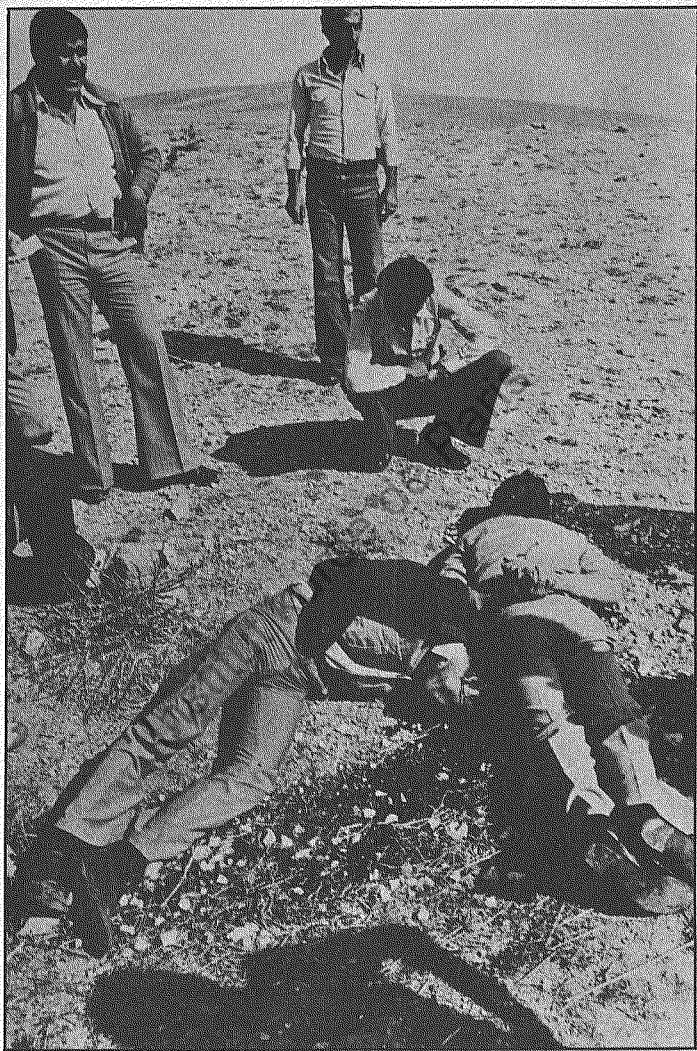
»Die politische Krise ist zu einer Krise des Regimes geworden. Demirel hat während seiner Regierungszeit akzeptiert, daß die bewaffneten Banditen in den Lagern ausgebildet werden, obwohl die staatlichen Stellen ihn gewarnt hatten. Die Türkei wird von einer faschistischen und nazistischen Macht besetzt und diese Besetzung steigert sich.« (Demokrat, 22.5.1980)

Die von den faschistischen Killern benutzten Waffen erhielt die MHP auf verschiedenen Wegen. Einmal kommen sie aus der BRD, teilweise aus Belgien, wo die Firma Herstell automatische Waffen an die MHP liefert. »Teilweise bekommen die Faschisten auch Waffen von der Armee und der Gendarmerie, die mit oder ohne Billigung der Verantwortlichen aus den Waffendepots verschwinden. Da die MHP die Waffenfabrik in Kirikkale, wie auch andere staatliche Betriebe kontrolliert, ist auch in der Türkei für Nachschub gesorgt. Und schließlich gibt es entlang des Schwarzen Meeres zahlreiche Familienbetriebe, in denen alle Arten von Feuerwaffen hergestellt werden.« (Le Monde, 6.7.1978)

Am 9.10.1978 wurden in Ankara sechs Jugendliche, Mitglieder der Türkischen Arbeiterpartei TIP, in einem Studentenwohnheim ermordet. Drei von ihnen hatte man die Hände zusammengebunden und dann in den Mund geschossen. Einer wurde zuerst betäubt und dann erdrosselt, die beiden anderen aus dem Haus entführt und auf einem freien Feld erschossen. Ein einziger überlebte schwer verwundet. Im Krankenhaus erklärte er, daß die Mörder ihnen bekannt seien: die Grauen Wölfe. Nach dem Militärputsch wurden die Mörder verhaftet: Mitglieder der MHP-Organisationen.

Folgende Meldungen dokumentieren allein Fälle vom Oktober 1978, also aus der Zeit, als Ecevit regierte und den faschistischen Terror einzudämmen versuchte:

1. Oktober 1978: In einem MHP-Lokal in Gültepe wurden zwei Kommandos unter Mordverdacht festgenommen. Bei der Durchsuchung des MHP-Lokals entdeckt die Polizei einen geheimen Tunnel, der das Lokal mit dem Haus eines als Waffenschmuggler verdächtigen MHP-Sympathisanten verbindet. In dem Haus des



Aktion der Geheimpolizei, September 1980

Waffenschmugglers wurden auch 2 Kommandoangehörige festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, einen linksgerichteten Studenten umgebracht zu haben.

Ankara – In der Gemeinde Ulubey wurde ein Kaffee-Haus von den Kommandos unter Beschuß genommen. Dabei kam ein Jugendlicher ums Leben.

Der Arbeiter Yalcin Firat, der von den Kommandos niedergeschossen wurde, ist ins Hacettepe-Krankenhaus nach Ankara überführt worden. Die Kugeln haben seine Wirbelsäule zerfetzt und zur Lähmung geführt.

2. Oktober 1978: Zwei »Idealisten« wurden beim Transport von 86 Dynamitstangen von Maras nach Ankara festgenommen. Die beiden Festgenommenen gaben zu, für die Ausführung dieses Auftrages 2000 TL erhalten zu haben. Nach eigenen Angaben sollten sie die Sprengkörper in der Bibliothek der MHP-Jugendorganisation in Ankara abliefern.

Ein Polizist im Vorbereitungsdienst sowie zwei »Idealisten« wurden auf Beschluß des Gerichts unter dem Verdacht festgenommen, bewaffnete Aktionen vorzubereiten.

Hatay: Der Vorsitzende der MHP-Jugendorganisation von Cankaya, Mehmet Kilinc, wurde mit seinen vier Freunden festgenommen; dabei wurden vier Pistolen, 62 Kugeln, ein Sprengkörper, Stahlketten und Spieße sichergestellt.

17. Oktober 1978: Aufgrund der vorliegenden Dokumente wurde festgestellt, daß Ethem Kiskis, Mitglied der Idealisten-Vereinigung und polizeilich gesucht als einer der Tatverdächtigen des Balgat-Massakers, bei dem 4 Menschen ums Leben kamen, während der Regierung der »Nationalistischen Front« im persönlichen Sekretariat des MHP-Staatsministers Sadi Somuncuoglu beschäftigt gewesen war.

Ankara: Veli Güven, Mitglied der Idealisten-Vereinigung, hat gestern bei seiner Aussage im Polizeipräsidium zugegeben, den linksgerichteten Zafer Üstünel mit 5–6 Schüssen getötet zu haben. Die Schüsse wurden aus der gleichen Pistole abgegeben, mit der vor kurzem der Staatsanwalt Dogan Öz ermordet worden war.

Istanbul: Oguzhan Cengiz, Mitglied der Idealisten-Vereinigung, der vorgestern nach einem Schußwechsel mit der Polizei festgenommen wurde und eine Tasche mit sich führte, in der sich

eine Zeitbombe sowie eine Liste von zu ermordenden Personen und zu sprengenden Häusern befand, hat ausgesagt, daß er bei den Bombenanschlägen in Istanbul die Aufgabe hatte, die Sprengkörper herzustellen.



Den besonderen Haß der türkischen Faschisten hatte sich der von Ecevit neu ernannte Polizeichef von Adana, Cevat Yurdakul, zugezogen. Sofort nach der Machtübernahme durch Demirel, im Oktober 1979, wurde die von ihm gebildete Einsatzgruppe gegen die rechten Terroristen vom neuen Innenminister aufgelöst. Er selbst wurde schon am 28. September 1979 auf dem Weg zu seiner Dienststelle erschossen, nachdem ihn Graue Wölfe zuvor mehrfach bedroht hatten.

Der Grund: Yurdakul hatte während seiner Amtszeit in den Häusern von zwei MHP-Mitgliedern Maschinengewehre und Pistolen sicherstellen und die beiden MHP-Leute festnehmen lassen. Adana war immer eines der berühmtesten Zentren des Faschismus gewesen, die Polizei war mit MHP-Leuten durchsetzt. Die Maßnahmen von Yurdakul zur Bekämpfung des Faschismus hatten damals sogar zwei MHP-Abgeordnete veranlaßt, dem neuen Polizeichef offen zu drohen, man werde ihm

auch im Ausland auf den Fersen bleiben. Die MHP hatte Wort gehalten.

In solchen Verhältnissen zeigt sich eine neue Qualität des politischen Terrors: (Devlet-Terör) Staats-Terror. Damit ist gesagt, daß die Faschisten den Staat erobert haben und mit Hilfe der Polizei und der Militärs das Volk unterdrücken.

Geld hat bei den Mordaktionen schon immer eine große Rolle gespielt, denn die Killer haben nicht unbedingt immer aus reinem Idealismus getötet, sondern wurden auch bezahlt. Nach der Verhaftung von Mehmet Ali Agca, der den Chefredakteur von der liberalen Tageszeitung Milliyet, Abdi Ipekci, ermordet hatte, befanden sich auf seinem Konto 360 000 TL. Der gesamte Betrag war vor dem Mord überwiesen und von Ali Agca teilweise abgehoben worden. Die MHP hat sich auch stets deutlich für die verhafteten Mörder eingesetzt. Am 26. Juni 1979 erhielten zahlreiche gefangene Killer der MHP aus ihrer Zentrale in Ankara folgenden Brief:

»Unsere Partei wächst im ganzen Vaterland stark an und nähert sich sicheren Schritten der Herrschaft. Wenn Allah es fügt und die Zuwendung unserer Volksgenossen anhält, werden wir an dem Tag, an dem wir mit einer starken Vertretung in die Regierung oder allein an die Macht kommen, ein umfassendes Amnestiegesetz erlassen, das außer Kommunisten alle Straftaten einschließt. Dann werden wir unseren Brüdern, die Opfer des Schicksals geworden sind, eine warme Heimstätte bereiten.« (gez. Necati Gültekin, MHP-Generalsekretär und Parlamentsabgeordneter aus Ankara)

Viele dieser »Schicksalsbrüder« wurden schon am ersten Tag der Regierungsübernahme durch organisierte Aktionen aus den Gefängnissen befreit. Sogar Mehmet Ali Agca konnte mit Hilfe »dunkler Quellen« aus dem bestbewachten Gefängnis in Istanbul flüchten. Ihm folgten Alparslan Alparslan aus dem Gefängnis Yozgat, einer der Drahtzieher des Karahanmaras-Massakers, Yunus Ilhan aus Adana, Hauptmann Mehmet Ali Cevikel, der den Grauen Wölfen aus Militärdepots Waffen beschafft hatte, und weitere Graue Wölfe aus dem Gefängnis in Rize. An der Flucht waren u.a. Soldaten beteiligt. Einer von ihnen, Bünyamin Yilmaz, wurde nach wenigen Tagen verhaftet. Bei der Hausdurchsuchung fand man Waffen und 100 000 TL, viel zu viel für einen Soldaten,

der im Monat 150 TL bekommt. Er hatte dafür gesorgt, daß der wachhabende Soldat durch einen Gesinnungsgenossen der MHP ersetzt wurde. Doch diese MHP-Mitglieder waren nur einige von tausenden von Faschisten, die aus den staatlichen oder Militärgefängnissen flüchten konnten. Ein britischer Journalist schrieb am 21. Januar 1980 in der Financial Times, daß in den letzten beiden Jahren 3 056 Gefangene aus dem Gefängnis flüchten konnten. Üblicherweise konnten sich die MHP-Mitglieder gerade in den Militärgefängnissen unbehindert bewegen. Eine Woche nachdem Agca aus dem Gefängnis flüchten konnte, wurden Anwälte linker Klienten im Mamak-Militärgefängnis von 50 MHP-Mitgliedern zusammengeschlagen, die ungehindert in den Besucherraum kommen konnten. Die Offiziere standen teilnahmslos dabei.

Und der Terror der türkischen Faschisten geht weiter. In den zwei Jahren der Regierung Ecevit wurden 2 245 Menschen ermordet. Allein im Jahr 1979 1 126, und in der Regierungszeit von Demirel waren es 1 630 Menschen. Bülent Ecevit zu dieser Entwicklung, am 25.5.1980: »Der faschistische Terror hat sich zum Massenterror ausgeweitet.«

Unter den Bedingungen des planmäßigen Terrors der »Türkischen Organisationen«, unter dem Eindruck der offenen programmatischen Ziele der Partei und der Drohung, die politischen Gegner zu liquidieren, und der heimlichen oder offenen Unterstützung durch den Staat und die Militärs mußte zwangsläufig eine politische, bewaffnete Gegenbewegung entstehen. Sie entstand vor allem deshalb, weil die staatlichen Institutionen von MHP-Angehörigen durchsetzt waren, Legislative und Exekutive sich dem Terror der Faschisten gegenüber als ohnmächtig erwiesen. In einer dermaßen gespaltenen Gesellschaft, in der es nur die Alternative zwischen »Kommunisten« und »Faschisten« gab, mußte bei allen Auseinandersetzungen der politische Gegner ausgeschaltet werden, war der isolierte Widerstand Ausdruck politischer Ohnmacht, insbesondere links-revolutionärer Gruppen.

Und schließlich hatte er am 12. September 1980 seine Aufgabe erfüllt. Die Militärs konnten intervenieren, hatten alle Möglichkeiten, um plötzlich den Terror zu stoppen. Auch die MHP und die Kommandos hatten in diesem Spiel ihre Rolle erfüllt, sie konnten abtreten.

Die »Grauen Wölfe« in der Bundesrepublik – neue Enthüllungen

Die politischen Kontakte, die die MHP zu bundesdeutschen Politikern hatte, gehen zurück auf die »Türkisch-Deutsche Waffenbrüderschaft« im 1. Weltkrieg, auf die Zusammenarbeit während des Hitler-Regimes und auf die gemeinsame Auffassung, daß man die türkischen Emigranten in der Bundesrepublik vor dem »roten Terror« schützen müsse.

Zahlreiche türkische und deutsche Intellektuelle, die schon während des 2. Weltkrieges zusammengearbeitet hatten, um den gemeinsamen Feind Sowjetunion zu bekämpfen, sind auch heute noch Propagandisten der MHP in der Bundesrepublik.

Die faschistische Ideologie der Nazis in den Köpfen der Pan-Turanisten und die pan-turanistischen Ideen in den Köpfen deutscher Professoren und faschistischer Propagandisten vor und während des 2. Weltkrieges wirken noch heute nach. So übernimmt H. Vocke, FAZ-Redakteur und Propagandist der MHP, die These, daß die »Türk-Ocagis« Pfadfindervereine sind, eine Sichtweise, die Tekin Alp 1915 für die Pan-Turanistische Jugendbewegung prägte. Und Professor Herbert Melzig, der schon 1937 ein Buch über Atatürk, »Untergang und Aufstieg der Türkei – Kama'l Atatürk«, geschrieben hatte, im Jahr 1980 über »Ideologie und Verbrechen«:

»Die in der Illegalität arbeitende Kommunistische Partei in der Türkei ist im Gegensatz zu einigen kommunistischen Parteien in Westeuropa völlig an die Direktiven der KP der Sowjetunion gebunden. Daran würde sich auch bei ihrer Zulassung als legale Partei nichts ändern. Die Kreml-Führung ließe nichts unversucht, diese Partei an die Macht zu bringen. Gelänge es ihr nicht, mit Hilfe einer kommunistischen Regierung ihre alten Gebietsforderungen durchzusetzen, so würde sie nicht zögern, wie im Falle Afghanistans zu verfahren. Aus ihrem ganzen Verhalten und ihrer Propaganda ist zu schließen, daß sie mit der Losreißung der Osttürkei als »Kurdische Republik« und der Einverleibung einer Resttürkei als soundsovielte Sowjetrepublik in das russische Imperium einverstanden wären.«

Stärken politische Greise, wie Vocke und Melzig, in der BRD heute noch die politische Legitimation der MHP und unterstützten ihre faschistische Ideologie, so hat die MHP auf der politischen Ebene schon andere Bündnispartner gefunden: Abgeordnete der CDU/CSU. Als Heinz Schwarz, CDU-MdB, von seinem Posten als rheinland-pfälzischer Innenminister abtrat, besuchte er die Türkei. Danach verkündete er, daß die Koalition der »Nationalistischen Front«, »die Gewähr biete, daß die strategisch wichtige Türkei nicht ins sowjetische Lager abwandere«. (Welt, 8.8.1977)

1975–1977 hatte die MHP in der Bundesrepublik ihre Auslandsorganisation aufgebaut. Aber im Sommer 1977 mußte sie auf Beschluß des Türkischen Verfassungsgerichtes ihre Auslandsorganisation schließen. Türkischen Parteien ist es verboten, im Ausland Parteiorganisationen zu unterhalten. Wenig später gründeten die MHP-Mitglieder, gesteuert von Enver Altayli (zuvor Generalinspekteur der MHP in Europa, danach Pressechef der MHP in Ankara), »Türk-Ocagis«, »Ülkücü-Dernegi« (Idealistenverein) oder »Büyük Ülkü Dernegi« (Großer Idealistenverein), also genaue Kopien der MHP-Organisationen in der Türkei. Sie selbst nennen sich »Bozkurtlar« (Graue Wölfe).

Den Aufstieg der Grauen Wölfe in der BRD zeigt die Tatsache an, daß Murat Bayrak, der offenbar schon vor 1978 über gute Kontakte zur CSU verfügte, ein Treffen zwischen Franz Josef Strauß und MHP-Führer Alparslan Türkeş arrangieren konnte. Murat Bayrak besitzt in der Türkei eine Fabrik, in der die Grauen Wölfe militärisch ausgebildet wurden. Am 28. April 1978 gewährte Strauß dem Faschisten Türkeş eine Audienz. Es war, so Bayrak, ein »sehr herzliches Gespräch«.

Der Inhalt: Allgemeiner Überblick über die Weltlage, Übereinstimmung in der Beurteilung des Weltkommunismus, der den freien Westen bedroht, und schließlich die Bereitschaft von Strauß, für die MHP in der Bundesrepublik ein günstiges Klima zu schaffen. Am 2. Mai 1978 dankte Türkeş für das Gespräch, aufgesetzt wurde das Schreiben noch in der Bundesrepublik:

»Wenn wir noch nicht alle Probleme, die unsere beiden Länder betreffen, besprechen konnten, so glaube ich doch, daß ihnen mein zentrales Anliegen in einer Stunde großer Gefahr für mein Land deutlich geworden ist: die Türkei befindet sich in einer akuten großen Gefahr. Diese Gefahr ist in großem mit der Tat-

sache bezeichnet, daß zum erstenmal in der Geschichte der Türkei der sowjetische Generalstabschef in die Türkei kommen konnte, und zwar nicht zu einem Höflichkeitsbesuch, sondern zur Einleitung einer Entwicklung, die das Ende der Türkei im westlichen Bündnis bedeuten kann.« (Spiegel, 25.2.1980, S. 29)

Wenig später hatte sich Türkes zu Gesprächen mit deutschen Unternehmern getroffen, in denen er sich als Garant dafür anbot, daß die Türkei im westlichen Bündnis bleiben und das deutsche Privatkapital in der Türkei geschützt werde. Niemand wundert sich dann, daß der bayerische Innenminister Gerold Tandler (CSU) im November 1980, nachdem allgemein bekannt war, welche Terroraktionen die MHP und ihr Führer Türkes angeleitet hatten, folgendes erklärte:

»Die MHP und die Türk-Föderation setzen sich für die Interessen der türkischen Republik und Nation im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland ein.«

Gemeint ist die im Juni 1978 gegründete »Föderation Türkisch-Demokratischer Idealisten Vereine« (Türk-Föderation). Ihre Politik zeichnet sich durch fanatischen Antikommunismus und Kampf gegen jeglichen gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt aus. Was sie mit Worten nicht durchsetzen können, erreichen sie durch Überfälle – während die Polizei in der Regel diesem Treiben zuschaut, es in einzelnen Städten duldet und stützt. Die IG Metall Bezirksleitung in Stuttgart listete auf, wie die Aktivitäten der Grauen Wölfe in ihrem Bereich aussehen:

»Neben einer allgemein verleumderischen Hetze gegen den DGB und seine Gewerkschaften werden u.a.

- unter massiver Bedrohung über Unterschriftenaktionen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen zum Austritt aus der IG Metall veranlaßt
- Betriebsversammlungen gestört und Vertreter des DGB bei ihrer Arbeit behindert und bedroht
- Gewerkschaftsinformationen und -zeitungen aus Angst nicht mehr verteilt (eine besondere Form von Pressezensur)
- Einrichtungen ausländischer Gewerkschaftsmitglieder über Nacht beschädigt oder zerstört
- Rollkommandos eingesetzt, die z.B. in Wohnheimen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen terrorisieren, um

besonders aktive Gewerkschaftskollegen nachhaltig einzuschüchtern

– Morde verübt und Morddrohungen ausgesprochen.«

Besonders aktiv sind die Grauen Wölfe gegen die IG Metall, deren Zeitung, die »Metall«, in einer jahrelangen Aufklärungsarbeit die Aktivitäten der Faschisten enthüllt und entscheidend dazu beigetragen hatte, daß die Grauen Wölfe und ihre Hintermänner zumindest in den Gewerkschaften in Schach gehalten werden konnte.

Ziel der von den Faschisten betriebenen Hetze und Terrorkampagnen ist es, die vorhandenen »Entfremdungstendenzen der ausländischen Arbeitnehmer zur Gewerkschaft zu verstärken, die Ausländerfeindlichkeit zu erhöhen und damit das Agitationsfeld der Rechtsextremisten zu verstärken. Heute ist davon auszugehen, daß besonders rechtsradikale Gruppen diese Entfremdung bewußt betreiben, um die so in die Isolation getriebenen ausländischen Arbeitnehmer leichter für ihre rechtsextremistischen Ziele gewinnen zu können.« (Arbeitsprogramm zur gewerkschaftlichen Arbeit im Bereich ausländischer Arbeitnehmer, IG Metall Bezirksleitung Stuttgart, 30. Juni 1980)

Der 1. Vorsitzende der »Türk-Föderation« packte aus

Lokman Kondakci, am 2.7.1952 in einem kleinen Dorf bei Trabzon geboren, war der erste Vorsitzende der Türk-Föderation, bis er von dem inzwischen per Haftbefehl in der Türkei gesuchten Serdar Celebi im Jahr 1979 abgelöst wurde. Kondakci packte gegenüber dem türkischen Geheimdienst MIT in Istanbul aus.

Auszüge aus dem Tonbandmitschnitt des Geständnisses:

Vorname: Lokman

Name: Kondakci

Name der Mutter: Asiye

Name des Vaters: Hüseyin

(Tonband, aufgenommen am 30. März 1979 in Villa Marmara – MIT Istanbul)

Ich war bis zum 4. Februar 1. Vorsitzender der Türk-Föderation in Europa, die ich auch am 18. Juni 1978 durch Zusammenkommen von 64 Vereinen gegründet habe. Als ich die Föderation im Februar dem neuen Vorstand übergab, waren es 108 Vereine. Wir

waren eine sehr einflußreiche Organisation, die innerhalb der nationalistischen Bewegung einen wichtigen Platz hatte. Die Türk-Föderation ist vom finanziellen Potential her die wichtigste Organisation der MHP.

Ich kam im Februar 1978 auf Befehl von Herrn Türkes nach Deutschland. Damals war für die Auslandsorganisation Enver Altayli zuständig, der jetzt Chefredakteur von der Tageszeitung »Hergün« ist. Zu diesem Zeitpunkt hatte er 37 Vereine unter seiner Kontrolle. Ich habe 4 Monate gearbeitet und dann die Föderation gegründet.

Danach kamen sehr viele in der Türkei gesuchte Militante nach Deutschland. Ich mußte immer wieder feststellen, daß unsere Politik keine langfristige wissenschaftlich-ideologische Basis hatte. Unser Rekrutierungsbereich sind die unerfahrenen Jugendlichen, die leicht zu fanatisieren sind. Die politischen Morde beunruhigten mich sehr. Eine oppositionelle Bewegung in der MHP hat nicht die geringste Chance, da der Kopf der Bewegung, Türkes, in der Partei jede Opposition ausschalten kann. Ich sage hier auch aus, damit diesem Mann ein Ende gesetzt wird.

Oberst Galip: Es kann für Sie sehr gefährlich werden.

Kondakci: Das ist mir bewußt.

Oberst Galip: Können die ahnen, daß du hier eine Aussage gegen sie machst?

Kondakci: Mit Sicherheit nicht. Sie glauben mir, und vertrauen mir.

Oberst Galip: Was habt ihr mit dem Geld in Deutschland gemacht?

Kondakci: Türkes hängt sehr viel an Geld. Alle Gelder der Partei betrachtet er als sein eigenes Geld. Z.B. die MHP teilte uns mit, daß sie aus Deutschland Geld brauchen. Wir haben 100 000 DM gesammelt, von den Arbeitern. Als Türkes dann in Deutschland war, brachte er alles auf die Bank und zahlte es auf sein Konto ein, mit 6 Jahren Sperrfrist. Er hat mehrere Konten auf deutschen Banken.

Oberst Galip: Können wir für einen der Gesuchten die Auslieferung aus Deutschland verlangen?

Kondakci: Das würde auffallen. Außerdem ist da auch dieser Mann, Doktor Kannapin, der auch beim Verfas-

sungsschutz in Sachen Türkei tätig ist. Er ist ein Hund. Er ist sehr eitel und hat immer auf die türkischen Parlamentarier geschimpft, die uns oppositionell eingestellt sind. Ich lehnte dies ab, trotz allem waren diese Parlamentarier Türken. Wir hatten einige Auseinandersetzungen.

Oberst Galip: Kam er immer zu euch, um Kontakt aufzunehmen?

Kondakci: Wir arbeiteten bei ihm. Er hatte uns bei der Gründung der Föderation geholfen.

Oberst Galip: Wie ist die Verbindung zwischen Kannapin und Türkes?

Kondakci: Ergab Kannapin Geld und Kannapin erledigte für uns die Laufarbeiten.

Oberst Galip: Ist dieser Kannapin dieser alte, blonde, dünne ... ist es nicht dieser Kerl?

Kondakci: Ja, er war letzte Woche hier.

Oberst Galip: Wurde er mit Geld bestochen?

Kondakci: Er erledigte die Arbeiten für den Verfassungsschutz in Sachen der idealistischen Organisation in Deutschland. Wir gaben ihm Geld vom Konto von Türkes.

Oberst Galip: Das ist aber schwer zu belegen ...

Kondakci: Nein, das ist zu belegen. Das Konto von Türkes habe ich eröffnet. Ahmet Er war auch dabei.

Oberst Galip: Wie hat man dieses Geld gesammelt?

Kondakci: Das sind Gelder, die die Mitgliedsvereine der Föderation überweisen.

Oberst Galip: Wie hoch ist die Summe?

Kondakci: Etwa um 300 000 DM.

Oberst Galip: Sind die Quittungen in Deutschland?

Kondakci: Die Belege für das Konto, wo ich die Vollmacht habe, sind bei mir. In diesen Banken arbeiten Türken, denen geben wir Geld, und sie machen uns eine Fotokopie des Kontostandes anderer Konten. Dies ist eine leichte Sache.

Oberst Galip: Kannst du angeben, in welchen Banken Türkes ein Konto hat?

Kondakci: Handelsbank, Deutsche Bank. Ich habe noch die Vollmacht.

Oberst Galip: Mir fällt noch was ein. Die haben in Deutschland einen Heroinschmuggler festgenommen. Hast du was davon gehört?

Kondakci: Halit Kahraman.

Oberst Galip: Ja, Halit Kahraman. Zwar haben die Deutschen in dieser Angelegenheit mit uns keine Verbindung aufgenommen, aber wir sind über die Sache ziemlich informiert. Nach unseren Feststellungen hat Kahraman in letzter Zeit mit MHP Verbindung aufgenommen. Kann Türkes ihm einen solchen Auftrag erteilt haben?

Kondakci: Wir haben uns auch in dieser Heroin-Sache Gedanken gemacht. Da gibt's den MHP Ortsverbandsvorsitzenden von Bakirköy-Istanbul. Er macht solche Sachen.

Oberst Galip: Macht er dies für die Partei oder für sich?

Kondakci: Nicht 100 Prozent für die Partei. Aber dieser Ortsverbandsvorsitzende sagte mir einmal, daß wir als Föderation einem Mann in Berlin helfen sollten, der für die Partei Rauschgift schmuggelt. Ich hätte genaue Informationen darüber gesammelt, wenn meine Beziehung zum Parteivorstand nicht so schlecht wäre, hätte ich mit Sicherheit mehr über den Rauschgiftschmuggel erfahren.

Oberst Galip: Kann uns der neue Vorsitzende Serdar behilflich sein, um die gesuchten Täter der MHP, die jetzt nach Deutschland geflüchtet sind, zu verhaften?

Kondakci: Mit Sicherheit hilft er uns nicht. Serdar ist einer von denen. Er ist ein Taktiker, Planer und Programmierer. So wie es erzählt wird, ist er einer der fähigsten Männer innerhalb der Organisation.

Der Doktorand Celebi, Nachfolger von Kondakci, hatte einen bewährten Kämpfer an seiner Seite, Ali Batman. Er wurde sofort zum 2. Vorsitzenden gewählt, obwohl er vor seiner Wahl erst einige Wochen in der Bundesrepublik war.

Bis 1978 war dieser Batman Vorsitzender der »Ülkü Ocagi«-Vereine in der Türkei, deren Mitglieder für unzählige Mord-

anschläge verantwortlich waren und entsprechend verurteilt worden sind. Allein das wirft ein bezeichnendes Licht auf Batman. Über ihn aber berichtete auch Ali Yurtaslan. Yurtaslan war ein führendes Mitglied der MHP-Organisation, bis er diese Organisation verließ und auspackte. Inwieweit die Aussagen von Yurtaslan zutreffen, läßt sich daraus schließen, daß aufgrund seiner Enthüllungen in der Türkei zahlreiche Prozesse gegen MHP-Mitglieder eröffnet worden sind und bislang gegen seine Buchveröffentlichung nichts unternommen wurde. Auch was Ali Batman angeht, decken sich Yurtaslans Aussagen mit türkischen Zeitungsmeldungen aus den Jahren 1976 und 1978. Ein Gericht in der Bundesrepublik würde natürlich sagen, daß die Aussagen eines solchen Überläufers noch lange kein Beweis für die kriminelle Vergangenheit dieses Ali Batman sein können. Das wird auch niemand behaupten. Also soll sich der Leser selbst ein Bild von den enthüllenden Aussagen des Ali Yurtaslan machen, wobei korrekterweise hinzugefügt werden muß, daß Batman alles abstreitet.

Die Erläuterungen von Yurtaslan:

Seite 16

»Folgende Personen hatten wir auf der schwarzen Liste und machten gegen sie Propaganda: Der damalige Vorsitzende von Gazi-DER, Idris Köylü. Später hat man ihn bei den Verhaftungen als einen Zellenleiter von 'Dev'-Yol' verhaftet. Außerdem der 2. Vorsitzende des Vereins, Adnan Celik. Um repressiv wirken zu können, hatten wir in der Schule ein Prügel- und Schlägerteam gegründet. Im Prügelteam der Abteilung 'Türkisch' waren folgende Personen:

Ferhat Günaydin, Erdem Senocak, Fatih Kiriscioglu, Halil Akgün, Ali Baz, Ibrahim Ülger. Diese Gruppe hat mehrere Menschen in der Schule verprügelt. Der damalige Vorsitzende, Ali Batman, sagte uns, daß wir die Vorfälle erst nach 12-13 Uhr inszenieren sollten. Nach dieser Zeit konnte die Presse nicht mehr benachrichtigt werden.

Seite 65

Die Vorsitzenden und Funktionäre der Idealistischen Jugendvereine (ÜGD) werden öfters gewechselt. Manche von denen treten zurück. Dies bedeutet aber nicht, daß sie sich damit auch von der Organisation trennen. Sie arbeiten weiter für die MHP. Sie

werden weiterhin als Führer der Organisation von den Idealisten anerkannt. Sie setzen ihre Tätigkeit illegal fort. Sie werden im allgemeinen nach Anatolien geschickt und setzen ihre Tätigkeit dort fort. Zum Beispiel wurde der ehemalige Funktionär Sami Bal nach Südanatolien geschickt. Dorthin folgte ihm Ali Batman.

Seite 81

Der Übergang von Idealistenheimen (ÜOD) zu Idealistischen Jugendvereinen (ÜGD) vollzog sich auf folgende Weise: Wir haben es geschafft, daß die Akten der Anzeige des Gouverneurs von Ankara gegen die Idealistenheime im Mai 1978 an das Landgericht zu Richter Osman Bagbek kamen. Osman Bagbek ist Mitglied der MHP. Seine Frau ist Staatsanwältin und ebenfalls MHP-Mitglied. Ihre Tochter ist ebenfalls Idealistin und wir hatten für sie im Handelsministerium eine Stelle gefunden. Drei, vier Tage nach der Anzeige ging ich mit Ali Batman und Rechtsanwalt Hilmi Barlas zu Osman Bagbek. Es lief ein Verfahren gegen Ali Batman wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Idealistenheime (ÜOD).

Ali Batman und Rechtsanwalt Hilmi Barlas schlugen dem Richter vor, er solle einen Freispruch fällen. Der Oberste Gerichtshof würde das Urteil sowieso aufheben, und er würde den Fall wieder bekommen. In dieser Zeit könnten sie Öffentlichkeit schaffen, einen neuen Verein gründen und das Eigentum der Idealistenheime übertragen. Tatsächlich entschied der Richter Osman Bagbek auf Freispruch. Damals hatte sich jeder über diesen Richterspruch gewundert. Der Oberste Gerichtshof hob das Urteil auf und schickte die Akten zurück. Diesmal beschloß Osman Bagbek die Idealistenheime zu verbieten, und gab Ali Batman 10 Monate Haftstrafe. Allerdings wurde die Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Daß die Akte an Herrn Bagbak gelangte, hatte der Rechtsanwalt Hilmi Barlas organisiert.

Seite 84

Ich war im November 1978 15 Tage in Deutschland. Ich war mit Vecdet Sendil und Ali Batman unterwegs. Unsere Aufgabe war, für die in der Türkei verhafteten Idealisten Geld zu sammeln. Von diesem gesammelten Geld bekam ich 2,5 Millionen TL. Damit ließ ich für die Verhafteten Kleider schneiden. Ein Teil des Geldes gab ich den Familien der gefallenen Idealisten. Diese Sammel-

kampagne wurde von der Tageszeitung Hergün initiiert. Ali Batman gab ein paar Seminare in Deutschland und blieb dort. Er wurde stellvertretender Vorsitzender der dortigen Organisation. In der damaligen Phase war der Vorsitzende der dortigen Organisation einer namens Lokman Kondakci. Ali Batman und seine Freunde haben das Geld in meiner Abwesenheit gesammelt, das heißt, ich weiß es nicht genau, wieviel gesammelt wurde. Sie haben mir nur 2,5 Millionen TL gegeben.

Seite 118

Ali Batman: Man nennt ihn Ali Hodscha. Er stammt aus Kayseri, 175 cm groß, Veterinär. Verheiratet. 28–30 Jahre alt.«
(MHP Merkezindeki Adam, Ali Yurtaslan in Itirafi, Istanbul 1980)

Handlanger der Grauen Wölfe, deren Mitglieder-Biographie schon allein Grund sein müßte, um die Organisation zu verbieten, sind unzweifelhaft Teile der Verfassungsschutzbehörden. Wenn ein »Sonderbericht« des Niedersächsischen Verfassungsschutzes davon spricht, daß die MHP und die Türk-Föderation harmlose demokratische Organisationen sind, die von den Kommunisten verleumdet werden, so übernimmt man genau die Argumentation der Türk-Föderation.

Auf der anderen Seite wissen anscheinend die einzelnen Landesämter für Verfassungsschutz selbst nicht genau, wie sie die Grauen Wölfe und ihre Organisation einstufen sollen. Der Bayerische Verfassungsschutz bezeichnet die »Türk-Föderation« als Organisation, »die direkt von der MHP gegründet« worden ist; der Hessische Verfassungsschutz will davon nichts wissen. Warum nun die Erkenntnisse über die türkischen Rechtsextremisten in der Bundesrepublik so schlecht sind, hat zwei wesentliche Gründe:

Zum einen sind die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, bedingt durch ihre Herkunft, Ausbildung und ihren Kenntnisstand, für rechtsextremistische Ideologie eher aufgeschlossen als für eine Ideologie, die mit Systemveränderung zu tun hat. Ihre Lehrer waren häufig Nazis, die den Feind aus Prinzip im Kommunismus gesehen haben, auch nach 1945. Nicht von ungefähr unterstützen in Frankreich beispielsweise Polizeibeamte und Geheimdienstagenten die militanten faschistischen Organisationen.

Tatsache ist, daß die deutschen Verfassungsschützer ihre Informationen über die Linke direkt von den Grauen Wölfen erhalten, die in den meisten Konsulaten und in der Botschaft sitzen und zum Teil Mitglieder des türkischen Geheimdienstes MIT sind. Im Rahmen des polizeilichen Austauschprogrammes schließlich kommen die deutschen Polizisten mit türkischen Polizisten zusammen, die in aller Regel Mitglieder und Sympathisanten der Grauen Wölfe sind. Daran hat sich auch nach dem Militärputsch nichts geändert. Aufgrund einer solchen Zusammenarbeit kommen dann Beurteilungen der Sicherheitslage zustande, wie sie der Informationsdienst der Berliner CDU am 8. August 1979 verbreitete:

»Die eindeutige Beurteilung der Sicherheitslage, nicht nur durch die sozialdemokratischen Innenminister und Senatoren, sondern auch durch das Bundesinnenministerium lautet: Nicht von den Grauen Wölfen, sondern von den linksextremistischen Türken und den sie unterstützenden deutschen Gruppen gehen die großen Gefahren aus.«

Die Grauen Wölfe verfügen darüber hinaus über exzellente Kontakte zur europäischen militanten Faschistszene. Die französische Faschistenorganisation »Ordre Nouveau« bezeichnet die MHP als »Bruderpartei«. Danach arbeitete die MHP mit der bewaffneten Nachfolgeorganisation von Ordre Nouveau, der FANE, zusammen, die für zahlreiche Bombenanschläge auf jüdische Einrichtungen in Paris verantwortlich zeichnet. Eine Unterorganisation dieser militanten Terroristen ist die Gruppe »Okzident«. Sie versorgt die türkischen Rechtsextremisten mit Waffen. »Okzident« wiederum hat beste Kontakte zu bundesdeutschen neonazistischen Kampfgruppen. Entsprechend harmonisch sind die Verbindungen zwischen der deutschen Neonazi-Gruppe um Roeder, die Anschläge auf Asylantenheime durchführt, und den türkischen Grauen Wölfen. Ein Mitglied der VSBD (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands), deren faschistischer Aktionismus zu zahlreichen Überfällen auf die verhaßten »Linken« geführt hat, berichtet stolz: »Wir arbeiten mit den Grauen Wölfen zusammen. Sie zeigen uns auch Fotos und die Listen von denjenigen Türken und Deutschen, die bekämpft werden müssen.«

Aber auch die FANE unterhält direkte Kontakte zur VSBD. FANE-Mitglieder beteiligen sich an Treffen der VSBD. Gegen-

über »Le Monde« berichtete ein Bewohner des Hauses, in dem die FANE ihr Büro unterhält: »Am 24.11.1979 organisierte Herr Frederiksen ein Bankett in meinem Lokal. Es waren ca. 50 uniformierte Menschen, sie trugen alle Hakenkreuze und verkauften Poster von Hitler für 5 Francs. Einige sprachen deutsch, andere italienisch. Es gab auch Belgier dabei. Meiner Frau gegenüber machten sie den Nazi-Gruß.« (Le Monde, 2.10.1980)

Für die FANE wie auch Ordre Nouveau ist der Aufbau eines nationalsozialistischen Europas das wichtigste politische Anliegen und die Zusammenfassung der verschiedenen »nationalen Kräfte« auf europäischer Ebene. Die Grauen Wölfe und ihre Organisationen in Europa gehören dazu. Sie haben auch Verbindungen zu belgischen Neofaschisten. Dort nehmen sie an Ausbildungslagern teil und werden militärisch gedrillt. Teilnehmer sind meist arbeitslose türkische Jugendliche.

All das dürfte bekannt sein – die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden jedoch sind immer noch von der Harmlosigkeit der Grauen Wölfe überzeugt und lassen sie in aller Ruhe gewähren. Es drängt sich der Verdacht auf, daß, genau wie in der Türkei, die Grauen Wölfe hier eine politische Aufgabe zu übernehmen haben. Nämlich die fortschrittlichen demokratischen Türken einzuschüchtern, damit sie keine Gefahr für den »inneren Frieden« der Bundesrepublik darstellen, daß sie also nicht auf den Gedanken kommen, zu streiken oder sich gegen ihre soziale Diskriminierung in der Bundesrepublik zu wehren.

Die Bedeutung des Islam in der Türkei

Die Renaissance des islamischen Fundamentalismus wurde in der Türkei von der elitären Oberschicht lange unterschätzt. Doch Forderungen nach der Rückkehr zum islamischen Gesetz – dem Schariat –, der Ruf nach der Wiedereinführung des Kalifats und die Forderung nach der Wiedereingliederung der Türkei in die große islamische Gemeinde, vornehmlich in die arabische Welt, signalisierten in den letzten Jahren und Monaten eine bedeutende Wende für den Islam in der türkischen Gesellschaft. Insofern war es nicht verwunderlich, daß die Stimmen immer lauter tönen konnten, die das laizistische Prinzip des Kemalismus bekämpften und Laizismus als Unglauben verdammt. Die Generäle setzten diesem Wiederaufleben des Islam am 12. September ein Ende. Ob sie damit aber den tief verwurzelten islamischen Traditionalismus in der einfachen Bevölkerung niederhalten können, ist fraglich. Denn auch in der Vergangenheit zeigte sich: »Je stärker der Druck der Europäisierung in der kemalistischen Türkei zunahm, umso stärker klammerten sich die religiösen Massen an den Islam, um wenigstens den Kern einer eigenen Identität zu wahren. Die Identitätskrise der Türkei entstand aus dem Zusammenprall zweier kultureller Traditionen: Die eher säkularisierte Eliten-Kultur traf auf die stark religiös verwurzelte Volkskultur.« (Zehra Önder: Die Türkei im Konflikt zwischen Europa und der islamisch-nahöstlichen Umwelt, Vortrag am 19. September 1980 in Brüssel, Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Die Aussage von Zehra Önder trifft in der Tat das Gesamtproblem nationaler türkischer Identität, die erst im 20. Jahrhundert von Kemal Mustafa Atatürk aufgebaut worden ist.

Er war derjenige, der den großen Einfluß der Religion, den sie im osmanischen Reich hatte, mit Gewalt brach, um die Türkei aus der Rückständigkeit der islamische Tradition in den modernen Westen zu führen. 1924 wurde der letzte osmanische Kalif, Abdull Mecit, das religiöse Oberhaupt des Welt-Islams, auf Veranlassung der türkischen Regierung seines Amtes enthoben und das Kalifat abgeschafft. Gleichzeitig wurde das gesamte Vermögen des

islamischen Klerus beschlagnahmt, die religiösen Schulen geschlossen.

Der Laizismus, die radikale Trennung von Politik und Religion, war der Grundpfeiler kemalistischer Politik. Die radikale Neuorientierung des türkischen Volkes, zum größten Teil noch befangen in völliger Unwissenheit, auf den von Atatürk verherrlichten Westen mit seinem kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Fortschritt, sollte die Vorbedingungen für eine moderne Republik schaffen. »Das türkische Volk sollte innerhalb weniger Jahrzehnte einen Prozeß nachholen, der in Europa Jahrhunderte beansprucht hatte; es sollte die islamisch determinierten Denk- und Verhaltensnormen aufgeben und ein völlig neues, den eigenen Voraussetzungen und Bedürfnissen fremdes, europäisches Werte- und Normensystem annehmen.« (Z. Önder, ebenda)

Es bildete sich daher Widerstand in der Landbevölkerung, der teilweise zu Aufständen führte. 1930 gingen Mitglieder der Naksibende-Sekte unter der Führung von Derwisch Mehmet auf die Straße, mit der Absicht, den Sultan wieder zum Kalifen zu ernennen und den Staat nach den Regeln des Korans zu leiten. Ein junger Offizier, Kubilay, versuchte den Aufstand zu verhindern. Er wurde gelyncht, der Aufstand durch die Armee blutig niedergeschlagen, 28 Personen durch Sondergerichte (Istiklal Mahkemeleri) hingerichtet. Das heißt, daß zur Zeit von Atatürk jeder Widerstand, der das Prinzip Laizismus abschaffen wollte, gewalttätig niedergeschlagen wurde, um, so argumentierte Atatürk, einen Rückfall in die Rückständigkeit des Islam zu verhindern. Die Abschaffung des Kalifats hatte auf die Stammesführer Ostanatoliens, die Kurden, einen tiefen, negativen Eindruck ausgeübt. Sie gingen davon aus, daß Mustafa Kemal wie in den Kriegsjahren ein Protektor des Sultans und Kalifats, ein Retter der islamischen Welt sei. Kalifat und Sultanat waren zur Zeit des Osmanischen Reiches die einzige Kraft, die die islamischen Völker vereinigte. Entsprechend schnell waren kurdische Stammesführer bereit, nun gegen Atatürk zu kämpfen. Atatürk gelang es aber, die teilweise religiös motivierten Aufstände, die auch starke nationale kurdische Elemente in sich trugen, zu zerschlagen, indem er sie als »reaktionäre Bewegung« abstempelte.

Am 20. November 1937 wandten sich die Bewohner Dersims, des heutigen Tunceli, an die Öffentlichkeit: »Unsere kurdischen

Schulen wurden geschlossen, der Gebrauch der kurdischen Sprache ist verboten, das Wort Kurde und Kurdistan darf nicht benutzt werden, und barbarische Methoden werden angewandt, um uns zu bekämpfen.« (M. Dersimi: Kürdistan Tarihinde Dersim, Halep 1952, S. 67ff)

Durch ein Massaker wurde der Widerstand des kurdischen Volkes in Dersim gebrochen, 50 000 Menschen wurden ermordet und 100 000 Kurden deportiert.

Als Mustafa Kemal Atatürk im November 1938 starb, schien das Prinzip der Trennung von Politik und Religion gesichert zu sein.

Zwar wußten die Kemalisten, daß der Islam ein wichtiger Faktor der türkischen Politik geblieben war. Doch ein anderer, für sie bedeutenderer Faktor, der ihre Politik stützen sollte, war die Hinwendung zum Westen. »Säkularismus wurde als ein Meilenstein der westlich ausgerichteten Politik verstanden, mit dem Ergebnis, daß er bald zum neuen Dogma einer herrschenden Elite wurde.« (F. Ahmad, a.a.O. S. 364) Das bedeutete, daß die damals herrschende Staatspartei den Islam mehr oder weniger ignorierte, obwohl 98 Prozent der Bevölkerung dem Islam angehörten. Die Einführung eines Mehr-Parteien-Systems nach 1945 zwang die CHP jedoch, intensiver auf den Islam einzugehen, insbesondere deshalb, weil fehlende Reformen in den vergangenen 20 Jahren der Landbevölkerung kaum eine Veränderung ihrer sozialen Situation gebracht hatten. »Der bürokratische Despotismus konnte nicht mit ein paar Konzessionen weggewischt werden.« (F. Ahmad, a.a.O. S. 365)

Als 1950 die Demokratische Partei, DP, die Wahlen gewann, war es eine ihrer ersten Maßnahmen, den Artikel 526 des Türkischen Strafgesetzbuches zu verändern. Er bestimmte, daß der »ezan«, der Aufruf zum Gebet, in keiner anderen Sprache als Türkisch gesprochen werden durfte. Die Nationalversammlung hob wenig später auch das Verbot auf, das den »müezzin« (Aufrufer zum Gebet) nun das Recht gab zu wählen, ob sie den ezan in Türkisch oder Arabisch sprechen wollten. Am 5. Juli wurden im Rundfunk wieder religiöse Programme zugelassen, der Koran wurde über den Rundfunk verlesen. Im Oktober wurde der religiöse Unterricht wieder zugelassen, und Eltern, die ihre Kinder nicht an diesem Unterricht teilnehmen lassen wollten,

mußten das schriftlich begründen. (Cumhuriyet, 28.2.1951) In dieser Zeit unterstützte die CHP aus wahltaktischen Gründen diese Entwicklung, und es kam eher Kritik gegen die schleichende Einführung islamischer Sitten von seiten der Demokratischen Partei als von der CHP. Gleichzeitig machte sich in den Zentren der islamischen Bewegung, in Konya, ein Re-Islamisierung breit. Büsten von Atatürk wurden zerschlagen, und der Abgeordnete der DP aus Konya wollte ein Gesetz einführen, wonach das Tragen des Fez und die Benutzung der arabischen Schrift wieder erlaubt sein sollten. Gleichzeitig wurden religiöse Zeremonien dazu benutzt, die Republikaner zu attackieren, der Weg, um die Tagespolitik in den Moscheen einfließen zu lassen. (vgl. Ahmad, S. 366) Die ideologische Verankerung des Islams, insbesondere in der ländlichen Region Mittel- und Ostanatoliens, wenn auch durch den Generationswechsel erheblich geschwächt, gab und gibt heute noch den politischen Interessensgruppen die Möglichkeit, die religiösen Gefühle für ihre politischen Ziele umzusetzen. Damit hatte die Demokratische Partei, DP, begonnen, deren Nachfolgeorganisation, die Gerechtigkeitspartei AP, diese Politik nach dem 27. Mai 1960 weiter fortsetzte. Dabei gehen die islamischen Tendenzen fast ausschließlich vom sunnitischen Teil der Bevölkerung aus, während die schiitischen Aleviten durch ihre stark reformierte Religionsauffassung für die reaktionären Tendenzen des Islams wenig ansprechbar sind. Von den Moslems in der Türkei sind ca. 25–30 Prozent Aleviten. Die Aleviten haben, aufgrund ihrer unterschiedlichen Glaubensauffassung, eine eigene Kultur, eigenen Lebensstil und von den Sunniten vollkommen getrennte Formen der Religionsausübung. Das hatte die Aleviten immer wieder in eine Oppositionshaltung zur sunnitisch-orthodoxen Zentralgewalt gebracht, sowohl im Osmanischen Reich als auch in der »modernen türkischen Republik«. Weil durch die islamischen Restaurationstendenzen die Aleviten massiv unterdrückt wurden, sahen diese in der linken Opposition die einzige Möglichkeit des Überlebens und des sozialen Fortschritts, was wiederum erneuten Konfliktstoff in sich barg. Die Aleviten sind besonders in Ostanatolien konzentriert, in den Provinzen Maras, Malatya, Sivas, Erzincan und Tunceli. Da in den letzten Jahren die starke Polarisierung im politischen Bereich zwischen »Rechts« und »Links« auch die Religion beeinflusst hat,

wurden die sozialen Konflikte dem Publikum in den Metropolen häufig als religiöse Auseinandersetzungen dargeboten. Nach dieser politischen Logik waren die Überfälle der Faschisten und der religiösen Fanatiker nicht politisch determiniert, sondern Ausdruck unterschiedlicher religiöser Überzeugungen. Gemeint sind dabei die Sunniten und die Aleviten. Da auf der einen Seite der türkische Nationalismus und der islamische Fundamentalismus verwandte Ideologien sind, konnte die MHP planmäßig gegen Andersdenkende vorgehen, indem sie den Islam als Motor ihrer aggressiven Politik benutzte. Aleviten sind in ihren Augen »gottlose Kommunisten«, »sexuelle Ungeheuer« und »Heiden«, die nur das Ziel haben, »die Moscheen in Brand zu stecken«. Bezeichnend für die Strategie der Faschisten waren die Vorfälle in Kahramanmaras im Dezember 1978:

»Der Holocaust vom Dezember 1978 begann mit einem Aufruf des Hodschas, der alle Sunniten zum heiligen Krieg aufrief und versprach: 'Wer einen Aleviten tötet, geht ins Paradies ein, der Tod eines Aleviten gilt soviel wie 5 Pilgerfahrten in die heilige Stadt.' Alles war so perfekt programmiert, daß Kahramanmaras innerhalb einer Stunde in einen Kriegsschauplatz umgewandelt war. Auch Kinder blieben bei dem Massaker nicht verschont. Wir sind überzeugt, daß Kahramanmaras nicht die letzte Station der islamischen Fanatiker und Faschisten sein wird, die nicht genug bekommen von Bürgerkrieg, Tod und Blut.« (S. Cem, Die Situation der Aleviten in der Türkei, EPD-Dokumentation 27/28, S. 20)

Die Vorfälle in Kahramanmaras und in den folgenden Monaten in anderen Städten bestätigten die These von Karl Binswanger, wonach eine gewisse Verwandtschaft des Nationalismus mit der Ideologie des Islams vorhanden ist: »Atatürks 'ne mutlu Türküm diyene' (Glücklich ist derjenige, der sagen kann, er sei ein Türke) entspricht auf dieser Ebene dann etwa dem Koran: 'Ihr seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist' (kuntum haira ummatin uhrigat li'nnas), das MHP-Motto 'Tanrı Türkü korusun' (Gott schütze den Türken) deckt sich – setzt man Türke einmal mit Moslem gleich – mit mehreren Koranversen.« (K. Binswanger, Vortrag bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, September 1980, Brüssel)

Welche Rolle spielten in dieser Bewegung nun die Militärs, die den Putsch immerhin mit der zunehmenden Islamisierung begründet hatten? In den 60er Jahren gab es innerhalb der Armee islamische Strömungen. So lobte ein unbekannter Sprecher des »Komitees«, das den Putsch vom 27. Mai durchführte, die Rolle der Prediger im Befreiungskampf der türkischen Nation. Außerdem existierte die Gruppe Alparslan Türkes', die damals schon die Verbindung zwischen Nationalismus und Islam predigte. Aber sie hatte damals keine Basis innerhalb des Militärs.

Von diesem Zeitpunkt an wurde der Islam zunehmend das Instrument all jener Kräfte, die jegliche Reformbestrebungen verhindern bzw. bekämpfen wollten. In den 60er Jahren erhielt der Islam in der Türkei ein neue ideologische Funktion, die einer anti-liberalen, antisozialistischen Bewegung. Der Islam wurde als Gegenkraft zum Kommunismus und Sozialismus aufgebaut, da in den 60er Jahre auch linke Parteien, u.a. die Türkische Arbeiterpartei TIP, gegründet wurden und bei den Parlamentswahlen erfolgreich waren. In der gleichen Zeit fand der Prozeß der Umwandlung des kleinen Handelskapitals zum Industriekapital mit seinen gesamten Konzentrationsmechanismen statt. Davon waren im wesentlichen Großgrundbesitzer im Osten, die noch nicht wie ihre Unternehmerbrüder im Westen kapitalisiert waren, betroffen und die Händler und Kaufleute in den Klein- und Mittelstädten, die um ihre Existenz bangten. Sie fühlten sich von der erwachenden Arbeiterbewegung und den selbstbewußten Bauern verunsichert, die mit landesweiten Streiks und Besetzungsaktionen für die Durchsetzung sozialer Reformen kämpften. Wurde in den 50er Jahren die reformistischen Oppositionellen von islamischen Predigern als »dinsiz« (Atheisten) oder als »gavur« (Nichtgläubige) attackiert, so wurden in den 60er Jahren die radikalen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten als »Hunde Moskaus und gottlose Kommunisten« diffamiert. Als Zionisten wurden demgegenüber all diejenigen bezeichnet, die für einen modernen Kapitalismus eintraten.

Konsequent setzte Demirel die militanten Anhänger des Islams gegen die linke Bewegung ein. Er forderte die Gläubigen öffentlich auf, »gegen die Ungläubigen zu kämpfen«, und sprach davon, daß er jederzeit 200 000 militante Angehörige der Gerechtigkeitspartei bewaffnen könnte.

Finanziert wurden die religiösen Militanten vom Ausland. Ausländische Öl-Gesellschaften taten sich dabei besonders hervor. Die islamische Sekte Risali-i Nur, die in West-Berlin ansässig war, wurde mit deutscher, holländischer und amerikanischer finanzieller Unterstützung versehen. Im Frühjahr 1969, als es zu massiven antiamerikanischen Bewegungen in der Türkei kam, wurde die islamische Reaktion von ARAMCO, der »Arabisch-Amerikanischen Ölgesellschaft« unterstützt. Diese Gesellschaft hat auch die Pan-Islamische Organisation, bekannt als »Union des Welt-Islam«, aufgebaut. Die Türkei wurde in dieser Organisation durch Yasar Tunagür, dem Direktor des Amtes für religiöse Angelegenheiten, repräsentiert. Der Kern dieser vom Ausland finanzierten Gruppen war der »Verein zur Verbreitung der Wissenschaft«, der über ein Budget von 35 Millionen TL und 17 Ortsgruppen verfügte. Kernsätze ihrer Argumentation: »Die Zeit ist schon lange reif, von den Verantwortlichen der tollwütigen kommunistischen Bewegung, die als Folge des Putsches von 1960 entstanden ist, Rechenschaft zu verlangen. Wenn vor allem die Wahrheit des Koran, die die Lebensader dieser mit dem Islam verbundenen und vereinigten Nation darstellt, von den Patrioten und Nationalisten – an Stelle der Erziehung der westlichen Zivilisation gesetzt – als Leitsatz der Handlungen genommen wird, dann kann jene zerstörerische Bewegung zum Stillstand kommen.«

1968, 1969 und bis zum Militärputsch 1971 gab es zahlreiche Überfälle der religiösen Fanatiker auf die Linke:

- am 21.4.1968 zerrissen und verbrannten Schüler der Religionschule in Fethiye öffentlich Fotos von Atatürk;
- im September 1968 wurde in Istanbul ein Buchladen, der linke Literatur verkaufte, von Mitgliedern des »Vereins zum Kampf gegen den Kommunismus« zerstört;
- am 2.6.1969 forderte die »Nationale Jugendorganisation« auf einer Massenkundgebung die Veränderung der Verfassung und die Wiedereinführung des Kalifats;
- zwei Monate später forderten die Nationalisten, daß der Koran die Verfassung ersetzen solle;
- und am 10.11.1967 schon griffen islamische und nationalistische Organisationen, darunter der »Heilige Verein«, Studenten an, die des Todes von Atatürk gedachten. 10 Studenten wurden verletzt, und die mit Pistolen und Knüppeln bewaffneten An-

greifer schrien: »Wir wollen uns niemals mehr an Atatürk erinnern.«

Anfang des Jahres 1970 wurde die »Partei der nationalen Ordnung« (Milli Nizam Partisi) gegründet. Diese erste islamische Partei, mit ihrem Vorsitzenden Necmettin Erbakan, wurde allerdings ein Jahr später durch das damalige Militärregime verboten, weil sie durch ihr antilaizistisches Programm gegen die Verfassung verstoßen hatte. Im Unterschied zu den bestehenden Orden und religiösen Organisationen versuchte sie, den türkischen Nationalismus mit dem Islam zu verbinden und die Türken als Vorkämpfer für den Islam hinzustellen. Das Verbot erschütterte die Partei wenig. Sie gründete sich im Herbst 1972 formal neu, obwohl damals noch immer die Militärs herrschten.

Diesmal nannten sie sich »Milli Selamet Partisi« (Nationale Heilspartei, MSP). Ihre Gründung fand in einem günstigen psychologischen Augenblick statt, von den aktuellen politischen Schwierigkeiten der Regierung sollte abgelenkt werden. Der zur Gerechtigkeitspartei zählende Senator Hamdi Özer brachte im November 1972 eine Gesetzesvorlage ein, die die »Verspottung oder Beleidigung Allahs« unter Gefängnisstrafe zwischen einem halben und drei Jahren stellen sollte. Auch, »wer Leute vom Beten abhält oder Propheten und heilige Männer kritisiert«, sollte ins Gefängnis. In der Begründung zur Gesetzesvorlage heißt es: »Zionismus, christlicher Imperialismus und Kommunismus konzentrieren offen und geheim ihre Angriffe auf den Islam und die türkische Sprache.«

Die Re-Islamisierung manifestierte sich im Staat Ende der 60er Jahre in zwei Ereignissen: Einmal wurden die islamischen Religionsdiener 1970 zu Beamten erklärt, und 1976 trat die Türkei als Mitglied der Islamischen Konferenz bei.

Das sich sehr schnell herauskristallisierende Selbstverständnis der islamischen Staatsbeamten zeigte sich darin, daß der ehemalige Präsident des Religionsamtes (Diyanet Baskanligi) sich 1976 für die Wiedereinführung des Scheriatrechtes aussprach, während das Präsidium gleichzeitig eine »Serie von Rechtsgutachten veröffentlichte, die sich voll auf die Scharia stützen.

So wurde durch eine staatliche Behörde – neben dem weltlichen Recht – das klassische islamische Scheriatrecht revidiert. Der Nachfolger des alten Religionspräsidenten Dogan's, Süley-

man Ates, verfaßte eine Schrift über die 'Koranische Ordnung', in der zwar nichts über islamisches Staatsrecht, wohl aber über koranische Wirtschaftsordnung enthalten ist«. (K. Binswanger, a.a.O.)

Gegen all diese Erscheinungen, die den laizistischen Prinzipien des türkischen Staates widersprachen, hatte sich kaum jemand im türkischen Staat gewehrt. Dadurch, daß die Türkei der Islamischen Konferenz beitrug, wurde wohl der wichtigste Schritt zur Re-Islamisierung gemacht. Seitdem gibt es eine Vielzahl von Handelsbeziehungen zu den islamischen Staaten. Es entstanden bis Ende 1980 enge Beziehungen, was Handel, technische Zusammenarbeit, Technologie, Industrie und Landwirtschaft, Energie und Tourismus betrifft, mit den islamischen Ländern.

Obwohl selbst die bürgerlichen Parteien und besonders die Gerechtigkeitspartei von Demirel den Islam benutzten, um die systemsprengenden Reformbewegungen in der Türkei einzudämmen, konnte sich eine religiöse Partei behaupten und ins Parlament einziehen. Geführt wurde diese Partei, die MSP, von Necmettin Erbakan. Seine Person symbolisiert die Rolle des Islam im politischen und ökonomischen System der Türkei.

Bis 1969 war Erbakan Präsident der »Handels- und Industrievereinigung«. Dort galt er als ein erbitterter Gegner von Demirel, dem er vorwarf, die Geschäftsleute und Industriellen in den großen Städten zu unterstützen und zu bevorzugen, dabei die anatolischen Händler und Kleinunternehmer zu benachteiligen. 1972 wurde er Vorsitzender der MSP. Diese bildete nach den ersten freien Wahlen 1973 eine Koalitionsregierung mit der CHP von Ecevit, in der es schnell zu politischen Konflikten kam. Nach Ecevits Rücktritt nutzte Erbakan die Schlüsselposition seiner Partei (48 Parlamentssitze) und unterstützte Demirel sowohl in der 1. als auch in der 2. Regierung der »Nationalistischen Front«. Seine Politik der »Nationalen Sicht« richtet sich gegen das Monopol-Kapital.

Die AP wird als Handlanger der städtischen Bourgeoisie bezeichnet. Erbakan war gegen den wilden Liberalismus genauso wie gegen Interventionen des Staates in die Ökonomie. Die prominentesten Mitglieder der MSP sind daher auch die lokalen Vorsitzenden von Handel und Industrie in den mittelanatolischen Städten. Innerhalb der MSP gibt es zwei wichtige Fraktionen. Die

einen gelten als die Technokraten, die anderen als die »religiösen Elemente«; ebenso sind verschiedene religiöse Strömungen vorhanden: moslemische Calvinisten, Gadhafi-Imitatoren bis hin zu islamischen Richtungen, die die Politik von Saudi-Arabien favorisieren. Entsprechend häufig kommt es zu Spaltungen in der Partei, wobei einige zur MHP übergetreten, andere ganz aus der MSP ausgeschieden sind. Wegen all dieser Bedingungen und unterschiedlichen Interessen innerhalb der MSP kann auch von keiner Einheit der religiösen Strömungen ausgegangen werden, genausowenig von einer Zunahme der religiös motivierten Wähler.

Dies wird auch durch die Stimmenverluste bei den letzten Wahlen, 1977, deutlich. Hatte die MSP 1973 immerhin 11,8 Prozent der Stimmen erlangen können, so verlor sie bei den Wahlen 1977 mehr als 3 Prozent der Stimmen und landete bei 8,5 Prozent (24 Parlamentssitze).

Doch der Einfluß der MSP ist gerade wegen der nationalistischen und islamischen Komponente in ihrem Programm nicht zu unterschätzen. Es zeigt sich, daß die Stellung der MSP bei den letzten Wahlen 1977 dort besonders stark war, 10–25 Prozent der Stimmen, wo die landwirtschaftlich-feudale Struktur vorherrschend ist. In der ostanatolischen Provinz Van erhielt die MSP 20,4 Prozent aller Stimmen, die CHP demgegenüber nur 19,3 Prozent. Die Provinz ist extrem unterentwickelt, es gibt kaum Bildungseinrichtungen, die Analphabetenquote liegt bei 68 Prozent. Die Großgrundbesitzer, die Agas, so berichten Lehrer und Mitglieder der »Kulturvereine des Ostens«, befehlen den Bauern häufig, was sie wählen sollen – eine offene Wahl finde nicht statt. Wer nicht die MSP wählt, wird vom Aga aus dem Dorf herausgeworfen, verliert Arbeit, Lohn und Brot. Das bittere Elend und das Ausbleiben jeglicher Reformen führte in den fünfziger Jahren zur Stabilisierung des Islam, der heute noch von vielen als der einzige Ausweg aus der Misere angesehen wird. Vergleicht man demgegenüber, wie auch bei der MHP, die ländlichen Wahlergebnisse mit denen der Industriezentren bzw. der westlich entwickelten Regionen, zeigt sich das starke regionale Gefälle, der Zusammenhang zwischen islamischer Bewegung und Unterentwicklung auf der einen und zunehmender Industrialisierung und Reformpolitik auf der anderen Seite. In Izmir erreichte die MSP 1,57 Prozent,

in Zonguldak 4,84 Prozent, in Bursa 5,48 Prozent der Stimmen. Wählerpotential der MSP in diesen Städten ist größtenteils das Kleinbürgertum. Bülent Ecevit auf einer Wahlkundgebung in Yozgat:

»Die ökonomische Ausbeutung und die Ausbeutung der Religion sind immer Hand in Hand gegangen. Die drei Parteien der heutigen Regierung, die die gemeinsame Arbeit haben, die ökonomische Ausbeutung fortzusetzen, sind in einem Wettbewerb, um die Religion auszubeuten und die Religion in die politischen Angelegenheiten einzuschalten. Die Gerechtigkeitspartei bemüht sich, die Nationale Heilspartei zu verbieten, mit der Begründung, sie nutze die Religion für die Politik aus. Andererseits hat sie die MSP gerade in der Ausbeutung der Religion zurückgelassen und zwar in den Gebieten, in denen die MSP stark war. Achtet auf die Ausbeuter der Religion.« (Secim 1977, S. 39)

Gerade die religiösen Sekten sind es aber, die weitaus gefährlicher sind als die MSP. Dazu zählen die Süleymanisten, die sich im Ausland, besonders in der Bundesrepublik, zur größten islamischen Sekte entwickelt haben. Die Bezeichnung Süleymanismus (Süleymanli) stammt von dem Gründer der Sekte, Süleyman Hilmi Tunahan, der im Jahr 1959 in Istanbul verstorben ist. Nach Meinung seiner Anhänger stammt Süleyman aus der Familie des Propheten Mohammed und ist der »überlegenste und wichtigste der Heiligen«. Er ist nicht tot, sondern stieg zum Himmel auf, von wo aus er uns regiert – und die Schüler des Süleyman Efendi sind das Heer des Mehdi (Vorbote des jüngsten Gerichts, d. Verf.). (Muzaffer Sencer, *Dinin türk toplumuna etkileri*, Istanbul 1974, S. S. 267)

Für die Süleymanisten sind die Korankurse die einzigen und wahren Quellen der Ausbildung. Diese alle staatlichen Religionschulen, Lehrer institute und theologischen Fakultäten ablehnende Sekte versuchte sich deshalb über Korankurse in der Türkei zu organisieren. Jeder Bruder muß, wohin er geht, einen Korankurs eröffnen und sich darum bemühen, weitere fünf zu eröffnen. Auf diese Weise organisiert, gründeten die Süleymanisten eine Föderation in der Türkei: »Türkiye Kuran Kurslari Koruma ve Iddame Ettirme Dernekleri Federasyonu« (Föderation der Vereine für den Schutz der Korankurse und ihrer Weiterentwicklung in der Türkei). Der Koran ist für diese Sekte die einzige wahre Quelle des

Wissens, wozu die Unterwerfung des Menschen mit all seinen Handlungen und seinem Glauben unter die Bestimmungen des Korans und des sunnitischen Glaubens gehört. Außer dem Koran werden keine anderen Gesetze und keine anderen Normen akzeptiert. Die Staatsregierung, die Gerichtsbarkeit und sämtliche staatlichen Institutionen haben gemäß den Bestimmungen des Korans zu verfahren. Frauen dürfen nichts anderes lesen als den Koran. Die Eheschließung und Scheidung muß gemäß den Regeln des Koran erfolgen, die lateinischen Buchstaben und die westlichen Kopfbedeckungen sollen abgeschafft werden. Die ersten Mitglieder der Süleymanisten haben vor und während des 2. Weltkrieges propagiert: »Hitler ist ein Mohammedaner. Er wird die Türkei erobern und die vom Christentum beeinflusste gottlose İnönü-Regierung stürzen und einen islamischen Staat gründen.« Danach hätte der Gründer der Süleymanisten freie Bahn gehabt, Staatsoberhaupt des neuen türkisch-islamischen Staates zu werden. Um diesem Ziele nahe zu kommen, wurde unter der Leitung des früheren Müfti von Jerusalem eine Militäreinheit aufgebaut, die illegal aus der Türkei ausreiste und sich in Jugoslawien Hitlers islamischen SS-Einheiten anschloß. (Dokumentation des DGB; Hintergründe türkischer extremistischer islamischer Aktivitäten in der BRD, Düsseldorf, Februar 1980, S. 7)

Sicher ist inzwischen, daß die Süleymanisten enge Beziehungen zu der Organisation der Internationalen Ölgesellschaft ARAMCO hatten, die die Organisation der Weltmuslim-Liga (rabita-al-alam-al-islami) und die Konferenz der internationalen Muslim-Organisationen (mu'tamar al-munazzamat al-islamiya il alalam al-islami) finanziert.

»Die Süleymanlis haben enge Beziehungen zu dieser Organisation. Ein Beispiel dafür ist der ehemalige Besitzer und Chefredakteur der Zeitung der Süleymanli in der Türkei, Bugün, der als Vertreter dieser Organisation auf einer Sitzung erklärte: 'In Kürze werden wir unsere Bewegung in Gang setzen, um den Staat des Schariats zu gründen.'« (M. Sencer, a.a.O. S. 286) Die Süleymanisten waren Ende der 60er Jahre für eine Vielzahl von politischen Attentaten verantwortlich, u.a. für das erste Massaker in Istanbul am 16.2.1969. Damals organisierten Arbeiter und Studenten eine Demonstration gegen das Eintreffen der 6. US-Flotte. Über 100 000 Türken nahmen an der Protestdemonstration teil.

Als Einheiten der US-Flotte in dem türkischen Hafen anlegen wollten, schrien die Demonstranten: »Die Türkei ist kein Bordell der 6. US-Flotte« und »Unabhängigkeit für die Türkei«. Dieser Tag ging schließlich als der »blutige Sonntag« in die Geschichte der linken Bewegung ein. Die Demonstranten wurden auf dem Taksim-Platz von den militanten religiösen Fanatikern, den Süleymanisten, angegriffen, die skandierten: »Muslimische Türkei«. Zuvor hatte man sie mit Bussen nach Istanbul gebracht, in den umliegenden Moscheen antikommunistisch aufgehetzt und dann auf die Demonstranten losgelassen. Die Polizei schaute zu; zwei Studenten wurden ermordet, mehr als 200 verletzt«.
(Cumhuriyet, 17.2.1969)

Bülent Ecevit damals, am 20.7.1969, im Türkischen Rundfunk: »Die Auseinandersetzungen und Kämpfe in der Türkei haben nichts damit zu tun, ob jemand ein guter Gläubiger ist oder gegen die Religion ist. (...) Eine Handvoll Personen in der Türkei, die selbst aktiv sind oder Hand in Hand mit Ausländern zusammenarbeiten, nutzen und saugen die Mehrheit des Volkes aus. (...) Die Ausbeuter sind ihre Unterstützer, die zuerst den Islam bekämpften und diejenigen, die sich nun der Religion widmen, um die Reformen zu unterminieren, sind die gleichen. Sie tun so, als wären sie die Verteidiger des islamischen Glaubens. In Wirklichkeit sind sie die Verteidiger von ARAMCO.« (zit nach F. Ahmad, a.a.O. S. 382)

Bis heute unterstützen die Süleymanisten die AP und sicherten sich damit gegen eventuelle Angriffe des Staatsapparates ab. Bei den letzten Parlamentswahlen 1977 trafen sie mit Demirel eine Absprache, wonach ihnen 12 Parlamentssitze versprochen wurden. Sie errangen bei den Wahlen allerdings nur einen Senats- und 3 Parlamentssitze. Oberhaupt der Süleymanli-Sekte ist zur Zeit der AP-Abgeordnete Kemal Kacar, der gleichzeitig Schwiegersohn des Sektenführers Süleyman Hilmi Tunahan ist und von seinen Anhängern auch in der BRD gefeiert wird.

Die demokratischen bürgerlichen Parteien

Der CHP-Abgeordnete Bekir Adibelli tönnte am 11.10.1979, nachdem Gerüchte über seinen bevorstehenden Wechsel in die Gerechtigkeitspartei AP in der Presse bekanntgegeben worden waren, daß er nie die CHP verlassen würde. Selbst wenn Ecevit die Partei verließ, würde er wie »ein braver Soldat seinen Auftrag zu Ende führen«. Kurze Zeit später verließ er die CHP und wechselte zur AP über. Wie derartige »Wechselabgeordnete« gekauft werden, schilderte ein Augenzeuge des Handels in Ankara: »Die Übergabe des Betrages in Höhe von 10 Millionen TL, der Kauf einer Etage eines Wohnhauses und eines Autos fand im Bürohaus Sarafhan in der Anafartalar Caddesi in Ankara statt. Die Summe hatten die Besitzer der Juweliergeschäfte Tura, Osmanli und Zeynel zusammengelegt, und der Besitzer von Sarafhan übergab dem Abgeordneten das Geld. Einen Teil investierte der Abgeordnete sofort in einer 250 g schweren Goldkette, den Rest kassierte er per Scheck.« (Gesprächsprotokoll mit den Autoren) Es ist nicht verwunderlich, daß gerade die Juweliere den Wechsel eines Abgeordneten der CHP in die AP finanzierten. Denn Ecevit war derjenige, der Initiativen ergriffen hatte, die den Juwelieren vorschrieben, daß sie ihre Einnahmen und Ausgaben schriftlich festhalten müssen. In der Türkei ist bekannt, daß das meiste Gold, das in den Juweliergeschäften zu kaufen ist, geschmuggelte Ware ist. Das Ziel von Ecevit war nun, daß die Juweliere zum einen Steuer zahlen sollten, und zum anderen der Goldschmuggel eingeschränkt wird. Aus Protest gegen diese Pläne schlossen die Juweliere in der ganzen Türkei für vierzehn Tage ihre Geschäfte. So wie die Juweliere Front gegen die Regierung von Ecevit in den Jahren 1978–79 machten, versuchten auch die Unternehmer, die ihre privaten Pfründe durch geplante Verstaatlichungsmaßnahmen gefährdet sahen, die Regierung zu stürzen. Noch bevor Demirel am 24. November 1979 die Vertrauensabstimmung erfolgreich bestand, wurden andere Abgeordnete eingekauft. Der AP gelang es, die Parlamentarier Akova, Özer, Karaslan und

Adibelli zu kaufen. »Noch ein Transfer für die AP«, hieß es in der Tageszeitung Hürriyet vom 24.11.1979.

Süleyman der Herrliche – die Gerechtigkeitspartei AP

Mehrmaliger Ministerpräsident und Ex-Ministerpräsident Süleyman Demirel, politischer Repräsentant des westlich orientierten Großkapitals und der Großgrundbesitzer, verdeutlicht durch seinen persönlichen Aufstieg, in welchem Umfang demokratische Entwicklungen in der Türkei bei den bürgerlichen politischen Parteien ein Handelsgeschäft der Herrschenden darstellen.

1924 in Islamköy, einem Dorf in der Provinz Isparta, geboren, stammt Demirel aus einer Bauernfamilie. Süleyman erhielt ein Stipendium der Regierung und absolvierte die Technische Universität in Istanbul, die er 1949 als Ingenieur für Hydraulik-Maschinen abschloß. Unterstützt durch ein Eisenhower-Auslandsstipendium ging er zwecks weiterer Studien in die USA. Zurück in der Türkei, wurde der damalige Ministerpräsident Menderes auf ihn aufmerksam, der den 31jährigen zum Generaldirektor für die Staatlichen Wasserwerke ernannte. Nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 wurde er entlassen und hatte Zeit, so die Chronik, seinen Militärdienst abzuleisten. Schon während seines Militärdienstes setzte man ihn als Experten in das gerade gegründete Staatliche Planungsamt ein. Nach Beendigung des Militärdienstes arbeitete er als Vertreter der »Morrison-Gesellschaft« und wurde 1964 Vorsitzender der Gerechtigkeitspartei und stellvertretender Ministerpräsident, als Repräsentant des rechten Flügels in dem damaligen Kabinett von Ürgüplü. Die Wahlen im Jahr 1965 gewann die AP mit überwältigender Mehrheit (52,9 Prozent der Stimmen) und Demirel war zum ersten Mal Ministerpräsident, 41 Jahre alt.

Als Vertreter des Großkapitals, der die atlantische Gemeinschaft unterstützte, galt er als der Mann Washingtons in der Regierung und konnte vielfältiger Unterstützung sicher sein. Die Wahlen 1969 (46,5 Prozent der Stimmen) gewann er erneut. Schon bei den Wahlkämpfen 1968 und 1969 ging in der Türkei der Mythos vom »Hirtenjungen Sülü« um. Er sollte derjenige sein, der es durch ehrliche Art und Weise als Bauernjunge eines kleinen

Dorfes zum Ministerpräsidenten gebracht hatte. Entsprechend waren die Parolen der AP: »Gestern Menderes heute Demirel«; »Süleyman der Herrliche«; »Bauernjunge und kein Collegejunge«; »Architekt der Großtürkei«.

Das Vermögen des kleinen Bauernjungen und seiner Sippe wurde Anfang der 70er Jahre der Öffentlichkeit bekannt. Von diesem Zeitpunkt an sprach man von »Brüdern und Neffen« der Familie Demirel, die nicht nur den türkischen Staat betrogen, sondern auch von ihrem Verwandten Süleyman gedeckt wurden. 1970 sagte Demirel vor dem Parlament: »Mein ganzes Vermögen, mit allen Grundstücken, beträgt nur 500 000 TL. Wer mir nachweisen kann, daß ich mehr habe, bekommt das alles von mir geschenkt.« Schon zum damaligen Zeitpunkt konnte ihm ohne große Schwierigkeiten nachgewiesen werden, daß er im noblen Wohnviertel von Ankara, im Diplomatenstadtteil Cankaya, zwei Grundstücke mit Häusern besaß, deren Wert weit über 500 000 TL lag. Allein zwischen den Jahren 1966 und 1968 kaufte Familie Demirel in dem exklusiven Badeort Kusadasi in der Ägäis, 160 000 qm Grund und Boden direkt am Meer. Die Familie besitzt in Isparta, dem Wahlkreis von Süleyman Demirel, 120 000 qm Grund und Boden mit Weingärten, Holzfabriken und Büroräumen. In Istanbul, am Meer, besitzt Frau Demirel eine Villa mit Grundstück. In Konya-Kadihan besitzt Familie Demirel 170 000 qm Grund und Boden, in Iskenderum ein Grundstück von 160 000 qm. Außerdem haben die Demirels in Ankara und Isparta Häuser, Geschäfte, Fabriken und private Schulen auf einer Fläche von 60 000 qm. Der Neffe von Süleyman Demirel, Yahya Demirel, befindet sich zur Zeit im Asyl in der Schweiz. Er ist in der Türkei zu langjähriger Haftstrafe verurteilt – wegen Devisen- und Steuerhinterziehung. Er erhielt nämlich vom türkischen Staat 4 191 370 TL Steuerrückvergütung, weil er angeblich für 5 558 493 TL Mobilien nach Zypern exportiert hatte. Doch dieses Exportgeschäft hatte nie stattgefunden, zumindest waren es keine Mobilien, sondern Spanplatten, deren Wert weit niedriger war. Ähnliche Betrugsmanöver beim Export von Spanplatten anstelle von Mobilien haben auch später nach Italien und Libyen stattgefunden. So konnte Yahya Demirel zwischen 1975 und 1978 im Ausland 3 388 931 Dollar auf sein eigenes Konto überweisen. (vgl. Cumhuriyet vom 2.3.1980 und 4.4.1980)

»Demirel der Herrliche« steht damit in der Tradition seiner Vorgänger Menderes und Mayar, deren maßlose Bereicherung durch Ausbeutung ihrer politischen Position in Staat und Regierung in den langen Schauprozessen nach dem 27. Mai 1960 einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Menderes mußte den Machtmißbrauch mit dem Tod bezahlen, die Todesstrafe für Mayar wurde wegen seines hohen Alters in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt, von der er nach einigen Jahren durch eine Generalamnestie befreit wurde.

Man kann heute davon ausgehen, daß die Anfänge einer demokratischen Entwicklung, durch die das türkische Volk bis zum 12. September 1980 bürgerlich demokratische Freiheiten erhielt, erst nach dem Mai-Putsch des Jahres 1960 gelegt wurden. Zuvor, in der Regierungszeit von Atatürk, İnönü oder Menderes, gab es eine zentralistisch ausgerichtete Machtelite, die zwar das Osmanische Imperium zerschlagen, aber kaum soziale und wirtschaftliche Strukturreformen durchgesetzt hatte. Regierende waren immer die Mitglieder einer Bürgerschicht von Intellektuellen und Angehörigen der Oberschicht, die sich wenig um die gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen des Volkes kümmerten. Wesentliche Veränderungen erbrachte erst die neue Verfassung des Jahres 1961, die am 9.7.1961 von der »verfassungsgebenden Versammlung der türkischen Republik« verabschiedet und am 9. September 1961, in einem Referendum, durch das türkische Volk mit 63prozentiger Zustimmung angenommen wurde. Mit ihr wurden ein Zweikammersystem (Senat und Parlament), das Verhältniswahlrecht und erstmals die Verfassungsgerichtsbarkeit in der Türkei eingeführt. Sie garantierte bis zu dem Militärputsch 1980 den türkischen Bürgern fundamentale Rechte, insbesondere das Recht auf die Unantastbarkeit der Person, den Schutz der Privatsphäre, Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit, Gedanken- und Glaubensfreiheit. Wichtige Neuerungen waren außerdem die Vorschriften, daß die Verwaltungen der Rundfunk- und Fernsehstationen als autonome juristische Personen des öffentlichen Rechts gelten, und die Einrichtung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das Streikrecht, die Koalitionsfreiheit sowie das Recht der Bevölkerung zur Gründung ihrer eigenen Parteien und Gewerkschaften wurde ausdrücklich garantiert. Am 15. Oktober 1961 wurde das neue Parlament gewählt.

Bereits im Februar 1961 gründeten die Nachfolger der inzwischen aufgelösten Menderes-Partei, DP, die Gerechtigkeitspartei, Adalet-Partisi (AP). Gründer waren eine Gruppe ehemaliger Abgeordneter der Demokratischen Partei und Offiziere, deren Dienst 1960 durch die Junta ignoriert worden waren. Seit dem Tod ihres ersten Vorsitzenden, Ragip Gümüşpala, 1964, wurde die AP von Süleyman Demirel geführt. In der Anfangszeit galt sie als eine liberal-konservative Partei, die ihren Hauptwählerstamm aus den ländlichen Regionen erhielt. Die AP versprach den Bauern die Einrichtung eines Öffentlichen Dienstes, Wasserwerke, Elektrizität für die Dörfer und Agrar-Kredite. Diese politischen Zusagen führten dazu, daß die Landbevölkerung für die AP stimmte. Die meisten der lokalen »Autoritäten«, insbesondere die Großgrundbesitzer, unterstützten die AP, und damit war auch die Unterstützung der von den Großgrundbesitzern abhängigen Bauern gesichert. Hauptprinzipien der AP waren: Soziale Sicherheit, Individualismus, Bäuerlichkeit, private Unternehmungen, Reformismus, Entwicklung und Einheit. Von der Parteigründung an war die AP eine heterogene Partei.

In den ersten Jahren bestimmten die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem Großkapital und Großgrundbesitzern auf der einen Seite und den anatolischen Händlern und mittleren Unternehmern auf der anderen Seite den Kurs der Partei. Die zunehmende Konzentration des Großkapitals mit Hilfe des ausländischen Kapitals in den westlichen Metropolen verschärfte die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Die Großgrundbesitzer schlugen sich auf die Seite des Großkapitals, weil sie zunehmend durch ihren Einstieg in die verarbeitende Industrie der landwirtschaftlichen Produkte – zum Beispiel Textilindustrie – sowie durch die Abhängigkeit der Landwirtschaftsgüter vom Export von diesem Bündnispartner mehr Vorteile erhofften.

Diese Entwicklung führte dazu, daß Angehörige des Mittelstandes, die ihre Existenz vom Großkapital gefährdet sahen, eine neue Partei, die islamische »MNP« (Milli Nizam Partisi), die sich später »MSP« (Nationale Heilspartei) nannte, unter der Führung von Erbakan gründeten. Der Mittelstand sah in seinem Existenzkampf die größte Gefahr im westlichen Kapitalzufluß in die Türkei. Um dies zu verhindern, ergriff er eine der beliebtesten Waffen des islamischen Konservatismus, die Religion. Die zeit-

weise immer wieder aufbrechenden Proteste der MSP gegen die westlichen Tendenzen sind eher mit Existenzangst als dem Glauben an die islamische Religion zu erklären.

Die AP konnte den wieder aufkommenden Einfluß der Religion dadurch kompensieren, daß sie einer anderen und viel radikaleren islamischen Richtung, den »Süleymanisten«, in ihrer Fraktion Abgeordnetenplätze einräumte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verstand es Demirel, jegliche Reformansätze innerhalb der Landwirtschaft zunichte zu machen; soziale Infrastrukturmaßnahmen wurden in nur geringem Umfang über den Staatshaushalt finanziert, dagegen forcierte Demirel diejenigen landwirtschaftlichen Großbetriebe im Westen der Türkei, die im wesentlichen für den Export produzierten.

Zwischen 1966 und 1970 machte auf der anderen Seite die organisierte Arbeiterschaft öfter von ihrem Streikrecht Gebrauch, als es dem nationalen Kapital genehm sein konnte. Hunderte von Streiks in den Metropolen, genauso wie in ländlichen Regionen (Landbesetzungen) zeigten der türkischen feudalen und kapitalistischen Klasse, daß sie in Zukunft Widerstand zu erwarten habe. Demirel plante daher 1970 ein Verbot des drei Jahre zuvor gegründeten Gewerkschaftsbundes DISK, der sich von der konservativen Dachgewerkschaft Türk-İs abgespalten hatte. Demirel wollte dabei das Prinzip der Einheitsgewerkschaft allein auf Türk-İs angewandt sehen, so daß allein Türk-İs Tarifverträge abschließen können sollte. Der Versuch führte zu den größten Widerstandsaktionen der Arbeiter im Jahr 1969. Allein in Istanbul demonstrierten 100 000 Arbeiter gegen den Gesetzentwurf und besetzten dabei zahlreiche Betriebe. In Istanbul wurde der Ausnahmezustand verkündet und mehrere Arbeiterführer wurden verhaftet. Doch das Gesetz wurde daraufhin nicht im Parlament verabschiedet. Zum gleichen Zeitpunkt hatte die Studentenbewegung in der Türkei ihren Höhepunkt erreicht. Im Gegensatz zur europäischen Studentenbewegung konnte sie weitgehend die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse verwirklichen. Demirel und die amerikanischen Berater sahen die einzige Rettung vor einem sozialistischen Umsturz in der Intervention der Militärs, die sich ebenfalls, bedingt durch ihre Integration im kapitalistischen System, bedroht fühlten und schließlich am 12. März 1971

putschten. Sie kamen einem Putsch linker reformistischer Offiziere aus der Marine zuvor, die ebenfalls einen Putsch planten, um eine unabhängige sozialistische Türkei einzurichten. Die Offiziere wurden vom CIA verraten, der den rechten Generälen jeglichen Handlungsspielraum einräumte. General Gürler, eines der Junta-Mitglieder, hatte schon, kurz nachdem das Memorandum der Generäle veröffentlicht worden war, bei Süleyman Demirel angerufen und versichert: »Wir unternehmen nichts gegen Sie, Süleyman Bey.« (Cumhuriyet vom 19.3.1971)

Denn dieses Memorandum, in dem das Ende der Anarchie und eine Reformpolitik gefordert wurden, verlangte den Rücktritt von Demirel, der auch kurz danach demissionierte. Kurze Zeit später erkannte man die wirkliche Absicht der Militärs, nämlich die Ausschaltung der systemsprengenden Opposition in den Städten und auf dem Lande. Bülent Ecevit damals: »Die Türkei hat das griechische Modell imitiert, nur ein wenig raffinierter.«

Für Demirel war damals der Militärputsch gefahrlos. Er sah darin allenfalls eine vorübergehende Ruhepause, nach der er, nachdem die linke Bewegung ausgeschaltet war, wieder erneut regieren könne. Der militärische Ausnahmezustand, von rechten Fanatikern als Befreiung vom kommunistischen Terror gefeiert, hatte die Ruhe in der Türkei wiederhergestellt.

Verfolungsmaßnahmen gegen die sozialistischen, kommunistischen und revolutionären Bewegungen waren das einzige, was an konkretem Handeln der Generäle und ihrer Marionettenregierung geleistet wurde. Kein einziges Reformvorhaben wurde verwirklicht, so wie es die Generäle noch in ihrem Memorandum gefordert hatten. Doch das politische Ziel der Militärs war im wesentlichen erreicht, und sie zogen sich wieder in die Kasernen zurück.

Im Oktober 1973 sollten freie Wahlen stattfinden. Mit großer Spannung sah man darum den Parlamentswahlen am 14. Oktober 1973 entgegen. Demirel war von einem überwältigenden Sieg seiner AP überzeugt und hoffte, zwei Drittel aller Abgeordnetensitze zu erobern. Den Parlamentsantrag der CHP, den im Ausland lebenden türkischen Wahlberechtigten die Möglichkeit zu geben, ihre Wahlstimme bei den Konsulaten abzugeben oder mittels Briefwahl zu wählen, lehnte Demirel ab und verhinderte damit, daß über eine Million türkische Arbeiteremigranten an den

Wahlen teilnehmen konnten. Somit glaubte er, die CHP entscheidend schwächen zu können. Es erwies sich als großer Fehler Demirels, daß er den Amnestieantrag, den die CHP im Parlament eingebracht hatte, ablehnte. Demirel wollte kein Pardon – doch tausende Familien hatten einen Angehörigen in den Gefängnissen und hofften auf Ecevit's Amnestie. Das Wahlergebnis von 1973 wurde, vollkommen unerwartet für Demirel, zu einem persönlichen Sieg Ecevit's und brachte eine Wiederauferstehung der schon tot geglaubten CHP. Sie erreichte 185 Parlamentssitze (33,4 Prozent der Stimmen), die AP dagegen nur 149 Parlamentssitze (29,8 Prozent der Stimmen). Die MSP erhielt 48 Sitze, die MHP 3 Sitze. Die konservativen Rechtsparteien hatten zwar die Mehrheit, waren aber unter sich vollkommen zerstritten, und alle, außer der AP, lehnten Demirel als Regierungschef ab.

Die CHP konnte hingegen wegen ihres sozialpolitischen Programms und der damit verbundenen Reformvorstellungen keinen Koalitionspartner unter den rechten Parteien finden. 100 Tage dauerten die Koalitionskonstruktionen: Unter dem Eindruck der Provinzwahlen und Gemeindewahlen, bei denen Ecevit und die CHP erneut erhebliche Stimmengewinne verbuchen konnten, kam es am 25.1.1974 zu einer Regierungskoalition zwischen der CHP und der MSP.

Die türkischen Sozialdemokraten – ein Hoffnung für die Türkei?

Die neue ökonomische Entwicklung in der Türkei in den 60er Jahren und das Erstarken der oppositionellen Bewegungen, besonders in der Arbeiterklasse, führte bei der CHP zu einer Politisierung innerhalb des Parteiapparates. Bis Mitte der 60er Jahre war sie eine Staatspartei, die sich dem Erbe Mustafa Kemal Atatürks verpflichtet fühlte. Schon 1945 führte die Einführung eines Mehr-Parteiensystems zu einer Veränderung innerhalb der Staatspartei CHP. Gegner einer Agrarreform gründeten 1947 die Demokratische Partei und verließen die CHP. Die Wahlen 1950 führten zu einer außerordentlichen Wahlschlappe, nachdem die DP die Landbevölkerung für sich hatte gewinnen können – die zentralistisch orientierte städtische Bourgeoisie verlor erheblich an Einfluß. Bei den Wahlen 1954 konnte sie nur 31 Sitze erobern,

die DP dagegen 505. 1957 gewann die DP 424 Sitze – der Niedergang der CHP schien unaufhaltsam. Bei den Wahlen 1965 glaubten zahlreiche CHP-Funktionäre, daß die Organisation sich mehr den sozialen und politischen veränderten Bedingungen anpassen müsse. Bülent Ecevit verkündete die Öffnung nach »links von der Mitte«. Aber die zu diesem Zeitpunkt gegründete »Türkische Arbeiterpartei«, TIP, sowie die Abwanderung zahlreicher Abgeordneter aufgrund der politischen Richtungsänderung von Ecevit verhinderten den erwarteten Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung. 1967 verabschiedete die CHP ein Reformprogramm; die Fraktion der Konservativen trat zu einem überwiegenden Teil aus der Partei aus und gründete die »Nationale Vertrauenspartei«, CGP. Bei den Wahlen 1969, die unter dem Motto »Das Land gehört denjenigen, die auf ihm arbeiten« geführt wurden, konnte die CHP nicht die Stimmenmehrheit erlangen – die AP gewann erneut. Aufgrund der zunehmenden Polarisierung innerhalb der Partei, ein Spiegelbild der innenpolitischen Zustände, vollzog sich erneut ein Linksruck, so daß İsmet İnönü, ein Greis, 1972 vom Vorsitz der CHP zurücktreten mußte und Bülent Ecevit, zuvor Generalsekretär, zum Vorsitzenden der CHP gewählt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die CHP hauptsächlich von Angestellten, Mittelständlern, Intellektuellen und Lehrern gewählt – die traditionelle städtische Elite. Seitdem Ecevit Vorsitzender der CHP war, wurde diese weitaus populärer. Die Mehrheit der linken Bewegung unterstützte Ecevit; auch Arbeiter, kleine Bauern und Händler – Opfer der inflationären Preispolitik. Sie sahen in Ecevit einen neuen Verbündeten. 1973 erhielt er mit 33 Prozent aller Stimmen die größte Anzahl der Wahlstimmen.

Die MSP, als Regierungspartner für eine demokratische linke Partei wie die CHP, war wie ein Felsbrocken am Hals eines Schwimmers.

In dieser Regierungsphase wurde Ecevit in den Sog des Zypernkonfliktes gezogen, als am 15. Juli 1974 von der Militärjunta in Athen ein Putsch gegen den damaligen zypriotischen Erzbischof Makarios geplant wurde. Wie sich später herausstellte, wurde der Plan vom CIA mit den Putschisten in Athen abgesprochen, und Nikos Sampson von den Putschisten sollte als neuer Staatspräsident eingesetzt werden. Dieser war ein Mann, der der gewalttätig-

gen griechischen paramilitärischen Gruppe EOKA angehörte und wegen seiner Massaker an Türken allgemein bekannt war. Die Putschisten und der CIA waren der Meinung, daß die Türkei, aufgrund ihrer NATO-Verbindungen und Verpflichtungen dem Druck der USA ausgesetzt, nicht intervenieren würde. Allerdings beschloß der »Nationale Sicherheitsrat« in Ankara, bestehend aus führenden Regierungsmitgliedern und Armeeangehörigen, die Invasion auf Zypern, die am 20. Juli 1974 um 6 Uhr, begann. Dabei benutzte die türkische Armee die Waffen der NATO ohne Einwilligung der USA. 40 Prozent des zypriotischen Gebietes wurden von der türkischen Armee besetzt, wobei es zu Plünderungen und Massakern in großem Umfang an der griechisch zypriotischen Bevölkerung kam. Die von der türkischen Armee besetzten Gebiete gingen weit über das hinaus, was bislang von Türken bewohnt war. Die massentouristischen Anlagen und die landwirtschaftlichen produktiven Großbetriebe befinden sich seitdem unter türkischer Herrschaft. Nach der Flucht der Griechen vom Nordteil in den Süden wurde der Bevölkerungsmangel der Nordhälfte durch Umsiedlung von Arbeitslosen und landlosen Bauern aus Anatolien kompensiert.

Unter dem Eindruck der Sympathiewelle versuchte nun die CHP, die Koalition mit der MSP zu beenden, um durch vorgezogene Neuwahlen die absolute Mehrheit im Parlament zu erreichen. Die Rechnung ging nicht auf, da die rechten Parteien, AP, MSP und MHP, die Neuwahlen ablehnten, selbst Abgeordnete der CHP gegen diese Neuwahlen stimmten. Sie hatten zuvor viel Geld in die Kandidatenaufstellung investiert und glaubten, daß sie bei Neuwahlen nicht mehr gewählt werden würden. Im Frühjahr, nach einer Übergangsregierung, kam es schließlich zur Regierungsneubildung. AP, MSP und MHP gründeten die in die politische Geschichte eingegangene 1. Regierung der Nationalistischen Front. Ecevit befand sich wieder in der Opposition.

1976 verabschiedete die CHP ein neues Parteiprogramm, in dem die gesamte Entwicklung der letzten 10 Jahre festgehalten und die Ziele einer demokratischen linken CHP niedergeschrieben wurden.

In der Präambel des Programms heißt es:

»In den Entwicklungsländern können kapitalistische Regimes keine unabhängige Verteidigungs- und Außenpolitik verfolgen.

Sie können weder demokratisch noch freiheitlich sein, weil sie zwangsläufig in den Einflußbereich des internationalen Kapitalismus gezogen werden, der sich durch die Arbeiterbewegung und das Bewußtsein des Volkes bedroht fühlt. Ein System, das die freiheitliche Demokratie und die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse einschränkt, kann nach Meinung des internationalen Kapitals Mehrwert produzieren, und das internationale Kapital kann die Wirtschaft leichter lenken.« (CHP-Programm, Ankara 1976, S. 275)

Dem setzte Ecevit, zumindest verbal und auf dem Papier, ein anderes Wirtschaftsmodell entgegen, das zu einer unabhängigen Volkswirtschaft führen sollte. Es handelt sich dabei um den »Halk sektörü«, den Volkssektor, der sich unabhängig vom Westen entwickeln sollte.

Man wollte folgende Ziele verwirklichen:

- eine schnelle ökonomische Entwicklung, verbunden mit größerer sozialer Sicherheit,
- öffentliche Kontrolle der Bodenschätze,
- Förderung von Kooperativen der Bauern sowie der Verbraucher, um somit niedrigere Preise und effektivere Wirtschaftseinheiten zu verwirklichen,
- die Entwicklung des Volkssektors war hauptsächlich auch für die Wiedereingliederung türkischer Arbeitnehmer in der BRD gedacht.

»A. N. Olcen, ein wichtiger Theoretiker des Volkssektors und langjähriger Mitarbeiter der türkischen staatlichen Planungsorganisation, nennt in seinem Buch Volkssektor, ergänzend zum Parteiprogramm, die Unterscheidungsmerkmale: 'Das Ziel des Volkssektors ist anders als das eines Privatunternehmers. Der Volkssektor beabsichtigt Investitionen auch im Sozialbereich zu ermöglichen. Bei den Investitionen befolgt der Volkssektor das ökonomische Prinzip der Kostenminimierung, während bei den Privatunternehmern das Ziel Gewinnmaximierung im Vordergrund steht. Auch im Aufbau zeigen sich gewisse Unterschiede. Der Volkssektor wählt seinen Vorstand oder andere Organe unter den gleichberechtigten und gleichbeteiligten Arbeitern, während der privatwirtschaftliche Sektor der Kapitalanleger einem Vorstand vertrauen muß. Damit die Investitionen der arbeitenden Bevölkerung nicht in falschen Sektoren oder in bereits übersättig-

ten Bereichen getätigt werden, werden die günstigen und wichtigsten Investitionssektoren für den Volkssektor definiert. Für die Investitionen der Bauern und der Arbeiter schlägt die Partei den Bereich der Schwerindustrie vor, damit auch Fortschritte im türkischen Wirtschaftsleben sichtbar werden.'« (zit. nach Faruk Sen: Türkei-Volkssektor; Hrg.: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 40/1976, S. 10)

Neben dieser Hinwendung zur neuen volkswirtschaftlichen Strategie, die sich nie vollkommen dem westlichen Industriekapital, insbesondere dem europäischen Kapitaleinfluß entziehen wollte, blieb Ecevit auch bei seiner zweiten Regierungsphase, zwischen den Jahren 1977 und 1979, dem westlichen Bündnis treu.

Bei den Wahlen zum Parlament, 1977, wurde Ecevit, in den gerade die Arbeiter und Bauern großes Vertrauen gesetzt hatten, der große Wahlsieger. Die CHP erhielt 41,4 Prozent aller Stimmen, die AP 36,9, die MSP 8,5 Prozent und die faschistische MHP 6,12 Prozent aller Stimmen. Ecevit bildete zusammen mit übergelaufenen 11 »Unabhängigen« ein neues Kabinett. Doch die Ziele der CHP, die im Programm festgehalten waren und im Wahlkampf 1977 hohe Erwartungen hervorgerufen hatten, die Unterstützung breiter Volksmassen gefunden hatten, konnten nicht verwirklicht werden. Nicht nur, weil die Regierung von den Stimmen der 11 Überläufer, die allesamt einen Ministerposten erhielten, abhängig war, sondern auch zum Teil wegen des Widerstandes aus der eigenen Partei sowie der katastrophalen Finanzlage des türkischen Staates, die Ecevit von seinem Vorgänger Demirel übernommen hatte. Um überhaupt existieren zu können, mußte Ecevit die Hilfe des Westens erbitten, um die 15 Milliarden Dollar Auslandsverschuldungen zu verlängern und neue Finanzquellen für die türkische Wirtschaft zu finden.

Der prowestlich orientierte Ecevit, der sich vom Westen blockiert fühlte – sein Pressesprecher sprach in diesem Zusammenhang von einer »gezielten Wirtschaftsblockade« (gegenüber den Autoren) –, wandte sich auch an die UdSSR. Ein Grund war, daß er die Erpressungsversuche des IMF zur Erlangung von Krediten nicht akzeptieren konnte und die sozialen Folgen voraussah. So hat er sich der UdSSR als Partner angeboten, aber mehr um Druck auf den Westen auszuüben, als daß es eine tatsächliche

Hinwendung an die UdSSR gegeben hätte. Hinzu kam, daß auch die UdSSR nicht bereit war, der Türkei sofort zu helfen – die Kredite wären erst nach langen Verhandlungen gewährt worden. Gleichzeitig wurde aber ein Abkommen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Türkei unterzeichnet. Dieses zeigt die »klassischen Merkmale« der sowjetischen Entwicklungshilfe. »Die in Frage kommenden Industrieanlagen (Erdölraffinerie in Izmir, Stahlwerk in Iskenderun und Aluminiumwerk in Seydisehir sollten ausgebaut werden) können nur aufgrund der sowjetischen Technologie projektiert und ausschließlich mit sowjetischen Materiallieferungen gebaut werden. Die von der UdSSR erhaltene Wirtschaftshilfe mußte die Türkei entweder mit Erzeugnissen aus der laufenden Produktion der errichteten Anlagen oder mit anderen Exportgütern türkischer Herkunft begleichen.« (Handelsblatt, 29.12.1977)

Obwohl entsprechende Verhandlungen noch von Demirel geführt wurden, sprach die bürgerliche Presse in Europa sofort »von einer befürchteten Aufweichung des Bündnisgefüges auf dem Südostflügel der Allianz« (FAZ, 24.12.1977) oder davon, »daß die Bindungen der Türkei an die NATO und an die USA schwächer, die an ihren sowjetischen Nachbarn enger werden« (Berliner Stimme, 15.5.1978). Die Stuttgarter Zeitung vom 1.7.1978 gar meinte, »daß die Sowjetunion die nationalen Sorgen und Interessen der Türken besser versteht als der Westen« – was soviel heißt, wie daß hier die größte Gefahr drohe.

In Wirklichkeit war der Sozialdemokrat Ecevit seit eh und je als »Feind der Kommunisten« in der Türkei bekannt, insbesondere bei den moskauorientierten Organisationen und Parteien. Eine Annäherung hatte nur taktisches Gewicht, um die Wirtschaftsfloute zu überwinden.

Das Versagen einer sozialdemokratischen Politik war sicherlich mit auf die leeren Staatskassen und die chaotische Finanzsituation zurückzuführen, aber nicht nur. Zum einen wurde unter Ecevit die Unterdrückung der Kurden im Osten der Türkei fortgesetzt, die sich in nichts von der vorhergehenden Unterdrückungspolitik unterschieden hatte – das Anliegen demokratischer Erneuerung war zumindest gegenüber den 10 Millionen Kurden eine Farce –, zum anderen wollte Ecevit die faschistische MHP und ihre Killerkommandos »politisch und administrativ«

bekämpfen. Er hatte es nicht gewagt, das Krebszentrum der MHP, die Parteiorganisation in Ankara, zu verbieten und die Verantwortlichen ins Gefängnis zu werfen, obwohl seinem Ministerbüro alle Dokumente vorlagen, um die Führer der MHP für lange Zeit hinter Gitter zu bringen. Mit seinem ängstlichen und zögernden Verhalten hatte er sehr schnell das Vertrauen im Volk verloren, das hoffte, Ecevit würde den faschistischen Spuk hinwegfegen.

Im November 1979, Ecevit hatte bei den Teilwahlen im Oktober 1979 große Stimmenverluste erlitten und mußte danach die Regierung auflösen, erklärte der ehemalige Außenminister Prof. Turhan Günes: »Wir haben in den 22 Monaten unserer Regierungszeit eine Politik betrieben, die weder kapitalistisch noch sozialistisch war. Wir haben überhaupt nichts gemacht.«

Das hängt auch mit der inneren Struktur dieser Partei zusammen, die trotz eines demokratisch linken Programms dem alten Hierarchiedenken treu geblieben ist. Der Parteivorstand verfügt, für europäische Verhältnisse, über unglaubliche Macht. Zum Beispiel wurde Anfang 1980 der gesamte Vorstand der Istanbuler CHP amtsenthoben, weil er sich in Opposition zum Hauptvorstand befand. Alle Untergliederungen, sei es die Jugendorganisation oder die Frauenorganisation, können per Beschluß des Hauptvorstandes von ihren Ämtern enthoben und durch vom Vorstand ernannte Personen ersetzt werden. Eine vom Hauptvorstand der Partei abweichende Diskussion oder alternative Politik ist undenkbar. Mit den gleichen Methoden kemalistischer zentralistischer Autorität erfolgt auch die Ernennung der Parlamentsabgeordneten. Zwar können formal die Parteimitglieder ihren Kandidaten nominieren, aber diese müssen vom Hauptvorstand genehmigt werden. Besonders bei den Wahlen 1977 wurden die mit großer Unterstützung der Parteimitglieder nominierten fortschrittlichen Kandidaten durch das Veto-Recht des Hauptvorstandes von der Liste gestrichen.

Innerhalb der CHP befand sich vor dem Militärputsch im September 1980 auch eine linke Fraktion, die sich aus ca. 50 Abgeordneten zusammensetzte. Ihr Wortführer war der Abgeordnete Süleyman Genc aus Izmir. Sie kritisierten an der Parteiführung, daß das Parteiprogramm nicht realisiert wurde und eine innerparteiliche Demokratie nicht vorhanden wäre. Die Spannungen innerhalb der Partei wurden in den Sommermona-

ten des Jahres 1980 noch größer, als auf lokaler Ebene eine Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Gruppierungen begann, um die organisierten Angriffe der Grauen Wölfe zu verhindern. Statt Strategien gegen die bevorstehende faschistische Machtübernahme zu entwickeln, bemühte sich der Vorstand der CHP, oppositionelle Vorstände auf lokaler Ebene auszuschalten.

Nach dem Militärputsch trat Ecevit vom Parteivorsitz zurück. Seine Rücktrittserklärung durfte auf Beschluß der Generäle in der Presse nicht veröffentlicht werden. Der Rücktritt war aber ein Ausdruck des Protestes gegen die Generäle, die einen Tag davor ihre Vorstellungen über ein neues Parteiengesetz kundtaten. Demnach wird in Zukunft in der Türkei nur noch auf Zeit eine Person Parteivorsitzender werden. Damit wollen die Militärs den Einfluß von Führerpersönlichkeiten abschaffen, um somit auch gleichzeitig den politischen Einfluß der Parteien zu brechen.

Institut kurde de Paris

Die Widerstandsorganisationen des Volkes außerhalb der Parteien

Der türkische Gewerkschaftsdachverband »Türk-Is« hatte in der Vergangenheit, wie auch nach dem letzten Militärputsch, mehr oder weniger direkt mit den Regierungen und den Kapitalfraktionen des Westens zusammengearbeitet und dabei das Ziel einer Klassenharmonisierung auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten verfolgt. Er stieß damit auf die Kritik der Arbeiter und Gewerkschaftler, die von sozialistischen und kommunistischen Vorstellungen beeinflusst waren und die innerhalb des kapitalistischen Systems keine Chance für eine Veränderung ihrer Lebensbedingungen sahen. 1967 wurde DISK (Devrimci Isçi Sendikaları Konfederasyonu – Konföderation der Progressiven Arbeitergewerkschaften) gegründet, in die sofort mehr als 100 000 Arbeiter eintraten. Neben der allgemeinen Gewerkschaftspolitik war es Ziel von DISK, für die Bevölkerung, besonders die Industriearbeiterschaft, im Parlament eine wirksame Interessenvertretung durchzusetzen. Für die Landbevölkerung hingegen fand sich auch zu diesem Zeitpunkt keine gewerkschaftliche oder politische Interessenvertretung. Nach der Entstehung von DISK, ihrem schnellen Mitgliederzuwachs und damit ihrem politischen Einfluß häuften sich Streiks und Fabrikbesetzungen durch die unzufriedenen Arbeiter. Gleichzeitig wurde auch die Landbevölkerung, initiiert von Studenten aus den Hauptstädten, politisch aktiv. In Silivri besetzten die Bauern und Arbeiter 5 000 ha Land. Es folgten Demonstrationen und Bauernaufmärsche gegen »Großgrundbesitzer und Imperialismus«. Im Juli 1969 besetzten Arbeiter und Bauern den landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetrieb der Rize-Tee-Gesellschaft. Es kam zu Angriffen auf Banken, als Protest gegen die Vergabe von Krediten an Großgrundbesitzer, während die Kleinbauern Wucherzinsen zahlen mußten bzw. überhaupt keine Kredite erhielten. Besonders heftig waren die Auseinandersetzungen in Ostanatolien, da dort die Not der Bauern besonders groß war. In allen Fällen nahmen die

Bauern das Land der Agas in ihren Besitz, verteilten es unter den landlosen Dorfbewohnern und fingen an, es in Eigenverantwortung zu bewirtschaften. So besetzten im Januar 1970 landlose Bauern das gesamte Land, das einem Aga gehörte. Mit einer Privatarmee erkämpfte der Aga das besetzte Land bei Araban/Mardin wieder zurück. Im März nahmen 125 landlose Bauern aus dem Dorf Hacimümin bei Adana das früher von einem Aga besetzte Land von 300 ha wieder zurück und begannen es zu bewirtschaften. Am 28. Juli 1969 beteiligten sich in Hilvan/Urfa 20 000 Bauern an einer Massenkundgebung gegen die Agas. Trotz des strikten offiziellen Verbotes des Gebrauchs der kurdischen Sprache wurden die Ansprachen an die Bauern in Kurdisch gehalten. Am 2. August 1969 demonstrierten 10 000 Bauern in Siverek unter der Losung: »Wir wollen Brot. Wir brauchen Wasser. Baut Wohnungen.« An diesen »Kundgebungen des Erwachens« nahmen im Verlauf der Jahre 1969 bis 1971 mehr als 100 000 kurdische Bauern teil, die überall, ob in Varto, Lice oder Van, gegen die »nationale Unterdrückung und die Agas« protestierten. In Hilvan wurde wegen der Vergabe der Bankkredite an die Agas und »gegen die Auspressung durch Zinswucherer« protestiert, in Ergani gegen die »Ausbeutung«, in Dogubeyazit »gegen Hunger«. Die türkische Regierung sah sich zunehmend in der politischen Defensive, obwohl die meisten Bauernaufstände nicht organisiert waren, sondern oft spontan entstanden. Offen forderten die Agas und örtlichen türkischen Sicherheitsbehörden eine Intervention der Militärs. Die ließ auch nicht lange auf sich warten. Hunderte von Dörfern, Gemeinden und Städten wurden durchsucht und angegriffen. Ohne jegliche richterliche Verfügung wurden am 1. April 1970 die gesamten Einwohner von Silvan militärisch angegriffen. 3 144 Männer wurden verhaftet, Kinder mißhandelt und Frauen vergewaltigt. Massenweise zusammengetriebene Einwohner der Stadt mußten sich auf den Lehm Boden legen. Dann führten die Jandarma-Kommandos auf dem lebenden »Teppich« türkische Volkstänze auf. 13 Bauern wurden getötet. Ein Augenzeuge, der Hodscha Abdul Kerim: »Sie haben uns nicht nur gefoltert, sondern ständig beschimpft: Ihr müßt dieses Land verlassen. Ihr seid nicht auf der Seite der türkischen Republik. Ihr seid ungläubig. Wir suchen für euch ein Land in Afrika.«

Die Jandarmas schützten die Agas, in ihren Höfen lagerten schwere Waffen, die gegen die Bauern eingesetzt wurden. Als in Silvan die Armee-Einheiten die Stadt belagerten, war der Aga Mehmet Depolu, AP-Abgeordneter in Diyarbakir, Tage vorher informiert. Die Bauern in Siverek wurden erst überfallen, nachdem der Aga die Jandarmas informiert.

Zunehmend entwickelte sich eine organisierte sozialrevolutionäre Bewegung, zumindest regional in den Metropolen und in Ostanatolien. Landesweit war der Widerstand jedoch noch lange nicht. 1970 versuchte die Demirel-Regierung durch eine neue Gesetzgebung, den Einfluß der Arbeiterbewegung und von DISK zu brechen. Ihr Vorschlag:

»Damit eine Arbeitergewerkschaft im Rahmen der Gesamt-türkei aktiv werden kann, muß mindestens ein Drittel der in dem Wirtschaftsbereich tätigen Arbeiter organisiert sein. Damit die Arbeiterföderation (Isçi federasyonlari) gegründet werden kann, müssen mindestens die in einem Arbeitsbereich tätigen Arbeiter in dieser Föderation organisiert sein. Das Verlassen einer Gewerkschaft ist nur durch eine schriftliche Rücktrittserklärung möglich, die bei einem Notar hinterlegt werden muß. Gewerkschaftsversammlungen können nur noch alle 3 Jahre tagen (bislang 2 Jahre). Um Gewerkschaftsmitglied zu sein, muß der Arbeiter in einem Betrieb mindestens 3 Jahre tätig sein. In den internationalen Arbeiterverbänden können nur die Gewerkschaften vertreten sein, die die meisten Gewerkschaftsmitglieder aufweisen können.« (Y. Koc, Türkiye Sinif Mücadelesinin Gelisimi-1, Istanbul 1979, S. 116)

Mit diesem Gesetz wollte das Regime die Schlagkraft der Gewerkschaft DISK lähmen. Am 15.6.1969 streikten daraufhin nahezu sämtliche Arbeiter Istanbuls. 100 000 Arbeiter aus fünf verschiedenen Stadtteilen nahmen an der Demonstration teil – die Brücken über das Goldene Horn wurden gesperrt, um den Zusammenschluß der verschiedenen Demonstrationzüge zu unterbinden. Panzer rollten vor Fabriken und sperrten die Villenviertel ab. Bei den Auseinandersetzungen gab es 6 Tote. Trotz dieser systematischen Unterdrückung der Arbeiter wurden in den zehn Monaten zwischen Juni 1970 und Februar 1971 über 130 Fabriken besetzt oder bestreikt. Unter den Fabriken waren AEG, Fiat, BP, Grundig, Uniroyal und Goodyear, das heißt Unter-

nehmen, die stark vom ausländischen Kapital durchdrungen und an denen die Militärs wirtschaftlich beteiligt waren. Der Militärputsch vom 12. März 1971 beendete schlagartig Arbeiteraufstände und Bauernbewegungen.

In den Jahren 1974 bis 1980 waren es erneut DISK und die ihr angegliederten Einzelgewerkschaften, die versuchten, das soziale Elend der türkischen Bevölkerung durch Lohnforderungen auszugleichen. Denn angesichts der galoppierenden Inflation waren die Lohnforderungen und Lohnerhöhungen, die von DISK erkämpft worden waren, nicht ausreichend, um die Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu kompensieren und somit einen besseren Lebensstandard zu erreichen. Neben den ökonomischen Kämpfen der Arbeiter leistete DISK auch entscheidende Impulse für den politischen Kampf der Arbeiterklasse. So ist es zum großen Teil nur DISK zu verdanken, daß die von Demirel in die Diskussion gebrachten »Staatssicherheitsgerichte« (Devlet Güvenlik Mahkemeleri) nicht durchgesetzt worden sind und die Nationale Front-Regierung die Gesetzesentwürfe zurücknehmen mußte. Staatssicherheitsgerichte waren politische Sondergerichte, die nach dem März 1971 von den Militärs unter der Bezeichnung »Militärtribunale« eingerichtet worden waren. 1973 beschloß das damals handlungsunfähige Parlament auf Befehl der Generäle, »Staatssicherheitsgerichte« in der Verfassung zu verankern. Deren erklärte Aufgabe sollte sein, »die Linken zu bekämpfen und die Universitäten von linken Elementen zu säubern«. In die Kompetenz der Sondergerichte sollte auch das Versammlungs- und Demonstrationsrecht und das Gesetz über Streiks und Aussperrungen fallen. DISK rief als Protest zur »allgemeinen Trauer« auf. Mehr als 700 000 Arbeitnehmer nahmen an den Protesten teil, während »Türk-Is« sich zurückhielt. DISK gelang es zum ersten Mal in der türkischen Geschichte, im Jahr 1977 den 1. Mai in Istanbul zu feiern. In der Türkei gilt seit 51 Jahren der 1. Mai als Festtag des »Frühlings und der Blumen« (Bahar ve Cicek Bayrami). Diesmal wurde auf dem Taksimplatz »gegen Faschismus und gegen die Preiserhöhungen« demonstriert. DISK konnte 1 Million Menschen mobilisieren. Die politischen Inhalte der Arbeiterbewegung der letzten Jahre fanden auch in den Parolen und Spruchbändern der Demonstration ihren Ausdruck:

»Im Kampf gegen den Faschismus steht die Arbeiterklasse in der vordersten Reihe

- Das Recht auf Gewerkschaften, Tarifrecht und Streikrecht für alle Arbeitenden
- Faschismus: Repressalien, Hunger und Elend
- Anstelle Krieg Freiheit – Krieg gegen Ausbeutung
- Die Folterer müssen zur Verantwortung gezogen werden
- Banken und Versicherungen sollen nationalisiert werden
- Unsere Steuern sind Kredite für Arbeitgeber, und wir bekommen Panzer und Knüppel
- Wir wollen keine Phantom, wir wollen Kindergärten«

Diese Manifestation endete mit einem Blutbad am späten Nachmittag, als von verschiedenen Plätzen aus auf die Arbeiter das Feuer eröffnet und durch Panik und Schußverletzungen 35 Arbeiter ermordet wurden. Hintermänner waren der türkische Geheimdienst MIT, die MHP und die »Konter-Guerilla«.

Im Mai 1979 wurde die Kundgebung von DISK in Istanbul von der damaligen CHP-Regierung und der Militärkommandantur verboten. In Istanbul wurde ein Ausgehverbot verhängt, so daß Millionen Menschen ihr »Frühlingsfest« zu Hause verbringen mußten. Die DISK-Funktionäre wurden in Vorbeugehaft genommen, ein für sie schon alltäglicher Zustand.

1980 beantragte DISK rechtzeitig eine Demonstrationsgenehmigung zur 1.-Mai-Kundgebung in Istanbul, die von den Kriegsrückkommandanten abgelehnt wurde. Wegen des Verbots fanden am 30. April 1980 in fast allen Städten Protestaktionen statt, an denen DISK-Mitglieder und mit ihnen sympathisierende Gruppen, insbesondere Frauen, Schüler und Studenten, teilnahmen. In Ankara fuhren die Busse der Stadt nicht mehr, und die Angestellten der Müllabfuhr streikten; mehrere Schulen wurden boykottiert – die Schüler demonstrierten gegen die Repressionen und den Faschismus. In zahlreichen Betrieben und Banken sammelten sich die Beschäftigten in den Kantinen und diskutierten über das Verbot. Krankenschwestern in Ausbildung, die gegen das Verbot demonstrierten, wurden in Haft genommen. 11 000 städtische Angestellte legten die Arbeit in Istanbul nieder, so auch in anderen Städten. In Diyarbakir gingen die Schüler nicht zur Schule, in Trabzon sprach der stellvertretende DISK-Vorsitzende Kemal Nebioglu: »Die CHP macht keine Opposition mehr im

Parlament. Wie können wir wieder die CHP zum Leben erwecken, so daß sie ihre Pflicht als Opposition wahrnimmt. Wir schlagen sie immer, damit sie etwas tut, aber sie reagiert nicht (vurdumduymazlik). Die CHP ist in einem tiefen Schlaf. Die demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse werden aufgehoben, man versucht, das Grundgesetz zu verändern, aber die CHP schweigt. Sie gibt keinen Ton von sich.« (Demokrat, 1.5.1980)

DISK wich für die 1.-Mai-Demonstration 1980 nach Mersin aus, weil dort kein Kriegerrecht existierte. Der Gouverneur von Mersin drohte zwar, daß er auf keinen Fall eine Demonstration dulden und außerdem ein Ausgehverbot über die gesamte Provinz verhängen werde, allerdings genehmigte das oberste Verwaltungsgericht (Danistay) die Demonstration, die dann am 1. Mai ohne Zwischenfälle durchgeführt werden konnte. Es war eine der größten Demonstrationen in der Südtürkei, obwohl die CHP zur Nichtteilnahme aufgerufen hatte. An der Demonstration, so die Einschränkungen des Gouverneurs, durften sich die staatlichen und städtischen Bediensteten nicht beteiligen, außer der türkischen Fahne durfte keine andere Fahne getragen werden und außer der Nationalhymne kein anderes Lied gesungen werden. Alle Teilnehmer der Demonstration mußten sich ausweisen bzw. nachweisen, daß sie Arbeiter sind, denn auch Studenten und Schüler durften sich an der 1.-Mai-Demonstration nicht beteiligen.

Schon im März 1980 hatte DISK den Beschluß gefaßt, einen Generalstreik vorzubereiten. Der Anlaß für diesen Beschluß waren die Massenentlassungen in den TARIS-Werken in Izmir und die neuen Wirtschaftsmaßnahmen der Demirel-Regierung. Für die Arbeitgeber war klar, was das bedeuten mußte: »Die Vorgänge sind ein Teil eines Plans von DISK, einen landesweiten Generalstreik herbeizuführen, und sie haben ideologische Hintergründe und Motive.« (Demokrat, 11.3.1980)

Aufgrund ihrer klassenkämpferischen Politik, zumindest in den Metropolen des Westens, mußte DISK geradezu zwangsläufig einer der größten Gegner sowohl der rechten Parteien, der faschistischen Killer, als auch der sozialdemokratischen CHP werden, obwohl es zwischen DISK und CHP vielfältige personelle Beziehungen gibt. Nach dem 12. September war eine der ersten

Amtshandlungen der Militärjunta, die DISK zu verbieten. Alle Funktionäre, und zwar ausnahmslos vom Vorsitzenden bis zum Betriebsvertreter, wurden in Haft genommen. Ihnen wird ein Prozeß wegen des Verstoßes gegen die Paragraphen 141–142 gemacht (siehe Kapitel Menschenrechte).

Der lang ersehnte Traum der Herrschenden in der Türkei, eine einzige Gewerkschaft zu haben, die dem Staat und System treu ist, hat sich erfüllt.

Wie die Protestbewegungen in den letzten Jahren deutlich zeigten, wurde der Widerstand gegen das Regime in der Türkei nicht nur von den organisierten Arbeitern durchgeführt, sondern in zunehmendem Umfang spontan, bzw. von lokalen linken Organisationen unterstützt. Dabei gab es zwei unterschiedliche Formen des Widerstandes. Die einen waren die sogenannten Türkischen Volksbefreiungsbewegungen, sich revolutionäre Marxisten-Leninisten nennende Splittergruppen. Sie und ihre militanten Aktivitäten dienten nicht nur dem Staatsapparat zur Legitimation weiteren Terrors. Sie wurden auch von den Massen, die sie befreien wollten, teilweise an die Polizei verraten. Weder hatten sie eine Basis für ihr Handeln, noch ist bislang bekannt geworden, daß die arbeitende Bevölkerung, ob Industrieproletariat oder Landbevölkerung, in irgendeiner Weise von den Aktionen der »Volksbefreiungsbewegungen« profitiert hätte. Trotzdem: Der individuelle Terrorismus unterscheidet sich in qualitativem Umfang von dem organisierten Terror der Faschisten, weil die einen das System mit politisch unwirksamen Mitteln verändern wollen, während die anderen es mit allen Mitteln schützen sollen und dabei ihren Halt im Militär- und Staatsapparat haben.

Die Politik der orthodoxen kommunistischen Parteien, insbesondere der »Türkischen Arbeiterpartei« TIP und der »Türkischen Sozialistischen Arbeiterpartei« TSIP, sowie der illegalen TKP, ist streng legalistisch ausgerichtet. Alle betrachten sich als Nachfolgeorganisationen der TIP der 60er Jahre, die nach dem 12. März 1971 aufgelöst wurde. Alle diese dogmatischen leninistischen Parteien sind hauptsächlich unter Kontrolle der Intellektuellen. Verankert sind die Mitglieder dieser Parteien auch teilweise in den Führungsgremien von Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, wobei sie ihre Haltung gegenüber der ökonomischen Krise der Türkei durch einen Erhalt der bürger-

lich-demokratischen Institution Staat zementieren wollen. Wie wenig sie in den breiten Massen verankert sind, zeigten nicht nur die Wahlergebnisse in den letzten Jahren (1977 0,14 Prozent), sondern auch, daß sie selbst in einer Industriestadt wie Istanbul trotz großen Wahlkampfeinsatzes nur ca. 20 000 Stimmen gewinnen konnten. Es gibt vielfältige Gründe für diese Entwicklung. Zum einen hat der permanente Antikommunismus seit 1945 zu einer emotionalen Abwehrhaltung gegenüber denjenigen geführt, die sich bedingungslos den politischen Direktiven des Marxismus-Leninismus unterworfen haben. Zum anderen und hauptsächlich gibt es innerhalb der Jugend und der Arbeiter eine Abwehrhaltung gegenüber Organisationen, die zentralistisch derart straff organisiert sind wie die Anhänger der verbotenen TKP, die kaum Kritik an der offiziellen Politik zuläßt. Besonders die Studenten, die Ende der 60er Jahre innerhalb der anti-imperialistischen Bewegung führend waren, entwickelten nationale Modelle einer Befreiung, die unabhängig von den Supermächten erreicht werden sollte. Und schließlich war die TKP nur bis 1925 legal. Gerade aber das streng legalistische Agieren der TKP-orientierten Organisationen führte dazu, daß Spontanaktionen, wie Landbesetzungen und Betriebsbesetzungen, verurteilt und das Heil innerhalb des demokratischen Systems gesucht wurde, das als politisches System in der Türkei weitgehend versagt hatte.

Deutlich wird dies Taktieren gegenüber den nationalen Forderungen der Kurden. Lange Zeit galten die sozial-revolutionären und nationalen Bewegungen in Türkisch-Kurdistan, auch wenn sie lediglich für eine kulturelle Autonomie kämpften, als »Chauvinisten«, »Reaktionäre« oder »CIA-Agenten«, da sie nicht gemeinsam mit der türkischen Arbeiterklasse für den Sozialismus kämpfen wollten. Erst als sie spürten, welches politische Potential in Ostanatolien entstanden war, erkannten sie die nationalen Forderungen der Kurden an. Trotzdem verlangten sie, daß an erster Stelle des gemeinsamen politischen Kampfes der Klassenkampf stehen müsse und sich danach die nationale Frage von allein lösen würde. Fast alle linken politischen Organisationen sind zudem von dem zentralistischen Prinzip einer Polit-Bürokratie bestimmt, die das politische Leben entscheidend geprägt hat. Eigenentwicklungen des türkischen oder kurdischen Volkes,

Forderungen nach Selbstbestimmung in den unterschiedlichen Provinzen mit ihren unterschiedlichen sozialen und kulturellen Traditionen wurden allenfalls kanalisiert und den jeweiligen politischen Programmen untergeordnet. Für fast alle linken Organisationen gilt daher die Gründung einer Partei als das einzige politische Mittel, um soziale Bewegungen in politische Macht umzuwandeln. Doch aufgrund der unterschiedlichen kulturellen, ethischen und gesellschaftlichen Entwicklungen von Stadt- und Landbevölkerung, von Türken und Kurden, von Kleinbourgeoisie und Arbeiterklasse ist es fraglich, ob es in absehbarer Zeit zu einer breiten politischen Front gegen das Militär kommen kann, zumal nach dem 12. September diesen linken Parteien durch Verbot und Verfolgung die Möglichkeit zur Propaganda völlig entzogen ist.

Einen alternativen Ansatz zu einer breiten Bewegung gegen das zentralistisch ausgerichtete kapitalistische System bieten zweifellos die Widerstands-Komitees. Sie entstanden in der Periode der 1. Regierung der Nationalistischen Front im Jahr 1975. Ihr Ziel war es, die Angriffe der faschistischen Kommandos zu unterbinden und ihren Stadtteil bzw. Arbeitsbereich vor diesen Angriffen zu schützen. Ob in Schulen, Fabriken, Stadtteilen, Dörfern, überall dort, wo faschistische Aggressionen das Leben für die Bevölkerung unerträglich machten, kam es zur Gründung der Widerstandskomitees. Aus den vorübergehend gebildeten Komitees entwickelten sich immer häufiger Keimzellen einer sozialen Basisdemokratie, in der breite Volksschichten sich selbst organisieren und selbst über ihre Belange entscheiden können. Vor dem Putsch organisierten die Widerstandskomitees nicht nur den Schutz gegen faschistischen Terror, sondern befriedigten auch soziale und kulturelle Bedürfnisse, von Nahrung bis zum Straßenbau, von der Hinterbliebenenversorgung bis zu kulturellen Aktivitäten. Hier war der Ausgangspunkt für eine breite soziale Bewegung entstanden, die über den politischen Anspruch hinaus, durch die gemeinsame Praxis, beispielsweise beim Straßenbau oder beim Durchsetzen höherer Preise für die Kleinbauern gegenüber den Großbauern, praktische Politik darstellte. Schon Ende der 60er Jahre führte diese Politik mit zu den großen Bauernaufständen in Mittel- und Ostanatolien. Die Komitees selbst zu ihrer Politik:

»Man muß die Widerstandskomitees als Keimzellen, Blüten der kommenden Volksherrschaft betrachten. Diese Entwicklung heißt, daß aus dem Schoß des alten Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems eine vollkommen neue Gesellschaft zu knospen anfängt. Das heißt, daß aus den Rissen der Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Grausamkeit, auf die sich der Staat stützt, der Samen eines neuen Staates, der auf Gleichheit, Brüderlichkeit und einer vollkommen neuen Demokratie gründet, langsam aber sicher aufgehen wird. In den Komitees wird ein kollektiver Lebensgeist geweckt. Es gibt Beauftragte, die sich um Hausbau, Wasserbeschaffung, Kanalisation und andere Dinge kümmern. Sie übernehmen alle bürokratischen Tätigkeiten für die Bevölkerung des Stadtteiles. Sollte das Problem nicht auf bürokratische Weise zu lösen sein, so arbeiten die Revolutionäre in vielen Bereichen wie Straßenbau, Trinkwasserversorgung oder auch Häuserbau mit der Bevölkerung Schulter an Schulter. Es gelingt uns, bei neuen Krämer- und Gemüseläden (auch beweglichen) sehr preiswerte Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen. Das Geld, das gesammelt wird, wird in einem Monat einmal für das Schulgeld der Kinder im Viertel, im nächsten Monat für den Einkauf von billigen Nahrungsmitteln verwandt. Ein sehr konkretes Beispiel: Auf die Beschwerde von Frauen, deren Männer stets in Kneipen rumhockten, gelang es einem Komitee am Schwarzen Meer, den Wirt und die Männer zu überreden und die Kneipe zu schließen. Jetzt gehen die Männer entweder direkt nach Hause oder versammeln sich mit ihren Frauen in den »Volksräumen«, die wir für Diskussion und Unterhaltung der Stadtteilbevölkerung eingerichtet haben.

Frage: Als Beispiel: Sind Überfälle auf Kleinhändler oder gewaltsames Geldeintreiben nicht Handlungen, die diesem Verständnis zuwider laufen?

Bei all unseren Aktionen verfolgen wir eine Linie, die mit den Interessen des Volkes übereinstimmt. Als Teil dieses Verständnisses sind die Überfälle auf Teile der arbeitenden Bevölkerung, auf die Mittelschicht gerichtete Überfälle (beispielsweise: Tankwart, Bäcker oder Metzger) keine revolutionären, sondern reaktionäre Taten. Was das Einsammeln von Geld betrifft: selbstverständlich ist es zur Bestreitung der Bedürfnisse dieses Kampfes im Interesse des Volkes notwendig, daß das Volk sich selbst beteiligt.

Grundlage dabei ist jedoch, daß dies ein bewußter und freiwilliger Beitrag ist. So wie gegenüber Menschen, die keine Unterstützung gewährleisten, nicht ein bedrohliches Wort fällt, bekämpfen wir sogar diejenigen, die an diesem Punkt Druck ausüben und schützen diejenigen, die unter Druck gesetzt werden.« (Interview mit der Wochenzeitung Yanki, Ankara, 1. Juni 1980)

Fatsa ist eine kleine Ortschaft an der Schwarzmeerküste mit 20 000 Einwohnern. In allen Stadtteilen gab es die Stadtteilkomitees (mahalle komiteleri). Fikri Sönmez, Bürgermeister von Fatsa: »Unsere Absicht ist es, daß die Stadtteilkomitees ihrer eigenen Probleme bewußt werden und auch Lösungsvorschläge diskutieren und durchführen können. Die Bevölkerung muß so weit sein, auch wenn wir nicht mehr das Bürgermeisteramt haben, daß sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen kann. Damit der antifaschistische und antiimperialistische Kampf kontinuierlich geführt werden kann, muß er auch vom kulturellen, damit meine ich Kultur im Sinne des Volkes, begleitet werden. In diesem Sinn haben wir das große Kulturfest organisiert. Es ist ein Teil unseres Kampfes gegen Faschismus, Terror und Preistreiberei.« (Demokrat, 6.5.1980)

Im April 1980 fand in Fatsa eine große Kulturversammlung statt, an der im strömenden Regen über 70 000 Bewohner aus der Stadt und den umliegenden Ortschaften teilnahmen. Am Anfang der Kulturveranstaltung führte das Kindertheater »Der brave Esel« ein Stück für die Kinder auf. Später, nach Kinderspielen und Kinderliedern, begann das Erwachsenenprogramm, wo Folklore, Volkslieder und Theater aufgeführt wurden. Im Volkshaus zeigte man gleichzeitig Filme. Auch die offiziellen Vertreter des Staates, wie der Landrat, waren anwesend. Er sollte eine Bilderausstellung eröffnen. Allerdings mußte er erleben, daß die Festteilnehmer die Bilderausstellung selbst eröffnet hatten. Alle waren anwesend, und das ist das Bedeutsame an dieser Form kulturpolitischer Aktivität: Alte Bauern, die auf Krücken gekommen waren, Frauen mit ihren Kindern auf dem Rücken, die stundenlang gelaufen waren, Jugendliche und junge Frauen, die singend durch die Straßen zogen, Lehrer, die mit den Geistlichen in einem Chor sangen, Bauern, die in Kaffeehäusern mit Intellektuellen diskutierten. Am ruhigsten war es bei der Polizei. Es gab keinen einzigen Vorfall, keinen Diebstahl und keinen Schwarzmarkt. Auf dem Marktplatz

sah man, daß die Frauen ihre Schirme aufgestellt hatten, um die Bauern, die ihre Produkte verkauften, vor dem Regen zu schützen. Die wenigen AP- und MSP-Mitglieder in der Stadt arbeiteten aktiver denn je zuvor in den Komitees mit.

Die alternative Entwicklung in Fatsa war immer ein Dorn im Auge der Demirel-Regierung. Im Sommer 1980 umzingelten die Militärs die Stadt, verhafteten die führenden Mitglieder der Stadtteilkomitees und den Bürgermeister. Bei den Verhaftungen halfen den Soldaten maskierte MHP-Mitglieder, die in den anderen Regionen der Türkei steckbrieflich gesucht wurden.

In Fatsa zeigte sich die Entwicklung einer kulturellen und sozialen Veränderung, die nicht von oben dirigiert wurde, sondern an der das Volk selbst teilnehmen konnte. Genau hier besteht der große qualitative Unterschied zu den dogmatisch orientierten Organisationen, die von der Ausschließlichkeit der ökonomischen Machtveränderung ausgehen, dabei nicht auf die kulturellen und sozialen Grundbedürfnisse der Betroffenen einzugehen vermögen. In einem rückentwickelten Land wie der Türkei, mit solch großen sozialen und kulturellen Konflikten, die von nationalistischen und religiösen Kräften für sich vereinnahmt werden, liegt die Chance einer breiten sozialen Veränderung, die der Legitimation durch das Volk sicher sein kann, in der regionalen Entwicklung solcher politischen Widerstandsformen. Das heißt nicht, daß die Arbeiterbewegung politisch weniger relevant wäre – sie steht gleichwertig neben diesen Widerstandsaktionen. Aber: Die Regionalisierung politischer Auseinandersetzungen und Veränderungen, die kulturellen und sozialen Autonomiebestrebungen von Gemeinden, die ja auch von der CHP im Wirtschaftsprogramm niedergelegt worden sind – aber nie realisiert wurden, führen zwangsläufig zu einer weniger großen Abhängigkeit von den Industriemetropolen – wirtschaftlich wie sozial und kulturell. In welchem Umfang Parteien diese Bedürfnisse doch wieder für ihre Interessen vereinnahmen wollen und können, bleibt abzuwarten. Daß die Bedürfnisse nach Veränderungen auch auf dem Land vorhanden sind, zeigt die gesamte Geschichte des türkischen Widerstandes in den letzten Jahrzehnten. Die Militärputsche sind in dieser Entwicklung als »Widerstandsaktionen der Herrschenden« anzusehen. Gegen sie wird sich zwangsläufig, früher oder später, der notwendige Widerstandskampf der Unter-

drückten und Entrechteten in anderer Form entwickeln und durchsetzen.



Die Maschinerie der Unterdrückung in der Türkei

Die Türkei ist Mitglied des Europa-Rates und möchte der Europäischen Gemeinschaft als Vollmitglied beitreten. Bei allen west-deutschen Politikern, mit Ausnahme einiger SPD-Abgeordneter, herrscht dabei die Phantom-Vorstellung, daß in der Türkei demokratische Verhältnisse herrschen und daß die allgemeinen Menschenrechte, auf die gerade der Westen verbal so viel Wert legt, von den regierenden Militärs in Ankara beachtet würden. Die Wirklichkeit ist, seit Gründung der türkischen Republik, eine ständige Mißachtung dieser fundamentalen Menschenrechte.

Im Februar 1980 und Anfang März beschäftigten sich die türkischen Boulevard-Zeitungen tagelang mit dem Mord an einer Lehrerin. Nach den Indizien wurde ein bekannter und reicher Zahnarzt verhaftet. Zunächst gestand er die Tat. Doch einen Tag später, nachdem er mit seinem Rechtsanwalt gesprochen hatte, nahm er seine Aussage zurück. Die Begründung: »Ich habe das nur ausgesagt, weil ich von der Polizei gefoltert wurde.« Ein Polizeisprecher gab daraufhin eine Stellungnahme ab: »Wir haben diesen Zahnarzt in keiner Weise, weder physisch noch psychisch, gefoltert. Wir haben ihn nicht einmal angetastet. Der angeklagte Zahnarzt ist ein sehr gebildeter, gut angezogener Mensch. Er gehört nicht zur Klasse derjenigen, die geprügelt werden.« (Demokrat, 31.3.1980)

Schlagen ist ein Instrument polizeilicher Vernehmungen, und niemand regt sich darüber auf. Wenn man aber von Folterungen spricht, handelt es sich um extrem brutale Formen der Mißhandlungen, mit dem Ziel, Geständnisse und Informationen zu erzwingen, oder sie dienen als politisches Druckmittel zur Einschüchterung. Beteiligt sind nicht nur die Polizei und der Geheimdienst, sondern auch das Militär. Und nicht nur in Revieren, Gefängnissen oder Militärlagern wird gefoltert, sondern auch vor Gericht, bei der Staatsanwaltschaft. Folterungen erfolgten in der Regel mit Duldung, Wissen und auf Anordnung höchster Regierungsstellen, sie sind Bestandteil politischer Unterdrückung

in der Türkei. Die Vorgänge der Massenfolterungen nach dem 12. März 1971 haben selbst die »Internationale Juristenkommission« in Genf und »Amnesty International« in London auf den Plan gerufen. Gerade die Einheiten der »Konter-Guerilla« hatten maßgeblichen Anteil an den Folterungen. Dazu gab es besonders ausgebildete Offiziere, die »Befragungsoffiziere« und »Befragungsmannschaften«, die als Folterknechte bei den Oppositionellen berüchtigt waren. Im Mai 1973 legte Amnesty International dem Europarat in Straßburg umfangreiches Material über Folterungen vor, u.a. auch einen aus der Türkei geschmuggelten Film, der 24 Minuten lang 28 gefolterte Menschen zeigte. Schon damals schwiegen die westlichen Regierungen, besonders die Bundesrepublik – ein Vorgang, der sich 1980/81 wiederholte.



Der Polizeialltag

Die türkische Polizei kann mit Stolz darauf hinweisen, daß sie gegenüber anderen Staaten die höchste Aufklärungsquote für begangene Verbrechen hat. Das liegt nun keineswegs an der kriminologischen Aufklärungsarbeit. Eine Anekdote, die man sich in Ankara erzählt, gibt einen Hinweis. Danach unterhalten sich einige NATO-Offiziere darüber, wie ein Bär am besten zu jagen sei. Jeder nannte seine Methode, und auch der türkische Offizier wird gefragt. »Wenn ich einen Bären jagen will, fange ich einen Hasen.« Erstaunen ringsum: »Einen Hasen?« »Ja, einen Hasen und den schlage ich dann so lange, bis er gesteht, ein Bär zu sein.« Grundlage des polizeilichen Aufklärungs- und Überwachungsapparates ist ein großzügiges Prämiensystem für alle Arten brauchbarer Anzeigen. Die Bespitzelung gerade durch konservative und faschistische Personen führt immer wieder zu Massenverhaftungen. Führt der Tip zu einer gelungenen Polizeiaktion, so erhält der Anzeiger eine Geldprämie.

Nach dem 12. September führten die Militärs in Ankara eine Telefonnummer ein, unter der die Bevölkerung anonyme Bespitzelung betreiben konnte. Allerdings durchkreuzten die Oppositionellen diese Pläne, indem sie überall Handzettel »für billige Wohnungen« verteilten. »Weitere Informationen über diese billigen Wohnungen« konnten angeblich unter der Bespitzelungstelefonnummer eingeholt werden. Da dieser Telefonanschluß in den folgenden Tagen überlastet war, mußte die Militärstaatsanwaltschaft diese Idee der anonymen Bespitzelung aufgeben. Neu nach dem 12. September ist es auch, daß die Prämien der Bespitzelung steuerpflichtig sind. Das heißt, ein Teil der Prämie wird als Steuer zurückgehalten.

Die Haft im Polizeirevier kann nach dem 12. September bis zu 90 Tage dauern. In dieser Zeit kann der Verhaftete in der Regel keinen Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen, er ist den Polizeibeamten bzw. den Militärs ausgeliefert. In dieser Phase sind Schläge und Folterungen, gleichgültig, ob der Verhaftete ein »Politischer«, ein »normaler Dieb« oder Schmuggler ist, üblich. Für Spionagefälle, Hochverratsverbrechen und hauptsächlich für politische Vergehen ist die türkische Geheimpolizei MIT (Milli Istihbarat teskilati) zuständig. Der MIT hat unbegrenzte Voll-

machten! Die vom MIT Verhafteten werden nicht zur Polizei gebracht, sondern verschwinden aus ihrer bisherigen Umgebung, ohne daß man weiß wohin. Der MIT verfügt in entlegenen Gegenden über mehrere Landhäuser und Villen, die als Verliese ausgebaut sind und streng bewacht werden.

Wenn der Verhaftete, durch Vernehmungen »aussagebereit« Gefangene, vor ein Gericht gestellt wird, hat zumindest der Arbeiter und Bauer kaum Aussicht auf ein faires Verfahren. Die Verteidigungsmöglichkeiten sind gering, vor Militärgerichten ist das Urteil in der Regel schon festgeschrieben, bevor es überhaupt zur Verhandlung kommt. Eines ist dabei wichtig, um die hohen Gefängnisstrafen zu erklären, die häufig in der Türkei gefällt werden. Denn die Straftatbestände werden nicht zusammengezogen und in einem Prozeß verhandelt. Für jede Tathandlung wird eine gesonderte Akte angelegt und separat verhandelt. Ein Autoschmuggler in Istanbul, der 12 Autos geschmuggelt hatte, hatte im gleichen Gerichtsgebäude 12 verschiedene Prozesse laufen, für jedes Auto einen Prozeß. In jedem Prozeß erhielt der Täter 5 Jahre Gefängnis, insgesamt 60 Jahre. Oder: der verantwortliche Direktor einer linken Zeitung. Für 50 Ausgaben, für die er verantwortlich war, wurde er entsprechend den Paragraphen 141/142 StBG (kommunistische Propaganda) pro Nummer der Zeitung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt: 50 Jahre Gefängnis. Infolge dieses Systems sind Urteile mit Haftstrafen von über 100 Jahren keine Seltenheit.

Die Unterbringung der Gefangenen in den türkischen Gefängnissen erfolgt in Massenzellen zu 50 bis 200 Personen. Meist gibt es statt Betten nur zweistöckige Pritschen, die längs der Wand rund um den Gefängnissaal liegen. Die Häftlinge liegen übereinander und nebeneinander. Der Häftling muß sich eine Matratze, Bettuch und Decke selbst kaufen. Dabei ist es wichtig, ein warmes Bett zu haben, denn die Gefängnisse werden im Winter meistens aus Ersparnisgründen nicht geheizt. Zitternd und frierend, eine Decke über den Kopf gezogen, hocken die Häftlinge im Winter auf ihren Pritschen und warten auf den Frühling. Eines der modernsten Gefängnisse in der Türkei ist das Istanbuler Sagmalcilar-Gefängnis. Für 2 000 Häftlinge gebaut, ist es zur Zeit mit über 4 000 Häftlingen, überwiegend politische Gefangene, belegt. Es wurde in U-Form gebaut. Die Basis bilden die Verwaltungs-

räume und die beiden Arme, lange Gänge, von denen aus die eisernen Schiebetüren zu den 40 Kogus (Abteilungen), 20 auf jedem Gang, führen. Der untere Teil jeder Kogus ist der Aufenthaltsraum, in dem einige Tische und Bänke stehen. In einer Ecke des Raumes hat der Cayci (Teeverkäufer) seinen Teeausschank. An seinem Gasofen können sich die Gefangenen auch selbst ein Essen zubereiten. Wegen der Überfüllung des Gefängnisses schlafen die Gefangenen in Hängematten, vor der Toilette und auf den Tischen und Bänken. Ob Kinder-Gefängnis, Männer- oder Frauen-Gefängnis, die Zustände dort sind mit unseren europäischen Vorstellungen nicht zu begreifen. Zum Beispiel das Zentralgefängnis von Ankara. In den Gefängnisschlafräumen, in denen es für maximal 80 Gefangene Schlafboxen gibt, leben im Durchschnitt 250 Personen. Die Größe der Räume: $6 \times 4 \times 20$ m, das heißt 2,5 qm pro Person; nach der Gefängnissatzung muß eine Person 9,5 qm zur Verfügung haben. Die Verhafteten bleiben meist von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in den Räumen. Die Mehrheit der Verhafteten legt sich auf den Beton, auf die Stahlschränke oder ins Bett, oft zu zweit oder zu dritt. Bademöglichkeiten gibt es kaum. Es gibt zuviel Läuse und zu wenig Essen, beklagten sich die Gefangenen Ende Dezember 1979 in einem offenen Brief. »Man kann uns nicht sagen, daß es Möglichkeiten gibt, selbst zu kochen, wenn es für einen 200-Personen-Raum nur einen einzigen Gaskocher gibt. In der Frauenabteilung ist der Zustand besonders schlimm. Hier gibt es in der Küche die Toilettenleitungen, aus deren Röhren der Schmutz tropft. Müll bildet Berge, auf dem sich die Ratten tummeln. Die Gefangenen in den dunklen, stickigen und feuchten Schlafräumen, die auf den Bänken schlafen, haben fast alle Lungenkrankheiten. Kezban Topal, die ihr Kind im Gefängnis zur Welt brachte und mit ihrem Kind im gleichen Bett schlafen mußte, wurde für einige Tage ins Krankenhaus gebracht, weil sie Tuberkulose hatte. Nach einer Behandlung von drei Tagen wurde sie wieder ins Gefängnis zurückgebracht. Das Kind ist gestorben.«

Kinder im Gefängnis

In der Regel hausen die Kinder mit den Erwachsenen zusammen, kleine Diebe, die einen Apfel gestohlen, einem Polizeibeamten einen Stein nachgeworfen oder kommunistische Parolen

gerufen haben. Nur in den großen Gefängnissen, wie Ankara oder Istanbul, gibt es eigene Kinderabteilungen, in denen die 7–18jährigen untergebracht sind. Viele der Kinder, genauso wie die Erwachsenen, mußten eine Gesetzesübertretung begehen, um sich und ihre Familien vor dem Hunger und der Not zu retten. Die meisten dieser Kinder und Jugendlichen haben Krätze, leiden unter Haut- und Atemwegserkrankungen. Schläge und Bastonade, so erzählen die Kinder und Jugendlichen, sind an der Tagesordnung – das Leben ist, obwohl sie etwas zu essen bekommen, unerträglich. Da ist der 9jährige Muzaffer mit seinem 10 Jahre alten Bruder Osman. Sie waren wochenlang in Untersuchungshaft, weil sie einem Kaufmann ein Stück Brot gestohlen hatten. In der gleichen Abteilung sitzt der 14jährige Ramazan, der seine Schwester erschossen hatte. Hier spielten vor allem traditionelle Beziehungen in den ländlichen Regionen eine bedeutende Rolle für die Entstehung von Straftaten. Allgemein ist es üblich, daß die Mädchen nicht frei bestimmen können, wen sie heiraten. Die Eltern verfügen darüber, wer der Bräutigam zu sein hat, und das in der Regel schon vor der Pubertät. Gibt sich ein Junge mit dieser Lösung nicht zufrieden und raubt, das heißt entführt er das Mädchen, das er liebt, ohne daß die Eltern damit einverstanden sind, kommen die Kinder in die Mühlen der Justiz, sie werden eingekerkert. Ebenso häufig ist es, daß Kinder eine Straftat Erwachsener auf sich nehmen, weil die Erwachsenen hoffen, daß Kinder eine geringere Strafe erhalten. Die Kinder sagen nichts »Gegenteiliges«, und so sind viele Kinder im Gefängnis, ohne daß sie eine Straftat begangen haben. Insgesamt, so ergab eine Untersuchung über die soziale Herkunft der Kinder aus dem Kindergefängnis in Ankara, kommen 100 Prozent der Kinder aus verarmten Familien, 40 Prozent davon aus den Gece-kondus (Slumgebiete) und 55 Prozent aus ländlichen Regionen. Durchschnittliche Anzahl der Familienmitglieder: 10 Personen.

Ein typischer Fall, der von einem 12jährigen Jugendlichen erzählt wurde: »Mein Vater ist Bauer, der für einen Großgrundbesitzer arbeiten muß, denn wir haben keine Felder. Wir haben kein Haus, sondern wohnen zur Miete. Als unser Vermieter immer wieder gekommen ist, und uns wegzagen wollte, hat aus unserer Familie heraus jemand auf ihn geschossen, weil er uns auch mit der Pistole bedroht hatte. Ich ging zur Polizeistation mit,

weil Leute gesagt hatten, ich hätte auf ihn geschossen. Dort haben sie mich solange geschlagen, bis ich die Strafe auf mich genommen habe.«

Mehr als 3 000 Kinder unter 15 Jahren sitzen im Durchschnitt pro Jahr im Gefängnis. Ein Viertel dieser Kinder und Jugendlichen kommt in den Genuß der halboffenen Gefängnisse, in denen sie eine Lehre oder den Abschluß der Volksschule machen können. Die allgemeinen Zustände in den Gefängnissen haben sich seit Jahren nicht verbessert, sondern eher verschlechtert.

Der Vorsitzende der türkischen Anwaltskammer, Orhan Apaydin, erklärte am 7. Mai 1980 gegenüber der Presse: »In dem Militärgefängnis Davutpasa in Istanbul wurden innerhalb einer Woche 9 Personen durch Schüsse der Wärter verletzt. Deshalb sind 380 politische Gefangene in einen Hungerstreik getreten (ölüm-orucu). Das Militärrecht ist kein Grund, um die Menschenrechte aufzuheben. Wenn jemand beschuldigt wird und es Indizien dafür gibt, dann muß er einem Richter vorgeführt werden. Der Richter muß die Angehörigen der Verhafteten benachrichtigen. In der Türkei werden Menschen verhaftet und gefoltert, ohne daß die Angehörigen etwas davon erfahren. Kinder verschwinden.« (Demokrat, 8.5.1980)

Auf der Pressekonferenz sprach auch Rechtsanwalt Ibrahim Movioglu. Er ging auf die Zustände in den Gefängnissen ein: »In den Gefängnissen schlafen die Menschen auf dünnen Decken, auf Beton. Die Toiletten werden nicht gesäubert und da die Abflüsse nicht funktionieren, fließen die Fäkalien in die Schlafräume und Gefangene müssen in diesem Dreck schlafen. Außerdem ist das Verhalten des Gefängnispersonals brutal und geprügelte Gefangene sind an der Tagesordnung. Außerdem wird auf Gefangene ohne Grund und ohne Vorwarnung geschossen.«

Folterungen

In den Gefängnissen und Polizeistationen wird, unabhängig von der jeweiligen Regierung, gefoltert. Auch Ausländer sind davon betroffen. Sie werden als Spione hingestellt, wie der 28-jährige irakische Student C. Soran. Im Kaffeehaus machte er die Bekanntschaft eines Mannes, der sich als Geschäftsmann ausgab und ihm für die Ferien die Beschäftigung in seiner Firma versprach. Er schrieb sich Name und Adresse von Soran in sein

Notizbuch. Dieser Mann wurde wenig später als Spion vom MIT verhaftet. Als im Notizbuch der Name von Soran gefunden wurde, griff die Polizei zu. 35 Tage lang blieb Soran eingesperrt und wurde täglich vernommen, das heißt, er wurde getreten, geschlagen, geohrfeigt, er bekam die Bastonade und minutenlang wurde mit Gummiknüppeln auf die Muskeln seiner Oberarme geschlagen, bis diese dick angeschwollen waren. An Händen und Füßen, an den Ohren und am Geschlechtsteil wurden Kabel befestigt und mehrmals wurde elektrischer Strom durch seinen Körper gejagt. Nach 35 Tagen stellte sich tatsächlich heraus, daß er kein Spion war.

Ein anderes Folteropfer war der Student Wolfgang Knapp, der in der Bundesrepublik als Tutor am Projekt »Abhängigkeit und Internationalisierung der Ware Arbeitskraft« teilgenommen hatte. In diesem Projekt wurde die gesellschaftliche Entwicklung der Türkei untersucht. Er lernte türkisch und wollte mit einem Aufenthalt in der Türkei sein Wissen erweitern und praktische Erfahrungen sammeln. Am 30. März 1978 verließ er die Bundesrepublik und fuhr in die Türkei, nach Ostanatolien. Am 27. April wurde er festgenommen. Verdächtig war er geworden, weil er mit Kurden gesprochen hatte und weil sich in seinem Gepäck, das durchsucht worden war – was übrigens bei vielen Touristen in den Hotels in Diyarbakir geschieht, ohne daß diese es wissen – drei Bücher gefunden wurden. Das Buch über Kaypakkaya, ein Wörterbuch Türkisch-Kurdisch und ein Buch von Mehmet Emin Zeki über Kurdistan. »Von dem leitenden Beamten bekam ich eine Ohrfeige, weil ich versuchte, ihm zu erklären, daß ich eine Frage nicht verstanden hatte. Genau einen Tag später wurde ich aus der Zelle geholt, mit Handschellen gefesselt und mit verdecktem Gesicht an einen mir zunächst unbekannten Ort gefahren. (...) Die Tatsache meiner Studienreise wurde mir bei dem anschließenden Verhör nicht geglaubt. Das Verhör wurde von einem Colonel geleitet, der mit einem Stock gegen meine Beine schlug und sagte: 'Wir glauben Dir nicht. Märchen wollen wir nicht hören ..., weißt Du, wo wir sind? Rate mal? Wir sind hier weit weg von Diyarbakir. In Cizre, an der syrischen Grenze. Das Haus ist von hohen Mauern und Elektrozäunen umgeben.' Mit Handschellen und verbundenen Augen mußte ich die Zeit vom 28. April bis zum 4. Mai, auf einem Stuhl sitzend, in einer sonst

leeren, etwa 2×3 Meter großen Zelle verbringen. (...) In den kalten Nächten durfte ich keine Wolldecke bekommen. In der ganzen Zeit bestand der Befehl, mich nicht schlafen zu lassen. (...) Dann wurde ich wieder verhört. Nachdem ich meine Ausführungen beendet hatte, wurde der Vorwurf vorgetragen, ich sei in Wirklichkeit ein sowjetischer Spion, sollte meine Auftraggeber nennen, nur dann würde man mich wieder freilassen, und mir wurde angeboten, für den türkischen Geheimdienst zu arbeiten. Auch wurde gefragt, was ich über MIT, die politische Geheimpolizei, wisse und ihre Beziehungen zum CIA. Über eine lange Zeit hindurch versuchte ich klarzumachen, daß dieser Vorwurf absurd sei, da mein Vater im 2. Weltkrieg in Rußland getötet worden sei und ich auf gar keinen Fall für die Sowjetunion Spionage treiben würde. Von dem Kommandohabenden wurde mir dies jedoch nicht abgenommen. Daraufhin wurde ich an den Beinen gefesselt, mußte mich auf den Rücken legen und bekam Stockschläge auf die Fußsohlen, auf die Waden sowie Fußtritte in die Seite, und als ich schrie, wurde mir ein Schuh ins Gesicht gestellt. Zwischendurch wurden mir die Füße mit Wasser gekühlt. Die Folterung dauerte etwa eine Viertelstunde. Gleichzeitig wurde ich psychisch eingeschüchtert, indem darauf verwiesen wurde, daß niemand wisse, wo ich mich befände, daß in der Türkei Morde an der Tagesordnung seien, und daß ich keine Chance hätte, hier wieder herauszukommen, wenn ich nicht die Wahrheit sagen würde. (...)«

Am 4. Mai wurde Knapp nach Istanbul gebracht, zur Abschiebung in die Bundesrepublik. Vom 5. Mai bis 8. Mai hielt er sich in der Polizeistation Eminönü auf. »Von Zeit zu Zeit erhielten Zelleninsassen Besuch von Bekannten oder von ihrem Anwalt, die durch die Stäbe der Zellentür mit ihnen sprachen, Auf die Insassen entfielen eine Vielfalt von Straftatbeständen: Verkehrsdelikte, Paßvergehen, Streitigkeiten mit Prostituierten, Gebrauch von Rauschgift, Verkauf kommunistischer Zeitungen usw. Viele der Eingelieferten wiesen Verletzungen auf: geschwollene Kinnladen, blaue Augen, blutige Wangen, geschwollene Hände, blutende Füße, Humpeln. Einige Male habe ich miterlebt, wie direkt vor der Zellentür Leute mit der Peitsche geschlagen wurden, Faustschläge ins Gesicht bekamen, und am Boden liegend mit Füßen getreten wurden. Im übrigen wurde mir gesagt,

daß die Folterungen im Obergeschoß der Polizeistation stattfänden.«

Folter als Instrument politischer Disziplinierung

Politische Gefangene sind »Feinde des türkischen Volkes« und werden daher besonders »behandelt«. Folterungen dienen dazu, daß die Verhafteten Informationen liefern, daß sie Geständnisse unterschreiben von Taten, die sie nie begangen haben, daß der politische Wille der Verhafteten gebrochen wird. Die folgenden Fälle von Einzel- und Massenfolterungen sind dokumentarisch belegt durch eidesstattliche Erklärungen, durch ärztliche Protokolle und Bescheinigungen von Rechtsanwälten.

Fall 1: Türkischer Lehrer, der in Frankfurt in einer deutschen Schule türkische Kinder unterrichtet. 1978 hielt er sich während der Weihnachtsferien in der Türkei auf.

»Am 28. Dezember 1978 ging ich nach Ankara in die Markthalle, um für die Familie Äpfel zu besorgen. Als ich gerade in der Halle war, wurde ein Bezirksvorsitzender der MHP, der in dieser Halle einen Verkaufsstand besaß, erschossen. Obwohl ich in der Nähe des Tatortes war, konnte ich die flüchtenden Täter nicht sehen. Ich wurde aber als 'mutmaßlicher Täter' festgenommen und zum Militärgefängnis von Mamak gebracht, wo ich 7 Monate und 11 Tage in Haft war. Außer mir waren im Militärgefängnis von Mamak 1667 politische Häftlinge. Die meisten von ihnen kamen aus der linken Ecke. In den ersten 2 Monaten durfte mich niemand besuchen, und, wie die vielen anderen, wurde ich täglich gefoltert, so daß mich meine Frau nach zwei Monaten nicht mehr erkennen konnte. Die Folter fing schon am Tag meiner Festnahme an. Als ich ins Gefängnis gebracht wurde, schlug man wahllos auf mich ein. In den ersten Monaten war mein ganzer Körper blau angelaufen, und meine Wunden eiterten. Aber eine ärztliche Versorgung war im Gefängnis nicht vorhanden. Jeden Tag, ab 9 Uhr, wurden wir von 4 bis 5 Männern von der Zelle abgeholt und in ein Nebenzimmer gebracht, wo man uns sozusagen bearbeitete. Neben der täglichen Prügel und Bastonade wurden auch von Zeit zu Zeit Elektroschocks an Händen und Genitalien angewandt. Mir haben sie außerdem mit einer Zange zwei Fingernägel abgezogen. Wie sie hier an meiner linken Hand selbst sehen können, ist der Nagel am Mittelfinger noch nicht nachgewachsen,

obwohl es schon fast ein Jahr her ist. Durch die Schläge ins Gesicht habe ich vier Zähne verloren. Vor allem das Abziehen von Nägeln brachte mich zu meiner Aussage. Ich gestand den Mord an diesem Menschen, um nur der Qual ein Ende zu bereiten. Sofort nach dieser Aussage wurde ich zum ersten Mal überhaupt dem Haftrichter vorgeführt. Als ich vor dem Richter erzählte, wie meine Aussage zustande gekommen war und meine blutenden Finger zeigte, sagte der Staatsanwalt: 'Das ist die alte Methode. Er hat seinen Finger in die Tür eingeklemmt.' An meinen Folterungen nahmen auch MHP- und ÜGD-Mitglieder teil. Das kann ich deshalb sicher behaupten, weil ich einen von ihnen kannte, er war aus meiner Heimatstadt. Er trug eine Offiziersuniform. Ich wußte genau, daß er nie beim Militär war. Als ich ihm seinen Namen zurief, fing er mich zu prügeln an.«

Mamak ist das bekannteste politische Gefängnis in der Türkei. Besonders nach dem 12. September 1980 wird in diesem Gefängnis systematisch gefoltert. Ein Augenzeuge schmuggelte den Autoren den folgenden Kassiber über die Zustände im Mamak-Gefängnis heraus: »Ich wurde kurz vor der Sperrstunde, als ich nach Hause ging, von einer Militärstreife festgenommen. Der Führer der Streife, ein Unteroffizier, sagte mir, daß um diese Zeit nur kommunistische Unterwanderer unterwegs sein könnten. Ich wurde von der Streife zu einer alten Garage neben dem Polizeipräsidium von Ankara gebracht. Der Leiter dieser Befragungsabteilung ist Kommissar Kemal. Aber seine Tätigkeit wurde von einem Oberst kontrolliert, und dieser gab die Anweisungen. Zuerst fragte man mich nach meinem Namen. Als der Name nicht auf der Fahndungsliste stand, beschloß man, beim MIT nachzufragen, und brachte mich in eine Zelle. Zwei Stunden später holte man mich in das Befragungszimmer. Der Oberst fragte mich, ob ich Mitglied der verbotenen Gewerkschaft TÖB-DER sei. Ich verneinte diese Frage. Der Oberst befahl mir, meine Kleider ausziehen. Als ich dann splitter nackt vor der versammelten Mannschaft – gemischt Polizisten und Soldaten – stand, sagte mir der Oberst: 'Du hast vor zwei Jahren an einer Versammlung der TÖB-DER teilgenommen. Ihr Kommunisten habt nichts anderes im Kopf, als diese Nation zu spalten.' Danach befestigten sie mir an verschiedenen Stellen Elektroden und hingen mich an meinen Händen mit Stricken an einen Haken, der dann hydraulisch hoch-

gezogen wurde, so daß ich in der Luft hing. Danach gaben sie Stromschläge und fingen an, mit Lederriemen zu schlagen. Eine Stunde lang fragten sie nach meinem Namen, danach nach den Namen meiner Verwandten und danach erst nach den Namen der TÖB-DER-Funktionäre. Diese Folterung dauerte mehr als drei Stunden. Dabei steckte man außerdem einen Polizeiknüppel in meinen After. Der Oberst sagte dabei: 'Kommunisten sind Schwule. Euch muß es Spaß machen, endlich mal etwas anderes in den Arsch zu bekommen.' Ich fiel mehrmals in Ohnmacht. Danach brachte man mich ins Mamak-Gefängnis. Ich war immer noch splitternackt und wurde in eine kleine Zelle hineingestoßen. Da spritzte man mich mit kaltem Wasser ab. Dann wurde ich immer wieder so lange von Soldaten geschlagen, bis ich in Ohnmacht fiel. Erst nach zwei Tagen wurde ich in eine größere Zelle gebracht, in der außer mir 25 Häftlinge waren. Hier hatten wir aber nur 12 Betten, so daß wir nur umschichtig schlafen konnten. Jeden Tag müssen wir militärische Übungen machen. Wer dabei einen Fehler macht, wird brutal geprügelt, bis die prügelnden Soldaten müde werden. Manche Gefangene bekommen dabei einen Nervenzusammenbruch oder brechen in Schreikrämpfe aus. Das Essen, das wir bekommen, kann nicht mal ein Hund fressen. Aber aus der Kantine, die astronomische Preise verlangt, können wir nichts kaufen, da wir kein Geld haben. In der sogenannten Freizeit müssen wir Reden von Atatürk lesen, allerdings nur die aussortierten Reden, meistens Festreden, die die türkische Nation loben. Diese Rede müssen wir auswendig lernen. Dann kommt ein Offizier, der die Texte abfragt. Wenn wir beim Text, den wir 'vorsingen', einen Fehler machen, werden wir von Soldaten zusammengeschlagen. Aus lauter Angst stottern die meisten, und sie werden ebenfalls zusammengeschlagen, weil sie nicht mit der dem Atatürk gebührenden Stimme sprechen. Der heutige Tag ist der 37. Tag nach meiner Festnahme. Ich habe weder einen Anwalt noch meine Familie seit meiner Festnahme gesehen. Ich werde nach den neuen Bestimmungen der Junta erst in 53 Tagen einem Richter vorgeführt. Ich hoffe, wenigstens da zu erfahren, was mir vorgeworfen wird. Von den Neuankömmlingen erfahren wir, daß die europäischen Staaten gegen die Menschenrechtsverletzungen in den türkischen Gefängnissen bisher nichts unternommen haben. Wenn die europäische Öffentlichkeit diese

Folterer durch Stillschweigen unterstützt, dann könnt ihr sicher sein, daß nur unsere Leichen aus diesem Gefängnis herauskommen.«

Fast jeder Gefangene in den türkischen Gefängnissen wird durch Bastonade gefoltert. Was ist das? Der Delinquent wird auf den Rücken gelegt, seine Beine werden hochgestellt und an einen Stuhl oder Tisch gebunden. Es kann aber auch ein Beamter die Beine des Opfers hochhalten. Dann wird mit einem Holzstock auf die Fußsohle geschlagen. Jeder Schlag ist schmerzhafter als der vorhergegangene, weil die Fußsohle rasch anschwillt und die Schläge die Geschwulst treffen. Es dauert meist 20 bis 30 Schläge, ehe die geschwollene Fußsohle zerreißt und die weiteren Schläge das blutende Fleisch treffen. Die Kunst der Falaka, auch Bastonade genannt, besteht darin, daß man immer das weiche Fleisch der Sohle trifft.

Diyarbakir ist, neben Adana, Istanbul und Ankara, das berüchtigtste türkische Folterzentrum. Hier wurde auch Bubi Eser im Januar 1980 verhaftet. Nach Zeugenaussagen wurde er, nachdem er schwer gefoltert worden war, vom vierten Stock des Polizeipräsidiums heruntergeworfen. Die Erklärung der Polizei: Selbstmord. Der Vater klagte daraufhin gegenüber der türkischen Zeitung Demokrat: »Am 25.1.1980 wurde mein Sohn zwischen 16.30 und 17.00 Uhr in das Polizeipräsidium gebracht. Es gibt Zeugen, die seine Schreie aus dem Präsidium während der Folterungen gehört haben. Da Freunde und Bekannte meines Sohnes das Polizeipräsidium beobachtet hatten, konnten sie alles genau hören. (...) Dann ging in dem Zimmer, aus dem die Schreie meines Kindes kamen, das Fenster auf. Ein Polizist, dessen Gesicht mit einem Halstuch verdeckt war, machte das Fenster weit auf. Ein zweiter kam hinzu und trug mit einem anderen, dessen Gesicht ebenfalls verdeckt war, einen Körper an das Fenster und warf ihn hinaus. Danach haben sie herausgeschaut. Als mein Sohn auf dem Bürgersteig lag, lebte er noch. Nach 10 Minuten kamen Polizisten aus dem Gebäude und sagten: 'Husch, husch, husch.' Im Krankenhaus starb mein Sohn.« (Demokrat, 25.1.1980)

Im Januar 1980 wurde in Kars Uruc Korkmaz, 24 Jahre alt, mit seiner Mutter Bahar Korkmaz, seinem Onkel Garip Göktas und seiner Frau verhaftet und zum Polizeipräsidium gebracht. Kurze

Zeit später wurden seine Frau und seine Mutter wieder entlassen. Die Mutter ging sofort zum Arzt und wurde über 30 Tage krank geschrieben, wegen der durch Folter erlittenen Verletzungen. Uruc Korkmaz und sein Onkel blieben noch 12 Tage im Polizeipräsidium von Kars. Am 12. Tag wurde Garip ins Krankenhaus gebracht, weil er im Koma lag. Kurze Zeit später war er tot. Todesursache: Gehirnblutung (travmaya bagli beyin kanamasi). In Kars sind derartige Praktiken an der Tagesordnung. Am 20. April 1980, nach ihrer 2. außerordentlichen Generalversammlung sandten die Rechtsanwälte dieser kurdischen Stadt ein Telegramm an die Rechtsanwaltskammer von Istanbul:

»1980 werden in der Türkei tausende Menschen gefoltert und, nachdem sie ein oder zwei Wochen gefoltert worden sind, werden sie Mörder und Anarchisten genannt. Durch diese Folterungen ist in unserem Land eine ähnliche Situation entstanden wie in Chile. Viele Bürger werden von der Polizei verhaftet und rücksichtslos gefoltert. Es ist schon alltäglich, daß auf den Körpern der Verhafteten Zigaretten ausgedrückt und Elektroschocks angewandt werden.«

Schon zuvor, am 18.3.1980, beantragte der CHP-Abgeordnete Dogan Arasli aus Kars eine Untersuchungskommission: »In Kars und seinen Bezirken werden jede Nacht mehrere Häuser und Wohnungen unter Anwendung barbarischer Methoden und ohne Angabe von Gründen von Polizisten und Nichtuniformierten und sich nicht ausweisenden Personen durchsucht. Bei minus 30–35 Grad Celsius müssen die Bürger draußen im Nachthemd stehen oder werden in kalten Arrestzellen der Polizei barbarisch gefoltert. Massenterror gegenüber den Bauern ist in Türkisch-Kurdistan keine neue Erscheinung. Immer wieder beklagten sich die Bauern darüber, daß die Soldaten kommen, sie vor die Häuser treiben und dort vor den Augen der Männer die Frauen vergewaltigt werden. Elektroschocks werden mit Hilfe der Batterien der Militär-Lkw's durchgeführt. Zu diesen Orten zählt auch das Dorf Kasro Kanco, in dem die Militärs kurdische Oppositionelle vermuteten. Zuvor hatten sie in Derik, der nahegelegenen Kreisstadt, die Mitglieder der DDKO auf den Platz vor dem Vereinshaus gestellt und mit Peitschen und Gewehrkolben blutig zusammengeschlagen. Die Bewohner mußten zuschauen. Danach überfielen die Kommando-Einheiten Kasro Kanco. 4 Bauern wurden

erschossen. Einer der Bauern, der 'nur' schwer verletzt war, starb im Krankenhaus. Als die Militärkommandos die Leiche zurückbrachten, wollten zwei Jugendliche den Toten abholen. Sie wurden sofort erschossen. Der Vorgang spielte sich im März 1980 ab. Er diente dazu, um die kurdische Opposition zu zerschlagen, denn gerade in der Umgebung von Derik gab es zahlreiche kleine revolutionäre Kurdenorganisationen, die besonders bei den Bauern beliebt waren.« (Augenzeugenbericht eines über die syrische Grenze geflüchteten Bauern aus Kasro Kanco)

Auch die Kinder werden Folterungen entworfen, wie beispielsweise die Kinder des kleinen Dorfes Zarbia, ca. 80 km von Diyarbakir entfernt. Sie mußten heißgekochte Eier unter ihre Achselhöhlen klemmen. »Brennende, stechende Schmerzen«, so umschreiben die Kinder diese Tortur. Dann wurden die Kinder, alle im Alter zwischen 3 bis 10 Jahren, gezwungen, so lange auf Dornensträuchern herumzulaufen, bis die Füße blutig aufgerissen waren. Das gleiche geschah wenige Tage zuvor im Dorf Vesikan. Hier wurden die Frauen außerdem vor den Augen ihrer Männer öffentlich vergewaltigt.



Nach dem 12. September hat die Bestialität in der Vorgehensweise der Militärs in Türkisch-Kurdistan erheblich zugenommen. Augenzeugen berichten von öffentlichen Folterungen und Exekutionen der Sondereinheiten der Militärs in den kurdischen Dörfern. Öffentlich durchgeführte Folterungen und Exekutionen, wie etwa am 10.10.1980 in Uludere oder am 25.9.1980 in Derik, dienen in erster Linie zur Einschüchterung der kurdischen Bevölkerung. Als offizielle Begründung für die Exekutionen wird »Auseinandersetzungen mit Terroristen« angegeben, wobei auffallend ist, daß kein einziger Soldat, der in diese »Auseinandersetzungen« verwickelt wurde, sich auch nur verletzte. Doch in der Zwischenzeit wird so bestialisch nicht nur in Türkisch-Kurdistan das elementarste der Menschenrechte, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, verletzt. Auch im Westen der Türkei werden neben physischen und psychischen Folterungen menschenunwürdige Einschüchterungs- und Erpressungsmethoden verstärkt angewendet. Eine dieser Methoden ist die Geiselnahme, die besonders nach dem 12. September bei den staatlichen Sicherheitskräften an Beliebtheit gewinnt. Da werden alle Familienmitglieder und Verwandten eines Gesuchten festgenommen und gefoltert, so daß der Gesuchte sich bei den Militärs stellt, damit seine Verwandten nicht zu Schaden kommen. Auf diese Weise hat man nach dem Militärputsch allein in Fatsa, an der Schwarzmeerküste, über 20 Menschen festgenommen. In der Presse stand nur, daß »Militäreinheiten nach erfolgreichen Operationen mehrere Terroristen hinter Gitter gebracht haben.« Von ausländischen Journalisten auf die Menschenrechtsverletzungen angesprochen, erklärte der neue Ministerpräsident, der pensionierte Admiral Uluşu: »Mir ist kein einziger Fall von Folterung bekannt. In der Türkei gibt es keine Folterungen.«

Politisch-administrative Verfolgung

»Die bürgerlichen Grundrechte und -freiheiten der türkischen Verfassung sind gewährleistet.« (Auswärtiges Amt, Bonn, 14.5.1980)

Die Bundesregierung ist bis zum heutigen Tag von dieser offiziellen Version nicht abgerückt, obwohl die Verfassung in der Türkei außer Kraft gesetzt worden ist. Die Verfolgung von Oppo-

sitionellen ist willkürlich. So reicht zum Beispiel heutzutage eine kritische Äußerung über die Militärjunta oder ein Artikel in der Zeitung, in dem der antiimperialistische Kampf von Atatürk betont und eine unabhängige Wirtschaftspolitik verlangt wurde, aus, um eingekerkert zu werden.

Begründet wird diese Willkür mit den Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches. Demnach wird mit Zuchthaus von 8 bis zu 15 Jahren bestraft, »wer in der Absicht die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu unterdrücken oder die wirtschaftliche oder soziale Grundordnung des Landes zu zerstören, Vereinigungen, gleichgültig in welcher Form oder unter welchem Namen organisiert oder zu organisieren versucht oder die Tätigkeit solcher Vereinigungen reguliert oder befiehlt oder leitet oder Instruktionen erteilt. (...)« (§141, Abs. 2) »Mit Zuchthaus von einem bis zu drei Jahren wird bestraft, wer aus rassistischen Gründen und in der Absicht, die durch die Verfassung garantierten öffentlichen Rechte teilweise oder völlig zu beseitigen oder das Nationalgefühl zu unterdrücken oder zu schwächen, Vereinigungen organisiert oder zu organisieren versucht, die Tätigkeit solcher Vereinigungen reguliert oder befiehlt. (...)« (§141, Abs. 4)

»Das gleiche gilt für den, der für die o.g. Zwecke Propaganda in irgendeiner Form betreibt.« (§142, Abs. 1)

In einer Stellungnahme für Amnesty International untersuchte Professor Münici Kapani, Professor an der Juristischen Fakultät in Ankara, die beiden Paragraphen, die auch nach dem Militärputsch überwiegend angewandt worden sind:

»Wie Sie wahrscheinlich schon wissen, wurden die Artikel 141, 142 verschiedentlich seit ihrer Einführung im Jahre 1936 in das türkische Strafgesetzbuch geändert. Die bedeutendste Änderung erfolgte 1938, als der Ausdruck 'durch die Mittel der Gewalt' aus dem Originaltext entfernt wurde. Als Ergebnis wurden besagte Vorschriften eine echte Bedrohung für die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Sie stellten in der Tat eine ernste Gefahr für diese fundamentalen Freiheiten dar. Jeder radikale Kritiker der gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Ordnung kann interpretativ in den Anwendungsbereich dieser Vorschriften fallen, – und in der Tat gab es bereits verschiedene derartige Fälle.

Deshalb, so wie sie jetzt bestehen, gehen diese weit und doppel-sinnig formulierten Artikel über die Verhinderung von aufrührerischen kommunistischen Organisationen und die Verteidigung vor kommunistischer Diktatur hinaus – was ihr ursprüngliches Ziel war – und hängen wie ein Damoklesschwert über den Köpfen von radikal Andersdenkenden – anders als die etablierte soziale Ordnung.

Nach meiner Überzeugung sind die Artikel 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches (besonders Artikel 142) nicht vereinbar mit der Verfassung und auch nicht mit dem Geist der Verfassung, die die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit allen Bürgern garantiert. Die einzige Ausnahme besteht für die politischen Organisationen, die darauf abzielen, die etablierte Regierung mit den Mitteln der Gewalt zu stürzen und eine Diktatur zu errichten. Wie auch immer, wie ich schon früher sagte, ist dies eine sehr kontroverse Streitfrage, zu der es verschiedene Meinungen gibt. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschriften erreichte das Verfassungsgericht vor einigen Jahren, und dieses erklärte in einem ziemlich mehrdeutigen Urteil, daß sie nicht verfassungswidrig seien, daß aber die Klausel der Verwendung von Gewalt und Gewalttätigkeit – obwohl nicht klar gesagt – als in den Vorschriften enthalten zu betrachten ist. Mit anderen Worten, das Gericht versuchte zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus zu differenzieren, wobei es nur letzteren als illegal betrachtete.«

Liest man demgegenüber die Stellungnahmen der Bundesregierung und die des Auswärtigen Amtes zu Asylverfahren, in denen Türken und Kurden ihre politische Verfolgung geltend machen wollen, gibt es keine Unterdrückung. In einem Schreiben an das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig erklärte das Auswärtige Amt mit Schreiben vom 14. Mai 1980, Akz.: 510-516/2538, unterzeichnet von einem Dr. Heinemann, folgendes:

»Die Rechtsprechung ist unabhängig, die Presse ist frei. Es herrscht Gleichheit vor dem Gesetz, es gibt keine Staatsreligion, niemand darf wegen seiner Religion oder Rasse diskriminiert werden. Es gibt keine politische Verfolgung durch staatliche Organe. Dem Auswärtigen Amt sind konkrete Fälle von Übergriffen staatlicher Organe nicht bekannt. Amtsmißbrauch und

Körperverletzung im Amt sind strafbar. (...) Die Ausnahme-gesetzgebung hat im übrigen nur zu einer Einschränkung der Versammlungsfreiheit und dem Verbot extremistischer Publikationen geführt (...) auch eine Strafverfolgung nach §141, 142, 100 StGB ist dem Auswärtigen Amt nicht bekannt geworden. (...) Die Regierung Demirel bekämpft, wie ihre Amtsvorgängerin, grundsätzlich den Terror von links und rechts. Alle einzelnen Gruppen der türkischen Bevölkerung, gleichgültig ob sie sich aus ethnischen, religiösen, sozialen oder sonstigen Gründen zusammengehörig fühlen, werden von den Auswirkungen der Krise erfaßt. Es mag sein, daß die eine oder andere Gruppe bisweilen das Gefühl hat, von der Krise mehr als die anderen Gruppen betroffen zu sein und dies einer politischen Absicht der Regierung zugeschrieben wird. Für die Richtigkeit dieser Annahme gibt es jedoch keine überzeugenden und nachweisbaren Anhaltspunkte. (...) Es ist ein allgemeines Kennzeichen, daß Minderheiten in der Türkei am ungestörtesten leben können, wenn sie innerhalb ihrer Gruppe und isoliert von anderen leben, etwa als abgesonderter Teil eines Dorfes oder innerhalb eines mehr oder minder geschlossenen eigenen Siedlungsgebietes überhaupt.

(gez. Dr. Heinemann)«

Dieser Zynismus und die offensichtliche Artverwandtschaft mit den jeweilig autoritären-reaktionären Regierungen, ob Demirel oder Militärjunta, führt für die betroffenen Asylanten dazu, daß sie wieder in ihr Heimatland abgeschoben werden, selbst wenn ihnen dort das Gefängnis droht. Makaber wird dies, wenn man weiß, daß sowohl die Botschaft der Bundesrepublik in Ankara als auch das Generalkonsulat in Istanbul zahlreiche Dokumente über Folterungen erhalten hatten, sogar in deutscher Übersetzung, bislang jedoch nie die Existenz von Folter öffentlich anerkannten. Durch ein neues Gesetz, daß nach dem Militärputsch vom »Nationalen Sicherheitsrat« verabschiedet worden ist, werden Personen, die im Ausland Asyl beantragt haben, wenn dieses Asyl dort nicht anerkannt wird, und sie wieder in die Türkei zurück müssen, wegen Beleidigung der Republik angeklagt.

Gleichzeitig dienen Auskünfte wie die des Auswärtigen Amtes dazu, daß die Bundesregierung behaupten kann, in der Türkei gäbe es ja überhaupt keine Menschenrechtsverletzungen. Daher, so die schlüssige Argumentationskette bundesrepublikanischer

Politiker, konnte man der Demirel-Regierung Wirtschafts- und Militärhilfe gewähren, jetzt der Militärjunta und später einer von ihr abhängigen Regierung.

Die Bundesregierung hat bekanntlich ein immenses Interesse daran, daß sich an den stabilen und kalkulierbaren politischen Verhältnissen in der Türkei, wie sie seit dem 12. September herrschen, nichts ändert. Da besteht, abgesehen von schon beschriebenen Zusammenhängen, die enge Kooperation des industriell-militärischen Komplexes zwischen der Bundesregierung und der Türkei. »Die Militärhilfe von 1979 und 1980 wird im wesentlichen von der Bundesregierung geleistet. In dem Militärabkommen vom Dezember 1979 zwischen der Türkei und der Bundesregierung wurde eine Hilfe in Höhe von 250 Millionen Dollar für die Türkei beschlossen. Ein Großteil dieser Hilfe dient dazu, die Waffenindustrie in der Türkei aufzubauen. Geplant ist der Aufbau einer Infanterie-Waffen- und Maschinengewehrfabrik in Kirikkale, die Lizenz-Produktion von Cobra 2000 Anti-Panzerraketen in Almadagi und die Errichtung von Fabriken für gepanzerte Fahrzeuge in Arifiye.« (World Armaments and Disarmament, SIPRI-Yearbook 1980, Stockholm 1980, S. 92)

Das türkische NATO-Militär ist der Garant westlicher Politik, insofern muß es gehegt und unterstützt werden, selbst wenn es mit diesen Waffen die eigene Bevölkerung unterdrückt. Ob nun in der Türkei eine reine Militärdiktatur, eine große Koalition zwischen einer neuen Gerechtigkeitspartei und einer neuen Republikanischen Volkspartei kommen wird, all das spielt keine Rolle mehr. Derartige politische Konstellationen garantieren dem Westen ungehinderte Handlungsfreiheit. Die Geschichte hat oft dokumentiert, daß die Militärs diese Politik der Abhängigkeit vom Westen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Waffen auch garantieren werden. Ob eine sozialistische oder sozial-revolutionäre, ja auch eine islamische Revolution wie im Iran dieses System zu sprengen imstande ist, das ist fraglich. Dazu bedarf es langfristiger politischer Arbeit, gerade unter und mit der Landbevölkerung. Optimismus, was den erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutung und Elend angeht, ist nicht angebracht.

Wichtige Ergänzungs- bzw. Hintergrundliteratur zur Türkei

Ökonomie:

H. Keskin, Die Türkei: Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat, Berlin 1978

J. Glasneck: Kemal Atatürk und die moderne Türkei, Berlin (Ost) 1971

M. J. Jafar: Under-Underdevelopment, Helsinki 1976

Militär:

G. Weiher: Militär und Entwicklung in der Türkei 1945–1973, Schriften des Deutschen Orient-Instituts, Opladen 1978

U. Albrecht, D. Ernst, P. Lock, H. Wulf: Rüstung und Unterentwicklung, Reinbek 1976

Entwicklungspolitik:

S. Groeneveld u.a.: Rurale Entwicklung zur Überwindung der Massenarmut, Saarbrücken 1978

V. Bennholdt-Thomsen u.a.: Lateinamerika. Analysen und Berichte 2; Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe, Berlin 1978

Islam:

H. Thomä-Venske: Die Bedeutung des Islam im Prozeß der Integration türkischer Arbeiterfamilien in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Diplomarbeit, zu beziehen beim Autor: Großheidestraße 17, 2000 Hamburg 60

Kurden:

J. Roth u.a.: Geographie der Unterdrückten – die Kurden, Reinbek 1978

M. M. Bruinessen: Agaha, Shaikh and state, Utrecht 1978

Allgemeines:

J. M. Landau: **Radical Politics in Modern Turkey**, Leiden 1974

F. Ahmad: **The Turkish Experiment in Democracy 1950-1975**,
London 1977

Institut kurde de Paris

Zentrales Archiv der alternativen Türkeihilfe erweitert seine Tätigkeit

Die »alternative türkeihilfe« besteht aus Einzelpersonen der Presse, Politik und Kirche, die eine Vergabe der Türkeihilfe nach rein wirtschaftlichen und militärischen Erwägungen kritisieren. Wir sammeln Spenden, die direkt der Bevölkerung der Türkei, den Verfolgten und Unterdrückten zugute kommen. Darüber hinaus betrachten wir es als unsere Aufgabe, die bundesdeutsche Öffentlichkeit unzensuriert über die aktuelle Lage in der Türkei zu informieren. Zu diesem Zweck haben wir in unregelmäßigen Abständen Publikationen herausgegeben und werden das auch in Zukunft tun. Bisher sind erschienen:

- **Faschismus in der Türkei – Graue Wölfe in der BRD** (z. Zt. vergriffen)

- **Folter in der Türkei** (50 Seiten; 3,00 DM + Porto)

- **Die ersten Monate der Militärjunta** (z. Zt. vergriffen)

Im April 1982 erscheint:

- **NATO-Land Türkei: Militärs an der Macht** (ca. 50 Seiten; wahrscheinlich 3,00 DM – ein Ausblick auf die Entwicklungen nach dem Militärputsch)

Das zentrale Archiv der alternativen Türkeihilfe ist darüber hinaus in der Lage, Entwicklungen in allen gesellschaftlichen Bereichen der Türkei zu dokumentieren. Neben Artikeln der deutschen (englisch- und französischsprachigen) Presse werden von uns die 4 größten Tageszeitungen, ein Wochenblatt und eine Wirtschaftszeitung aus der Türkei archiviert. Unter mehr als 300 Stichworten läßt sich zu fast allen Problemstellungen etwas finden.

Im »türkei-infodienst« finden sich die wichtigsten Nachrichten in deutscher Übersetzung. Der »türkei-infodienst« erscheint 14tägig und wird von uns zu einem Einzelpreis von 1,50 DM + Porto angeboten. Ein Jahresabonnement kostet 40,00 DM (incl. Porto). Im »türkei-infodienst« werden schwerpunktmäßig Themen wie

Wirtschaft, Gewerkschaft, Innen- und Außenpolitik, Arbeitsemigranten und Menschenrechte (Operationen, Prozesse, Hinrichtungen, Folter ...)

behandelt. Sollte jemand zusätzliche Wünsche haben, so ist zu bedenken, daß der größte Teil der Nachrichten (auch unzensurierte Berichte aus der Türkei) in der türkischen Sprache verfaßt ist. Wir sind zwar in der Lage, diese Nachrichten komplett zu übersetzen, müßten dafür aber die Bearbeitungsgebühren erhöhen, die ansonsten zwischen 3,00 und 5,00 DM liegen. Zur Bestreitung unserer Unkosten, die nicht von den Spenden abgezogen werden, verlangen wir für eine Fotokopie 0,30 DM und bei Übersetzungen je nach Schwierigkeitsgrad zwischen 0,50 und 1,00 DM pro Zeile. Es gibt auch die Möglichkeit, dem FÖRDERKREIS der »alternativen türkeihilfe« beizutreten. Bei einem Mindestförderbeitrag von mtl. 10,00 DM sind dann die Lieferung des »türkei-infodienstes«, aller erscheinenden Broschüren, Presseerklärungen eingeschlossen und die Bearbeitungsgebühren bei Sonderaufträgen fallen fort. Für nähere Informationen ist das zentrale Archiv jederzeit bereit.

ALTERNATIVE TÜRKEIHILFE

Postfach 180 180 · 4800 Bielefeld 18

Dursun Akçam

Deutsches Heim, Glück allein

Wie Türken Deutsche
sehen

Alaman Ocağı

Deutsch/Türkisch

Deutsch
von Helmut Oberdiek

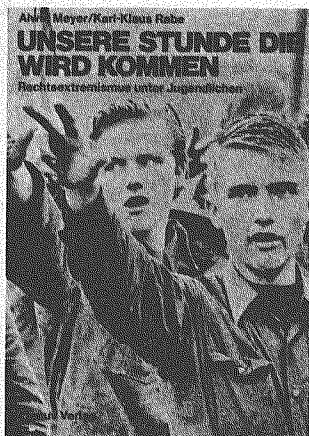
286 Seiten,
Format 11,5 x 18 cm
Lamuv Taschenbuch 15
DM 16,80
ISBN 3-921521-44-0



Etwa 1 500 000 Türken leben in der Bundesrepublik. In ihrem Alltag müssen sie oft Anschuldigungen und Erniedrigungen erfahren. Trotzdem sind auch sie Menschen, selbst wenn sie billige Arbeitskräfte für schwere und schmutzige Arbeiten sind. Sie haben etwas zu sagen: sie haben Schmerzen, Sympathien und Sehnsüchte! Was sind also die Gedanken der Menschen, die seit Jahren Ziel von Angriffen sind? Wie bewerten sie die bundesdeutsche Gesellschaft, in der sie leben? Wie sehen sie ihre bundesdeutschen Mitbürger? ... Dies ist, kurz gesagt, das Anliegen des Buches. Türkische Frauen und Männer, Arbeiter und Studenten, Sozialarbeiter und Gefängnisinsassen erzählen ihre Geschichten, ihre Dramen – äußerst eindrucksvoll!

Lamuv Verlag

Martinstraße 7 · 5303 Bornheim-Merten · Tel. (0 22 27) 21 11



Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe
**Unsere Stunde, die wird
kommen –
Rechtsextremismus unter
Jugendlichen**

ca. 260 Seiten,
Lamuv Taschenbuch 3,
Format 11,5×18 cm,
DM 8,80
ISBN 3-921521-18-1

»Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe ... gehören zu den besten Kennern des rechtsextremen Lagers in der BRD. Sie haben ein differenziertes, ungemein informatives und spannend und flüssig zu lesendes Buch geschrieben. Es enthält neben einer gründlichen Darstellung und Analyse auch einen umfangreichen Teil Dokumenten: Flugblätter, Bilder, Programmtexte, Berichte und interne Informationen aus neonazistischen Jugendorganisationen.«

die tat

»Das Buch ist instruktiv und eindringlich geschrieben und gibt denjenigen aufschlußreiche Erkenntnisse, die sich mit der Materie befassen wollen.«

Parlament

»Die bisher informativste und überzeugendste Darstellung des 'Rechtsextremismus unter Jugendlichen'.«

Hessischer Rundfunk

»Ein wichtiges Buch.«

Norddeutscher Rundfunk

Lamuv Verlag · Martinstraße 7 · 5303 Bornheim-Merten · Tel. (0 22 27) 21 11



blätter des informationszentrums **dritte welt**

Themen der letzten Nummern waren: + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der Dritten Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung + Indien: Ursachen und Formen des Elends der indischen Bauernbevölkerung + Argentinien: Unterdrückung und Widerstand + Energieversorgung der Dritten Welt + Chile: Faschismus im 5. Jahr + Mexiko: Elend der Bauern + Welthandelskonferenz V: Entwicklung für wen? + Kolumbien: Geschichte, Arbeiterbewegung, wirtschaftliche Lage +

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + berichtet über die Lage der Dritten Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung“ und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen

+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen + setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander

+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten

+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der Dritten Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen + gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit.

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40–60 Seiten: DM 28,—/öS 200,—/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,—/öS 140,—/Sfr 20,40).

**Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon (07 61) 7 40 03**

Bitte senden Sie mir ein Probeexemplar!

Absender (bitte in Druckbuchstaben) _____



Täglich

»Schlagen Sie an einem beliebigen Tag der Woche Ihre Zeitung auf, und Sie werden darin Berichte aus irgend einem Land der Welt finden über irgend jemanden, der inhaftiert, gefoltert oder hingerichtet wurde, weil seine Ansichten oder seine Religion seiner Regierung lästig waren... Den Zeitungsleser befällt ein lähmendes Gefühl der Ohnmacht. Doch – wenn es gelänge, diese Gefühle des Abscheus überall in der Welt zu gemeinsamem Handeln zu vereinen, könnte man etwas Wirkungsvolles tun...«

Diese Zeilen, 1961 in einem weltweiten Aufruf des britischen Rechtsanwalts Peter Benenson veröffentlicht, führten zur Gründung von amnesty international. Heute sind Benensons Worte so aktuell wie damals – es gibt nur einen Unterschied, es existiert jetzt eine Organisation, die helfen kann.

amnesty international hat heute annähernd 200 000 Mitglieder in rund 80 Ländern der Erde. Seit 1961 konnte vielen Tausenden Opfern von Menschenrechtsverletzungen geholfen werden.

Die unabhängige und an keine Partei gebundene Arbeit von amnesty international für die Wahrung der elementaren Menschenrechte kann durch Ihre finanzielle Unterstützung noch wirksamer werden.

amnesty international hilft ich helfe amnesty international

☐ durch eine Spende von:

☐ durch einen regelmäßigen Beitrag von:

Art der Zahlung:

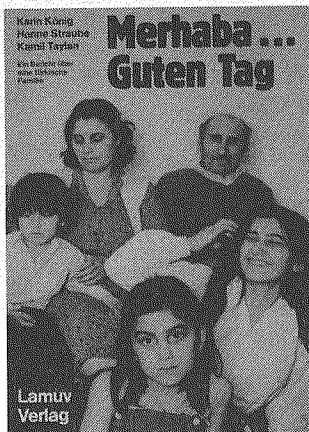
Name und Anschrift:

ai

amnesty international
Sektion der Bundesrepublik
Deutschland e. V.
Sekretariat: Venusbergweg 48
5300 Bonn 1

Spendenkonten:
Bank: BKD Duisburg
BLZ: 35060190
Konto Nr.: 30 000
Postscheckamt Köln
Konto Nr.: 22 40 46-502

(Diese Anzeige hat der Verlag amnesty international gespendet — spenden auch Sie!)



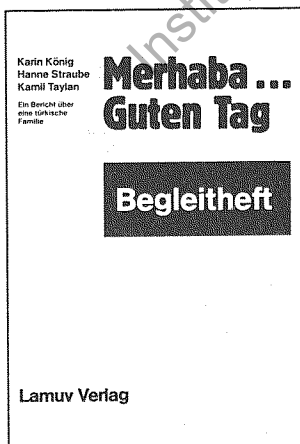
Eine türkische Familie berichtet über sich selbst: über ihr Leben in der Bundesrepublik, den Arbeitsplatz, den Kindergarten, die Schule und über viele andere Probleme in Deutschland. Ein Buch auch für Jugendliche!

Karin König/Hanne Straube/
Kamil Taylan
Merhaba ... Guten Tag -
Ein Bericht über eine türkische Familie

1981
102 Seiten, 74 Abbildungen,
Format 14,8x21 cm, Broschur
DM 14,80
ISBN 3-921521-36-X

Lamuv Verlag

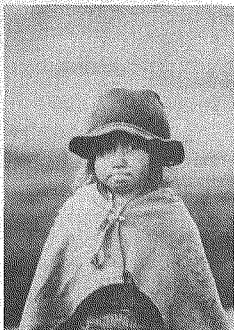
Martinstraße 7 · 5303 Bornheim-Merten · Tel. (0 22 27) 21 11



Zum Buch »Merhaba ... Guten Tag« gibt es ein Begleitheft für Lehrer und Erzieher mit wichtigen Hintergrundinformationen.

Karin König/Hanne Straube
Kamil Taylan
Merhaba ... Guten Tag -
Begleitheft

1981
34 Seiten, Format 14,8x21 cm
DM 4,00
ISBN 3-921521-37-8



Postkartenserie 1

Ecuador Hochland I
12 Postkarten schwarz/weiß
DM 5,00
einzeln DM 0,50



Plakat Ecuador

»Schule«, DIN A 1
schwarz/blau
DM 5,00



Moema Viezzer

»Wenn man mir erlaubt zu sprechen ...«

Zeugnis der Domitila, einer Frau aus
den Minen Boliviens, 1978

Aus dem Spanischen von Carmen
Alicias Egas de Böll und René Böll
Vorwort von Günter Wallraff

6. Auflage 22.-26. Tausend, 1981
240 Seiten mit 30 Abbildungen,
Broschur, Format 14,8 X 21 cm,
DM 14,80

ISBN 3-921521-05-X

**Bitte fordern Sie unseren Verlagsanzeiger mit dem
vollständigen Titelverzeichnis an:
Lamuv Verlag, Martinstraße 7, 5303 Bornheim 3,
Telefon (0 22 27) 21 11**

Filmverleih im Lamuv-Verlag



Die Eisholer vom Chimborazo

Ausgezeichnet mit dem 1. Preis der Kritik und dem 1. Preis der Zuschauer auf dem 6. Festival des Lateinamerikanischen Films in Huelva, Spanien, Dezember 1980 und dem 2. Preis für Kurzfilm auf dem 2. Festival für das neue Lateinamerikanische Kino in Habana, Kuba, 1980

Der Film handelt von den »Hieleros«, den Leuten, die aus über 5 000 Metern Höhe Eisblöcke herunterholen, um sie auf den Märkten Ecuadors zu verkaufen. Die »Hieleros« wohnen in Dörfern rund um den Chimborazo, den mit 6 300 Metern höchsten Berg Ecuadors. Sie müssen mehr als 2 000 Meter hinaufklettern, um das Eis in den Gletschern loszuschlagen. Es wird mit Eseln heruntertransportiert. Die Esel sind gemietet. An einem Eisblock verdienen die »Hieleros« nur ca. DM 1,00. Gleichzeitig müssen sie sich als Landarbeiter verdienen, um sich und ihren Familien das Lebensnotwendige zu sichern.

Die »Hieleros« spielten in den Kämpfen gegen die Spanier eine entscheidende Rolle. Noch heute arbeiten Nachfahren dieser Familien als »Hieleros«. Für sie hat sich seit über 150 Jahren nichts verändert.

Der Film zeigt die Vorbereitungen, den Aufstieg, das Losschlagen, das Verpacken und den Verkauf des Eises. Er entstand in über vierjähriger Arbeit. Der Film ist besonders geeignet als Einführung in die Probleme der »Dritten Welt«.

Die Eisholer vom Chimborazo, Dokumentarfilm (16 mm), Ecuador 1979/80. Farbe – Lichtton – 20 min.

Produktion/Kamera/Regie: Igor und Gustavo Guayasamin.

Verleih: 16 mm Lichttonkopie 1. Tag DM 40,00; jeder weitere Tag DM 16,00.

Videokassette (VHS) 1. Tag DM 20,00; jeder weitere Tag DM 10,00, Kaufpreis auf Anfrage.

Tonbildserie

Unsere Stunde, die wird kommen – Rechtsextremismus unter Jugendlichen

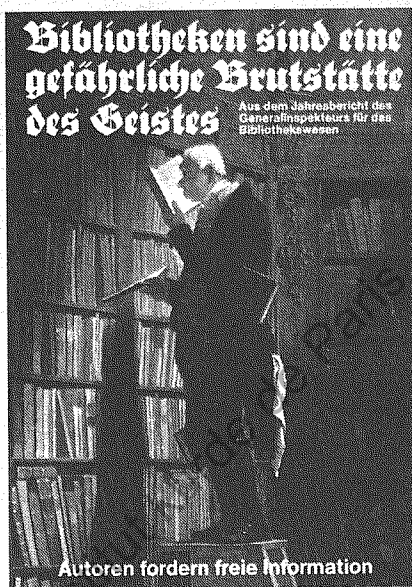
**Eine Tonbildserie von
Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe**

35 Diapositive Schwarzweiß/Color,
Tonband: 9,5 cm/sec. oder als
Kassette 4,75 cm/sec. lieferbar,
19 Minuten, Begleitheft mit Text,
Anleitung und dem Buch »Unsere
Stunde, die wird kommen«,
DM 120,00



»Unsere Stunde, die wird kommen«, verkünden sie selbstbewußt. »Weg mit dem NSDAP-Verbot« und »Kampf den Geschichtslügen« fordern sie lauthals. Bieten wollen sie »eine neue Gangart, neue Gedanken, neue Lösungen«, sie, die sich »jung, dynamisch, nicht etabliert« geben. Während ihre Mitgliederzahlen wachsen, gebärden sie sich zunehmend fanatischer. Gewalt und Terror sind keine Seltenheit mehr. Trotzdem werden rechtsextreme Tendenzen unter Jugendlichen heute meist geleugnet oder – wer sie ernst nimmt – reagiert zu oft hilflos auf sie.

Die Tonbildserie »Unsere Stunde, die wird kommen« ist als Diskussionseinstieg in das Thema »Rechtsextremismus unter Jugendlichen« gedacht. Ihr Konzept gibt dem Pfarrer, Lehrer, Gewerkschaftsfunktionär, Sozialarbeiter ... viele Möglichkeiten des Einsatzes in die Hand.



Politische Plakate von KLAUS STAECK

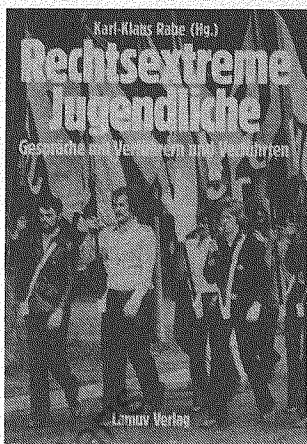
Bitte kostenlosen Gesamtkatalog anfordern!
Edition Staeck · Ingramstr.3 · 6900 Heidelberg

Karl-Klaus Rabe (Hg.)

Rechtsextreme Jugendliche – Gespräche mit Verführern und Verführten

Mit Interviews geführt von
Paul-Elmar Jörris, Alwin Meyer,
Karl-Klaus Rabe, Andreas
Zumach

252 Seiten, mit vielen
Abbildungen, Broschur,
Format 14,8×21 cm,
DM 16,80
ISBN 3-921-521-17-3

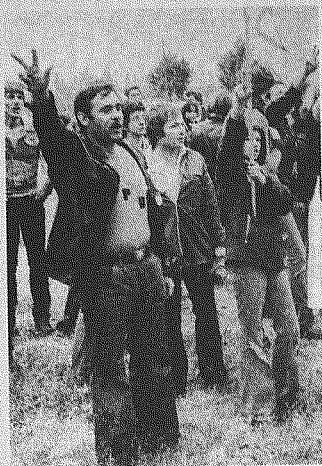


Rechtsextreme Jugendliche reden über sich selbst. Sie erzählen über ihre Erfahrungen, machen deutlich, was sie an ihren Gruppen fasziniert: »Wir besprechen Probleme, die uns im alltäglichen Leben begegnen. Wir versuchen, gegenseitig zu helfen, zu unterstützen. Das ist nicht nur im politischen Bereich, sondern auch im privaten Bereich so«, berichtet Rüdiger.

»Verführte« und »Verführer« geben Auskunft: Karl-Heinz Hoffmann, ehemals »Chef« einer inzwischen verbotenen Wehrsportgruppe, Vorstandsmitglieder der »Jungen Nationaldemokraten«, Michael Kühnen, der als Rädelsführer des rechtsextremen Terrors gilt, Gernot Mörig, der »Bundesführer« vom »Bund Heimmattreuer Jugend« und viele einfache Mitglieder verschiedener rechtsextremer Jugendgruppen.

Dieses Buch ergründet das »subjektive Moment«, warum Jugendliche in rechtsextremen Organisationen landen. Denn wer den Rechtsextremismus wirksam bekämpfen will, muß auch seine Anhänger kennen. Es ist erforderlich, sie zu verstehen, ohne das, was sie vertreten, zu akzeptieren. Um Gegenstrategien entwickeln zu können, ist »Rechtsextreme Jugendliche« unentbehrlich.

Lamuv Verlag · Martinstraße 7 · 5303 Bornheim-Merten · Tel. (0 22 27) 21 11



Ausstellung

Unsere Stunde, die wird kommen – Rechtsextremismus unter Jugendlichen

**Eine Ausstellung von
Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe**

43 Tafeln Schwarzweiß mit
Aufhängevorrichtung für
Stellwände, Format: 50×70 cm.
Verleih: 7 Tage DM 150,00; jeder
weitere Tag DM 15,00
(zuzüglich Versandkosten).

Rechtsextreme Organisationen wollen den Jugendlichen das Gefühl vermitteln, sich in ihren Gruppen mit ihrer ganzen Person einbringen zu können. Kameradschaft wird großgeschrieben bei den Rechtsextremen. Die Gemeinschaft zählt und nicht der einzelne. Und Kameradschaft hat eine wichtige Funktion: Sie »ist mehr und bedeutet mehr als Freundschaft; denn Freundschaft ist im Grunde nur eine rein private Sache, während Kameradschaft eben etwas ist, was man dann nutzbar machen kann für die gesamte Weltanschauung«, so Michael Kühnen, der Führer der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten«.

Diese und weitere Aspekte des »Rechtsextremismus unter Jugendlichen« verdeutlicht die Ausstellung »Unsere Stunde, die wird kommen«. Mit Hilfe dieser Ausstellung kann überall zum Beispiel eine antifaschistische Woche – ergänzt durch Filme, Tonbildserien, Dichterlesungen, Gesprächen mit Widerstandskämpfern – organisiert werden.

Lamuv Verlag · Martinstraße 7 · 5303 Bornheim-Merten · Tel. (0 22 27) 21 11

Institut kurde de Paris

**Panzer »sichern« seit dem
12. September 1980 die Türkei.
Über die Hintergründe berichtet
dieses Buch:**

- **Kugeln für das Volk – vorläufige
Eindrücke aus der Türkei**
- **Die Politik der systematischen
Unterentwicklung**
- **Das Elend der bäuerlichen
Gesellschaft**
- **Soziale Lebensbedingungen**
- **Die Grauen Wölfe und die
Todeskommandos in der Türkei**
- **Die Ideologie der türkischen
Faschisten und ihrer Helfer**
- **Die Grauen Wölfe in der BRD**
- **Konterguerilla und CIA**
- **Die Infiltration der Gewerkschaften
durch die USA/CIA**
- **Die Islamische Bewegung in der
Türkei**
- **Arbeiter- und Bauernbewegung –
das Volk wehrt sich**

ISBN 3-921521-24-6

Institut Kurde de Paris



IKPLIV107758